Die politische Presse Württembergs

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
einer
Hohen Staatswissenschaftlichen Fakultät
der
Kgl. Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen
vorgelegt
von

Otto Groth
Redakteur der Frankfurter Zeitung.

Stuttgart 1915
Buchdruckerei Chr. Scheufele.

Diss. Tübingen 1915.

61300

Die politische Presse Württembergs

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
einer
Hohen Staatswissenschaftlichen Fakultät
der
Kgl. Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen
vorgelegt
von

Otto Groth
Redakteur der Frankfurter Zeitung.

ACAD.
LUGD.BAT
BIBL

Stuttgart 1915
Buchdruckerei Chr. Scheufele.

Gedruckt mit Genehmigung der staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Tübingen.

Referent: Prof. Dr. Rob. Wildbrandt.

Tag der mündlichen Prüfung: 10. Juni 1913.

Vorwort.

Die geistige und wirtschaftliche Stellung der Presse in unserer Zeit hat in den letzten Jahren die wissenschaftliche Forschung zu einer rasch wachsenden Literatur spezialisierter Darstellungen über das Zeitungswesen angeregt. Waren diese Einzeluntersuchungen zunächst auch vorwiegend historischer Natur, so erweiterte sich das Interesse, trotz aller Schwierigkeiten gerade die gegenwärtige Organisation und Technik, die geschäftlichen Grundlagen, den Stoff und die „Gesinnung" der Zeitungen, die Wege, auf denen diese Zeitungsgesinnung beeinflußt wird, und die Mittel, mit denen die Zeitung selbst Gesinnung, „die öffentliche Meinung" zu bilden sucht, wissenschaftlich zu erforschen und darzustellen. Die Untersuchungen gehen auf zwei Wegen vor: die einen erwählen sich bestimmte Stoffgebiete der Presse, und hier, aus naheliegenden Gründen, in erster Linie den Handelsteil, die andern begrenzen ihre Untersuchung regional, nach Staaten oder Provinzen. So entstanden in den letzten Jahren Arbeiten über die Presse Badens, Bayerns, Elsaß-Lothringens, der Provinzen Sachsen, Schlesien und Westpreußen. Zu ihnen tritt auch die vorliegende. Diese Abgrenzung hat ihre innere Berechtigung in den Wechselwirkungen der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Zustände und der aus ihnen herauswachsenden öffentlichen Meinung eines Gebiets einerseits und der Eigenart seiner Presse anderseits. Sie ermöglicht aber auch durch persönliche, intimere Kenntnis des übersehbaren Forschungsstoffes, das Material und seine Quellen leichter zu ergänzen, zu kontrollieren und richtigzustellen. In der Regel stehen nämlich diesen Untersuchungen zunächst nur die Kataloge der Zeitungsexpeditionen (Mosse, Haasenstein & Vogler,, Invalidendank) in Verbindung mit der Postzeitungsliste zur Verfügung, und bei aller anerkennenswerten Sorgfalt ihrer Bearbeitung sind Fehler und vor allem Lücken in ihnen unvermeidlich. Die private schriftliche Umfrage bei den Zeitungen aber hat, wie auch sonst, wenig Erfolg.

Die scharfe Konkurrenz hat die Verleger immer zurückhaltender werden lassen in der Bereitwilligkeit, Angaben zu machen; einen Beweis dafür gibt auch der Vergleich älterer Jahrgänge der Zeitungskataloge mit jüngeren, in denen z. B. die Angabe der Auflage immer seltener wird. Diese Schwierigkeiten können durch die direkte, persönliche Verbindung mit der Presse eines engeren Untersuchungsgebietes doch zum Teil überwunden werden. Der Untersuchung der württembergischen Presse kam aber noch ein günstiger Umstand zu statten: Württemberg hatte schon in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Statistik seiner Zeitungen und Zeitschriften versucht, und in den 70er Jahren gelang Schott eine ausgezeichnete Darstellung der Entwicklung und des Standes der württembergischen Presse, die von ihm selbst und neuestens von Gerster erfolgreich fortgeführt wurde. Die Vollständigkeit dieses Materials empfahl in erster Linie seine Benützung, und die Zeitungskataloge wurden nur da herangezogen, wo ihre Angaben die Fortführung jener Arbeiten gestatteten. Dann aber durfte sich meine Arbeit der Teilnahme und Mitarbeit einer Reihe von Redakteuren und Verlegern erfreuen, die mir bereitwillig die gewünschten Auskünfte erteilten, und so bietet sie in einigen Beziehungen eingehenderes und reichhaltigeres Material — auf das, und nicht auf Betrachtungen und Werturteile, sie in erster Linie abzielte — als die Mehrzahl ähnlicher Untersuchungen. Für diese Förderung sei auch an dieser Stelle gedankt. Besondern Dank schulde ich Herrn Universitätsprofessor Max Weber in Heidelberg für die mannigfachen Anregungen, die ich bei Beginn und im Laufe der Arbeit von ihm erhielt, und meiner Frau für die unermüdliche Mitarbeit an den umfangreichen statistischen Berechnungen.

Der Umfang dieser Untersuchungen, die neben meiner Berufsarbeit vorgenommen werden mußten, hat es unmöglich gemacht, das im Laufe mehrerer Jahre zu gewinnende und zu verarbeitende Material dem gleichen Zeitraum zu entnehmen und auf den gleichen Zeitpunkt abzuschließen. Die Ergebnisse werden dadurch kaum beeinträchtigt, wie schon einzelne nachträgliche Einfügungen und Anmerkungen zeigen.

Verschiedene Umstände und dann der Ausbruch des Weltkrieges haben die Drucklegung und die Veröffentlichung der Arbeit noch weiter verzögert. Der Krieg hat fast in allen Beziehungen, auf die sich

die Untersuchung erstreckte, Veränderungen, ja Umwälzungen gebracht. Der Bestand der württembergischen Tageszeitungen ist allerdings wenig berührt worden, auch die Wirkungen auf die Erscheinungsweise der Zeitungen, die meist mittlere und kleinere sind, sind mit Ausnahme der Stuttgarter Blätter nicht bedeutend. Von diesen ist das „Neue Tagblatt" zu einem 13 maligen Erscheinen (als Morgen- und Abendblatt) übergegangen, der „Schwäbische Merkur" hat seine Mittagsausgabe gleichfalls in eine Morgenausgabe verwandelt, andere Zeitungen haben ihr Erscheinen auf den Vormittag verlegt. Dagegen ist im Zeitungs s t o f f äußerlich und innerlich eine völlige Umwälzung eingetreten, und auch die Grundlagen des Zeitungs g e s c h ä f t e s sind durch die Abnahme und innere Veränderung des Inseratenteils etc. nicht unwesentlich verschoben worden, was gleichfalls auf den redaktionellen Inhalt zurückwirkte. Die Darstellung dieser und anderer anomaler Veränderungen liegt außerhalb des Rahmens meiner Arbeit.

S t u t t g a r t , Frühjahr 1915.

Otto Groth.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung

Erstes Kapitel: Die Geschichte der politischen Presse Württembergs . . . . . 9—18

Erster Teil: Die äußere Entwicklung des württembergischen Zeitungswesens

Zweites Kapitel: Die jüngste Entwicklung und Verbreitung im Lande . . . . . 18—31
Drittes Kapitel: Auflagenhöhe der Zeitungen . . . . 31—39
Viertes Kapitel: Binnen-, Ein- und Auswanderung . . 39—44
Fünftes Kapitel: Das Alter der württembergischen Zeitungen . . . . . 45—46
Sechstes Kapitel: Die Erscheinungsweise der württembergischen Zeitungen . . . . . 46—53

Zweiter Teil: Der Stoff der württembergischen Zeitungen

Siebentes Kapitel: Die Regierung und die Presse . . 54—74
Achtes Kapitel: Die amtliche Presse der Gemeinden . 75—81
Neuntes Kapitel: Die Parteien und die Presse . . . 81—108
Zehntes Kapitel: Der Stoff der Zeitungen, seine Einteilung und Verteilung . . . . . 108—142
Elftes Kapitel: Die Stoffbeschaffung . . . . . 142—155

Dritter Teil:

Zwölftes Kapitel: Die geschäftlichen Grundlagen des Zeitungsunternehmens . . . . . 155—181

Schluß . . . . . 182—186

Literatur . . . . . 187—189

Anhang: Tabellen 24 a bis k.
Tafeln 1—5.

·o○o·

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41553625_0057

1. Kapitel.

Die Geschichte der politischen Presse Württembergs.

Wie fast im ganzen deutschen Süden, so sind auch in Württemberg die ersten Schöpfungen der Journalistik dürftig und ohne Bedeutung. Stuttgart, die Hauptstadt des Herzogtums, war ein Hof- und Beamtenstädtchen, kein Mittelpunkt des auswärtigen Handels und Verkehrs, kein Zentrum gelehrter Bildung, die Vermittler des damaligen Nachrichtendienstes waren; das Herzogtum selbst in seiner Enge und politischen Parzellierung ohne selbständigen Einfluß auf die Zeitereignisse. In dem kleinen Staat des 17. Jahrhunderts mit dem bescheidenen Hof war auch die Presse ganz abhängig von dem, was die Zeitungen größerer Plätze boten. In der Stuttgarter Landesbibliothek finden sich drei Bände, von denen der erste größtenteils h a n d s c h r i f t l i c h e Zeitungen vom Januar bis 30. Oktober 1619 und 22 zeitlich sich anschließende g e d r u c k t e Nummern enthält, die beiden andern ausschließlich g e d r u c k t e Zeitungen, und zwar 4 Jahrgänge 1624—1627. Es handelt sich hier nach Opel[1]) um Nummern einer süddeutschen, wahrscheinlich Augsburger Zeitung, die von Joh. Jak. Gabelkover, dem Bibliothekar und Archivar des Herzogs Johann Friedrich von Württemberg, gesammelt und mit reichlichen Zusätzen, Abänderungen, Randbemerkungen versehen wurden. Außer ganz kurzen, gewöhnlich nur in einem Stichwort bestehenden Inhaltsangaben, außer Korrekturen der Buchstaben, Satzzeichen und des Satzbaus hat Gabelkover Verbesserungen unrichtiger Mitteilungen angebracht, Zusätze in den Text eingefügt und vereinzelt auch ganz neue Artikel hinzugesetzt. Dagegen ist eine Wiener Nachricht gestrichen und mit dem Zusatz versehen; „erstuncken und erlogen, darumb Ichs delirt hab, daß es nett getruckt werde." Das Material zu diesen inhaltlichen Änderungen entnahm Gabelkover Straßburger und Frankfurter Zeitungen, dann auch einer Anzahl Originalkorrespondenzen. Im 51. Stück des Jahrgangs 1626 findet

[1]) J. O. Opel: „Über eine bisher unbekannte süddeutsche Zeitung." Arch. für Geschichte des deutschen Buchhandels, Band X, Leipzig 1886".

sich folgende Bemerkung: „Diss kompt besser in der volgenden Zeittung vss Wien den 23. Dezembr," offenbar eine Weisung an den Drucker. Aus all dem schließt Opel, daß Gabelkover Redakteur einer Stuttgarter, für den Herzog und seine nächste Umgebung bestimmten, zuerst handschriftlich, dann durch Druck vervielfältigten Zeitung war, deren Manuskripte die Sammlung in der Stuttgarter Bibliothek enthält.

Auch aus der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts haben wir nur indirekte Nachrichten von der Existenz einer Stuttgarter Zeitung. So wurde 1649 in Stuttgart ein Zeitungsprivileg erteilt, ohne daß aber der Drucker genannt wird, und Nachricht darüber vorhanden ist, ob es jemals benützt wurde. Es ist möglich, daß dieses Privileg der Buchdrucker Rößlin erhalten hat, der nach einem Befehl aus dem Jahre 1658 seit einigen Jahren Zeitungen herausgab, die vor dem Druck jedesmal einer genauen Revision unterworfen werden sollten. (N. Tagblatt, Jahrg. 1909, Nr. 249.)

Das 18. Jahrhundert kennt in Stuttgart nur kleine dürftige Blättchen. Die 2 oder 3 Zeitungen, die in dieser Periode erschienen, kamen über eine lokale Bedeutung nicht hinaus. Als älteste Stuttgarter Zeitung erwähnt Pfaff das „Stuttgartsche Ordinari Diens-Tags Journal", das seit 1702 herausgegeben wurde. 1711 entstanden daraus „Der schnell anhero eilende Friedens- und Kriegscourier" („Die Neu curieuse Frieden- und Kriegsfama oder Stuttgart. Ordinari Diens-Tags [Frey-Tags] Journal"), der mit einem blasenden Postillon geschmückt war, und „der über See und Land dahineilende Mercurius" (oder Stuttgart. Ordinari Frey-Tags [Diens-Tags] Journal), der den Merkur als Schirmgott trug. Die erste Zeitung verwandelte sich 1757 (1754) in die von Johann Georg Cotta, dem Jüngeren, herausgegebene, dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinende „Stuttgarter privilegierte Zeitung", die man die „Hofzeitung" zu nennen pflegte, und die sich bis zum 31. Dezember 1833 halten konnte. Der „Mercurius", der an den anderen drei Tagen der Woche (Montag, Mittwoch und Freitag) herausgegeben wurde, ging, nachdem er mehrmals den Drucker gewechselt hatte, 1783 wegen Mangels an Abonnenten ein. Die beiden Blättchen umfaßten einen halben Bogen im Quart. Daneben entstand 1736 ein weiteres Blatt ohne politischen Inhalt mit dem Titel „Wöchentliche Anzeigen von Neuigkeiten sowohl allhier als auf dem Lande", 1760 erschien das zweimal wöchentlich Dienstag und Samstag ausgegebene Blatt unter dem Titel „Stuttgarter Anzeigen von allerhand Sachen" etc. Nachdem es, seit 1776 von der Cottaischen Hofbuchdruckerei herausgegeben, mehrfach seinen Namen gewechselt hatte, ging es 1849 in dem neugegründeten Landesintelligenzblatt, dem Vorläufer des „Staatsanzeigers" (s. d.) auf. Diese Stuttgarter Presse war auch die

Presse des damaligen Herzogtums, und ihre Dürftigkeit läßt begreifen, daß in jener Zeit auswärtige Zeitungen in Stuttgart ziemlich gelesen wurden, namentlich hatte die von Professor Johann Gottfried Groß herausgegebene, gegen Preußen gerichtete „Erlanger Zeitung" („Gazette d'Erlangen") in Stuttgart einige Verbreitung.

Dann erschienen in den bedeutenderen Reichsstädten und einzelnen Gebieten, die zum heutigen Königreiche Württemberg gehören, Zeitungen, deren Bedeutung aber die der Stuttgarter nicht überragte. In Ulm wurde 1752 (1750) das Ulmer Intelligenzblatt gegründet, das sein Dasein ein Jahrhundert (1850) erhalten konnte und dann in das „Ulmer Tagblatt" überging. Heilbronn besaß seit 1744 die Neckarzeitung, die noch heute besteht. In dem österreichischen Riedlingen [1]) wurde schon 1714 die „Ordinari Riedlinger Freytags Zeitung" gegründet, die sich bis heute in der nämlichen Familie (Ulrich) erhalten hat und die älteste Zeitung Württembergs ist. Anfangs zweimal erscheinend, ging die Riedlinger Zeitung 1730 zum dreimaligen Erscheinen über, und ihr Verbreitungsgebiet erstreckte sich, wie sich aus den amtlichen Bekanntmachungen gegen Ende des Jahrhunderts ergibt, über Oberschwaben, Hohenzollern, die vorderösterreichischen Lande des heutigen bayerischen Schwabens, Oberbadens und der Vorderschweiz.

Mit der Wende des 18. Jahrhunderts beginnt auch in Württemberg ein rascher Aufstieg des Zeitungswesens. Die von Westen eindringenden neuen Ideen und die von ihnen erzeugten geistigen und politischen Umwälzungen revolutionieren auch die Presse. Wie sie die neue Gruppe der politischen Zeitschriften hervorbringen, von denen eine der hervorragendsten, Schubart's Deutsche Chronik, auf württembergischem Boden blühte und endete, so wurde auch das Bedürfnis nach der politischen Tagespresse breiter. Ihr Stoff wird reicher, mannigfaltiger, gründlicher, und unter der Wucht der Ideen und Ereignisse verläßt auch die Tagespresse die Methode des nüchternen, teilnahmlos die Ereignisse aneinanderreihenden Referierens und beginnt zu gruppieren, zu bearbeiten und zu — urteilen. Diese

[1]) Eine aus dem Jahre 1720 (15. März) erhaltene Nummer bezeichnet als Druckort Grüningen b. Riedlingen. Sie zeigt auf dem Titelblatt einen reitenden Boten und enthält auf einem halben Bogen im Quart wahllos und trocken aneinandergereiht dynastische und vermischte Nachrichten von Wien (7. März), Kriegsnotizen aus Italien (vom 17. Februar und 1. März), Meldungen aus Hamburg (3. März), über politische Vorgänge in den nordeuropäischen Reichen, endlich eine vom Oberrheinstrom vom 8. März datierte Meldung, die eine Bittschrift der Handwerker an den Kurfürsten wiedergab um Aufgabe seines Planes, seine Residenz von Heidelberg nach Mannheim zu verlegen.

Eigenschaften zeichneten eine Zeitung aus, die unter Benützung des Mäntler'schen Privilegs für den „Über See und Land dahereilenden Mercurius" der Magister Christian Gottfried Elben vom 3. Oktober 1785 ab zunächst zweimal, von 1787 ab dreimal wöchentlich unter dem Namen „Schwäbischer Mercur" herausgab, und trugen sie empor, trotz der Abhängigkeit von fürstlicher Laune und trotz der Zensur, die seit 1791 mit rigoroser Schärfe alle „nur entfernt anstößigen Artikel" unterdrückte. Schon die este Nummer der jahrzehntelang von Elben allein verfaßten Zeitung, weist auf dem bescheidenen Raum von ½ Bogen im Quart die journalistischen Vorzüge einer klaren Sprache auf, eines reichen Stoffs, der sich nicht mit der Mitteilung kriegerischer, fürstlicher und vermischter Ereignisse bescheidet, sondern der Erklärungen, allgemein nützliche Belehrungen, statistische Mitteilungen gibt und Schilderungen fremder Länder, feuilletonistische Unterhaltungen bietet. Mit der schon 1786 gegründeten „Schwäbischen Chronik" wächst diese Vielseitigkeit des Inhalts. Und war die Stellung des Verfassers zu den Zeitereignissen anfangs nur angedeutet — die Blätter legen wiederholt Zeugnis ab von der Bewunderung für Friedrich den Großen — so drängt die Größe der Pariser Ereignisse von 1789 zum Ausdruck der eigenen Auffassung in der Erzählung: Die erste Zeit der Revolution wird mit kühnen Erwartungen begrüßt, die Menschenrechte Lafayettes gefeiert, die Pariser Mordtaten in starken Worten verurteilt. So gewann der „Merkur", der mit 287 Abonnenten begonnen hatte, rasch an Verbreitung, und schon 1790 zählte er 1223, 1800: 3816, 1815: 4598 Abonnenten.

In dieser Zeit trat in Württemberg noch ein anderes Zeitungsunternehmen ins Leben, das große Bedeutung, wenn auch nicht in Württemberg, erlangen sollte: der Buchhändler J. Fr. Cotta gab seit 1. Januar 1798 in Tübingen die „Neueste Weltkunde", die spätere „Allgemeine Zeitung" heraus, die bald darauf nach Stuttgart übersiedelte, von da aber 1803 nach Ulm und 1816 nach Augsburg auswanderte.

Auch auf das Land beginnt sich ein Netz von Zeitungen, wenn auch zuerst noch sehr weitmaschig, zu legen: in Öhringen (1783), Hall (1788), Ulm („Ulmer Landbote" 1793), Gmünd („Reichsstadt-Gmündische Nachrichten" 1793), Mergentheim (1794), Rottweil (1799), Eßlingen (1796 und 1799) werden Zeitungen gegründet. Schon 1790 schrieb der Redakteur des „Schwäbischen Merkurs" in Nr. 15 der „Schw. Chronik": „In Ansehung der Menge der nun vorhandenen periodischen Schriften wird sich mit Württemberg kein gleich großes Land im Deutschen Reich, ja nicht in Europa oder auf unserem ganzen Erdball messen können, wenn man einige große Haupt- und Residenzstädte wie London, Paris, Wien ausnimmt."

Die Vergrößerung Württembergs (seit 1802) und seine Neugestaltung in der Napoleonischen Zeit steigern und beschleunigen diese Entwicklung: Es suchen die Landvogteien (am Bodensee, auf der Alb etc.) sowie benachbarte Oberämter (Blaubeuren-Münsingen; Leonberg-Maulbronn; Nagold-Horb-Herrenberg) ihre eigenen Blätter zu erhalten. Diese Ausbreitung der Tagespresse vollzieht sich allerdings nicht gleichmäßig, sondern stoßweise (siehe Tabelle 1). Vor allem war die Strenge der Zensur in den ersten Jahren des Königreichs, die die Zensurierung nicht nur der Korrekturbogen, sondern auch der Manuskripte und die Vorlage jedes Zeitungsblattes an den Staatsminister einige Stunden vor der Ausgabe vorschrieb, der Entwicklung der Presse hinderlich und schreckte vor der unsicheren Neugründung ab; aus einigen Jahren sind gar keine, aus andern nur vereinzelte Neugründungen bekannt. Da brachte der Regierungsantritt König Wilhelms I. (30. Oktober 1816) die Hoffnung auf Erlösung: die Teilnahme des Volkes an der Politik des Landes war durch die Verfassungskämpfe (1815—19) erwacht und lebhaft, und diese Teilnahme konnte sich zum erstenmal einigermaßen frei in die Presse ergießen: 1817 gewährte Wilhelm die Preßfreiheit, und so zeigte auch das politische Interesse, das sich einer relativen Bewegungsfreiheit erfreute, seinen publizistischen Niederschlag in der frischeren, selbständigeren Haltung der bestehenden Presse, dann auch in der Raschheit, mit der in diesen Jahren an Neugründungen und Erweiterungen herangegangen wurde. Der Merkur z. B. erscheint 6 mal, er bringt in der „Schwäb. Chronik" zum ersten Mal ausführliche und unparteiische Kammerberichte, Auszüge aus den Protokollen. Aber die Freiheit war von kurzer Dauer. Der Karlsbader Kongreß (1819) verbot die Veröffentlichung jedes periodischen Blattes ohne vorhergegangene Genehmigung der Landesbehörde. Jeder Bundesstaat war dem Bund für die unter seiner Oberaufsicht erscheinenden Schriften verantwortlich. Damit war wieder die förmliche Zensur in allen Bundesstaaten eingeführt, und wie anderwärts, so wurde auch in Württemberg versucht, durch ihre strengste Handhabung, die sich auch auf alle innerwürttembergischen Ereignisse unpolitischer Art erstreckte, jedes politische Interesse zu ertöten.[1]) In der dumpfen Luft, die in diesen Jahren auf Land und Reich lag, und in der fast jedes Wort über innere Zustände verstummen mußte, erstickte das frische Leben, erstarben viele der neuen Triebe. Die 30er Jahre brachten von neuem eine Erhebung; die Pariser und belgische Revolution, die Aufstände in Deutschland, der Polnische Krieg beschäftigten die Gemüter. Es regt sich in Württemberg aufs

[1]) So sei erwähnt, daß im „Schw. Merkur" sogar der Tod Napoleons ohne jede politische Bemerkung verzeichnet wird.

Tabelle 1.[1])

Die württ. Zeitungen nach ihrem Gründungsjahr.

Jahr	Besteh. Zeitungen	Verschw. Zeitungen	Zusammen	Proz. der verschw. Zeitungen
bis 1800	9	12	21	**57,14**
1801	—	1	1	
1802	—	—	—	
1803	—	—	—	
1804	3	3	6	
1805	—	—	—	
1806	—	—	—	
1807	—	—	—	
1808	—	—	—	
1809	—	1	1	
1810	—	2	2	
1811	—	2	2	
1812	—	1	1	
1813	—	1	1	
1814	—	—	—	
1815	—	—	—	
1816	—	—	—	
1817	2	1	3	
1818	—	4	4	
1819	1	5	6	
1820	1	1	2	
1821	—	1	1	
1822	—	3	3	
1823	—	—	—	
1824	2	—	2	
1825	2	1	3	
	11	27	38	**71,05**

Jahr	Besteh. Zeitungen	Verschw. Zeitungen	Zusammen	Proz. der verschw. Zeitungen
1826	2	—	2	
1827	4	4	8	
1828	—	—	—	
1829	1	2	3	
1830	2	2	4	
1831	4	3	7	
1832	2	3	5	
1833	2	2	4	
1834	2	2	4	
1835	2	1	3	
1836	2	3	5	
1837	3	6	9	
1838	1	2	3	
1839	1	4	5	
1840	—	1	1	
1841	—	3	3	
1842	2	3	5	
1843	2	4	6	
1844	—	2	2	
1845	2	3	5	
1846	1	2	3	
1847	—	3	3	
1848	7	8	15	
1849	3	9	12	
1850	1	10	11	
	46	82	128	**64,06**

Jahr	Besteh. Zeitungen	Verschw. Zeitungen	Zusammen	Proz. der verschw. Zeitungen
1851	—	3	3	
1852	1	3	4	
1853	—	6	6	
1854	—	3	3	
1855	2	3	5	
1856	—	3	3	
1857	—	2	2	
1858	—	3	3	
1859	—	1	1	
1860	1	1	2	
1861	—	—	—	
1862	—	4	4	
1863	1	6	7	
1864	4	7	11	
1865	—	2	2	
1866	1	4	5	
1867	—	3	3	
1868	5	6	11	
1869	—	2	2	
1870	—	6	6	
1871	2	8	10	
1872	2	7	9	
1873	—	4	4	
1874	2	3	5	
1875	1	7	8	
	22	97	119	**81,51**

Jahr	Besteh. Zeitungen	Verschw. Zeitungen	Zusammen	Proz. der verschw. Zeitungen
1876	1	3	4	
1877	2	8	10	
1878	—	7	7	
1879	2	5	7	
1880	1	4	5	
1881	2	7	9	
1882	—	8	8	
1883	—	8	8	
1884	4	3	7	
1885	—	5	5	
1886	3	8	11	
1887	3	5	8	
1888	4	3	7	
1889	2	6	8	
1890	4	9	13	
1891	1	5	6	
1892	3	3	6	
1893	1	6	7	
1894	3	7	10	
1895	4	7	11	
1896	2	5	7	
1897	—	4	4	
1898	2	5	7	
1899	4	8	12	
1900	1	3	4	
	49	142	191	**74,35**

Jahr	Besteh. Zeitungen	Verschw. Zeitungen	Zusammen	Proz. der verschw. Zeitungen
1901	3	4	7	
1902	3	4	7	
1903	1	3	4	
1904	5	3	8	
1905	9	3	12	
1906	5	4	9	
1907	10	2	12	
1908	6	1	7	
1909	7	—	7	
1910/1911	22	—	22	
	71	24	95	**25,26**
Insges.	**208**	**384**	**592**	**64,86**

[1]) Die Tabelle enthält die sämtlichen von Schott und Gerster erwähnten Zeitungen, soweit das Gründungsjahr genannt ist, außerdem eine Reihe solcher Blätter, auf deren Existenz ich im Laufe der Arbeit (in dem Mosseschen Katalog etc.) gestoßen bin.

Neue ein öffentliches Leben, die höchste politische Gereiztheit herrscht. Elben berichtet, daß der Anzeigeteil des „Merkur" von heftigen Erklärungen politischen Inhalts strotzte, in denen sich Liberale und Reaktionäre überbieten. Die stürmische Erregung im Nachbarland Baden schlägt herüber, seine Kammerverhandlungen, die Reden über Preßfreiheit, die Verwirklichung deutscher Nationaleinheit werden in Württemberg verschlungen. In diesem Geiste, der um Durchführung des rein konstitutionellen Prinzips, Volksbewaffnung, Preßfreiheit, allgemeine deutsche Nationalversammlung und allgemeine Handels- und Gewerbefreiheit kämpfte, wurden die Wahlen zur Abgeordnetenkammer von 1831 geschlagen, die den Liberalen einen vollen Sieg brachten. Als ihr Organ wurde 1830 der „Hochwächter", heute „Beobachter", ins Leben gerufen, ein Blatt, das durch die lebhafte, volkstümliche Sprache und die Entschiedenheit seiner Leitartikel[1]) in den Fragen der württembergischen Politik rasch starken Einfluß und weite Verbreitung gewann. Er zählte nach einer Angabe in Nr. 14 vom 18. Januar 1832 schon nach einem Jahr 3000 Leser. Im „Merkur" und im „Beobachter" wurden von jetzt an jahrzehntelang die politischen Kämpfe des Landes ausgefochten. Während der Beobachter das Wort der Opposition führte, wurde der Merkur von den „Ministeriellen" als Sprachrohr benützt, gegen Artikel liberaler Tendenz mußte er immer mehr Verteidigungen der Reaktion bringen.[2])

Und wie sich trotz der Herrschaft der Reaktion, trotz einer verschärften, rücksichtslosen Zensur, die den politischen Stoff[3]) dezimierte,

[1]) Im „Schwäb. Merkur" begannen erst 1848 Leitartikel zu erscheinen, im „Neuen Tagblatt" erst Anfangs der 60er Jahre. Die „Voss. Zeitung" veröffentlichte seit dem 30. August 1844 politische Leitartikel.

[2]) O. Elben berichtet darüber p. 63: Im übrigen bildete sich allmählich unter mancherlei Erfahrungen eine Haltung des Blattes aus, die in der Hauptsache bis 1848 befolgt wurde. Wohl war dasselbe seit 1830 dem politischen Schwunge der Zeit sichtlich ergeben, aber nach und nach traten auch gegenteilige Einflüsse auf. Die Herausgeber waren mit Uhland und Pfizer ebenso verwandt wie mit Feuerlein, einem Führer der „Ministeriellen"; sie waren eng befreundet mit Führern der Liberalen, wie Schott und Walz. Bald traten zu den Artikeln im Sinne der Letzteren, z. B. für die 4 Demagogen, auch gegenteilige, offenbar halbamtliche; letztere mehrten sich. Jahrelang bestanden in Württemberg eigentlich nur 2 politische Blätter: der „Schwäb. Merkur" und der „Beobachter" (früher Hochwächter). Da letzteres das Oppositionsblatt war, so trieb eine gewisse Notwendigkeit zur Benützung des Merkurs durch die ministerielle Seite, sicher oft mehr, als dem Blatte lieb war.

[3]) Im Juni 1847 erschien der „Beobachter" einmal in ganz weißem Gewand: Er enthielt außer dem Titel, dem Namen des Redakteurs, dessen

und trotz des drückenden Konzessionszwangs [1]) in dieser Färbung und Belebung des Inhaltes, die vor der übrigen deutschen Presse gerade einige württembergische Zeitungen auszeichnete, die innere Entwicklung der Presse durchsetzte, so beginnt jetzt auch eine gleichmäßige äußere Ausbreitung über das Land. Die Zahl neuer Zeitungen, allerdings meist Amts- und Intelligenzblätter, wächst rasch, wenn auch von den Neugründungen, besonders denen, die auch politischen Stoff zu bieten wagten, eine erhebliche Zahl dauernde Existenz nicht gewinnen konnte. Nach einer nicht vollständigen Statistik in den Württembergischen Jahrbüchern 1831 gab es in Württemberg bereits 56 Tag- und Wochenblätter, wovon 19 Blätter politischen Inhalt (16 in Stuttgart) hatten, 29 Intelligenzblätter ohne politischen Stoff waren und die übrigen 8 zu den Zeitschriften zu rechnen sind.[2]) Die unpolitischen Blätter füllten, wie das für die übrigen deutschen Blätter dieser Art (Munzinger, p. 46 f.) in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts typisch war, ihren Raum, soweit er nicht durch amtliche Bekanntmachungen und Inserate, die häufig an der Spitze des Blattes standen, in Anspruch genommen war, mit Erzählungen, belehrenden und nützlichen Aufsätzen und Mitteilungen, feuilletonistischem und sonstigem Unterhaltungsstoff, wie Parabeln, Rätseln, Scherzen, Gedichten. Den nämlichen Charakter trugen auch der 1835 gegründete „Schwarzwälder Bote" und das 1843 entstandene „Stuttgarter Neue Tagblatt", das dem Anzeigebedürfnis [3]) und der Unterhaltung, nicht dem politischen Interesse dienen sollte. (Eine Erzählung nahm die Stelle des heutigen Leitartikels ein.) Außerdem pflegte das Stuttgarter Blatt die Besprechung städtischer Angelegenheiten und die Theater- und Musikkritik. Der „Schwarzwälder Bote", der übrigens durch k. Entschließung vom 6. Juli 1842 die Konzession erhielt, auch eine Übersicht der politischen Weltbegebenheiten zu bieten, und damit

---

Wohnung und Angabe des Druckers nur die Seitenzahlen. E. Schneider erzählt, in einem Aufsatz „Die Preßzensur in Württemberg" (Schwäbischer Almanach, herausgegeben vom Landesverband der Presse Württembergs und Hohenzollerns, Stuttgart, 1913 p. 51 ff.), daß nicht einmal die Empfehlung von Kandidaten gestattet war, und dem Beobachter sogar der Ausdruck „Wahlkampf" verwiesen wurde.

[1]) Die Konzession wurde erteilt z. B. mit dem Verbot jedes politischen und räsonnierenden Artikels „wenn an sich auch von unverfänglichem Inhalt". (Jubiläums-Nummer des Murrtalboten vom 1. Januar 1882.)

[2]) Der „Schwäbische Merkur" vom 20. September 1827 zählt 20 in der Zeit von 1817 bis 1827, das Statistische Jahrbuch 15 von 1828 bis 1832 wieder eingegangene Zeitungen und Zeitschriften auf.

[3]) Es kam nicht selten vor, daß Nummern überhaupt ohne Text, lediglich mit Anzeigen erschienen.

den Übergang vom Intelligenzblatt zum politischen Blatt vollzog, brachte in den 40er Jahren auch Illustrationen: Holzschnittartige Daguerrotypen, die die meist gruseligen Erzählungen illustrierten. Sie verschwanden allerdings nach einigen Jahren wieder.

Ihre Kulmination erreichte diese Ausdehnung der Presse in den Revolutionsjahren 1848—49, die durch das jubelnd begrüßte K. Dekret vom 1. März 1848 der württembergischen Presse den dauernden Gewinn der Pressfreiheit brachten.[1]) Unter ihr wachsen, wie im übrigen Deutschland, in diesen Zeiten stärkster politischer Triebkraft immer neue Blätter empor, und auch die Intelligenzblätter erweitern ihren Inhalt durch politischen Stoff, der meist den freiheitlichen Geist der Zeit atmete. Auch die Regierung schuf sich 1850 ein eigenes Organ, den „Staatsanzeiger" (s. Kap. „Die Regierung und die Presse"). Die Zeit der Intelligenzblätter war dem Ende nahe, die Grenzen zwischen dem politischen und dem Intelligenzblatt verwischten sich durch die steigende Aufnahme von Inseraten in die politischen Blätter und umgekehrt durch die Politisierung der Anzeigeblätter.[2]) Wie allerdings mit dem Sinken der freiheitlichen Bewegung und unter dem gesetzlichen und behördlichen Druck, der Ende des Jahres 1849 einsetzte, der politische Stoff aus den Amtsblättern wieder verschwand oder seine Farbe verlor, so hatte auch der größte Teil der politischen Blätter das Schicksal der in Zeiten starker Erregung rasch emporgeschossenen Triebe und verdorrte bald wieder. Ein verschärftes Preßgesetz trat in Kraft, ein 50 %er Zuschlag zu den Postgebühren von den politischen, ein 25 %er von den nichtpolitischen Zeitungen wurde erhoben und erschwerte so den politischen Blättern die Existenz. Durch Bundesbeschluß vom 6. Juli 1854, in Württemberg vollzogen durch K. Verordnung vom 5. Januar 1856, wurde die Ausübung des Buchdruckergewerbes und des Zeitungsverkaufs wiederum an eine besondere persönliche Konzession geknüpft, die jederzeit entzogen werden konnte. Jede periodische Druckschrift, mit Ausnahme der amtlichen, und jener, die sich nicht mit politischen und sozialen Fragen beschäftigten, hatte eine Kaution von 5000 Talern oder 8000 Gulden für etwaige Strafen zu hinterlegen. So verarmte unter diesen Bedrückungen, die noch schwerer als vor der Revolution auf der

[1]) Die förmliche Anerkennung der Preßfreiheit erfolgte am 24. Dezember 1864 nach dem Tode König Wilhelm I.

[2]) Das ist eine Entwicklung, die Munzinger (p. 47 f.) konform für den Norden Deutschlands nachgewiesen hat, und deren Gründe er anführt. Nach ihm setzte diese Umwandlung der Intelligenz- in politische Blätter mit dem letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts ein und vollzog sich endgültig in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Presse lasteten, der Inhalt der württembergischen Zeitungen, und die Zahl der in den 50er Jahren entstandenen und wieder untergegangenen Zeitungen ist sogar größer als nach den Revolutionsjahren (vergl. Tab. 1). Aber die politische Presse hatte doch schon eine solche Stärke erlangt, daß sie auch die Reaktion überwand. An die Stelle der untergegangenen traten immer wieder neue Zeitungsgründungen, und auch der innere Gehalt belebte sich wieder an den politischen Strömungen der 60er Jahre — Kampf um die „nationale Frage" und Gründung der „Nationalen" Partei in Württemberg, italienische Einheitsbestrebungen, Schleswig-Holsteinische Frage, in der Stuttgart ein Vorort der Agitation für die Befreiung der Herzogtümer war, Kampf um den „Südbund" oder Anschluß an den Norden, Zollparlamentswahlen von 1868 mit vollständiger Niederlage der Nationalen Partei, Landtagswahlen vom gleichen Jahr. Allein in diesem Wahljahr 1868 entstanden nicht weniger als 11 neue Zeitungen.

Die württembergischen Jahrbücher (Jahrgang 1869) konnten in den Jahren 1865 bis 1869 bereits 85, bezw. 88, 90, 94, 92 Blätter aufzählen, Angaben, die zudem nicht vollständig sind. Es kamen also 1865 auf 22 024 Einwohner, 1869 auf 20 962 Einwohner bereits ein Blatt. Unter dem politischen und wirtschaftlichen Aufschwung, der dem Kriege von 1870/71 folgte, in Verbindung mit der Abschaffung des Zeitungsstempels und der Kautionen durch das Preßgesetz von 1874 setzte diese Entwicklung sich steigend fort, und das Netz der Zeitungen war bereits so dicht, daß mit der Gründung der Weinsberger Zeitung (1875) jedes Oberamt im Besitz seines eigenen Blattes war.

·∘○∘·

2. Kapitel.

Die jüngste Entwicklung und Verbreitung im Land.

Seit den 70er Jahren wird die Zeitungsspekulation immer lebhafter. All die Ursachen, die das enorme Wachstum der Presse in den letzten Jahrzehnten bedingen, die allgemeine Volksbildung, die Verbreitung politischen Interesses, das Aufblühen des wirtschaftlichen Lebens, die Freiheit der Presse, die Erleichterung und Verbilligung des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung, die Fortschritte der Zeitungstechnik usf., erzeugten wie anderwärts, auch in Württemberg mit der Diffusion der Industrie auch in die kleineren Städte und auf das Land und mit der Differenzierung des Parteiwesens (z. B.

scharfer Gegensatz zwischen deutscher [nationalliberaler] Partei und Volkspartei Anfangs der Neunzigerjahre, Gründung der Zentrumspartei), jenen charakteristischen Reichtum an kleinen und kleinsten Zeitungsunternehmungen, die nicht nur in den Oberamtsstädten, sondern auch in den übrigen Landstädtchen und Industriegemeinden entstanden und sich den beschränkten Boden streitig zu machen suchten [1]) (vergl. Tabelle 5, Seite 25).

Diese rapide Vermehrung der Zeitungen in Württemberg in den letzten 35 Jahren ergibt sich aus folgender (aus den Untersuchungen von Schott und Gerster und aus den Zeitungskatalogen von Mosse und Haasenstein & Vogler, Jahrgang 1911 und 1912 zusammengestellten) Tabelle:

Tabelle 2.

Stuttgart.

Zahl der Zeitungen	%	Bevölkerung	%	Zunahme der Zeitungen	Zunahme der Bevölkg.
1876 10[2])	9,2	131 569	7,0		
1886 12[2])	9,3	154 773[3])	7,8	20,00	17,64
(1909 16)	(8,1)	(253 100)	11,0	(33,33)	(63,53)
1911 16	7,4	286 218	11,7	33,33	84,93

Übriger Neckarkreis:

Zahl der Zeitungen	%	Bevölkerung	%	Zunahme der Zeitungen	Zunahme der Bevölkg.
1876 26[2])	24,1	456 265	24,2		
1886 30[2])	23,3	484 625[3])	24,3	15,38	6,21
(1909 62)	(31,5)	(558 378)	24,3	(106,67)	(15,22)
1911 72	32,9	596 351	24,5	136,67	23,05

[1]) Ein Beispiel für diese Zeitungsspekulation aus neuester Zeit bietet ein Vorgang in der Gemeinde Plochingen (3525 Einw.); hier wurden i. J. 1913, nachdem die „Plochinger Zeitung" in den Besitz der „Eßlinger Zeitung" übergegangen war, noch zwei weitere Zeitungen gegründet: „Plochinger Anzeiger" (4 mal wöchentlich) und der „Plochinger Neckarbote" (3 mal wöchentlich). Diese erlag schon nach vierteljähriger Existenz im Konkurrenzkampf, während jene ihr Dasein noch bis in den Dezember fristen konnte und dann gleichfalls einging.

[2]) Die Differenz mit den Angaben in den Württ. Jahrbüchern 1877 und 1887 erklärt sich daraus, daß des Vergleichs halber die in den eingemeindeten Orten: Cannstatt und Gaisburg erscheinenden Zeitungen zu den Stuttgarter Zeitungen gezählt und von denen des Neckarkreises abgezogen wurden.

[3]) In dem Aufsatz v. Gerster, Württ. Jahrbücher 1910 (p. 252) ist die Bevölkerungsziffer für Stuttgart irrtümlich mit 164 773, die für den übrigen Neckarkreis mit 474 625 angegeben, es verändern sich dementsprechend auch die Angaben über die Zunahme der Bevölkerung.

Schwarzwaldkreis:

	Zahl der Zeitungen	%	Bevölkerung	%	Zunahme der Zeitungen	Zunahme der Bevölkg.
1876	23	21,3	454 937	24,2		
1886	30	23,3	475 277	23,8	30,43	4,47
(1909	44)	22,3	(541 662)	23,5	(46,67)	(13,97)
1911	49	22,7	570 820	23,4	63,33	20,10

Jagstkreis:

	Zahl der Zeitungen	%	Bevölkerung	%	Zunahme der Zeitungen	Zunahme der Bevölkg.
1876	19	17,6	390 703	20,8		
1886	22	17,0	405 085	20,3	15,7	6,11
(1909	27)	13,7	(407 059)	17,7	(22,73)	(0,48)
1911	28	12,9	414 969	17,0	27,27	2,44

Donaukreis:

	Zahl der Zeitungen	%	Bevölkerung	%	Zunahme der Zeitungen	Zunahme der Bevölkg.
1876	30	27,8	448 031	23,8		
1886	35	27,1	475 425	23,8	16,6	3,68
(1909	48)	24,4	(541 980)	23,5	(37,14)	(13,99)
1911	52	24,1	596 216	23,4	48,57	19,73

Württemberg:

	Zahl der Zeitungen	%	Bevölkerung	%	Zunahme der Zeitungen	Zunahme der Bevölkg.
1876	108	100,0	1 881 505	100,0		
1886	129	100,0	1 995 185	100,0	19,00	6,04
(1909	197)	100,0	(2 302 179)	100,0	(52,71)	(15,39)
1911	216	100,0	2 437 574	100,0	67,44	22,17

Die prozentuale Verteilung der Bevölkerung und der Zeitungen ist, auch wenn man von der Großstadt Stuttgart absieht, nur im Schwarzwald- und Donaukreis einander gleich, dagegen zeigen im Neckarkreis die prozentualen Anteile der Zeitungen und der Bevölkerung eine Spannung von 8,4 % zu Gunsten der Zeitungen, und im Jagstkreis eine solche von 4,1 % zu ihren Ungunsten. Beim Neckarkreis ist diese überaus dichte Besetzung mit Zeitungen erst in den letzten Dezennien erfolgt, sowohl 1876 wie 1886 entsprach die prozentuale Verteilung der Zeitungen der der Bevölkerung. Mit der stärkeren Industrialisierung schießen immer neue Blätter hervor: während die Bevölkerung des Neckarkreises seit 1886 um 23,05 % zugenommen hat, wuchs die Zahl der Zeitungen um nicht weniger als 136,67 %, das Verhältnis der Bevölkerungszunahme zur Zeitungszunahme ist wie 1 : 6. Stärker allerdings ist die relative Zunahme der Zeitungen in dem industriearmen Jagstkreis, aber hier nicht infolge

einer außergewöhnlichen Vermehrung der Zeitungen, sondern des Stillstands der Bevölkerung. Die Zeitungen vermehrten sich in den letzten 26 Jahren um 27,27 %, die Bevölkerung aber nur um 2,44 %, so daß sich die Zunahme der Bevölkerung zu der der Presse wie 1: 10[1]) verhält. Von den beiden übrigen Kreisen, die eine annähernd gleiche Bevölkerungszunahme haben, hat der industriereichere Schwarzwaldkreis in der Zeitungszunahme einen geringen Vorsprung vor dem landwirtschaftlichen Donaukreis: in beiden Kreisen verhält sich die Bevölkerungszunahme zur Zeitungszunahme etwa wie 1: 3, bezw. 1: 2,5. In der Stadt Stuttgart, deren Bevölkerung sehr rasch wächst, wo aber die Konkurrenz der großen kapitalkräftigen Zeitungen eine Neugründung außerordentlich erschwert, ist von 1886 bis 1911 die Zunahme der Zeitungen, die in den vorhergehenden 10 Jahren die Bevölkerungszunahme noch etwas übertroffen hat, mehr als um die Hälfte zurückgeblieben.

In Württemberg im ganzen übertrifft die Zunahme der Zeitungen die der Bevölkerung um mehr als das Dreifache.

Mit dem Verhältnis seiner Zeitungen zur Bevölkerung steht Württemberg mit an der Spitze der größeren deutschen Bundesstaaten[2]) und übertrifft, wie die folgende Tabelle beweist, den Durchschnitt im Reich erheblich.

Während 1876 noch auf 17 421 Einwohner in Württemberg, auf 18 192 im deutschen Reiche eine Zeitung kam, hatte Württemberg in den letzten Jahren das Reich weiter überflügelt: es kam 1909 in Württemberg schon auf 11 686 Einwohner eine Zeitung, im Reich erst auf 15 160, und i. J. 1911 kam in Württemberg sogar schon auf 11 285 Einwohner eine Zeitung.

Tabelle 3.

Neckarkreis:

	Bevölkerung	Zeitungen	Ein Blatt kommt auf
1876:	587 834	36	16 328 Einwohner
1886:	639 398	42	15 595 „
(1909:	811 478)	(78)	(10 403 „)
1911:	882 569	87	10 144 „

[1]) Gerster findet bei der geringen Bevölkerungszunahme von 1886 bis 1909 sogar das Verhältnis 1: 47.

[2]) Stoklossa berechnet, daß auf je eine Zeitung kommen Einwohner: in Preußen 16 186 (Schacht 1897: 16 032), Bayern 14 896 (14 584), Sachsen 17 750 (14 797), Baden 11 898 (13 583), Elsaß-Lothringen 21 099 (29 836). Eine größere Zeitungsdichtigkeit als Württemberg haben Waldeck 8 477 (—), beide Mecklenburg 8 885 (9 333), Thüringen 10 088 (10 341) und Hessen 10 515 (12 370).

Schwarzwaldkreis:

	Bevölkerung	Zeitungen	Ein Blatt kommt auf
1876:	454 937	23	19 779 Einwohner
1886:	475 277	30	15 843 „
(1909:	541 662)	(44)	(12 311 „)
1911:	570 820	49	11 649 „

Jagstkreis:

	Bevölkerung	Zeitungen	Ein Blatt kommt auf
1876:	390 703	19	20 563 Einwohner
1886:	405 085	22	18 413 „
(1909:	407 059)	(27)	(15 076 „)
1911:	414 969	28	14 820 „

Donaukreis:

	Bevölkerung	Zeitungen	Ein Blatt kommt auf
1876:	448 031	30	14 934 Einwohner
1886:	475 425	35	13 584 „
(1909:	541 980)	(48)	(11 291 „)
1911:	569 216	52	10 946 „

Württemberg:

	Bevölkerung	Zeitungen	Ein Blatt kommt auf
1876:	1 881 505	108	17 421 Einwohner
1886:	1 995 185	129	15 466 „
(1909:	2 302 179)	(197)	(11 686 „)
1911:	2 437 574	216	11 285 „

Deutsches Reich:

	Bevölkerung	Zeitungen	Ein Blatt kommt auf
1876:	42 752 554	2 350	18 192 Einwohner
1886:	46 855 708	? [1])	? [1]) „
1909:	60 641 278	4 000	15 160 „

Aus der Tabelle ergibt sich, daß die Zeitungsvermehrung in Württemberg die des Deutschen Reichs übertrifft: 1909 machten die Zeitungen Württembergs 4,9 % der deutschen Zeitungen, 1876 aber 4,59 % aus, während der Anteil an der Reichsbevölkerung für beide Jahre 3,8 bezw. 4,4 % betrug. Es ist also der Anteil der Zeitungen Württembergs gestiegen in dem Zeitraum, in dem sein Bevölkerungsanteil gesunken ist.

Allerdings sind bei diesen Ergebnissen die sogenannten Kopf-

[1]) Schott macht für 1886 keine Angaben über die ungefähre Zahl der Zeitungen im Deutschen Reich.

blätter, d. s. Blätter, deren Text ganz oder bis auf den lokalen Teil und die Inserate gleich ist, die aber verschiedene Titel führen und an einem anderen Orte, meist der Umgebung, als eigenes Organ erscheinen,[1]) als selbständige Zeitungsunternehmungen gezählt. Rechnet man diese Blätter ab, so ergibt sich:

Tabelle 4.

	Zahl der Zeitungen	%	Bevölkerung	%	Zunahme der Zeitungen	Zunahme d. Bevölkg.
Stuttgart.						
1886	12	9,3	154 773	7,8		
(1909	14)	(8,3)	(253 100)	(11,0)	(16,67)	(63,53)
1911	14	7,7	286 218	11,7	16,67	84,93
Übriger Neckarkreis.						
1886	30	23,3	484 625	24,3		
(1909	51)	(30,2)	(558 378)	(24,3)	(70,00)	(15,22)
1911	54	29,8	596 351	24,5	80,00	23,05
Schwarzwaldkreis.						
1886	30	23,3	475 277	23,8		
(1909	40)	(23,7)	(541 662)	(23,5)	(33,33)	(13,97)
1911	45	24,9	570 820	23,4	50,00	20,10
Jagstkreis.						
1886	22	17,0	405 085	20,3		
(1909	21)	(12,4)	(407 059)	17,7	(Abnahme 4,54)	(0,48)
1911	21	11,6	414 969	17,0	Abnahme 4,54	2,44

[1]) 1886 erwähnt Dr. Schott die Ausgabe von „Kopfblättern" als „eine neue Praxis". Er teilt sie mit, ohne sie als selbständig zu zählen. Die Ausgabe solcher „Kopfblätter" erfolgt in der Regel, um an einem dem Sitze des Zeitungsunternehmens benachbarten Ort für die Nebenausgabe als Lokalblatt eine größere Verbreitung zu erlangen. Es handelt sich dabei um Gemeinden, in deren Bevölkerung eine weitgehende Übereinstimmung der geistigen und wirtschaftlichen Interessen besteht, so daß die von Allaire (a. a. O. p. 32) ausgesprochene Befürchtung unbegründet ist, daß durch die Nebenausgaben „eine Verflachung des Interesses an außer- und innerpolitischen und wirtschaftlichen Zuständen und Ereignissen herbeigeführt wird, da eine Zeitung nicht imstande ist, gleichzeitig zwei verschiedenen Interessenkreisen z. B. denen in der Stadt und denen auf dem Lande gerecht zu werden." Auch von ausgesprochenen Parteizeitungen werden solche Nebenausgaben veranstaltet, um in verschiedenen Teilen des Landes, wo sich eine selbständige Zeitung nicht halten könnte, eine publizistische Vertretung der Partei zu ermöglichen, hier gilt also gerade das Gegenteil der Auffassung von Allaire.

Donaukreis.

Zahl der Zeitungen		%	Bevölkerung	%	Zunahme d. Zeitungen	Zunahme der Bevölkg.
1886	35	27,1	475 425	23,8		
(1909	43)	(25,4)	(541 980)	(23,5)	(22,86)	(13,99)
1911	47	26,0	569 216	23,4	34,29	19,73

Königreich Württemberg.

1886	129	100,0	1 995 185	100,0		
(1909	169)	(100,0)	(2 302 179)	(100,0)	(31,00)	(15,39)
1911	181[1])	100,0	2 437 574	100,0	40,31	22,17

Die prozentuale Verteilung der Bevölkerung und der Zeitungen hat sich im Gesamtbild nicht geändert: Der industriellste Kreis des Königreichs, der Neckarkreis, zeigt einen stärkeren Anteil der Zeitungen, als seinem Bevölkerungsanteil entspricht, der landwirtschaftliche Jagstkreis einen geringeren. Nur die Spannung hat sich beim Neckarkreis doch stark verringert (5,3 %). Dagegen verschieben sich die Zunahmeverhältnisse recht beträchtlich: der Jagstkreis rückt von der Spitze des Zeitungswachstums an das Ende und zeigt einen Rückgang, im Neckarkreis (ohne Stuttgart) ist das Verhältnis von Bevölkerungswachstum zur Zeitungszunahme wie 1 : 3,4, im Schwarzwaldkreis wie 1 : 2,5 und im Donaukreis wie 1 : 1,7. Hier wird also die tatsächlich stärkere Zunahme der Zeitungen in den beiden industrialisierten Landeskreisen vor den beiden überwiegend landwirtschaftlichen weit deutlicher.

Im ganzen Lande ist aber die Zunahme der Zeitungen nicht dreimal, sondern nicht ganz doppelt so groß wie die Bevölkerungszunahme.

Es kommt eine Zeitung auf Einwohner

	1911	1909
im Neckarkreis	12 979	12 629
„ Schwarzwaldkreis	12 685	13 542
„ Jagstkreis	19 760	12 604
„ Donaukreis	12 111	19 384
in Württemberg	13 467	13 622

Die Verteilung der Zeitungen auf die Oberämter zeigt folgende Entwicklung:

[1]) In Heft 1 des „Zeitungsspiegels", Mitteilungen des Evang. Presseverbands für Württemberg, Jahrgang 1913/14 ist die Zahl der württembergischen Zeitungen für 1912 auf 204 angegeben, etwas zu hoch, wenn man die Kopfblätter abzieht, zu niedrig, wenn die Kopfblätter eingerechnet sind.

Tabelle 5.

	1876	1886	1909
	Zeitungen	Zeitungen	Zeitungen
Im Stadtdirektionsbez. Stuttgart	10	12	16
Es haben:	Oberämter	Oberämter	Oberämter
Im übr. Neckarkreis	7 je 1	7 je 1	— —
	6 je 2	4 je 2	4 je 2
	3 je 3	3 je 3	5 je 3
		1 4	3 je 4
		1 5	2 je 5 (Besigheim)
		(Besigheim)	1 7 (Ludwigsburg)
			1 10 (Heilbronn)
	Oberämter	Oberämter	Oberämter
Im Schwarzwaldkreis	13 je 1	7 je 1	5 je 1
	2 je 2	8 je 2	3 je 2
	2 je 3	1 3	5 je 3
		1 4	2 je 4
			2 je 5
			(Reutlingen u. Urach)
	Oberämter	Oberämter	Oberämter
Im Jagstkreis	10 je 1	9 je 1	5 je 1
	3 je 2	3 je 2	6 je 2 [1]
	1 3	1 3	2 je 3
		1 4	1 4
	Oberämter	Oberämter	Oberämter
Im Donaukreis	5 je 1	3 je 1	1 1
	9 je 2	10 je 2	9 je 2
	1 3	2 je 3	3 je 3
	1 4	1 5	1 7 (Göppingen)
	(Ulm)	(Ulm)	1 9 (Ulm)
	Oberämter	Oberämter	Oberämter
In Württemberg	35 je 1	26 je 1	11 je 1
	20 je 2	25 je 2	22 je 2
	7 je 3	7 je 3	15 je 3
	1 4	3 je 4	7 je 4
		2 je 5	4 je 5
			2 je 7
			1 9
			1 10 Zeitungen

Es stehen also an der Spitze die Oberämter mit einer größeren Stadt, wie Heilbronn, Ulm, Göppingen, Eßlingen, dann aber auch die Oberämter mit stark industrieller Bevölkerung, wie Besigheim, Urach,

[1]) Darunter das Oberamt Neresheim, das aber kein selbständiges Blatt besitzt, denn „Härtsfelder Bote“ („Bopfinger Anzeiger“), „Bopfinger und Neresheimer Tagblatt“ sind Kopfblätter der „Kocher-, bezw. Ipf- und Jagstzeitung“.

und hierher gehört auch Ludwigsburg, wo auf die Oberamtsstadt nur 2, auf das übrige Oberamt 5 Zeitungen entfallen. Besonders stark gewachsen ist die Zahl der Oberämter mit 3 oder 4 Zeitungen, während die Zahl der Oberämter mit nur einer Zeitung von 35 auf 11 gesunken ist, und im Neckarkreis überhaupt keine, im Donaukreis nur mehr ein einziges Oberamt mit 1 Zeitung ist. Die Zeitung ist aus der Oberamtsstadt, wo sie zuerst Wurzel faßte, nach den übrigen durch Industrie etc. bedeutenderen Plätzen des Bezirks gedrungen, und die parteipolitische Differenzierung der Bevölkerung hat eine weitere Dezentralisation der Presse erzeugt (vergl. p. 19).

Das Maß dieser Dezentralisation zeigen folgende Zahlen: [1])

1876 verteilten sich die 108 Zeitungen auf 82 Verlagsorte
1886 „ „ „ 129 „ „ 94 „
1909 „ „ „ 169 „ „ 115 „
1911 „ „ „ 181 „ „ 119 „

Die Verlagsorte haben sich seit 1876 also um 45,1 % vermehrt, die Zeitungen um 69,1 %, d. i. um die Hälfte mehr.

Eine Übersicht über die Gemeinden mit Zeitungen (vergl. Tab. 6)

Tabelle 6.

Jahr	Zahl der Zeitungsorte	davon hatten Zeitungen									Zahl der Zeitungen
		1	2	3	4	6	7	8	9	14	
1876	82	65	13	3	—	—	—	1	—	—	108
1886	94	73	15	3	2	—	—	—	1	—	129
1909	115	86	23	2	1	1	1	—	—	1	169
1911	119	88	21	6	1	1	—	—	1	1	181

läßt ein starkes Wachsen der Gemeinden mit einer und mit zwei Zeitungen feststellen. Erst in den letzten zwei Jahren hat sich die Zahl der Gemeinden mit drei Zeitungen auf Kosten der mit zwei vermehrt. Diese Zunahme der Gemeinden mit einer und zwei Zeitungen hat auch Allaire (p. 30) für Bayern konstatiert, während dort die Gemeinden mit drei Zeitungen allmählich abgenommen haben. (In Württemberg, wo die Geringfügigkeit der Zahl [6] einen Schluß verbietet,

[1]) Nach Schacht verteilen sich die 3 405 deutschen Zeitungen des Jahres 1897 auf 1 884 Verlagsorte, Schacht zählte 142 Zeitungen in Württemberg, in 102 Verlagsorten, davon Stuttgart mit 13 Zeitungen, 3 Städte mit 4—9 und 28 (?) mit 2—3 Zeitungen. — Nach Stoklossa verteilen sich die 3 929 deutschen Zeitungen des Jahres 1909 auf 2 228 Verlagsorte. Er gibt für Württemberg 183 Zeitungen in 123 Verlagsorten an. Bei diesen Zahlen sind die Kopfblätter als selbständig gezählt.

ist die Zunahme der Gemeinden mit drei Zeitungen von 1909 bis 1911 in zwei Fällen durch Neugründungen, in zwei andern Fällen aber durch Zeitungsverlegungen erfolgt.)

1876 hatte Stuttgart 8,[1]) Heilbronn, Reutlingen und Ulm je 3, und 13 Gemeinden je 2 Zeitungen, darunter Bopfingen (1486) und Münsingen (1612) unter 2000 Einwohner.

1886 hatte Stuttgart 9,[1]) Eßlingen und Biberach je 4, Heilbronn, Ulm, Wildbad je 3 und 15 Gemeinden je 2 Zeitungen, darunter noch Bopfingen mit weniger als 2000 Einwohner.

1909 hatte Stuttgart 14, Ulm 7, Heilbronn 6, Eßlingen 4, Wildbad, Reutlingen je 3 und 23 Gemeinden je 2 Zeitungen, darunter war keine Stadt mehr mit unter 2000 Einwohnern.

1911 hatte Stuttgart 14, Ulm 9, Heilbronn 6, Reutlingen 4, Eßlingen, Altensteig, Wildbad, Oberndorf, Urach und Göppingen je 3, und 21 Gemeinden je 2 Zeitungen.

Die unterste Einwohnergrenze der Gemeinden, in denen eine Zeitung erscheint, ist 1000. Im Jahre 1876 gab es noch drei Städtchen mit eigener Zeitung, die unter 1000 Einwohner hatten, nämlich Gerabronn (750), Maulbronn (870), Neresheim (891). Es gab ferner 12 Städtchen mit 1000—2000 Einwohner im Besitz eigener Blätter. Schon 1886 aber kommt keine Stadt mehr unter 1000 Einwohner mit eigener Zeitung vor, und die Zahl der kleinen Städte mit eigenem Blatt sinkt auf 13. Das Jahr 1909 zeigt keine wesentliche Veränderung. Es gab allerdings 23 Gemeinden unter 2000 Einwohnern mit eigener Zeitung, darunter Bonfeld mit 980 Einwohnern. Die Zeitung ist aber lediglich ein Kopfblatt. Und scheidet man alle Kopfblätter aus, so sind es wiederum 13 Orte mit weniger als 2000 Einwohnern, die sich des Besitzes einer eigenen Zeitung rühmen können.[2]) Im Jahre 1911 endlich waren nur 12 Gemeinden unter 2000 Einwohner Verlagsorte mit 13 Zeitungen.[3]) Unter diesen kleinen Gemeinden waren 1876 nicht weniger als 10 Oberamtsstädte, 1886 sieben und 1909 und 1911 vier. Die Amtsblatteigenschaft gibt trotz der Enge des Bodens diesen Zeitungen das Fundament und sichert ihnen auch einen Abonnentenkreis im Bezirk. Dazu kommt, daß auch die sonstigen Geschäfte dieser kleinen Zeitungsbesitzer (Akzidenzdruckerei, Papier-

[1]) Ohne die Zeitungen der später eingemeindeten Orte.

[2]) Im Gegensatz dazu sind in Bayern die Verlagsorte mit weniger als 2000 Einwohnern von 1897 bis 1912 von 53 auf 73 gestiegen, d. i. eine Zunahme von ca. 38 %, bei einer Zunahme der Verlagsorte von nur 23 %.

[3]) Von den in den Jahren 1910 und 11 gegründeten Zeitungen erschien kein selbständiges Blatt in einer Gemeinde unter 2000 Einwohnern, mit Ausnahme des „Würmtalbote" in Weilderstadt, das also damit zwei Zeitungen besaß. Der „Würmtalbote" ging aber bereits im Frühjahr 1913 wieder ein.

handlung etc.) durch die Behörden weiteren Verdienst finden. Die Herausgabe der Zeitung wird an kleinen Orten nicht selten auch veranlaßt durch die Notwendigkeit, die nicht vollausgenützten Maschinen etc. der Akzidenzdruckerei durch Herstellung einer 2- oder 3 mal wöchentlich erscheinenden Zeitung auszunützen. So hat Bensheimer (p. 36) auf die Frage: „Inwieweit wird der Betrieb vom Zeitungsverlag in Anspruch genommen?" vielfach die Antwort erhalten: $^1/_3$ und selten mehr. An andern Orten führte auch die relative Abgeschlossenheit des Erscheinungsgebiets, die Schwierigkeit der Verkehrsverbindung,[1]) oder auch die historische Bedeutung (Reichsstadteigenschaft, wie in Weilderstadt) zur Gründung von Zeitungsunternehmen.

Nach Stoklossa hatte 1909 im Deutschen Reich ein Ort, das Dörfchen Hanerau in Schleswig-Holstein, mit nur 430 Einwohnern eine eigene, dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung. Es hatten 10 Gemeinden von 500—1000 Einwohnern und 209 Gemeinden unter 2000 Einwohner eine eigene Zeitung.

Der größte Ort Württembergs ohne eigene Zeitung ist Baiersbronn, O.A. Freudenstadt, mit 6 711 Einwohnern, sonst gibt es in Württemberg z. Z. keine Gemeinde mit über 5000 Einwohnern ohne eigenes Blatt.

Um wie viel stärker überhaupt der städtische Boden Zeitungen hervorruft, das lassen die beiden folgenden Tabellen ersehen:

Tabelle 7.

Kreis	Gemeinden mit mehr als 5000 Einw.			Gemeinden mit weniger als 5000 Einw.		
	Zahl	Gesamtbevölkerung	%	Zahl	Gesamtbevölkerung	%
Neckarkreis . .	14	468 513	53,1	376	414 056	46,9
Schwarzwaldkreis	17	178 225	31,2	497	392 595	68,8
Jagstkreis . . .	6	72 621	17,5	419	342 348	82,5
Donaukreis . .	11	152 833	26,9	562	416 383	73,1
Württemberg . .	48	872 192	35,8	1854	1 565 382	64,2

[1]) Bensheimer (p. 18) stellt fest: „(Die Zahl der Zeitungen in den kleinen Gemeinden bestimmt sich danach), inwieweit es dem amtlichen Hauptsitz des Kreises gelungen ist, sich als wirtschaftlicher und geistiger Mittelpunkt durchzusetzen. Am stärksten wird das der Fall sein in der Ebene, wo der Güter- und Meinungsaustausch am lebhaftesten ist, am schwächsten im Gebirge, wo die Verkehrsverhältnisse am schwierigsten sind. Der gegebene Boden für die ausgesprochene Dorfzeitung ist also das Gebirge, in der Ebene dagegen wird die Kleinzeitung entweder durch die Konkurrenz der Großzeitung erdrückt, oder aber zur Bedeutungslosigkeit verurteilt."

Tabelle 8.

Kreis	Gemeinden mit mehr als 5000 Einw.			Gemeinden mit weniger als 5000 Einw.		
	Zahl	Gesamtzahl d. Zeitungen	%	Zahl	Gesamtzahl d. Zeitungen	%
Neckarkreis . .	14	41	60,3	376	27	39,7
Schwarzwaldkreis	17	25	55,6	497	20	44,4
Jagstkreis . . .	6	8	38,1	419	13	61,9
Donaukreis . .	11	21	44,7	562	26	55,3
Württemberg . .	48	95	52,5	1854	86	47,5

Während also die größeren Gemeinden 52,5 % aller Zeitungen besitzen, d. i. mehr als die Hälfte, beträgt ihr Bevölkerungsanteil nur über ein Drittel — 35,8 — der Gesamtbevölkerung, ein Ergebnis, das mit dem von Allaire für Bayern gefundenen übereinstimmt: hier beträgt der Anteil der Bevölkerung der Gemeinden mit über 4000 Einwohnern [1]) an der Gesamtbevölkerung 36,7 %, der Anteil dieser Gemeinden an der Gesamtzahl der Zeitungen 53,9 %.

In Württemberg kommen auf dem Lande auf eine Zeitung 18 202 Einwohner (in Bayern 21 902), in Gemeinden mit über 5000 Einwohnern 9181 Einwohner (in Bayern 10 835). In Württemberg wie in Bayern treffen also auf die Bevölkerung dieser Gemeinden etwa doppelt soviel Zeitungen wie auf die Bevölkerung der kleinen Gemeinden.

Es ist selbstverständlich, daß sich der Anteil des platten Landes noch ungünstiger gestaltet, wenn man zwischen Gemeinden mit unter und über 2000 Einwohnern unterscheidet.

Die Bevölkerung der Gemeinden mit unter 2000 Einwohnern beträgt 1 213 658 Personen = 49,8 % der Gesamtbevölkerung.

Die Bevölkerung der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern beträgt 1 223 916 Personen = 50,2 % der Gesamtbevölkerung, dagegen haben die Gemeinden unter 2000 Einwohner 13 Zeitungen = 7,2 % aller Zeitungen, die Gemeinden über 2000 Einwohner 168 Zeitungen = 92,8 % aller Zeitungen.

Es treffen also auf eine Zeitung auf dem Lande 93 357 Einwohner, in den Städten aber nur 8 797 Einwohner.

Für Bayern fand Allaire folgende Zahlen:

In den Gemeinden unter 2000 Einw. wohnten 3 808 169 Personen = 55,3 % der Gesamtbevölkerung.

[1]) Die Zahlen Allaire's beziehen sich auf Gemeinden mit über, bezw. bis 4000 Einwohner.

In den Gemeinden über 2000 Einw. wohnten 3 079 122 Personen = 44,7 % der Gesamtbevölkerung.

Die Gemeinden unter 2000 Einw. hatten 82 Zeitungen = 19 % aller Zeitungen.

Die Gemeinden über 2000 Einw. hatten 350 Zeitungen = 81 % aller Zeitungen.

Es stellt sich also das Zeitungsverhältnis des platten Landes zu den städtischen Gemeinden noch immer günstiger dar als in Württemberg: während in Bayern dies Verhältnis immerhin etwa 1 : 4 ist, ist es in Württemberg 1: 13. Je größer der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung eines Landes ist, desto schwieriger und unrentabler ist die Gründung von Zeitungen auf dem platten Lande. Die Expansion der städtischen Blätter verhindert mit dem geringen Lesebedürfnis der ländlichen Bevölkerung das Aufkommen und die Existenz von Zeitungen auf dem Lande.

Auf die einzelnen Ortsgrößenklassen verteilen sich die württembergischen Zeitungen folgendermaßen:

Zahl der Gemeinden unter 2000 Einw.	1735 [1]	
davon sind Zeitungsorte	12	mit 13 Zeitungen
Zahl der Gemeinden von 2—5000 Einw.	119	
davon sind Zeitungsorte	60	mit 71 Zeitungen
Zahl der Gemeinden von 5—10000 Einw.	29	
davon sind Zeitungsorte	28	mit 37 Zeitungen
Zahl der Gemeinden von 10—20000 Einw.	11	
davon sind Zeitungsorte	11	mit 17 Zeitungen
Zahl der Gemeinden von 20—50000 Einw.	6	
davon sind Zeitungsorte	6	mit 20 Zeitungen
Zahl der Gemeinden von 50—100000 Einw.	1	mit 9 Zeitungen
Zahl der Gemeinden mit über 100000 Einw.	1	mit 14 Zeitungen.

Daraus ergibt sich, daß auf die Gemeinden von 2—10 000 Einwohnern, die eine Gesamtbevölkerung von 553 114 Personen =22,7 % haben, 108 Zeitungen = 59,6 % entfallen, während auf die Gemeinden mit über 10 000 Einwohner, die eine Gesamtbevölkerung von 670 802

[1]) In Baden waren nach Bensheimer unter 1 438 Gemeinden mit weniger als 2000 Einw. 13 Verlagsorte einer Zeitung, in den Gemeinden von 2000—5000 Einw. kommt schon fast eine Zeitung auf 2 Gemeinden. Württemberg hat aber verhältnismäßig weniger Zeitungsgemeinden unter 2000 Einw., etwas mehr aber von 2000—5000 Einw. als Baden. Dagegen kommen in Gemeinden von 5000—20 000 Einw. in Baden fast 2 Zeitungen auf eine Gemeinde, in Württemberg nur etwas mehr als eine Zeitung, in Gemeinden von 20 000—100 000 Einw. in Baden 4, in Württemberg ebenfalls ca. 4.

Einwohnern = 27,5 % haben, nur 60 Zeitungen = 33,2 % entfallen. In Gemeinden von 2—10 000 Einwohnern kommen auf eine Zeitung 5121 Personen, in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohner fallen auf eine Zeitung 11 180 Personen.

Zu ähnlichen Ergebnissen ist auch Allaire für Bayern gekommen: dort entfallen auf die Gemeinden von 2—10 000 Einwohnern (mit einer Gesamtbevölkerung von 1 064 348 Seelen) 221 Zeitungen = 51,5 %, auf die Gemeinden mit über 10 000 Einwohner (mit einer Gesamtbevölkerung von 1 924 714 Seelen) nur 130 Zeitungen = 30,1 %. In Gemeinden von 2000—10 000 Einwohnern fallen auf eine Zeitung 4816 Personen, in den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohner 14 806. Die eigentlichen Zeitungsstädte sind also die kleinen Städte von 2—10 000 Einwohnern, während in den großen Städten die verbreiteten, kapitalkräftigen Blätter das Aufkommen neuer Blätter verhindern.

·°○°·

3. Kapitel.

Auflagenhöhe der Zeitungen.

Deutlicher als aus der Zahl der Zeitungen wird die enorme Ausbreitung der Presse und damit ihrer Wirkungen auf die Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten aus einem Vergleich der Auflagen. Nach Abzug der Amtsblätter von Stuttgart und Ulm und einiger Wochenblätter gab es, soweit Angaben über die Höhe der Auflage vorliegen, Blätter mit einer Auflage:

		1876	%	1886	%	1909[1])	%
Unter 1 000 Exemplare[2])		35	36,08	33	27,05	19	12,34
1 000— 5 000	,,	52	53,61	76	62,29	106	68,83
5 000—10 000	,,	7	7,22	7	5,74	19	12,34
10 000—20 000	,,	2	2,06	4	3,28	6	3,89
Über 20 000	,,	1	1,03	2	1,64	4	2,60
	..	97	100,00	122	100,00	154	100,00

[1]) Siehe Anm. 1, S. 34.

[2]) Zwergblätter waren 1876: Feuerbacher Zeitung mit 100, Wochenblatt für Weilderstadt mit 200, Bussenbote mit 250, Zaberbote und Maulbronner Bürgerfreund mit je 300 Abonnenten; 1886: Sulzbacher Anzeiger, Lauffener Anzeiger und Wochenblatt für Weilderstadt mit je 250, Heidenheimer Anzeiger mit 260 Abonnenten, 3 dieser Zeitungen waren jedoch neugegründet; 1909: Kirchheimer Anzeiger 110 (gegr. im

Die Zahl der kleinsten Blätter hat also stark abgenommen, die der kleinen und mittleren und der großen ist erheblich gestiegen. Die unterste Grenze der Auflagenhöhe, innerhalb deren eine Zeitung sich halten kann, ist nach oben gerückt, eine Folge der immer wachsenden Produktionskosten.

Mit Einrechnung der Amts- und großen Wochenblätter ergeben sich für

		Württemberg (Kopfbl. gezählt)	Württemberg (ohne Kopfbl.)	Baden (n. Bensheimer)
Unter 1 000	Expl.	19 = 11,88 %	16 = 10,46 %	25 = 16,78 %
1 000— 5 000	,,	106 = 66,25 %	102 = 66,67 %	83 = 55,70 %
5 000—10 000	,,	19 = 11,88 %	19 = 12,41 %	24 = 16,11 %
10 000—20 000	,,	6 = 3,75 %	6 = 3,92 %	17 = 11,41 %
Über 20 000	,,	10 = 6,25 %	10 = 6,54 %	

Württemberg hat also relativ weniger ganz kleine Zeitungen als Baden (und Bayern), mehr kleine bis mittlere als Baden (und Bayern), weniger Blätter aber über 5000 Auflage und große Zeitungen als Baden. Die stärkere Dezentralisation des württembergischen Zeitungswesens im Vergleich zu den Nachbarstaaten tritt auch darin in die Erscheinung. Für Bayern hat Allaire eine andere Einteilung gewählt; um einen Vergleich zu ermöglichen, seien auch für Württemberg die Zahlen nach der Einteilung Allaires gegeben:

	Württemberg	Bayern
Unter 500	2 = 1,31 %	4,32 %
500—900	13 = 8,50 %	12,59 %
900—3 000	78 = 50,98 %	47,84 %
3 000—7 000	38 = 24,84 %	19,78 %
7 000—15'000	11 = 7,19 %	8,63 %
15 000—35 000	5 = 3,26 %	3,59 %
35 000—70 000	6 = 3,92 %	1,80 %

Bayern besitzt außerdem 1,08 % Zeitungen mit einer Auflage bis 100 000 und 0,36 % mit einer solchen über 100 000. Ein Vergleich Bayerns mit Württemberg ergibt, daß in Bayern die kleinsten, sowie die größeren und ganz großen Zeitungen, in Württemberg die kleinen (bis 3000) und mittleren (bis 7000) nicht unerheblich stärker vertreten sind. Allaire konstatiert in Übereinstimmung mit dem obigen Ergebnis

selben Jahr), Schönbuch Zeitung (Kopfblatt der Allgem. Filderzeitung, mit 300). Man kann also sagen, daß die Zwergblätter fast vollständig verschwunden sind. Die nächst kleinste selbständige Zeitung im Jahre 1909 hatte eine Auflage von 500: Wochenblatt für Weilderstadt. Die Michelsberger Warte (Bönnigheim) und der Donaubote in Munderkingen hatten je 600 Abonnenten.

auch für Bayern die Verschiebung zu Gunsten der größeren Auflagen. Abnahme der Zeitungen unter 900 Auflage, Zunahme der Zeitungen mit über 3000 Auflage.

Auf die einzelnen Ortsgrößenklassen verteilen sich die Zeitungen je nach der Höhe ihrer Auflage folgendermaßen:

Tabelle 9.

Auflage / Orts-Größenklassen	unter 1000	1000—5000	5000—10000	über 10000	unbekannt	zusammen
unter 2000	5	7	—	—	1	13
2000— 5000	9	51	—	2	5	67
5000— 10000	1	25	3	—	4	33
10000— 20000	—	9	3	2	1	15
20000— 50000	—	5	7	6	2	20
50000—100000	—	1	3	2	1	7
über 100000	1	4	3	4	2	14
zusammen	16	102	19	16	16	169

Die Mehrzahl der kleinsten Blätter finden sich also nicht in den Gemeinden unter 2000 Einwohner, sondern in den Orten mit 2—5000 Einwohnern. Dieselbe Tatsache, und zwar noch ausgeprägter, stellte Bensheimer für B a d e n fest, wie folgende Tabelle zeigt:

Tabelle 10.

Auflage / Orts-Größenklassen	unter 1000	1000—5000	5000—10000	über 10000	unbekannt	zusammen
unter 2000	4	9	—	—	—	13
2000— 5000	16	36	5	—	—	57
5000— 20000	3	35	6	—	—	44
20000—100000	—	2	8	6	—	16
über 100000	2	2	4	11	—	19
zusammen	25	84	23	17	—	149

Er erklärt sie damit, daß die Zeitungen in Gemeinden unter 2000 Einwohner häufig nicht bloß Zeitungen für den Erscheinungsort, sondern auch für die Umgegend sind, und er zählt (wie Allaire) Beispiele auf dafür, daß mehrere Zeitungen eine höhere Auflage besitzen als der Druckort Einwohner. Auch in Württemberg sind solche Beispiele — insgesamt 6 — vorhanden. Es sind entweder kleine Oberamtsstädte, deren Amtsblätter im Bezirk gelesen werden müssen, oder Orte inmitten eines dazu gehörigen Wirtschaftsgebietes. Dagegen machen sich schon in Gemeinden von 2—5000 Einwohnern zwei oder

mehr Zeitungen gegenseitig das Verbreitungsfeld streitig, und auch in Städten bis zu 20 000 Einwohner überwiegen die Zeitungen mit einer Auflage zwischen 1000 und 5000. In Württemberg und Baden bildet diese Auflagengröße ca. die Hälfte aller Zeitungen. Mit der wachsenden Einwohnerzahl vermehren sich auch die Zeitungen mit größerer Auflage. In den Großstädten aber tauchen neben den Blättern mit sehr bedeutender Auflage wieder kleine und kleinste Blätter auf, meist Vorstadtzeitungen mit dürftigem politischem Teil, die aber durch Berücksichtigung der Vorstadtinteressen ihre Existenz finden. Die weitgehende Übereinstimmung der Verteilung der Auflagengrößen auf die Ortsgrößenklassen, wie sie sich hier in Württemberg, Baden und Bayern zeigt, spricht für die Allgemeinheit dieser Entwicklung der Zeitungsverbreitung.

Wie intensiv in Württemberg die Presse die Bevölkerung durchdrungen hat, wird erst ganz deutlich an der Entwicklung der Gesamtauflage aller Zeitungen. Nach den Arbeiten von Schott und Gerster[1]) hatten die Zeitungen folgende Auflagenhöhe:

Tabelle 11.

	1876	1886	Zunahme	1909	Zunahme
Im Stadtdir.-Bez. Stuttgart	54 000	74 000	37 %	240 000	224 %
„ Neckarkreis	33 000	64 000	93 %	205 000	220 %
„ Schwarzwaldkreis	55 000	76 000	31 %	150 000	97 %
„ Jagstkreis	33 000	50 000	51 %	115 000	130 %
„ Donaukreis	50 000	78 000	50 %	160 000	105 %
In Württemberg[2])	227 000	342 000	50 %	870 000	154 %

[1]) Für 1911 die Auflage festzustellen, ist nach den großen Lücken in den Angaben von Mosse und Haasenstein & Vogler nicht möglich. Soweit Angaben vorliegen, zeigt ein Vergleich besonders bei den verbreiteten Blättern keine nennenswerte Steigerung (das „Neue Tagbl." nannte mir sogar eine um 5000 niedrigere Abonnentenziffer als in den „Jahrb."). Insgesamt ist für Württemberg die Auflagesteigerung in den beiden Jahren 1910 und 11 etwa auf rund 30 000 zu veranschlagen (wovon 18 000 auf die sozialdemokratische Presse entfallen) = 3,4 %. Es ist also, soweit die Kürze des Zeitraums einen Schluß gestattet, eine nicht unbeträchtliche Verlangsamung der Auflagesteigerung eingetreten. Auch im „Zeitungsspiegel" J. 1913/14, Heft 1 (Mitt. des Evang. Preßverbands für Württemberg) wird die Auflagenhöhe der württembergischen Zeitungen für 1912 auf 900 000 angegeben, als Durchschnittsauflage einer Zeitung 4412.

[2]) Schacht berechnet für 1897, wie er selbst feststellt, zu hoch, für 3 337 deutsche Zeitungen eine Gesamtauflage von 12 192 780, im Durchschnitt pro Zeitung 3 660 Exemplare, für 154 württembergische Zeitungen eine Gesamtauflage von 602 332, pro Zeitung 3 911. — Stoklossa berechnet 1909 für die 3 929 deutsche Zeitungen eine Gesamtauflage von 15 820 000, für 183 württ. Zeitungen eine Auflage von 785 000 oder durch-

	Durchschn. jährliche Zunahme	
	1876/86	1886/1909
Im Stadtdir.-Bez. Stuttgart	3,7	9,3
„ Neckarkreis	9,3	9,2
„ Schwarzwaldkreis	3,1	4,0
„ Jagstkreis	5,1	5,4
„ Donaukreis	5,0	4,4
In Württemberg	5,0	6,4

Das Wachstum der Auflage ist also in den 24 Jahren 1886—1909 in Württemberg mehr als 3mal größer gewesen als in dem Zeitraum von 1876 bis 1886, und die jährliche Zunahme ist von 5 auf 6,4 % gestiegen. An diesem Wachstum haben zwar die Stuttgarter und sonstige großen Blätter (vergl. Schwarzwaldkreis von 3,1 auf 4,0 %; „Schwarzwälder Bote") den stärksten Anteil, aber auch die mittleren und kleineren Zeitungen des Landes sind daran beteiligt, sie haben ihre Auflagen von 290 000 Expl. i. J. 1886 auf 450 000 i. J. 1909, d. i. immerhin um rund 55 % (von 1876—1886 von 186 000 auf 290 000 Expl. = rund 56 %) steigern können, und es ist bemerkenswert, daß im Neckarkreis ohne Stuttgart, wo nur 2 täglich erscheinende Blätter, die „Neckarzeitung" und der lokale „Heilbronner Generalanzeiger", über 10 000 Abonnenten zählen, die Zunahme der Auflageziffern prozentual gleich der der Stuttgarter Zeitungen ist, und die jährliche Auflagesteigerung in der letzten Periode mit der der früheren fast gleichen Schritt gehalten hat. Und das war möglich, obwohl einerseits die Konkurrenz der Stuttgarter Zeitungen im Neckarkreis am stärksten wirkt, anderseits die Stuttgarter Auflageziffer durch eine das Wachstum der Bevölkerung des Neckarkreises viermal übertreffende Bevölkerungszunahme begünstigt wurde. Eine Abnahme der jährlichen Durchschnittssteigerung hat nur der landwirtschaftliche Donaukreis aufzuweisen, der gerade von der Konkurrenz der großen Blätter relativ am geringsten getroffen wird.

Dies scheinbar für die Provinzpresse so günstige Bild ändert sich bei einem Vergleich mit der Zeitungsvermehrung.

	Zeitungsvermehrung:		Auflagesteigerung:	
	1876/86	1886/1909	1876/86	1886/1909
Im Stadtdir.-Bez. Stuttgart	20,0 %	33,33 %	37 %	224 %
„ übrigen Neckarkreis	15,38 %	106,67 %	93 %	220 %
„ Schwarzwaldkreis	30,43 %	46,67 %	31 %	97 %
„ Jagstkreis	15,70 %	22,73 %	51 %	130 %
„ Donaukreis	16,60 %	37,14 %	50 %	105 %
in Württemberg	19,00 %	52,71 %	48 %	154 %

schnittlich für eine Zeitung 4 290, kommt also zu einem etwas niedrigeren Ergebnis, als nach den Gerster'schen Angaben berechnet wurde.

Im Durchschnitt von ganz Württemberg hat zwar die Auflagesteigerung mit der Zeitungsvermehrung im großen Ganzen Schritt gehalten, aber fast ausschließlich unter dem Einfluß der Entwicklung der Stuttgarter Presse. Während nämlich von 1886 bis 1909 die Auflagevermehrung der Stuttgarter Zeitungen nahezu siebenmal stärker war als in der vorhergehenden 10 jährigen Periode, vermehrte sich ihre Zahl nur um etwa das Einhalbfache, so daß die enorme Auflagesteigerung sich auf wenige Blätter verteilt. Anders dagegen in den vier Kreisen des Landes, und besonders ungünstig steht der Neckarkreis da; seine Zeitungen vermehrten sich fast siebenfach, die Auflage seiner Zeitungen aber nur 2½ fach, also das Verhältnis ist nahezu umgekehrt wie in Stuttgart. Im Schwarzwaldkreis ist der Einfluß des „Schwarzwälder Boten" sichtbar. Im Donaukreis hat die Auflagesteigerung immerhin mit der Zeitungszunahme Schritt gehalten, während im Jagstkreis die Auflagesteigerung sogar die Zeitungszunahme übertroffen hat; es wurde hier, wie wir gesehen haben, an Neugründungen langsamer herangegangen.

Auch bei einer Würdigung der Durchschnittsauflagen einer Zeitung ist die Berücksichtigung der raschen Entwicklung der großen Zeitungen entscheidend.

Auf 1 Zeitung kommt durchschnittlich eine Auflage von

	1876:	1886:	1909:
Im Stadtdirektionsbezirk Stuttgart	6 750	8 222	15 000
„ Neckarkreis	1 144	1 939	3 307
„ Schwarzwaldkreis	2 391	2 533	3 409
„ Jagstkreis	1 737	2 273	4 259
„ Donaukreis	1 733	2 228	3 333
in Württemberg	2 102	2 651	4 416

Danach hat seit 1876 die Durchschnittsauflage einer Zeitung im Lande sich allerdings mehr als verdoppelt. Wenn wir aber die größten Zeitungen (mit einer Auflage von über 15 000, nämlich in den Jahren 1876 und 1886 „Schwarzwälder Bote", „Neues Tagblatt" und im Jahre 1909 „Neues Tagblatt", „Württemberger Zeitung", „Schwarzwälder Bote", „Schwäbische Tagwacht", Neckarzeitung" und „Ulmer Tagblatt"), sowie die Amtsblätter und einige Wochenblätter in Abzug bringen, insgesamt 12 Blätter mit rund 420 000 Auflage, so ist von 1876 bis 1886 die Durchschnittsauflage einer Zeitung immerhin noch von 1754 auf 2283 gestiegen, bis 1909 aber nur auf 2 446. Das bedeutet also nahezu einen Stillstand des durchschnittlichen Abonnentenstandes der mittleren und kleineren Blätter. Er ist aber nur zum Teil eine Folge der Konkurrenz der großen hauptstädtischen Blätter, über deren Umfang das nächste

Kapitel unterrichtet, sondern mindestens ebenso der überaus starken Neugründung von Zeitungen, wie die recht beträchtliche absolute Auflagesteigerung der Provinzpresse beweist. Für die Beurteilung der Frage der wirtschaftlichen Situation der mittleren und kleinen Lokalblätter und ihrer Bedrohung durch die hauptstädtische Presse spielt diese eigene gegenseitige Konkurrenz durch immer und immer wieder aufschießende neue Zeitungsunternehmungen im Lande, besonders da, wo sich Industrie ansiedelt, eine recht erhebliche Rolle. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei dem Stillstand der Durchschnittsauflage die Produktionskosten gegen früher erheblich gestiegen sind, vor allem auch die Aufwendungen für einen reicheren Inhalt, die durch die erhöhten Ansprüche der Leser und die Konkurrenz der großen Zeitungen auch für die Verleger der mittleren und kleinen Zeitungen notwendig geworden sind. Und diesen Mehrausgaben gegenüber steht keine entsprechende Mehreinnahme aus Abonnements, zumal da die Preise des Abonnements durchschnittlich in den letzten Jahren auch noch gesunken sind. Ein Ersatz für die Mehraufwendungen konnte also nur in den Inseraten gefunden werden, die allerdings auch bei mittleren und kleineren Blättern an Umfang und Preis gewachsen sind. (Vergl. Näheres bei dem Kapitel „Die geschäftlichen Grundlagen des Zeitungsunternehmens".)

Einen Vergleich der Auflageziffer und der Bevölkerung enthält Tabelle 12. Danach ist die Auflagezunahme in der Zeit von 1886 bis 1909 über dreimal größer gewesen als 1876/86, die Bevölkerungszunahme aber nur 2½ mal. Am stärksten ist die Auflagezunahme im Vergleich zur Bevölkerungsvermehrung im Jagstkreis, der trotz eines Rückgangs der Bevölkerung eine 3½ mal stärkere Auflagesteigerung zu verzeichnen hat. Die Tabelle bestätigt die vollständige Erfassung der württembergischen Bevölkerung durch die Presse: auf 2,6 Personen (Frauen und Kinder eingerechnet!) kommt schon ein Zeitungsexemplar.[1]) Im Schwarzwald-, Jagst- und Donaukreis ist die Bevölkerung annähernd in gleichem Maße Zeitungsleser, der landwirtschaftliche Donaukreis übertrifft sogar noch etwas den Schwarzwaldkreis. Dagegen ist der industrielle Neckarkreis, dessen

[1]) Bei Stoklossa, dessen Zahlen etwas niedriger sind (Auflage der württ. Zeitungen: 785 000, der deutschen Zeitungen 15 820 000), würde sich ein Zeitungsexemplar ergeben in Württemberg auf 2,9, im Reich auf 3,8 Einw. Stoklossa hat (unter Berücksichtigung der Tatsache, daß jede Zeitung durchschnittlich 4 mal in der Woche erscheint) die tägliche Nummernauflage im Reich auf 19 493 200 Zeitungen berechnet und gefunden, daß an jedem Tag auf 6,38 (Schacht 4,28) Einw. der Gesamtbevölkerung eine Zeitungsnummer kommt. — Allaire findet für Bayern 2,8 Personen auf eine Zeitungsnummer.

Tabelle 12.

Auflage und Bevölkerung.

Jahr	Stuttgart					Übriger Neckarkreis					Schwarzwaldkreis				
	Auflagehöhe	Bevölkerung	Zunahme der Aufl.	Zunahme der Bevölkerung	Ein Zeitungsexemplar kommt auf Einwohn.	Auflagehöhe	Bevölkerung	Zunahme der Aufl.	Zunahme der Bevölkerung	Ein Zeitungsexemplar kommt auf Einwohn.	Auflagehöhe	Bevölkerung	Zunahme der Aufl.	Zunahme der Bevölkerung	Ein Zeitungsexemplar kommt auf Einwohn.
1876	54000	131569			— *)	33000	456265			13,8	55000	454937			8,3
			37%	17,64%				93%	6,21%				31%	4,47%	
1886	74000	154773			— *)	64000	484625			7,6	76000	475277			6,3
			224%	63,53%				220%	15,22%				97%	13,97%	
1909	240000	253100			— *)	205000	558378			2,7	150000	541662			3,6

Jahr	Jagstkreis					Donaukreis					Württemberg				
	Auflagehöhe	Bevölkerung	Zunahme der Aufl.	Zunahme der Bevölkerung	Ein Zeitungsexemplar kommt auf Einwohn.	Auflagehöhe	Bevölkerung	Zunahme der Aufl.	Zunahme der Bevölkerung	Ein Zeitungsexemplar kommt auf Einwohn.	Auflagehöhe	Bevölkerung	Zunahme der Aufl.	Zunahme der Bevölkerung	Ein Zeitungsexemplar kommt auf Einwohn.
1876	33000	390703			11,8	52000	448031			8,6	229390	1881505			8,2
			51%	6,11%				50%	3,68%				48%	6,04%	
1886	50000	405085			8,1	78000	475425			6,1	342000	1995185			5,8
			130%	0,48%				105%	13,99%				154%	15,39%	
1909	115000	407059			3,6	160000	541980			3,4	870000	2302179			2,6

*) In Stuttgart, dessen Blätter größtenteils Landesblätter sind, ist die Berechnung unzulässig; für den Neckarkreis stellen sich die Ziffern des Verhältnisses von Exemplaren zu Einwohnern noch niedriger durch die starke Verbreitung der Stuttgarter Blätter (vgl. p. 39).

Blätter 1876 noch relativ die geringste Verbreitung gehabt haben, jetzt an die Spitze gerückt, und berücksichtigt man die im Neckarkreis verbreitete Auflage der Stuttgarter Zeitungen, so wird die Annahme gerechtfertigt sein, daß der Bewohner des Neckarkreises nicht viel weniger eifrig und regelmäßig eine Zeitung liest, als der Großstädter.[1]) Diese Ergebnisse, die die Untersuchung der Zeitungsverbreitung liefert, erklären die auf S. 34 Anm. 1 erwähnte geringe Zunahme der Auflage in den letzten beiden Jahren. In die Periode vor 1909 fällt die Gründung der „Württ. Zeitung" und die durch intensive Agitation erzielte Steigerung der Abonnenten. So darf man in Württemberg fast von einer publizistischen Sättigung der Bevölkerung sprechen, ohne dass sie allerdings bereits eine Einschränkung der Zeitungsgründungen in den letzten Jahren gebracht hätte.

·∘○∘·

4. Kapitel.

Binnen-, Ein- und Auswanderung.

Über die Größe des Binnenaustausches der Zeitungen innerhalb Württembergs, über die die Arbeiten von Schott und Gerster keine Angaben bringen, wurde mir von den Verlagen der größeren Zeitungen in entgegenkommender Weise Mitteilung gemacht:

Der Anteil der 4 verbreitetsten württembergischen Zeitungen an der Auflage der gesamten württembergischen Presse ergibt:

Württemberger Zeitung	58 000	Exemplare
Neues Tagblatt	55 000	,,
Schwarzwälder Bote	39 000	,,
Schwäbische Tagwacht	23 000	,,
zusammen	175 000	Exemplare,

das sind von der Gesamtauflage der württembergischen Zeitungen mit 870 000 Abonnenten 20,2 %, also über ein Fünftel.

[1]) Bei einer Bevölkerung Stuttgarts von 253 100 Einw. und einer geschätzten Verbreitung der Stuttgarter Zeitungen (ohne das Stuttgarter Amtsblatt) von rund 120 000 Exemplaren würden in Stuttgart auf 1 Zeitungsnummer 2,1 Personen kommen.

Von diesen Auflagen der vier größten Blätter entfallen auf:

	im Erscheinungsort:	in den 6 größten württ. Städten:
Württemberger Zeitung (Stuttgart)	30 000	5 700
Neues Tagblatt („)	35 000	4 000
Schwarzwälder Bote (Oberndorf)	1 100	7 000
Schwäbische Tagwacht (Stuttgart)[1])	11 661	663

	Im übrigen Württemberg:	im Grenzverkehr:
Württemberger Zeitung (Stuttgart)	22 400	—
Neues Tagblatt („)	12 000	—
Schwarzwälder Bote (Oberndorf)	22 000	6 000 (Baden)
Schwäbische Tagwacht (Stuttgart)	10 735	—

Die im Vergleich zu ihrer Gesamtauflage stärkste Verbreitung im Lande haben — abgesehen vom „Schwarzw. Boten", der in einem kleinen Städtchen erscheint — also die „Württemberger Zeitung" und die „Schwäb. Tagwacht", die nahezu die Hälfte ihrer Auflage außerhalb ihres Erscheinungsortes versenden. Es ist also ein breiter „Zug nach dem Lande", der sich täglich aus der Stadt ergießt und wachsende Massen der großstädtischen Presse auf das Land wirft; sicherlich schafft er den mittleren und kleineren Zeitungen eine Konkurrenz, die ihnen den bescheidenen Gewinn drückt und die Existenz immer mehr erschwert, er ist aber auch ein starkes Bindemittel zwischen Land und Hauptstadt, deren vielgestaltiges, rasch pulsierendes Leben, deren politische, künstlerische Interessen und Bewegungen die hauptstädtische Presse vollkommen und regelmäßig dem Lande vermittelt. Welchen Umfang diese Einwirkung der Stadt auf das Land bereits angenommen hat, das ergibt ein Vergleich ihrer Auflageverteilung mit den Auflageziffern der Landzeitungen. (Ein Vergleich der aus dem Jahre 1909 stammenden Zahlen Gersters mit den obigen Angaben von 1912 ist dabei nicht unzulässig, weil ja erhebliche Verschiebungen in diesen 3 Jahren nicht eingetreten sind.) Von der Gesamtauflage der 4 größten Zeitungen mit 175 000 Exemplaren entfallen auf Stuttgart, bezw. Oberndorf ca. 77 500, auf das übrige Württemberg 84 500, die Gesamtauflage der übrigen Zeitungen, von denen rund 54 000 Exemplare außerhalb Landes gehen, ist in Württemberg ca. 640 000, also etwa 7,6 mal so groß, wie die im Lande verbreitete Auflage der 4 größten Zeitungen. Scheidet man auch die Zeitungen der 6 größeren württembergischen Städte aus, für die die Konkurrenz der großen Blätter, wie ja aus den obigen Zahlen ohne weiteres hervorgeht, weniger ins Gewicht fällt,

[1]) Nach dem Bericht an die Landesversammlung 1912.

und vergleicht die Auflage der übrigen Blätter mit der der 4 großen Zeitungen in der Höhe von 67 000, so ergibt sich, daß bei einer Auflage der übrigen Zeitungen in der Höhe von 324 000 schon auf nicht ganz 5 Exemplare dieser Provinzblätter ein Exemplar der 4 großen Blätter kommt. So sehr sind diese Blätter Landesblätter. Landesblätter sind auch die Parteiblätter „Beobachter", „Deutsches Volksblatt," „Deutsche Reichspost," ferner der „Schwäbische Merkur", deren Auflage aber weit hinter den Ziffern der großen Zeitungen zurücktritt. Von den sonstigen Blättern des Landes hat nur die „Neckarzeitung" eine weitere, das nächstgrößere Blatt, das „Ulmer Tagblatt" (mit 1300 Abonnenten in den 6 größeren Städten und 650 Abonnenten im übrigen Württemberg unter 12 000 Abonnenten im ganzen) schon eine wesentlich geringere Verbreitung außerhalb ihres Erscheinungsgebietes. Die übrigen Blätter gehen nur in vereinzelten Exemplaren über die Grenzen ihres und der benachbarten Bezirke.

Dagegen ist der Grenzverkehr einiger dieser Blätter nach Baden und Hohenzollern, Bayern, Hessen und der Schweiz nicht unbedeutend. Die stärkste Ausfuhr in das Nachbarland hat der „Schwarzwälder Bote", der etwa 6000 Exemplare nach Baden und eine beträchtliche Zahl nach Hohenzollern schickt. Auch von den 3 500 Exemplaren, die die „Neckarzeitung" (1909) außerhalb Württembergs verbreitet, geht weitaus der größte Teil nach den benachbarten badischen Gebieten, und das gleiche wird von dem Heilbronner Wochenblatt „Dorf und Stadt" gelten, von dem 8000 Exemplare aus dem Land gehen. Das „Ulmer Tagblatt" sendet 1200 Exemplare nach Bayern, und wahrscheinlich noch etwas stärker wird der Versand des „Ulmer Landboten" sein.

Auch kleine Blätter haben oft eine starke Verbreitung im Nachbargebiet, so gab der „Gerabronner Vaterlandsfreund" an, daß von seinen 3000 Abonnenten 1000 außerhalb Württembergs, also im benachbarten Bayern wohnen, und das gleiche gilt von der Ausfuhr der „Unterländer Volkszeitung"-Neckarsulm (480 Exemplare), „Steinlachzeitung"-Mössingen (400 Exemplare) u. a. Die starke Verbreitung, die „Schwarzwälder Bote", „Neckarzeitung" etc. in den Nachbarländern haben, wird von deren Zeitungen bei weitem nicht erreicht. So gibt Gerster als das verbreitetste badische Blatt den „Generalanzeiger der Stadt Mannheim" mit 6—700 Exemplaren, als die verbreitetste bayerische Zeitung, die „Augsburger Abendzeitung" mit ca. 500 Exemplaren an. Die württembergischen Zeitungen weisen also im Grenzverkehr eine sehr starke aktive Bilanz auf. Es wird daher nur nach Ausschaltung dieses Grenzverkehrs und nach Abzug der beiden als Beilagen (s. u.) versandten Wochenblätter

richtig sein, daß „Württemberg nicht nur eine große Anzahl Zeitungen über seine Grenzen hinaus liefert, sondern auch selber eine mindestens ebenso große Zahl ins Land geliefert erhält". Insgesamt[1]) gingen 1909 (einschließlich des Grenzverkehrs) in das Reich

aus Stuttgart	6 000	Exemplare
„ dem übrigen Neckarkreis	27 000	„
„ „ Schwarzwaldkreis	14 000	„
„ „ Jagstkreis	13 000[2])	„
„ „ Donaukreis	8 000	„
„ Württemberg	68 000	Exemplare

Davon entfallen aber 13 000 Exemplare auf den „Generalanzeiger für Haus- und Landwirtschaft" in Heilbronn und 10 400 Exemplare auf den „Allgem. Sonntagsanzeiger" in Aalen-Heilbronn, die als Beilagen auswärtiger Blätter versandt werden. Von den Tageszeitungen steht an der Spitze der „Schwarzwälder Bote" mit 10 626 Exemplaren, von denen aber ca. 6000 allein nach Baden gehen. Dann folgt das Stuttgarter „Neue Tagblatt" mit 3 500 (1909: 1500) Exemplaren, die „Württemberger Zeitung" gab 1909 ihre Ausfuhr ins Reich mit 2 500 Exemplaren an und 1912 mit 1000. Die „Deutsche Reichspost" ging 1909 in 850 Exemplaren außerhalb des Landes, in der Hauptsache nach Baden.

Dafür kommen an Blättern aus dem Deutschen Reich ein u. a. an badischen Blättern der „Generalanzeiger der Stadt Mannheim" in 6—700, der „Badische Generalanzeiger" in ca. 200, die „Badische Landeszeitung" in ca. 60 (1886: 36), der „Badische Beobachter" in ca. 15 Exemplaren (Schott erwähnt noch 1886: „Pforzheimer Anzeiger" 279, „Karlsruher Zeitung" 18); an bayerischen Blättern die „Münchner Neueste Nachrichten" (Schott gibt 1886: etwas über 100 an), „Augsburger Abendzeitung" in ca. 500 (1886: 269), „Münchner Tagblatt" in 334 Exemplaren, „Augsburger Postzeitung" in 300 Exemplaren (Schott 1886: „Münch. Allgem. Zeitung" 297, „Münch. D. Ztg." 238, „Generalanzeiger für Würzburg" über 100, „Bayr. Vaterland" 76 etc.); an elsäßischen Blättern: „Straßburger Post" in 225 Exemplaren, „Straßburger N. Nachrichten" in ca. 150 Exemplaren. Gerster erwähnt von sonstigen Zeitungen noch: „Hamburger Nachrichten" mit ca. 200, „Berliner Abendpost" mit mehreren Hundert, „Nordd. Allg. Zeitung" mit 40,

[1]) Ohne „Schwäb. Merkur" und „Beobachter", die keine Angaben über ihre Auflage und ihren Versand machten.

[2]) Darunter 10 400 Exemplare des „Allgem. Sonntagsanzeigers", die also dem Neckarkreis zuzuschlagen wären, da die Zeitung in Heilbronn hergestellt wird.

„Kölnische Volkszeitung" mit 265, „Leipziger Neueste Nachrichten" mit mehreren Hundert, „Leipziger Tagbl." mit rund 30 Exemplaren (Schott 1886: „Frankfurter Journal" mit 238, „Kölnische Zeitung" mit 175, „Deutscher Reichsanzeiger" mit 128, „Germania" mit 74 Ex., „Nationalzeitung", „Post", „Kreuzzeitung", „Reichsbote" zwischen 20 und 40 Exp., „Wochenblatt der Frankfurter Zeitung" über 100, „Berliner Tagblatt" 162 Ex.). Weitaus die verbreitetste auswärtige Zeitung ist die „Frankfurter Zeitung" mit 4000 Exemplaren[1]) (1886: 1208). Ein Vergleich zwischen den Ziffern von 1886 und den jüngsten Zahlen, soweit ein solcher möglich ist, läßt auf eine sehr erhebliche Steigerung der Zeitungseinfuhr schließen. So hat sich die Auflage der „Frankfurter Zeitung" in dieser Zeit nahezu ver3½facht, die der „Augsburger Abendzeitung" nahezu verdoppelt, und man wird nicht fehl gehen, wenn man mit einer Vervier- bis Verfünffachung der Einfuhr außerwürttembergischer Zeitungen seit 1886 rechnet, und sie heute auf 20—25 000 Ex. täglich schätzt, eine Erscheinung, deren Ursachen teils der enorme Aufschwung und die Entwicklung des wirtschaftlichen und politischen Lebens und damit die Steigerung der geschäftlichen und politischen Verknüpfungen, teils aber auch die intensivere Mischung der Menschen aus den einzelnen Bundesstaaten sind. Aus jenen wirtschaftlichen und politischen Ursachen hat vor allem die „Frankfurter Zeitung" ihre große Verbreitung: die Abhängigkeit Stuttgarts von der Frankfurter Börse, die politische Richtung des Blattes, die ihre stärkste Verbreitung in Württemberg hat, die Berücksichtigung der württembergischen Verhältnisse in ihrem Nachrichtendienst, haben — erleichtert durch eine rasche Verkehrsverbindung mit Frankfurt[2]) — die engen Beziehungen mit Württemberg geknüpft. Den Heimatsbeziehungen vornehmlich verdanken die bayerischen, badischen, elsäßischen Zeitungen ihre Abonnenten, unter denen allerdings auch Hotels, Restaurationen etc. sich befinden. Es scheinen übrigens auch Verschiebungen eingetreten zu sein, die Schlüsse auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen den einzelnen Bundesstaaten gestatten. Dr. Schott hebt z. B. hervor, daß (außer dem „Pforzheimer Anzeiger") „kein einziges badisches Blatt eine größere Verbreitung bei uns hat". Vergleiche dagegen die obigen Ziffern badischer Blätter. Dr. Schott erwähnt auch in seinen zahlreichen Angaben elsäßische Blätter überhaupt nicht, während sie 1909 eine immerhin beachtenswerte Rolle

[1]) Nach den mir für 1912 gemachten Angaben.

[2]) Die Abend- und 1. Morgenausgabe der „Frankfurter Zeitung" werden in Stuttgart am frühen Morgen, die weiteren Morgenausgaben z. T. vor oder mit den Stuttgarter Zeitungen im Laufe des Vormittags verbreitet.

spielen. Beides läßt auf eine wesentlich engere kommerzielle, politische und persönliche Verknüpfung zwischen Württemberg und Baden und Elsaß schließen.

Die Ausfuhr württembergischer Zeitungen ins Ausland schließlich stellte sich 1909:

Aus Stuttgart	auf	900	Exemplare
,, dem übrigen Neckarkreis	,,	1 200	,,
,, ,, Schwarzwaldkreis	,,	1 000	,,
,, ,, Jagstkreis	,,	180	,,
,, ,, Donaukreis	,,	300	,,
,, Württemberg	auf	3 580	Exemplare

Darunter sind beteiligt u. a. das ,,Neue Tagblatt" mit 400, und 1912 mit 500, die ,,Württemberger Zeitung" mit 247, 1912: 150, ,,Neckarzeitung" mit 1000 Exemplaren. Auch die kleinsten Lokalblätter haben teil an dieser Ausfuhr ins Ausland, und sie gehen — ein Zeichen der Anhänglichkeit der Schwaben, die ja einen erheblichen Anteil an der deutschen Auswanderung stellen — nicht nur in alle Länder Europas, sondern auch in die entferntesten Teile Amerikas, Afrikas und Asiens (nähere Angaben siehe Gerster, p. 256 und Tab. 1 p. 265 ff.). 1886 waren es nur 14 württembergische Zeitungen, die über 100 Exemplare ins Reich oder Ausland ausführten, 1912 aber über 50.

Die Gesamtausfuhr von Zeitungen aus Württemberg schätzte Dr. Schott 1876 auf rund 5%, 1886 auf 5—6%, und 1909 betrug sie 6,2% der Auflage.

An auswärtigen Blättern kommen besonders Schweizer und österreichische Zeitungen, dann in einzelnen Exemplaren auch französische, italienische, englische, spanische, die außer von den Hotels etc. vorwiegend aus geschäftlichen Gründen oder von Ausländern bezogen werden. (Gerster macht darüber keine näheren Angaben, Schott erwähnt: ,,Neue Züricher Zeitung", ,,Berner Bund" 20, ,,Basler Nachrichten" 7, ,,Neue freie Presse" 79, ,,Wiener Presse" 9 Ex., ferner 7 englische in 23, 7 französische in über 60, 4 italienische in 5 Exemplaren und 1 spanische Zeitung).

·∘○∘·

5. Kapitel.

Das Alter der württembergischen Zeitungen.

Die Aufzeichnungen Schotts und Gersters ermöglichen, wenn auch nicht lückenlos, da die Angabe über das Gründungsjahr einigemal fehlt oder schwankt, schließlich eine Kenntnis des Alters der württembergischen Zeitungen. Der Altersaufbau der bis zum Jahre 1911 vorhandenen 209 Zeitungen, deren Gründungsjahr angegeben ist, gestaltet sich folgendermaßen:

Über 100	Jahre	alt	sind	12	Zeitungen [1])	= 5,69 %
75—100	„	„	„	34	„	= 16,12 %
50—75	„	„	„	24	„	= 11,37 %
35—50	„	„	„	22	„	= 10,43 %
20—35	„	„	„	29	„	= 13,74 %
10—20	„	„	„	24	„	= 11,37 %
5—10	„	„	„	31	„	= 14,69 %
unter 5	„	„	„	35	„	= 16,59 %

Es sind also die verschiedenen Altersstufen mit Ausnahme der über 100 Jahre ziemlich gleichmäßig vertreten. Am stärksten sogar die Altersstufe zwischen 75—100 Jahre. Es läßt dies, soweit das immerhin kleine Material Schlüsse gestattet, auf die Lebensfähigkeit der älteren Unternehmungen schließen. Die enge Verwachsung der älteren Lokalblätter mit der Bevölkerung ihres Verbreitungsgebietes gibt ihnen neben der Amtsblatteigenschaft eine Beständigkeit des Abnehmerkreises, die ihnen in der Regel eine lange Lebensdauer sichert trotz ihres Konservativismus in der äußeren Aufmachung und im Inhalt. Bevor aber diese Verwachsung eingetreten ist, ist der Abgang stark, und es sind von den 592 württembergischen Zeitungen (s. Tabelle 1), deren Entstehung registriert werden konnte, 384 wieder eingegangen, und besonders groß ist die „Kindersterblichkeit". Nach der umstehenden Tabelle haben von den 372 Zeitungen, die, soweit festgestellt werden konnte, in Württemberg von 1801 bis 1911 gegründet wurden und wieder untergingen, nicht weniger als 242 oder 65,05 %, also gleichfalls etwa $^2/_3$ in den ersten Jahren

[1]) Riedlinger Zeitung (1714), Neckarzeitung Heilbronn (1744), Ulmer Tagblatt (1750), Hohenl. Bote, Öhringen (1783), Schwäb. Merkur (1785), Haller Tagblatt (1788), Tauberzeitung, Mergentheim (1791), Ulmer Landbote (1792), Schwarzw. Bürgerzeitung, Rottweil (1799), Ipf- und Jagstzeitung, Ellwangen, Remszeitung, Gmünd u. Oberschwäb. Anzeiger, Ravensburg (1804).

ihres Bestehens ihr Erscheinen wieder eingestellt.

Von den 1801—1911 entstandenen und wieder untergegangenen Zeitungen erreichten

ein Alter bis zu 1	Jahr	141	= 37,90 %
über 1—3	Jahre	101	= 27,15 %
„ 3—5	„	31	= 8,33 %
„ 5—10	„	43	= 11,56 %
„ 10—20	„	33	= 8,87 %
„ 20—50	„	18	= 4,84 %
über 50	Jahre	5	= 1,35 %
		372	= 100,00 %

Die Zeitungen, die in Perioden politischer Erregungen und Umwälzungen entstanden und auf diese Bewegungen gegründet sind, verschwinden mit deren Abflauen, und in den letzen 20 Jahren hat die übertriebene Spekulation auf die lebhaft gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Interessen zu zahlreichen Unternehmungen verlockt, die sich weder auf ein gutes finanzielles Fundament, noch auf ein genügendes lokales Absatzgebiet aufbauen konnten und darum rasch wieder verschwanden. Eine neu gegründete Zeitung wird nämlich in den beiden ersten Jahren ihrer Existenz nur selten auf eine Rentabilität ihres Anlagekapitals rechnen können, sie verlangt aber in dieser Zeit die ununterbrochene Produktion ihres Fabrikats und deren kostenlose oder wenigstens großenteils kostenlose Lieferung. G. Schmidt (Gründung und Finanzierung von Zeitungen, Leipzig 1903) hat gezeigt, wie verlustbringend und kapitalverschlingend die Zeitungsgründung ist, (nach ihm gehen jedes Jahr etwa 100—150 Blätter ein,) und die große Zahl der in den beiden ersten Jahren ihres Lebens wieder eingegangenen Zeitungen kommt nicht überraschend.

·∘○∘·

6. Kapitel.

Die Erscheinungsweise der württembergischen Zeitungen.

Die enorme äußere Entwicklung des Zeitungswesens zeigt sich, wie in der Vermehrung der Zahl und Auflage der Zeitungen, so auch in der Steigerung der Ausgabehäufigkeit. Es erschienen wöchentlich:

Tabelle 13.

	1876		1886		1909[1])		1911[1])	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1 mal	5	4,63	9(10)	7,09	11	6,51	11	6,08
2 mal	21	19,44	11	8,66	5	2,96	8	4,43
3 mal	55	50,93	71	55,90	35	20,71	28	15,47
4 mal	4	3,70	7	5,51	21	12,43	26	14,36
5 mal	3	2,78	1	0,79	1	0,59	1	0,55
6 mal	20	18,52	28	22,05	94	55,62	105	58,01
7 mal	—	—	—	—	1	0,59	1	0,55
12 mal	—	—	—	—	1	0,59	1	0,55
	108	100,00	127[2])	100,00	169	100,00	181	100,00

Während also noch 1876 die Hälfte, 1886 sogar rund 56 % sämtlicher württembergischer Zeitungen sich mit einem dreimaligen Erscheinen in der Woche begnügen konnten, und nur 18,5 %, bezw. 22 % täglich ausgegeben wurden, war 1911 das tägliche Erscheinen schon weit überwiegend geworden, und die dreimal wöchentliche Ausgabe ist nur bei rund 15 % der Zeitungen zu finden. Ein Teil der früher nur dreimal erscheinenden Zeitungen ist zum viermaligen Erscheinen übergegangen, das früher viel seltener war, ein Teil hat sich auch zum täglichen Erscheinen entschlossen, eine Folge des gesteigerten Lesebedürfnis der Bevölkerung, dem zu folgen auch die gestiegene Konkurrenz der größeren Blätter zwang. Mit seinem relativ starken Anteil viermal erscheinender Blätter steht Württemberg im Gegensatz zu Bayern, wo nach Allaire diese Blätter nur 4,39 % ausmachen gegen fast 15 % in Württemberg. Die dichtere Zeitungsbesetzung Württembergs, die einen sofortigen Übergang vom drei- zum sechsmaligen Erscheinen an manchen Orten verbietet, läßt die Verleger in den letzten Jahren diese Erscheinungsweise als Kompromiß zwischen gesteigerten Anforderungen und finanzieller Leistungsfähigkeit wählen. Das zweimal wöchentliche Erscheinen ist in rascher Abnahme begriffen, während sich, wie nachstehende Vergleichung zeigt, in Bayern dieser Prozeß langsamer vollzogen hat:

	1 mal		2 mal		3 mal		4 mal		5 mal	
	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%
Bayern	30	6,94	53	12,27	103	23,84	19	4,39	4	0,93
Württemberg	11	6,08	8	4,43	28	15,47	26	14,36	1	0,55

[1]) Nach Abzug der Kopfblätter.
[2]) Zwei Zeitungen erscheinen unregelmäßig.

	6 mal		7 mal		12 mal		13 mal		zusammen	
	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%
Bayern	201	46,53	14	3,24	4	0,93	4	0,93	432	100,00
Württemberg	105	58,01	1	0,55	1	0,55	—	—	181	100,00

Das zweimal wöchentliche Erscheinen, das in Bayern noch ziemlich häufig ist, genügt also in Württemberg den Ansprüchen des Publikums schon seit längerem nicht mehr. Dagegen haben die Wochenblätter nur wenig in den letzten Jahrzehnten abgenommen. Das hat seinen Grund in dem größeren Lesebedürfnis an Sonntagen: die Blätter bieten in ihrem redaktionellen Teil vorwiegend Unterhaltungs- (keinen aktuellen) Stoff, der politische Teil ist eine meist dürftige Zusammenfassung der Wochenereignisse, dafür haben diese Blätter in der Regel einen großen Anzeigeteil.

Auch die täglich erscheinenden Blätter sind in Württemberg relativ stärker vertreten als in Bayern, wenn sich auch hier eine starke Zunahme des täglichen Erscheinens feststellen läßt. Das Zurücktreten der zweimal erscheinenden Blätter, das Überwiegen der vier- und sechsmal ausgegebenen Zeitungen bestätigt, wie schon die relativ dichtere Zeitungsbesetzung und stärkere Auflage, das größere Zeitungsinteresse in Württemberg als in Bayern.

Ein häufigeres Erscheinen haben nur der „Schw. Merkur" (12mal) und die „Ulmer Zeitung" (7 mal), die am Samstag eine Morgen- und eine Abendausgabe hat. (Seit April 1912 erschien auch das Stuttgarter „Neue Tagblatt" 7 mal, und bald nach Kriegsausbruch 13 mal). In Bayern finden sich mehr als 6 mal erscheinende Zeitungen häufiger, doch stellt Allaire einen Rückgang fest.

Auf die einzelnen Landesteile verteilt sich i. J. 1911 die Erscheinungsweise folgendermaßen:

	6 mal	5 mal	4 mal	3 mal	2 mal	1 mal
Stuttgart	12	—	—	2	1	—
Übr. Neckarkreis .	35	—	19	11	3	3
Schwarzwaldkreis	30	—	11	2	2	4
Jagstkreis	22	1	1	3	—	1
Donaukreis . . .	25	—	8	13	2	3
	124	1	39	31	8	11

Daraus ist ersichtlich, daß sich das in Württemberg häufige Erscheinen viermal wöchentlich ausgegebener Zeitungen auf den Neckar- und den Schwarzwaldkreis beschränkt, die dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitungen ihre Verbreitung nur im Neckar- und Donaukreis haben. Das sind die Kreise, die im Gegensatz zum Jagstkreis die dichteste Besetzung mit Zeitungen haben.

Tabelle 14.

Erscheinungsweise	bis 500			bis 900			bis 3000			bis 7000			bis 15 000			bis 35 000			bis 70 000			Unbekannt			Zusammen		
	1876	1886	1909	1876	1886	1909	1876	1886	1909	1876	1886	1909	1876	1886	1909	1876	1886	1909	1876	1886	1909	1876	1886	1909	1876	1886	1909
1 mal	1	1	1	2	1	—	—	2	2	1	3	3	1	2	—	—	—	2	—	—	2	—	—	1	5	9	11
2 mal	6	5	—	5	4	2	5	1	3	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	1	—	21	11	5
3 mal	6	6	1	13	14	8	32	46	21	1	4	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	3	1	4	55	71	35
4 mal	—	—	—	2	—	2	1	6	15	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	4	7	21
5 mal	—	—	—	—	—	—	2	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	1	1
6 mal	—	—	—	—	—	1	10	10	35	5	10	33	2	6	11	2	2	2	—	—	4	1	—	8	20	28	94
7 mal	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
12 mal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
	13	12	2	22	19	13	50	66	78	10	18	38	3	8	11	2	2	5	—	—	6	8	2	16	108	127	169

Der Vergleich der Auflagenhöhe mit der Häufigkeit des Erscheinens ergibt, daß die kleinsten Blätter meist zwei- bezw. dreimal in der Woche erscheinen, nur ein einziges Blatt mit einer Auflage bis 900 erschien 1909 6 mal (während in Bayern 8 sechsmal erscheinende Blätter eine Auflage bis 900 besitzen), von den Zeitungen unter einer Auflage von 3000 werden 60,2 % weniger als sechsmal herausgegeben, was dem für Bayern festgestellten Prozentsatz (61,1 %) entspricht. Bei den Zeitungen über 3000 Auflage wird das sechsmalige Erscheinen herrschend, und es bleiben in diesen höheren Auflagenklassen nur mehr die Wochenblätter mit ihren z. T. beträchtlichen Auflagen, die aber in der Hauptsache Anzeigeblätter sind, und die beiden Amtsblätter von Ulm und Reutlingen. Lediglich ein einziges politisches Blatt i. e. S., der „Metzinger Anzeiger", der zugleich als „Dettinger Volksfreund" erscheint, begnügt sich noch bei einer Auflage von 3 800 mit einem viermaligen Erscheinen. Es liegt wohl zwischen 2 bis 3000 Exemplaren die Grenze, unter der eine tägliche Herausgabe unrentabel wird, wenn auch im einzelnen Fall die Möglichkeit, mehr und besser bezahlte Inserate zu erhalten, die Abonnementsgebühr etwas höher zu stellen, der Bezug von Redaktionsmaterial in Platten, bezw.

Matern mit seinen erheblichen Ersparungen an hohen Satzkosten, die anderweitige günstige Verwertung des in Satz- und Druckmaterial investierten Kapitals usf. die tägliche Ausgabe bis zu recht kleinen Auflagen herab gestatten.

Dagegen war in den Jahren 1876 und 1886 das tägliche Erscheinen von Blättern mit einer Auflage bis zu 3000 noch fast eine Ausnahme, 88,2 bezw. 89,7 % dieser Zeitungen begnügten sich vor 25 und 35 Jahren mit einer geringeren Häufigkeit des Erscheinens, und auch eine Anzahl von politischen Blättern i. e. S. bis zu 7000 Auflagehöhe, konnte bei den günstigeren Konkurrenzverhältnissen und dem geringeren Lesebedürfnis auf die tägliche Ausgabe verzichten, eine weitere zahlenmäßige Bestätigung der ungünstiger gewordenen wirtschaftlichen Situation der Provinzpresse.

Die nachstehende Tabelle zeigt, wie die einzelnen Ortsgrößenklassen des Landes an den je nach der Erscheinungshäufigkeit klassifizierten Zeitungen (ohne Kopfblätter) beteiligt sind:

Tabelle 15.

Ortsgrößenklasse	1 mal	2 mal	3 mal	4 mal	5 mal	6 mal	7 mal	12 mal	Zusammen absolut	Zusammen %
bis 2000	—	3	3	4	—	3	—	—	13	7,18
bis 5000	3	4	17	13	—	33	—	—	70	38,67
bis 10000	2	—	4	7	1	24	—	—	38	21,00
bis 20000	1	—	—	1	—	15	—	—	17	9,39
bis 50000	3	—	—	1	—	16	—	—	20	11,05
bis 100000	2	—	2	—	—	4	1	—	9	4,97
über 100000	—	1	2	—	—	10	—	1	14	7,74
absolut	11	8	28	26	1	105	1	1	181	100,00
%	6,08	4,43	15,47	14,36	0,55	58,01	0,55	0,55	100,00	—

Danach finden sich die einmal erscheinenden Zeitungen sowohl in den kleineren wie in den größeren Städten, die zweimal erscheinenden fast nur in den kleinen. Stark vertreten sind in den Orten unter 5000 Einwohnern die drei-, vier- und sechsmal erscheinenden Blätter, das sind jene Zeitungen, die die Bezirkspresse bilden.

Die Verteilung auf die einzelnen Ortsgrößenklassen ist (mit Ausnahme der schon berührten besonders starken Verbreitung der viermal wöchentlich herausgegebenen Zeitungen) weitgehend konform der von Allaire für Bayern festgestellten Verteilung. Zum Vergleich sei dessen Tabelle für Bayern beigefügt (a. a. O. Tab. XI Anh.). Einmal erscheinende Blätter vor allem in kleinen und großen Orten, zweimal erscheinende fast ausschließlich in Orten bis 5 000 Einw., drei bis fünfmal erscheinende in Orten bis 10 000 Einw., vornehmlich aber in Orten bis 5 000 Einw., und die 6 mal

Tabelle 16.

Orts-größenklasse	1 mal	2 mal	3 mal	4 mal	5 mal	6 mal	7 mal	12 mal	13 mal	Zusammen absolut	Zusammen %
bis 2000	9	15	34	6	1	16	—	—	—	81	18,75
bis 5000	4	27	56	8	1	53	—	—	—	149	34,49
bis 10000	3	3	12	5	2	46	1	—	—	72	16,67
bis 20000	—	2	—	—	—	29	—	—	—	31	7,18
bis 50000	5	1	—	—	—	24	7	1	1	39	9,03
bis 100000	2	1	—	—	—	12	4	3	1	23	5,32
über 100000	7	4	1	—	—	21	2	—	2	37	8,56
absolut	30	53	103	19	4	201	14	4	4	432	100,00
%	6,94	12,27	23,84	4,39	0,93	46,53	3,24	0,93	0,93	100,00	—

erscheinenden Blätter am stärksten vertreten in Städtchen von 2—5000 und von 5—10 000 Einw. (Näheres vergl. Allaire p. 37 ff.). Auch für Baden ergibt sich eine ähnliche Verteilung, soweit die von Bensheimer (p. 23 f.) aufgestellte Tabelle ersehen läßt, in der eine Trennung der Gemeinden von 5000—10 000 und 10 000—20 000, sowie von 20 000—50 000 und 50 000 bis 100 000 Einwohner nicht vorgenommen ist.

Im Deutschen Reich erschienen nach Schacht und Stoklossa:

	1 mal	2 mal	3 mal	4 mal	5 mal	6mal	7mal	8—24mal	Summe
1897	367	654	1013	88	13	1024	82	91	3337
%	11,00	19,59	30,50	2,64	0,39	30,68	2,46	2,74	100,00
1909	375	527	1064	134	37	1627	79	86	3929
%	9,55	13,41	27,08	3,41	0,94	41,41	2,01	2,19	100,00

Im Deutschen Reich ist also in 12 Jahren der Prozentsatz der einmal erscheinenden Zeitungen um 1½ %, der zweimal erscheinenden um 6 % und der dreimal erscheinenden um rund 3½ % gesunken, während der Anteil der täglich ausgegebenen Zeitungen um fast 11 % gestiegen ist. Gegenüber dem Reich zeigt Württemberg auch durch die Erscheinungshäufigkeit seiner Zeitungen die den Durchschnitt übertreffende starke Ausdehnung seines Zeitungswesens. Während im Reich die ein- und zweimal erscheinenden etwa 23 %, die dreimal erscheinenden Blätter 27 %, zusammen also die Hälfte aller deutschen Zeitungen ausmachen, kommen auf sie in Württemberg (i. J. 1909) nur etwa 28½ %, also nicht einmal ein Drittel. Täglich erscheinen im Reich 41,41 % der Zeitungen, in Württemberg aber 1909: 56,8 %. Mit den großen Blättern dagegen steht Württemberg unter dem Durchschnitt. Dieses Fehlen der mehr als täglich einmal erscheinenden Blätter (mit Ausnahme des „Schwäb. Merkur") entspricht dem Fehlen einer großen Handelszentrale, in der das Verlangen der kommerziellen Bevölkerung nach raschester und häufiger Berichterstattung eine mehrmalige Ausgabe im Tage ermöglicht.

Das Fehlen einer selbständigen kommerziellen Zentrale äußert sich auch noch in anderer Weise, nämlich in der Ausgabezeit. Löbl betont (p. 149), daß „die Geschäftswelt ein starkes Interesse daran hat, am Morgen vor Beginn des kommerziellen Verkehrs über die Weltlage und den Handelsmarkt unterrichtet zu sein". Dieses Bedürfnis befriedigen die in der Nacht hergestellten Morgenausgaben der großen Handelsblätter. Württemberg besitzt, nachdem die vom Verlag des „Neuen Tagblatts" herausgegebene „Stuttgarter Morgenpost" (die neben den politischen Nachrichten, den Berichten über Theater- und Konzertaufführungen etc. einen relativ starken telegraphischen Handels- und Börsendienst besaß), im Jahre 1909 ihr Erscheinen eingestellt hatte, kein Morgenblatt mehr.[1]) Auch das einzige zweimal am Tage erscheinende Blatt, der „Schwäb. Merkur", erscheint nicht morgens und nachmittags, sondern mittags und abends. Dabei wird ein Unterschied der beiden Ausgaben in der Stoffverteilung nicht gemacht, etwa in der Weise, daß die Mittagsausgabe den spezifischen Bedürfnissen der Börsen- und Handelskreise angepaßt wäre, das Abendblatt aber die Räsonnements enthält (vergl. Brunhuber, Rob., Das moderne Zeitungswesen p. 20 f.), sondern beide Ausgaben differieren eigentlich nur darin, daß die Mittagsausgabe den Roman, die Abendausgabe an seiner Stelle einen Aufsatz oder ähnliches im Feuilleton enthält. Die Handelskreise befriedigen das Bedürfnis nach einem Morgenblatt durch die „Frankfurter Zeitung". Die gesamte württembergische Presse, auch die Stuttgarter, erscheint mittags oder nachmittags; die Zeitungen sind in erster Linie

[1]) Auch frühere Versuche zur Herausgabe eines Morgenblattes sind gescheitert. So wurde die in der Druckerei des „Neuen Tagblatts" hergestellte „Schnellpost" 1859 als „Morgenblatt" des „Neuen Tagblatts" herausgegeben, während das Tagblatt den Nebentitel „Abendausgabe" erhielt. Schon am 1. Oktober 1861 wurde die „Schnellpost" oder „Morgenzeitung" mit dem Tagblatt vereinigt. — Im Jahre 1889 wurde der Versuch wiederholt: vom 1.—14. März erschien das Tagblatt in zwei Ausgaben: morgens 7 Uhr und nachmittags 3½ Uhr. Müller-Palm (p. 68) sagt ganz charakteristisch: „Obschon von vielen Seiten vorher gedrängt war, sie einzuführen, fühlte jetzt die Mehrzahl des Publikums sich dadurch unleidlich in seiner Gewohnheit gestört. Es wollte morgens in aller Frühe keine Zeitung lesen. Der Mann wollte nicht dulden, daß die Frau damit ihre Morgenzeit verbrachte." Seit Oktober 1913 erscheint die „Süddeutsche Zeitung", die an Stelle der eingegangenen „Deutschen Reichspost" als rechtsgerichtetes nationales Blatt herausgegeben wird, mit Ausnahme Montags morgens. Auch sie legte bei dieser Erscheinungsweise auf einen ausgebauten Börsen- und Handelsteil Wert. Bald nach Kriegsausbruch wurden der „Schw. Merkur" und das „Neue Tagblatt", dieses mit dem Übergang zum 13 maligen Erscheinen, früh morgens ausgegeben.

„Lektüre", der man sich in den geschäftsfreien Stunden, in der Mittagspause und nach Geschäftsschluss, hingibt, nicht ein wichtiges Instrument im geschäftlichen Verkehr. Diese Erscheinungsweise ist aber auch bedingt dadurch, daß die Zeitungen auf eine Verbreitung außerhalb des Erscheinungsortes rechnen, und sie mit dem Erscheinen am Mittag oder in den ersten Stunden des Nachmittags einerseits noch die Ereignisse des Morgens und des frühen Vormittags verarbeiten, andererseits aber auch noch am gleichen Tag in die Hände der auswärtigen Leser gelangen können. Und gegenüber diesen Lebensgewohnheiten und Bedürfnissen ist bisher auch das Bedürfnis des Großstädters nach raschester Befriedigung seiner Neugier und Wißbegier, nachdem er „die lange zeitungslose Nachtzeit hinter sich hat und sozusagen publizistisch ausgehungert ist", nicht breit genug gewesen, ein größeres Morgenblatt hervorzurufen und zu erhalten.

Wie überhaupt in Deutschland, so ist auch in Württemberg das Format der Zeitungen relativ klein, wie es der deutsche Leser, besonders der mittleren und unteren Schichten verlangt.[1]) Die meisten württembergischen Zeitungen haben (nach Mosses Zeitungskatalog 1912) eine Höhe von über 400—500 mm nämlich 102 von 185 oder 55,13 %. Eine Höhe von über 450—500 mm haben 12 = 6,49 %, über 500 mm nur drei = 1,62 %, 350—400 mm Höhe haben 55 = 29,73 % und 350 mm und darunter 13 = 7,03 %.[2])

Die Formate sind außerordentlich verschieden: Es gibt 49 verschiedene Höhen, 50 verschiedene Breiten, die zwischen 186 mm und 325 mm schwanken. Die 185 württembergischen Blätter haben 124 verschiedene Formate.

---

[1]) Löbl, p. 151 f. bemerkt, daß Österreich und dann Deutschland die verhältnismäßig kleinsten Formate haben. Die neuere Entwicklung tendiert neuerdings wieder nach dem Vorbild der Berliner Zeitungen zu einer Verkleinerung des Formats, etwa zu 320: 470 mm, also zu einem Format, das den in Württemberg häufigsten Formaten entspricht. Dagegen ist die vierspaltige Einteilung der Seiten, die, wie noch mehr die 5-spaltige, wegen des Straßenverkaufs von großstädtischen Zeitungen gewählt wird, in Württemberg nur bei einigen Blättern üblich, und es herrscht die ältere Einteilung in drei Spalten vor.

[2]) Das Wachstum des Formats aus dem Quart, das im 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts allgemein üblich war, veranschaulicht eine Notiz über die Formatvergrößerungen des „Neuen Tagblattes", die Müller-Palm in seiner Schrift gibt; danach betrug das Format des „Neuen Tagblattes" in den Jahren:

1843 1844 1846 1847 1851 1860 1861 1864 1869 1873 1876
23 ½ : 17 26 : 18 29 : 25 31 : 22 32 : 24 34 : 27 37 : 26 36 : 22 40 : 28 46 : 29 53 : 35.

7. Kapitel.

Die Regierung und die Presse.

„Eine Preßtätigkeit wird von der Regierung, soweit meine Kenntnisse reichen, überhaupt nicht entwickelt, abgesehen von denjenigen Artikeln, die mit offenem Visier im Staatsanzeiger erscheinen.“ Mit diesen Worten charakterisierte der Minister des Innern von Pischek in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 10. Dezember 1898, die sich mit der Amtsblattfrage befaßte, die Beziehungen der württembergischen Regierung zur Presse.

Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ ist das „Regierungsorgan“ in Württemberg, das Blatt, in dem die württembergische Regierung und ihre Behörden regelmäßig ihre Auffassungen vertreten und Mitteilungen, Aufklärungen und Berichtigungen geben.

Die Gründung des „Staatsanzeigers“ erfolgte nach dem Revolutionsjahre 1849, in dessen politischen Stürmen die Regierung ein besonders starkes Bedürfnis empfinden mußte, der freiheitlichen oder doch liberalen Sprache der Presse gegenüber ein eigenes Blatt zu haben, das, wie es in den Einführungsworten der ersten Nummer hieß, die Politik des Ministeriums „vertreten, erläutern oder rechtfertigen“ konnte. Als weiteren redaktionellen Inhalt des „Staatsanzeigers“ nennt jenes Probeblatt: „Besprechung vaterländischer Zustände, Berichte über die Ereignisse des engeren Vaterlandes, insbesondere über die Kammerverhandlungen, übersichtliche Nachrichten über die Lage des größeren Vaterlandes und des Auslandes.“ Über den Standpunkt des Blattes wird gesagt: „Unbeirrt von jedem Parteiinteresse, wird der Staatsanzeiger in ruhigem, ernstem Tone, fern von Persönlichem, die wahren Interessen des Landes vertreten, gegen gehässige Verdächtigungen und Verleumdungen der Regierung keine anderen Waffen als die der Wahrheit führen und durch die Treue seiner Berichterstattung bewähren, daß er über den Parteien seine Stellung eingenommen hat.“ Die Gründung geschah in der Weise, daß das kurz vorher geschaffene „Landesintelligenzblatt“ vom 1. Januar 1850 ab zu einem politischen Blatt ausgebaut wurde. Im Jahre 1820 war nämlich dem Regierungsblatt, das damals einen weiteren Aufgabenkreis als heute hatte, und u. a. auch Aufsätze, Mitteilungen über Gesundheitsfragen, Erfindungen, ferner alle behördlichen Bekanntmachungen, soweit sie nicht von Privatinteresse waren, enthielt[1]), eine Beilage gegeben worden, die ausschließlich die Ver-

[1]) Vgl. bei Munzinger (p. 47) die Angaben über den analogen Inhalt des Münchner Intelligenzblatts (1766—1824).

fügungen und Ausschreibungen der niederen Behörden und die Privatinteressen berührenden Bekanntmachungen enthielt. Die Herausgabe dieser Beilage war den Chr. Fr. Cottaschen Erben in Stuttgart unter dem Titel „Stuttgarter Allgemeine Anzeigen" überlassen. 1837 war der Name in „K. Württ. allgemeines Landesintelligenzblatt und Stuttgarter Anzeigen" geändert worden, und in der Zeit der politischen Stürme der Revolutionsjahre 1848/49 folgte auch dieses Intelligenzblatt der allgemeinen Entwicklung der Intelligenzblätter zu politischen (vergl. p. 17). Durch eine Verfügung des Justizministeriums und einen Vertrag mit den Cottaschen Erben vom 27. Dezember 1849, sowie durch eine weitere Verfügung des Justizministeriums vom 2. Februar 1850 wurde nämlich die Beilage vom Regierungsblatt völlig getrennt und das „Allgemeine Landesintelligenzblatt" in den „Staatsanzeiger für Württemberg" umgewandelt. Es gingen Dienstnachrichten, amtliche Bekanntmachungen von vorübergehendem Interesse usf. ausschließlich in das Intelligenzblatt über, und dieser Anzeigeteil wurde ergänzt durch „eine zur Mitteilung und Beurteilung der Tagesbegebenheiten, insbesondere Besprechung vaterländischer Zustände, bestimmte politische Abteilung". Als Name des Blattes wurde bestimmt: „Staatsanzeiger für Württemberg, Intelligenzblatt und politische Zeitung," ein Name, der die Verbindung der bisher getrennten Zeitungstypen kennzeichnet.

Das Blatt stieß in der Volksvertretung auf den lebhaftesten Widerspruch. Der ständische Ausschuß der Landesversammlung erstattete in seinem Rechenschaftsbericht vom 23. Dezember 1849 bis 14. März 1850 (Verh. d. 2. verfassungsgeb. Vers. 1850, Beil. B. 1. p. 31 ff.) einen ausführlichen Bericht darüber an das Plenum; es war nicht die Schaffung eines politischen Blattes zur Vertretung der Regierungsansichten überhaupt, das darin bekämpft wurde: „Würde es sich einfach um Gründung eines öffentlichen Blattes handeln, welches die politischen Ansichten der Regierung verträte und zugleich Anzeigen der Behörden offenstände, ohne daß diesem Blatte Vorrechte vor den übrigen Zeitungsunternehmungen eingeräumt wären, noch eine unentgeltliche Verteilung derselben stattfände, so wäre die Sache eine einfache Frage der Ausgabenverwilligung, und der Ausschuß der Landesversammlung könnte – die Bejahung dieser Frage vorausgesetzt — die Begründung eines solchen Organs nur als eine ganz berechtigte Maßregel der Regierung betrachten und sich darüber im Interesse des verfassungsmäßigen Systems freuen, welches bei einer offenen Darlegung der Regierungsansichten einer freien Presse gegenüber nur gewinnen kann." Vielmehr beanstandete der Ausschuß die Umstände, unter denen sich die Gründung vollzog, und die Vorrechte, die dem neuen Blatte zu seiner Prosperierung ein-

geräumt worden waren: den Anzeigenzwang, die unentgeltliche Verteilung des Blattes und die verfassungswidrige Behandlung der Kostenfrage durch die Regierung. Es mußten nämlich alle behördlichen Inserate ausschließlich (soweit nicht gesetzlich anderes vorgeschrieben war, oder es sich um Inserate von lokalem Interesse handelte) dem „Staatsanzeiger" übergeben werden, und der Ausschuß sah darin die Schaffung eines ausschließlichen Handels- und Gewerbeprivilegiums, eine Verletzung der Preßfreiheit, einen zweckwidrigen, mit den öffentlichen Interessen unvereinbaren und teuren Publikationsmodus; und ebenso widersprach nach dem Ausschuß die unentgeltliche Abgabe des Blattes an die Gemeinden etc. durch ihre Benachteiligung der Privatunternehmungen dem Grundsatz der Preßfreiheit. Der Bericht erklärte: „daß durch die Verwandlung jenes Blattes in eine solche (politische) Zeitung das Unternehmen und die unentgeltliche Verteilung einen ganz anderen Charakter, nämlich den einer politischen Maßregel, annehme und sich mit Grund bezweifeln lassen dürfte, daß je eine Volksvertretung in irgend einem Staate die Mittel zur unentgeltlichen Verteilung eines politischen Blattes durch die Regierung verwilligen würde" (p. 34). Das Justizministerium berief sich dagegen auf die gleiche bisher nie beanstandete Regelung der Ausgabe und Verteilung des Landesintelligenzblattes. Der Ausschuß antwortete darauf unter ausführlicher und verschärfter Darlegung seines Standpunktes, daß „das K. Justizministerium seine Befugnisse soweit überschritten habe, daß der Ausschuß die Beobachtung irgend eines Gesetzes nicht mehr zu erkennen vermöge" (p. 38), und unter entschiedener Verwahrung gegen die verschiedenen gesetzwidrigen Anordnungen des Ministeriums stellte der Ausschuß „das dringende Ansinnen, daß die gerügten gesetzwidrigen und daher nach seiner Ansicht nicht zu Recht bestehenden Anordnungen unverweilt aufgehoben werden." (p. 41). Eine Antwort erhielt der Ausschuß darauf nicht. Die Ministerialverfügung vom 2. Februar 1850 wurde im nächsten Jahr nochmals der Prüfung des Ausschusses unterstellt (Verh. d. K. d. Abg. 1851/52 Beil. B. p. 151 ff.). Diesmal lautete sein Urteil wesentlich milder, und er verlangte nur gewisse Erleichterungen des Anzeigemonopols, besonders zu gunsten der Privaten, während die frühere schärfere Auffassung in der Minderheit blieb. In der Plenarsitzung vom 25. Juni 1851 (Verh. d. K. d. Abg. Prot. B. 1 p. 473) wandten sich die Abg. Pfeifer und Moritz Mohl lebhaft gegen die Methoden, mit denen die Regierung dem „Staatsanzeiger" aufzuhelfen suche, gegen die Nötigung des Publikums, die politischen Ansichten des „Staatsanzeigers" kennen zu lernen, und die Nötigung der unteren Behörden, wider ihre Amtspflichten zu handeln. Der Ausschußantrag fand jedoch auch im Plenum die Mehrheit; un-

angefochten blieb aber die Existenz des „Staatsanzeigers" auch in späteren Jahren nicht.

Trotzdem entwickelte sich das Blatt, das nach und nach bedeutend vergrößert wurde, nach dem ihm vorgezeichneten Programm. Einzelne Schwankungen kamen vor, z. B. zeigte sich der „Staatsanzeiger" in den Monaten vor dem 1866 er Krieg — der allgemeinen Volksstimmung folgend — gegen Preußen so feindselig, daß der verantwortliche Redakteur, als der Einmarsch der Preußen drohte, es für geraten fand, seine Person in Sicherheit zu bringen, und daß Bismarck noch beim Friedensschluß die Haltung des „Staatsanzeigers" grollend erwähnt haben soll, ein Beweis, daß auch ein amtliches Blatt sich dem Einfluß der Zeitumstände nicht zu entziehen vermag.

Hievon abgesehen hat der „Staatsanzeiger" stets sein Ziel in der „Treue seiner Berichterstattung" und in deren Unparteilichkeit und Objektivität gesucht. Das Blatt ist bestrebt, seinen Lesern innerhalb seines Raums ein vollständiges Bild der politischen Vorgänge im Land, Reich und Ausland zu geben, und es werden auch scharf oppositionelle Stimmen keineswegs ausgeschlossen. In der eigenen Stellungnahme zu den politischen Vorgängen ist der „Staatsanzeiger" vorsichtig und zurückhaltend, häufig erfolgt sie nur durch gelegentliche Zwischenbemerkungen oder durch die Art der Auswahl, der Gruppierung und Bearbeitung des Stoffes (vergl. das Kapitel „Der Stoff der Zeitungen usf."). Trotzdem ist das Blatt keineswegs tonlos, und das ist möglich dadurch, daß die Regierung dem Blatt stets ein beträchtliches Maß von Freiheit gelassen hat. In literarischen und künstlerischen, überhaupt allen nicht politischen Dingen, ist die Redaktion nicht weiter beschränkt als durch die Rücksicht auf ein wohlabgewogenes Urteil und eine gebildete, anständige Ausdrucksweise.

In politischen Fragen ist das Verhältnis der Regierung zur redaktionellen Leitung des Blattes nach außen allerdings nicht immer ganz klar und offen gewesen. Als in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 7. April 1876 der Abg. Österlen wegen des Verhältnisses der Regierung zum „Staatsanzeiger" interpellierte, antwortete Finanzminister v. Renner: „Der Staatsanzeiger ist, sowohl was Redaktion als Druck anlangt, ein Privatunternehmen," und als darauf hin der Abgeordnete erwiderte, daß seines Wissens eine offizielle Mitwirkung bei der Herausgabe des Blattes stattfinde, und ein Mitglied der Oberregierung einer der obersten Redakteure des Blattes sei, begnügte sich der Minister mit der Erklärung, daß der Eigentümer des Staatsanzeigers nicht der Staat sei. (Prot. Band 31 p. 1203.) Am 31. März 1891 charakterisierte der Minister des Innern v. Schmid (Prot. Bd. 53 p. 1751) das Verhältnis dahin: „In Württemberg gibt es nur ein offizielles Organ der Regierung, das ist

der Staatsanzeiger, der aber in seinem redaktionellen Teil vielfältig und in der Regel die Anschauung seiner Redakteure zum Ausdruck bringt." In der Sitzung vom 27. April 1895 (Prot. Bd. 56 p. 236 ff.), als der Abgeordnete Rembold (Z.) beantragte, die Einnahmen und Ausgaben aus dem Betrieb des „Staatsanzeigers" in dem Etat zur Erscheinung zu bringen (s. unten) und auf diese Unklarheit des redaktionellen Verhältnisses zur Regierung hinwies, gab der Minister des Innern v. Pischek folgende Auskunft: „Wenn der Herr Abgeordnete von Aalen an mich die Frage gerichtet hätte, ist der Staatsanzeiger ein Privat- oder ein Staatsunternehmen, so hätte ich ihm klipp und klar gesagt: er ist kein Privat-, sondern ein Staatsunternehmen ...." (Der Abg. Rembold) „hat als eines der Indizien, die für die staatliche Natur des Staatsanzeigers sprechen, angeführt, daß bei demselben ein Regierungskommissar angestellt ist. Es ist richtig, daß ein Beamter des Ministeriums des Innern als Regierungskommissar beim Staatsanzeiger bestellt ist. Seine Aufgabe geht dahin, die Redakteure in rechtlichen Dingen zu beraten, den Verkehr zwischen Redaktion und Ministerium zu vermitteln, die allgemeine Aufsicht über die Haltung des Staatsanzeigers zu führen und besonders auch die Aufsicht über die ökonomischen Verhältnisse desselben zu handhaben..... Was die unmittelbare Einflußnahme der Regierung auf die Redaktion betrifft, so ist sie ganz untergeordnet. Wenn die Regierung selbst Artikel im Staatsanzeiger bringt, so sind sie in der Regel in einer Form gehalten, welche die Quelle ohne weiteres für jedermann kenntlich macht."

Es sind also hinsichtlich der politischen Haltung des Blattes durch die Aufstellung des Kommissars u. a. Einrichtungen getroffen, die der Regierung eine gewisse Kontrolle über den politischen Inhalt sichern. Soweit eine unmittelbare Vertretung der Regierungspolitik oder die Verteidigung von Amtshandlungen in Frage kommt, geht schon aus der Stellung, dem Inhalt und Ton der Artikel offen und deutlich hervor, daß hier die Regierung selber spricht. Was die redaktionelle Berichterstattung und Meinungsäußerung anlangt, so bleibt es, wie schon die angeführten ministeriellen Äußerungen betonen, im allgemeinen dem Unterscheidungsvermögen und Takt der Redaktion überlassen, das Richtige zu treffen. Die Kontrolle geht mehr nach der Richtung, daß nichts Unzutreffendes über Äußerungen, Absichten und Anordnungen amtlicher Stellen berichtet wird. Diese Freiheit hat das Ministerium übrigens auch wiederholt ausdrücklich in der Zweiten Kammer für die Redaktion beansprucht. So antwortete Minister v. Pischek am 22. April 1899 auf Beschwerden des Abg. Gröber (Z.) über parteipolitische Haltung des „Staatsanzeigers", daß „der Staats-

anzeiger kein nationalliberales Blatt ist, daß er sich vielmehr bemüht und bemühen soll nach der Absicht der Regierung, eine objektive, nicht durch Parteirücksichten und Parteipolemik bestimmte Haltung einzunehmen, was ihm, wie ich glaube, im allgemeinen auch gelungen ist und gelingt, daß es aber gleichwohl selbstverständlich ganz unmöglich ist, ein eigenes Urteil in allen Dingen zu vermeiden. Wenn man dem „Staatsanzeiger" abschneiden wollte, daß dann und wann irgend eine Bemerkung kommt, die der einen oder anderen Partei nicht gefällt, so würde das Blatt ganz farblos gemacht, und ich glaube, es würde außerordentlich langweilig werden." (Prot. Bd. 64 p. 485.) Dieser Auffassung von der Stellung der Redaktion ist es zu verdanken, daß der „Staatsanzeiger für Württemberg" zu den wenigen amtlichen Blättern gehört, die sich auch rein journalistisch Ansehen und eine gewisse Bedeutung in ihrem Verbreitungsgebiet gesichert haben.

Mit dem „Staatsanzeiger" ist verbunden die seit 1878 bestehende, jetzt regelmäßig halbmonatlich erscheinende „Besondere Beilage", die Originalaufsätze aus den Gebieten der Landeskunde, Altertumsforschung, Geschichte, Philosophie, Naturwissenschaften, Literatur und Kunst bringt. Belletristik ist ausgeschlossen (siehe das Kapitel: „Der Stoff der Zeitungen usf."); auch wird dem „Staatsanzeiger" das von der Zentralstelle für Gewerbe und Handel herausgegebene „Gewerbeblatt" beigelegt.

Noch unklarer als das redaktionelle war bis zu den 90 er Jahren das finanzielle Verhältnis des Staates zu dem „Staatsanzeiger". Am 7. April 1876 bezeichnete Finanzminister v. Renner, wie erwähnt, den „Staatsanzeiger" als ein Privatunternehmen, und im Etat erschien der „Staatsanzeiger" seit 1858, nachdem der Minister des Innern Freiherr v. Linden in der Sitzung vom 25. Mai 1855 die völlige Entbehrlichkeit eines Staatszuschusses zugesagt hatte, nicht mehr. Da sich das Blatt seitdem aus eigenen Kräften ernähren konnte, begnügte sich die Zweite Kammer, wenn auch nicht ohne Widerspruch (so am 7. April 1876 seitens des Abg. Fetzer, ferner 1891 und 1895), damit, „daß nach einer bisher bestandenen stillschweigenden Vereinbarung zwischen Regierung und Ständen der „Staatsanzeiger", insolange als eine Exigenz für denselben nicht erforderlich ist, in den Etat nicht eingestellt wird" (Minister v. Pischek in der Sitzung vom 27. April 1895). Diesem unklaren Verhältnis wurde ein Ende gemacht durch einen in der Sitzung vom 27. April 1895 von dem Abg. Rembold (Z.) gestellten Antrag, die Einnahmen und Ausgaben aus dem Betrieb des „Staatsanzeigers" in dem Etat zur Erscheinung zu bringen. In Widerspruch mit der Erklärung des Finanzministers v. Renner am 7. April 1876 machte Minister v. Pischek die oben angeführte Mitteilung, daß der „Staatsanzeiger" ein Unternehmen des Staates sei; und er fügte bei, daß zwar

zunächst die Cottaschen Erben Verleger des Blattes gewesen seien „Allein die Rechtsverhältnisse waren nicht klar geordnet, es ergaben sich bald Schwierigkeiten, insbesondere in der Richtung, wer den Gehalt des Redakteurs zu bezahlen haben solle, und so wurde schon 1851 ein neuer Vertrag mit den Cottaschen Erben abgeschlossen, wonach diese nur den Druck und die Spedition des Blattes zu besorgen haben sollen. Von da an war kein anderer Unternehmer vorhanden als der Staat." (V. d. K. d. Abg. 1895 Prot. B. 56 p. 238.) Auf Grund dieser Erklärung beschloß die Finanzkommission, die Regierung zu ersuchen, die Einnahmen und Ausgaben des „Staatsanzeigers für Württemberg" in den folgenden Etats der Prüfung und Entscheidung der Stände zu unterstellen, und diesem Antrag stimmte am 29. Mai 1895 das Plenum zu. So laufen seitdem die Einnahmen und Ausgaben des „Staatsanzeigers" als eines staatlichen Betriebsunternehmens und die Honorierung des Regierungskommissars im Etat, und das Blatt liefert seit einigen Jahren nicht unbeträchtliche Überschüsse an die Staatskasse ab. (Etat 1913/15 jährliche Einnahmen 190 450 Mk., Ausgaben 172 450 Mk., Überschuß 18 000 Mk.; nach den Rechnungsergebnissen von 1910 wurden bei 192 238.15 Mk. Einnahmen und 167 404.54 Mk. Ausgaben ein Reinertrag von 24 833.61 Mk. [Etatsatz 20 000 Mk.] erzielt.)

Mit der publizistischen Vertretung des „Staatsanzeigers" begnügt sich heute in der Regel die württembergische Regierung. Die „Amtsblätter" erfreuen sich — wenigstens seitens der Regierung — in Württemberg einer ausgedehnten politischen Freiheit. Wiederholt hat der Minister des Innern das in der Kammer erklärt, so am 27. April 1895: „Was die Haltung der Amtsblätter betrifft, so wird in Württemberg kein besonderer Einfluß von der Regierung auf die Amtsblätter ausgeübt. Daß das Ministerium Artikel hinausgegeben hätte, die in den Blättern hätten veröffentlicht werden sollen, ist mir gänzlich unbekannt. Es ist dies mir in meiner langjährigen Praxis im Departement des Innern, soviel ich wenigstens weiß, niemals vorgekommen. Jedenfalls besteht keine Verpflichtung des Amtsblattes, einen Artikel, den die Regierung zur Aufnahme in den politischen Teil des Blattes sendet, auch aufzunehmen; es wäre sogar die Redaktion in der Lage, eine solche Einflußnahme sich zu verbitten." (Prot. Bd. 56 p. 246.) Ähnlich in der Sitzung vom 10. Dezember 1898 (Prot. Bd. 63 p. 5232 ff.), wo Minister von Pischek diesen Unterschied des Verhältnisses der Regierung zu den Amtsblättern in Württemberg gegen das Verhältnis in den meisten anderen deutschen Bundesstaaten besonders unterstrich. Und zuletzt hat Minister v. Pischek am 18. Februar 1903 diese Unabhängigkeit betont (Prot. Bd. 73 p. 3429): „Es gibt keine ‚K. württembergischen Amtsblätter', sondern es gibt

nur Blätter, welchen die amtlichen Bekanntmachungen, und zwar meistens auf der Grundlage eines Beschlusses der Amtskörperschaft, zugewiesen werden, und die insoweit, als sie diese amtlichen Bekanntmachungen enthalten, Amtsblätter sind, während für den redaktionellen Teil der Amtsblätter irgend welche Verantwortung der Regierung in keiner Weise besteht. Die Regierung übt auf die Haltung dieser Amtsblätter keinen Einfluß aus. Wir haben ja, wie bekannt, Amtsblätter der verschiedensten politischen Richtungen. Allerdings muß die Regierung sich vorbehalten, dann, wenn ein Blatt durch unwürdige Haltung, durch Beschimpfung der Regierung, durch Spekulation auf unsittliche Triebe zu begründeten Klagen Anlaß geben würde, sich die Frage nahezulegen, ob sie im Interesse ihres Ansehens ihre amtlichen Annoncen einem solchen Blatte auch künftig noch anvertrauen kann oder nicht .... Ich kann in dieser Richtung nur wiederholen, was ich schon oft gesagt habe, daß das Ministerium seinerseits keine Hintertreppenwaschzettel oder wie der Abg. Galler gesagt hat, für die Amtsblattpresse ausgibt; es werden die Amtsblätter vom Ministerium in gar keiner Weise beeinflußt. Ich wünsche es auch nicht, daß die Oberämter die Amtsblätter beeinflussen, ohne dabei offen hervorzutreten. Dagegen lasse ich mir das natürlich nicht nehmen, daß die Regierung in der Lage ist, mit offenem Visier ihre Anschauungen überall in der Presse, wenigstens in derjenigen Presse, die ihr zur Verfügung steht, zu vertreten. Und ich würde nicht anstehen, wenn ich Anlaß dazu erhielte, was bis jetzt noch nicht der Fall war, offen in den Amtsblättern des ganzen Landes eine Regierungsanschauung zu vertreten. Aber wie gesagt, ich bin gegen eine heimliche, hinterrücks erfolgende, nicht sichtbare Beeinflussung der Amtsblätter; ich übe sie nicht, und ich wünsche auch nicht, daß sie von den untergeordneten Behörden geübt wird (Beifall); aber ein offenes Hervortreten kann der Regierung nicht verwehrt werden."

Wie der Minister hier betont hat, gehören die Amtsblätter in Württemberg den verschiedenen politischen Richtungen an. Außer den parteilosen Blättern, die die Mehrzahl bilden,[1]) gibt es ausge-

[1]) Minister v. Pischek hat in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 10. Dezember 1898 diese Parteilosigkeit der Amtsblätter als einen besonderen Vorteil der Amtsblatteigenschaft gerühmt (Prot. Bd. 63 p. 5237 ff.): „Die Amtsblätter werden von einem großen, gemischten Leserkreis gelesen, und zwar von Lesern, die den verschiedenen politischen Parteien angehören. Die Amtsblätter müssen daher auch in ihrer Haltung sich diesem gemischten Leserkreis anzupassen suchen, und so kommt es, daß weitaus die große Mehrzahl der Amtsblätter eine ausgesprochene Parteitendenz nicht verfolgt, daß sie vielmehr eine gegenüber sämtlichen Parteien maßvolle Haltung einnehmen müssen und einnehmen. Ich halte

sprochen nationalliberale, agrarisch-konservative, volksparteiliche und Zentrumsblätter. Der „Amtsblatt"-Titel bezeichnet also nicht zugleich eine bestimmte politische (regierungsfreundliche) Richtung, sondern lediglich das auf Herkommen oder auf Vertrag beruhende Recht und die Pflicht einer Zeitung, sämtliche amtlichen Bekanntmachungen der staatlichen Behörden des Bezirks entweder unentgeltlich oder gegen eine durch Vertrag bestimmte Entschädigung zu veröffentlichen. Die Auswahl der Zeitung ist Sache der Amtskörperschaft, also eines Selbstverwaltungskörpers, nicht auf Grund besonderer gesetzlicher Vorschrift, sondern des Herkommens.

Die Entstehung zahlreicher Amtsblätter fällt in die 40er und 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts, sie ging dabei vielfach nicht auf die Initiative der Verleger, sondern der Regierung, Oberämter und Amtsversammlungen zurück. Es beschloß die Amtsversammlung die Herausgabe des Amtsblatts (Geislingen), ja sie schrieb sogar die Vergebung einer Buchdruckerei mit dem Verlag eines Bezirksamtsblattes zur Bewerbung aus (Gerabronn). Im Jahre 1850 erging an die Oberämter ein Erlaß, die Herausgabe von Amtsblättern zu veranlassen. Die Behörden des einzelnen Oberamtsbezirks hatten das Bedürfnis nach einer möglichst großen und erleichterten Verbreitung ihrer Bekanntmachungen etc. In der Regel wurde die Übertragung des Amtsblatts an die Bedingung geknüpft, daß sich das Blatt jeder Parteipolitik oder Politik und Räsonnements zu enthalten habe (vergl. p. 16).

Über die Ursachen, die dieses Verhältnis zwischen der Amtskörperschaft und der Amtsblattpresse schufen, gab Minister von Pischek in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 10. Dezember 1896 folgende Erklärung: „Die Amtskörperschaft ist zur Abschließung von Verträgen mit den Zeitungsverlegern wohl durch die historische Rechtsentwicklung gekommen. Früher, solange noch keine Zeitungen bestanden, fanden von den Oberamtsstädten aus wöchentlich mehrmalige Fronbotengänge in die einzelnen Gemeinden statt. Diese lästige Fronbotenpflicht wurde im Jahre 1837 in Verfolgung der Ablösungsgesetze abgeschafft, und es wurde damals durch eine mit Zustimmung der Stände erlassene K. Verordnung vorgeschrieben, daß in jedem einzelnen Bezirk mindestens zweimal in der Woche ein Amtsbotengang stattzufinden habe, welcher von der Oberamtsstadt in sämtliche Gemeinden des Bezirks geht, und bei welchem dann

das — ich gestehe es ganz offen — für eine große Wohltat; es scheint mir nicht nötig zu sein, daß alle Blätter des Landes auf einen bestimmten Parteistandpunkt eingeschworen sind. Ausnahmslos ist das freilich nicht der Fall. Denn die Regierung verlangt zwar von den Amtsblättern eine anständige Haltung, aber sie schreibt ihnen ihren parteipolitischen Standpunkt in keiner Weise vor" (vergl. auch das Kapitel: „Die Parteien und die Presse", p. 84, 97 Tabelle 17 mit Anm. 3 u. 5).

die sämtlichen Amtskorrespondenzen mit den Gemeindebehörden besorgt werden. Die Kosten dieses Amtsbotenganges hatten, da dem Staate Kosten nicht erwachsen sollten, die Amtskörperschaften zu tragen, und es wurde der bezügliche Aufwand zur Amtsvergleichung gebracht. Es versteht sich daher, daß die Amtskörperschaften ein erhebliches Interesse daran hatten, daß das Amtsblattwesen und das Landpostbotenwesen sich entwickelte, und die Korporationen haben daher auch durch vertragsmäßige Gewährung von Beiträgen an die Amtsblatt-Redaktion diesem Interesse Rechnung getragen. So entstanden die Verträge der Amtskörperschaften mit den „Amtsblattverlegern" (p. 5238)". Auf der andern Seite hatten die neugegründeten Zeitungen ein Interesse an den amtlichen Bekanntmachungen, allerdings nicht so sehr deshalb, weil ihnen diese Bekanntmachungen einen Vorsprung vor einem etwaigen Konkurrenzunternehmen sicherten, — es gab ja außer in den größeren Städten in dem Bezirk oder in mehreren zusammen meist nur eine Zeitung — sondern zunächst, weil sie die amtlichen Inserate als — schätzbares Füllmaterial betrachten. In seinem Kommissionsbericht (Beil. Band 80 p. 645 ff.) erwähnt der Berichterstatter Haffner ein am 25. April 1826 entstandenes Blatt, in dessen Ankündigung es hieß: „Die Einrückungsgebühr für jede Zeile ist 2 kr. Obrigkeitliche Anzeigen, welche aus keiner Privatkasse bezahlt werden, werden unentgeltlich eingerückt." Von dieser unentgeltlichen Publikationsgelegenheit machten sofort Staats- und Gemeindebehörden Gebrauch, auch wurde kurz nach Erscheinen des Blattes eine oberamtliche Anordnung veröffentlicht, daß die Ortsbehörden dieses Blatt auf Gemeindekosten zu halten und die darin enthaltenen amtlichen Bekanntmachungen und Aufträge gerade so zu beachten haben, wie besondere Ausschreiben. Damit war das Amtsblatt geschaffen, ohne daß sich dasselbe den Titel Amtsblatt beilegte, was erst Ende des Jahres 1849 geschah. Daß das Blatt von seiner Amtsblatteigenschaft, welche ihm eine sonst nicht so rasch erreichbare Verbreitung in allen Bezirksorten sicherte, einen Nutzen hatte, geht aus einer 9 Jahre später im Jahre 1835 an die Ortsbehörde gerichteten Eingabe hervor, worin der Verleger in interessanter Weise ausführt: „Seit Gründung des hiesigen Wochenblatts wurden Avertissements (Ankündigungen) der Stadtbehörden unentgeltlich aufgenommen, und zwar aus dem Grunde, weil es einmal an Material zu Ausfüllung des Blattes mangelte und es von seiten des Herausgebers vorgezogen wurde, den leeren Raum lieber mit amtlichen Bekanntmachungen auszufüllen, als mit Rätseln und Erzählungen usw., die ja ebenfalls nicht bezahlt werden und noch dazu von untergeordnetem Wert für die Leser des Blattes sind." Nunmehr aber, setzt der Verleger weiter auseinander, seit die Beamtungen und das Publikum ein regeres Interesse am Blatt hätten, sei es immer mit bezahlten Artikeln gefüllt, und es sei ihm fernerhin unmöglich, die Anzeigen der Stadtbehörden unentgeltlich aufzunehmen. Der Zweck wurde erreicht, es wurde von der Stadt die Bezahlung eines ermäßigten Inseratenpreises zugesichert. Noch 40 Jahre lang wurden die Bekanntmachungen der Bezirksbehörden ganz unentgeltlich aufgenommen. Im Jahre 1876

wurde dem Verleger des Amtsblatts eine kleine Entschädigung aus Mitteln der Amtskorporation für die Aufnahme der amtlichen Bekanntmachungen verwilligt, nachdem er nachgewiesen hatte, daß ihm hiefür 10 mal mehr Auslagen und Mühen erwachsen als früher. Die Gewährung dieses Aversums gab Anlaß zum Abschluß eines Vertrags, durch welchen der Verleger sich verpflichtete, gegen dieses jährliche Aversum sämtliche amtlichen Bekanntmachungen des Oberamts, des gemeinschaftlichen Oberamts, des Oberamtsphysikats, des Landwehrbezirkskommandos und der Korporationsbehörden in das Blatt aufzunehmen. Dieser Vertrag wurde als für den Verleger und dessen Rechtsnachfolger verbindlich bezeichnet, für die Amtskorporation aber jederzeit Widerruf vorbehalten.

Die hier geschilderte Entwicklung ist typisch für das Entstehen der württembergischen Amtsblätter, nur erhalten zum Teil die Amtsblätter auch gar keine Entschädigung. (Nach Mitteilungen in dem Kommissionsbericht erhielten 1898 36 Amtsblätter von den Amtskorporationen für sämtliche Bekanntmachungen des Oberamts und teilweise auch der übrigen Behörden jährliche Aversalentschädigungen von 5,83 Mk. bis 492,86 Mk., und zwar 23 bis zu 150 Mk., 13 von 200 -492,86 Mk.; von 27 Amtsblättern wurden die Bekanntmachungen des Oberamts und teilweise auch der übrigen Behörden unentgeltlich aufgenommen, im Stadtdirektionsbezirk Stuttgart mußten dem „Neuen Tagblatt" für die öffentlichen Bekanntmachungen der Stadtdirektion die gewöhnlichen Insertionsgebühren bezahlt werden.) Dieses Verhältnis, das seit dem Jahre 1850 etwa durchgeführt ist, hat für den Staat den großen Vorteil, daß er für die behördlichen Bekanntmachungen nicht die geringsten Auslagen zu machen hat. Die Verpflichtung der Amtsblätter besteht in der Hauptsache in der unentgeltlichen Aufnahme von staatlichen und körperschaftlichen Bekanntmachungen allgemeiner dienstlicher Natur, während sie sich nicht erstreckt auf Inserate, die im Interesse einer einzelnen Partei ergehen, oder auf die rein fiskalischen Anzeigen der Behörden, wie Holzverkäufe etc. Ein Einfluß auf die Richtung des Blattes wird durch die Verträge nur insoweit vorbehalten, als in einzelnen Fällen „würdige und anständige Haltung" verlangt wird. Diese Bedingung hat auch Minister von Pischek z. B. in der Sitzung vom 10. Dezember 1898 gestellt (vergl. auch p. 61). Praktisch ist diese Voraussetzung, soviel wenigstens bekannt ist, nie geworden. Die Verträge sind regelmäßig auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und unterliegen mit einer Ausnahme, wo die Kündigung ausgeschlossen ist, einer Kündigungsfrist von 2 bis 6 Monaten (Mitteilung des Ministeriums vom 19. September 1902 an die Kommission).

Die Neutralität der Regierung gegen die Amtsblätter wurde vollständig erst unter dem Ministerium Pischek beobachtet. Als die Amtsblätter entstanden, boten sie ja aus Zwang oder aus eigenem

Antrieb überhaupt keinen politischen Stoff oder in einer Form, die jeden Anstoß vermied.[1]) Das Jahr 1849 brachte die Politisierung der Amtsblätter, und die freiheitliche Sprache, die sie führten, suchte das Ministerium Schlayer, das, wie ja auch die Schaffung des „Staatsanzeigers" in derselben Zeit beweist, Einfluß auf die öffentliche Meinung durch die Presse zu gewinnen und auszuüben versuchte, mit dem Entzug der Amtsblatteigenschaft und der amtlichen Anzeigen zu unterdrücken.[2]) Diese Unterdrückung kam in der Sitzung vom 5. Juli 1849 (V. d. K. d. Abg. Bd. 5 p. 4498 f.) in der Volksvertretung zur Sprache. Der Abg. Seefried führte einen Fall an, in dem ein Amtsblattverleger mit Entziehung der Konzession oder wenigstens der amtlichen Anzeigen bedroht worden sei, falls er „mißliebige" Artikel weiter veröffentliche. Er erwähnte auch einen Erlaß des Ministeriums an die Regierungsbehörden, der die Nachahmung der badischen Regierungspraxis, den mißliebigen Blättern den Entzug amtlicher Anzeigen anzudrohen, empfohlen haben soll. Staatsrat v. Duvernoy und Staatsrat v. Römer erwiderten, ihnen sei ein solcher Erlaß nicht bekannt, fügten aber bei, daß es doch im höchsten Grade auffallend wäre, wenn man von einem Bezirksamte verlangen würde, daß es amtliche Anzeigen einem Blatte übergäbe, welches andere amtliche Anzeigen vielleicht zurückweise. Er glaube, daß die einzelnen Bezirksämter durchaus befugt seien, dem einen oder dem anderen Blatt diese oder jene amtlichen Anzeigen zu übergeben. Und Staatsrat v. Römer unterstrich diese Auffassung mit der Erklärung: „Daß Bezirksstellen das Recht haben, die amtlichen Anzeigen demjenigen Blatt zu übergeben, welches sie vorziehen, wird sich nicht bestreiten lassen. Haben in einem einzelnen Fall zufälligerweise politische Rücksichten eingewirkt, so mag das — wie gesagt — vom moralischen

[1]) Charakteristisch dafür ist die Begründung, die der Redakteur der „Landpost" (Vaihingen a. E.) Präzeptor Linck der Niederlegung seiner Redaktion gab. Er erklärte, daß ihm die Art der Schreibweise, die für ein Amtsblatt schicklich sei, nicht passe. „Dieses Geschäft sei ihm zu patriarchalisch."

[2]) Im Februar 1850 entzogen die Oberamtsbehörden von Oberndorf und Sulz dem „Schwarzw. Boten" den Amtsblattcharakter wegen seiner entschieden freiheitlichen, volksfreundlichen Richtung. Der damalige Besitzer Branddecker erklärte, daß er sich durch solche Maßregeln nicht im Entferntesten beeinflussen lasse, seine Aufgabe, für die Interessen des Volkes in die Schranken zu treten, mit aller Beharrlichkeit zu verfolgen, daß er vielmehr durch seine Person, sofern dieselbe nicht in Ketten gelegt werde, der Wahrheit und dem Rechte Geltung zu verschaffen, nach wie vor bestrebt sein werde. Er mußte aber seinen Freimut mit einem starken Rückgang an Abonnenten und Inserenten büßen. 1856 erhielt der „Schw. Bote" die Amtsblatteigenschaft wieder.

Standpunkt aus tadelnswert sein; indessen ist anderseits doch zu berücksichtigen, daß, wenn ein Lokalblatt die Regierung oder die am Ort befindliche Bezirksstelle fortwährend der schonungslosesten und teilweise der verleumderischen Kritik unterwirft, es doch eine gar zu große Zumutung wäre, wenn dieses Lokalblatt nichtsdestoweniger die Mitteilung der amtlichen Anzeigen ansprechen würde. In einem solchen Fall liegt die Entziehung der amtlichen Anzeigen von seiten der betreffenden Bezirksstelle schon in der menschlichen Natur." Eine weitere Erörterung der Kammer knüpfte sich daran nicht. Am 28. Juli 1849 (Verh. d. K. d. Abg. 1849 VI. Bd. 4908 und 4919) erwähnte der Abg. Platz ein Verbot der Rottweiler Amtsversammlung an den Redakteur des dortigen Intelligenzblattes, überhaupt politische Artikel aufzunehmen, und er ersuchte den Minister, eine solche quasi Zensur möglichst nicht zu dulden. In der nämlichen Sitzung erkundigte sich Abg. Seefried nochmals nach der Existenz des Ministerialerlasses, Staatsrat Duvernoy antwortete — ausweichend — von einem allgemeinen Erlaß in dieser Richtung sei ihm wenigstens gegenwärtig nichts in Erinnerung. Am Ende des Jahres (7. Dezember 1849, V. d. verfassungsrev. Landesversammlung, 1849 p. 19) wiederholte der Abg. Pfeifer, gestützt auf Blättermeldungen, die Frage nach der Existenz eines Erlasses, der den untergeordneten Behörden befohlen haben soll, den Blättern demokratischer Richtung keinerlei amtliche Anzeigen mehr zukommen zu lassen. Der Minister des Innern von Schlayer erwiderte: „Es ist leider nur eine allzu bekannte Tatsache, daß eine Anzahl von Tages- und Wochenblättern im Lande existiert, welche seit 20 Monaten eine mehr oder minder revolutionäre Richtung verfolgen, eine mehr oder minder gehässige und feindselige Stellung gegen die öffentliche Gewalt und ihre Organe eingenommen haben und zum Teil noch einnehmen. Von diesen Blättern soll ein Teil vorzugsweise dadurch existieren, daß die Intelligenznachrichten von untergeordneten Behörden ihnen zukommen, so daß es das Ansehen gewinnt, die Regierung, welche im vorderen Teil des Blattes angegriffen, lächerlich gemacht und gehässig dargestellt wird, diese Regierung begünstige durch den hinteren Teil des Blattes die Existenz desselben, ja sie mache ihm die Existenz erst möglich. Ich frage nun: Ist es der Würde der Regierung angemessen, so zu handeln? Läßt die Würde der Regierung es zu, einem Blatte, welches dieselbe täglich zum Gegenstand seines Angriffs macht, vorzugsweise einen Vorteil aus amtlichen Intelligenznachrichten zuzuwenden?" Unter Hinweis auf das badische Vorbild erklärte dann der Minister, daß er Einleitung getroffen habe, die Bezirksbehörden, welche darüber im Zweifel zu sein scheinen, mit Weisung zu versehen, nicht dahin gehend, daß überhaupt den Blättern von demokratischer Richtung die amtlichen

Intelligenznachrichten entzogen werden sollen, sondern nur dahingehend, daß man sie Blättern, welche in einem ungemäßigten Ton gegen die öffentliche Gewalt und ihre Organe auftreten, nicht mehr zuwende, daß man darauf Rücksicht nehmen soll, die amtlichen Intelligenznachrichten andern Blättern, die einen gemäßigten Ton beobachten, zu übergeben. Nach Maßgabe der Umstände in den einzelnen Fällen würden die untergeordneten Behörden durch die Kreisbehörden beschieden werden. Es sei also bis jetzt bloß Einleitung in dem besprochenen Sinn getroffen. Das Verlangen des Abg. Pfeifer nach Vorlage der Verfügung lehnte der Minister ab, der Abgeordnete stellte darauf den Antrag, die Regierung zu ersuchen, ihren Erlaß wieder außer Wirkung zu setzen. Der Antrag, dem später Abg. Pfeifer eine eingehende Begründung[1]) beigab, wurde an die Verfassungskommission verwiesen, zur Behandlung kam er nicht mehr.

Mit dem Sieg der Reaktion und dem Eintritt politisch ruhigerer Zeiten wurden wenigstens in der Abgeordnetenkammer Beschwerden über einen behördlichen Druck auf die Amtsblätter nicht mehr laut. Die Amtsblätter, die unter der beständigen Gefahr der Entziehung der amtlichen Bekanntmachungen standen, trugen wohl auch ohne offene Drohungen den Forderungen der Behörden in politischer Beziehung Rechnung, und die Oberamtmänner konnten sich daher in ihrer Einwirkung auf die Lokalpresse nach außen Zurückhaltung auferlegen. Darin mag es begründet sein, daß erst in den 90er Jahren, den Jahren des raschen Aufstiegs der Volkspartei und der entschiedenen Gegnerschaft des Ministeriums Schmid gegen sie, Beschwerden in der Abgeordnetenkammer wegen behördlicher Eingriffe in die Amtspresse wiederkehrten. Bei der Etatberatung am 31. März 1891 (Prot. Bd. 53 p. 1749 ff.) berührte der volksparteiliche Abg. Haußmann (Balingen) das Verhältnis der Oberämter zu den Amtsblättern, die zwar nicht als offiziell, aber als offiziös angesehen würden. Die Blätter erhielten

[1]) Die Begründung (Verh. d. verfaß.-rev. Landesvers. Beilage 24 p. 142) forderte die Auswahl der Blätter lediglich nach der Wirkung der Anzeigen und bezeichnete die Rücksicht auf die politische Färbung der Zeitung als einen Verstoß gegen die Preßfreiheit. Sie verurteilte den Erlaß als nachteilig für König und Volk, als eine Schwächung des Ansehens der Regierung und eine Verfälschung der öffentlichen Meinung: „Die Maßregel des Ministeriums des Innern, vom Gesamtministerium adoptiert und konsequent durchgeführt, gibt (bei der Abhängigkeit der kleineren Blätter von den amtlichen Anzeigen) fast die ganze Lokalpresse in die Hände der jeweiligen Minister. Dann können sie vor den Fürsten treten und sagen: „Siehe, das ganze Land ist mit uns zufrieden, die ganze Presse auf dem Lande billigt unsere Verwaltung, nur einige Schreier in den größeren Städten wünschen aus selbstsüchtigen Gründen es anders."

nur unter der entweder ausdrücklichen oder stillschweigenden Voraussetzung des Wohlverhaltens, namentlich auf politischem Gebiete, die amtlichen Bekanntmachungen. Das hätte zur Folge, daß alle diese Blätter die gleiche politische Färbung hätten, nämlich streng gouvernemental. Haußmann forderte Unterlassung jeder Einmischung auf die politische oder konfessionelle Leitung des Blattes. Der Minister des Innern von S c h m i d bestritt jede direkte Beziehung zwischen Regierung und Amtsblättern, die Existenz einer offiziösen Presse, eine Einflußnahme der Regierung auf die politische Haltung der Presse, ebenso aber auch die Verbindung zwischen Amtsblättern und Bezirksämtern. Er wies darauf hin, daß „Eigentümer und Redakteure von Amtsblättern eine Richtung einnehmen, die von der politischen Richtung der Regierung mehr abgelegen ist", und fügte bei: „Die K. Regierung ist ihresteils ganz der Anschauung, daß es zu wünschen ist, wenn in selbständiger Betätigung der Presse auch die Freiheit und Selbständigkeit der Anschauungen zum Ausdruck kommt. Wir haben die Opposition nicht zu fürchten und fürchten sie auch nicht. Das sei ferne. Aber wir wollen auch nicht positiv verhindern, daß Preßorgane, welche eben in der Richtung der Regierung auch ihre Überzeugung mit betätigen, dieser ihrer politischen Überzeugung Ausdruck geben." Haußmann replizierte darauf, daß offene oder stillschweigende Drohungen des Entzugs der amtlichen Annoncen schon zu Dutzenden in Württemberg vorgekommen seien. „In Wirklichkeit kann man sagen, daß von den 64 Oberamtsblättern, die in Württemberg wohl existieren werden, höchstens ein Zehntel ausgenommen ist davon, etwas anderes zu sein, als Statisten in der Hand der betreffenden Bezirksverwaltung."

Auch noch 1898 — unter dem Ministerium Pischek — wiederholte Abg. Haußmann (Balingen) (Sitzung v. 10. Dezember 1898, Prot. Bd. 63 p. 5232 ff.) diese Beschwerde: „Was der Herr Minister gesagt hat, gilt für den Herrn Minister und das Ministerium; aber unsere Oberamtmänner schreiben in das betreffende Amtsblatt oder sie lassen schreiben und sie üben einen Druck aus, daß das, was sie schreiben, aufgenommen wird. ... Wenn der Herr Minister sagt, die Amtsblattannoncen sind billig, so sage ich, sie sind deshalb so billig, weil ihnen materiell eine Subvention gewährt wird in einem erweiterten Leserkreis, der sie lesen muß, weil man ihnen einen Zwangsleserkreis schafft, und sie müssen fronen dafür dadurch, daß sie nichts aufnehmen, was der Regierung nicht angenehm ist." „Wir halten dafür," sagte der Herr Minister, „die Anzeigen nur solchen Blättern zu geben, dis sich anständig benehmen." Ja, das ist der Unterschied: Sie müssen sich anständig benehmen gegen die Regierung, aber sie dürfen sich unanständig benehmen gegen die Opposition. Das ist das moralisch Anstößige an dem gegenwärtig bestehenden Verhältnis." Minister

v. Pischek erklärte darauf hin: „Die Amtsblätter selber haben keinen Frondienst zu leisten; ich habe es bereits erklärt und wiederhole es, daß die Amtsblätter nicht verpflichtet sind, sich einen bestimmten Artikel aufdrängen zu lassen, und es ist auch vom Ministerium aus, während der 5 Jahre wenigstens, die ich das Ministerium führe, noch niemals ein Artikel an die Amtsblätter hinausgegangen mit dem Auftrag, die Amtsblätter sollen diesen Artikel aufnehmen, wenn es sich nicht um amtliche Anzeigen, die als solche veröffentlicht wurden, gehandelt hat. Daß der eine oder andere Oberamtmann in ein Amtsblatt schreibt, das mag sein, das ist sein Recht, das er hat, wie jeder andere auch. Ich wünsche nicht, daß die Oberamtleute eine fortgesetzte agitatorische Preßtätigkeit entwickeln, aber ich bin weit entfernt, sie zu verhindern, daß sie sachlich gehaltene Artikel dann und wann in die Amtsblätter schreiben. Es kann das dem Inhalt der Amtsblätter nur förderlich sein. Ich gehe dabei davon aus, daß diese Artikel für die Regel nicht politischer oder polemischer Natur sein werden, sondern daß es Artikel sein werden, die sich auf Fragen der Gesetzgebung und der Verwaltung beziehen, und die aufklärend auf die Bevölkerung des Bezirks wirken sollen.[1]) Das ist, wie mir scheint, nur zu billigen, während ich, wie gesagt, eine politische Parteitätigkeit der Oberamtleute auch nicht wünsche."

Die Zeit, in der diese Klagen über die Beeinflussung der Amtsblätter erhoben wurden, ist, wie betont, die des Ministeriums Schmid und der Oppositionsstellung der Volkspartei, die von den Amtsblättern mit Unterstützung der Oberamtmänner und des „Südd. Korrespondenzbureaus" bekämpft wurde. Mit dem Umschwung der politischen Verhältnisse und dem Anwachsen der volksparteilichen Wähler wurde dieser Kampf mehr und mehr eingestellt, und es hörte unter dem Einfluß jener Äußerung des Ministers Pischek die politische Einwirkung der Bezirksbeamten auf die Amtsblätter mit wenig Ausnahmen auf. Die Amtsblattfrage wurde aus der politischen Frage des Verhältnisses zwischen Regierung und Presse zu der wirtschaftlichen Frage des Verhältnisses der Zeitungen untereinander; aber auch diese behielt eine, wenn auch nicht direkte politische Bedeutung. Volkspartei und Zentrum hatten, wie wir noch sehen werden, in den 90 er Jahren des vorigen Jahrhunderts ihre Provinzpresse aus-

[1]) Eine solche Mitarbeit von Bezirksbehörden kommt vor, und sie wird auch in einzelnen Fällen direkt empfohlen, so heißt es z. B. in dem Ministerialerlaß an die Schulärzte vom 15. April 1913: „Um die aus der Schularzttätigkeit heraus gewonnenen Erfahrungen möglichst nutzbar zu machen, empfiehlt es sich, sie durch Vorträge und aufklärende Artikel in den Bezirksamtsblättern von Zeit zu Zeit weiteren Kreisen bekannt zu geben."

zubauen begonnen. Zahlreiche neue Blätter mit ausgesprochener Parteirichtung waren entstanden, und sie hatten schwer um ihre Existenz gegen die alteingesessenen privilegierten Amtsblätter zu kämpfen. So richteten sich die Angriffe der jungen Presse des Zentrums und der Volkspartei gegen dieses Privileg, und der Kampf um die Zuweisung der amtlichen Inserate nimmt einen immer breiteren Raum in der öffentlichen Diskussion ein. Die Möglichkeit behördlicher Beeinflussung und die politische Unselbständigkeit der Amtsblätter wird nur eines unter den Argumenten gegen das Amtsblattprivileg. Zum erstenmal wurde in der Sitzung vom 27. April 1895 (Prot. Bd. 56 p. 239 ff.) das Amtsblattprivileg angegriffen, die Debatte schloß mit der Annahme eines Antrags Eckard (Z.)—Haußmann (VP.), der die Regierung ersuchte, die staatlichen Behörden anzuweisen, daß alle amtlichen Bekanntmachungen und Anzeigen sämtlichen in dem Oberamtsbezirk erscheinenden Zeitungen, welche sich zur unentgeltlichen Veröffentlichung derselben bereit erklären, gleichzeitig mitgeteilt werden. Die Erörterung drehte sich in der Hauptsache darum, ob die Blätter verpflichtet sein sollen, a l l e amtlichen Inserate aufzunehmen, was die Mehrheit der 2. Kammer nicht wollte, während der Minister und die 1. Kammer, die dem Beschluß nicht beitrat, eine solche Verpflichtung verlangten. Der infolge des Kammerbeschlusses ergangene Ministerialerlaß vom 10. Januar 1896 statuierte eine solche Verpflichtung. Der Erlaß gestattete, daß die amtlichen Bekanntmachungen den im Oberamtsbezirk erscheinenden Zeitungen, die darum nachsuchen, zu gleicher Zeit, wie den Amtsblättern, mitgeteilt werden, sofern 1) in denjenigen Bezirken, in welchen die Amtsversammlung mit der Redaktion des Amtsblattes ein Abkommen über die Aufnahme amtlicher Anzeigen getroffen hat, von der Amtsversammlung kein begründeter Einwand dagegen erhoben wird; 2) der Gesuchsteller sich unterschriftlich verpflichtet, sämtliche seitens der staatlichen Behörden ihm zukommenden amtlichen Anzeigen in der nächsten Nummer des Blattes ihrem ganzen Umfang nach unentgeltlich zum Abdruck zu bringen und die entstehende Abschriftgebühr zu ersetzen; auch 3) keine besonderen Bedenken im einzelnen Fall entgegenstehen. Die Verleger haben das Recht, von diesem Übereinkommen nach vorausgegangener sechsmonatlicher Kündigung zurückzutreten, während die Regierung ein unbeschränktes Widerrufsrecht hat, namentlich für den Fall der Nichteinhaltung der übernommenen Verbindlichkeiten. Den Titel „Amtsblatt" durften die Blätter nicht führen, nur ein Hinweis war ihnen gestattet darauf, daß ihnen die amtlichen Anzeigen gleichzeitig mit dem Amtsblatt zugehen. Gegen diesen Erlaß wurde besonders wegen der Bedingungen unter 2) und 3) Einwendungen erhoben (Sitzung vom 17. März 1897 Prot. Bd. 59 p. 2224 ff.), und 1898 petitionierten 19 Zeitungsverleger um

Aufhebung des — immerhin tatsächlich, wenn auch nicht rechtlich bestehenden — Amtsblattprivilegs[1]) und um Überweisung der amtlichen Bekanntmachungen an alle Blätter, die sich zu ihrer Aufnahme verpflichteten, mit der Begründung, daß der Erlaß ohne praktischen Erfolg geblieben sei (es hatten nur zwei Verleger von Nichtamtsblättern um die amtlichen Inserate nachgesucht, wovon einer nach kurzer Zeit wieder darauf verzichtete, während in anderen Bezirken schon vor dem Ministerialerlaß auch Nichtamtsblätter die amtlichen Anzeigen zugewiesen erhielten). So wurde aus diesem Anlaß die Amtsblattfrage noch einmal gründlich debattiert (Sitzung vom 10. Dezember 1898, Prot. Bd. 63 p. 5232 ff.) mit dem Ergebnis, daß die erwähnte Petition teils dem Ministerium zur Kenntnis gegeben, teils über sie zur Tagesordnung übergegangen wurde. Gleichzeitig wurde ein Antrag Gröber (Z.) angenommen, der die Kommission für innere Verwaltung mit der Prüfung der Frage beauftragte, ob der Ministerialerlaß genüge, die Übelstände zu beseitigen. Darüber wurde in der Sitzung vom 3. Nov. 1900 (Prot. Bd. 68 p. 3355 ff.) verhandelt, und schließlich der Erlaß als „nicht genügend" bezeichnet und die Regierung um wiederholte Erwägung ersucht, wie den früher festgestellten Übelständen abzuhelfen sei. Durch eine Eingabe der Gebr. Nübling („U. Schnellpost") vom 15. März 1900, die eine periodische Vergebung der Amtsblatteigenschaft seitens der einzelnen Amtskörperschaften im Aufstreich für einen nicht zu langen Zeitraum an den meistbietenden Zeitungsunternehmer wünschte, wurde die Amtsblattfrage abermals aufgerollt. Bei der Erörterung dieser Eingabe, die auch eine Gegeneingabe der Amtsblattverleger hervorrief, am 6. Februar 1902 (Prot. Bd. 71 p. 2007 ff.) beantragte der Abg. Schmidt (Maulbronn), die Regierung zu ersuchen, die Herausgabe besonderer Amtsblätter in Erwägung zu ziehen nach der Richtung 1) daß diese Amtsblätter sämtliche Bekanntmachungen der Behörden des Staates, der Amtskorporation und der Gemeinden unentgeltlich aufzunehmen haben, die im Privatinteresse liegenden Anzeigen aber gegen Entgelt veröffentlichen können, 2) daß die Amtsblätter keinen politischen und unterhaltenden Teil haben, 3) daß sie sämtlichen im Erscheinungsbezirk herausgegebenen Zeitungen, die es wünschen, beigelegt werden. Vor diesem Antrag hatte

[1]) In den Verhandlungen wird gegenüber den Hinweisen der Amtsblattverleger auf die großen Opfer, die sie lange Zeit für die unentgeltliche oder gering bezahlte Aufnahme der amtlichen Inserate gebracht, und auf die großen Kosten, die sie gerade mit Rücksicht auf die Amtsblatteigenschaft bei Erwerb des Blattes gemacht hätten, stets betont, daß von einem wohlerworbenen Recht, von einem Privileg auf die amtlichen Inserate und deshalb von einer Entschädigung aus der Staatskasse bei einer Änderung keine Rede sein könne.

das Ministerium bereits seinen früheren Erlaß ergänzt durch einen Erlaß vom 26. November 1901, der die Bezirksbehörden ermächtigt, von der bisher vorgeschriebenen Verpflichtung, die sämtlichen Anzeigen aller Bezirksbehörden in ihrem vollen Umfang aufzunehmen, Abstand zu nehmen. Es wurde den Zeitungen überlassen, bei denjenigen einzelnen Bezirksbehörden, deren Anzeigen sie allein zu erhalten wünschen, um deren Überlassung nachzusuchen, und die Anzeigen nicht mehr in ihrem vollen Umfang aufzunehmen. Mit diesem Erlaß erklärte die Mehrheit der Kammer die an dem früheren Erlaß gerügten Übelstände für gehoben, und der Antrag Schmidt sowie die Gegeneingabe der Amtsblattverleger wurden der Regierung zur Kenntnisnahme übergeben, über die Eingabe der Gebr. Nübling wurde zur Tagesordnung übergegangen. Seitdem ist die Amtsblattfrage aus den Erörterungen der Abgeordnetenkammer verschwunden — über eine abermalige Eingabe der Gebr. Nübling vom 25. Oktober 1904, der sich 22 weitere Zeitungsverleger anschlossen, und die wünschte, daß alle amtlichen Anzeigen sämtlichen hiezu bereiten Zeitungen gegen Bezahlung übergeben werden, und daß den Bezirksstellen die Wahl unter den Blättern frei gegeben werde, wurde in der Sitzung vom 22. Februar 1906 nach einem eingehenden Referat des Berichterstatters debattelos zur Tagesordnung übergegangen. Angenommen wurde ein von dem Minister selbst in der Kommission vorgeschlagener Antrag, der die Regierung ersuchte, für den Fall, daß Amtskörperschaften oder Städte eigene Blätter für die von ihnen ausgehenden Bekanntmachungen und Anzeigen einrichten, zunächst wenigstens versuchsweise dafür besorgt zu sein, daß diesen Blättern der Charakter eines Bezirksamtsblattes beigelegt und ihnen die entsprechenden staatlichen Bekanntmachungen und Anzeigen zugewandt werden, soweit dies ohne Verletzung bestehender Verträge und ohne erhebliche Steigerung der bisher von den staatlichen Behörden für den Abdruck ihrer amtlichen Bekanntmachungen aufzuwendenden Kosten möglich ist. Diese Lösung, die in der von dem Abg. Schmidt-Maulbronn vorgeschlagenen Richtung liegt, ist in Stuttgart und Ulm, nachdem dort die Stadtverwaltungen eigene städtische Amtsblätter geschaffen haben, gewählt worden: Das Stuttgarter und das Ulmer städtische Amtsblatt enthalten auch die staatlichen Anzeigen der Bezirksbehörden. Das Ulmer Amtsblatt erfüllt die von dem Abg. Schmidt (Maulbronn) vorgeschlagene Lösung auch insofern, als es sämtlichen Ulmer Blättern (mit Ausnahme der später gegründeten „Donauwacht") beigelegt wird. Näheres siehe das Kap.: „Die amtliche Presse der Gemeinden".

Die Amtsblattfrage, soweit sie politischen Charakter hat, ist seitdem aus der öffentlichen Diskussion fast völlig verschwunden.

Das Interesse der Parteien an der Frage ist in dem Maße erloschen, als die Amtsblätter, die nicht Parteiblätter sind, sich neutral verhalten und bei Wahlzeiten den Zusendungen aus allen Parteien Raum geben.

Wenn auch die Regierung in Württemberg im großen Ganzen allein den „Staatsanzeiger" zu publizistischen Äußerungen zu benutzen pflegt und sie es der übrigen Presse überläßt, ob und wie sie von ihnen Notiz nehmen will, so genügt doch dieser Weg allein nicht; in jenen Fällen, wo die Regierung auf eine möglichst rasche und möglichst weitreichende Bekanntgabe, wo sie auf eine authentische und irrtümerfreie Berichterstattung auch in der übrigen Presse besonderen Wert legt, dann auch in jenen Fällen, die die Veröffentlichung im „Staatsanzeiger" mit ihrem amtlichen Gewicht als nicht angezeigt erscheinen lassen, wird eine Verbindung der Behörden mit der nichtamtlichen Presse auch für die Regierung wünschenswert und notwendig. Und da auch auf der andern Seite die Zeitungen ein Interesse an raschen, zuverlässigen und authentischen Informationen und an dem Unterbleiben falscher oder schiefer Veröffentlichungen haben, so bringt das auch die Presse zu einer über die Veröffentlichungen im „Staatsanzeiger" hinausreichenden direkten Berührung mit den Regierungsstellen bei voller Wahrung ihrer Unabhängigkeit. Ein Fall einer solchen Verbindung kam zur Sprache in der Sitzung vom 11. Juni 1908 bei Besprechung einer Interpellation, die allerdings wegen der Veröffentlichung eines offiziellen Schriftstücks, nämlich der Motive zur Volksschulnovelle, in drei Zeitungen („Schwäb. Merkur", „Württemberger Zeitung" und „Frankfurter Zeitung") am Tage der Übergabe des Entwurfs an die zweite Kammer gestellt wurde. Diese Veröffentlichung war auf Ansuchen der drei Blätter erfolgt. Ministerpräsident v. Weizsäcker erklärte damals über seine Stellung zu Presseveröffentlichungen: „Im übrigen muß die K. Staatsregierung ihre Freiheit wahren; sie muß sich auch für die Zukunft die Entschließung darüber vorbehalten, ob und in welchem Zeitpunkt sie eine Veröffentlichung über ein von ihr geplantes gesetzgeberisches Vorgehen für angezeigt erachtet. Sie wird angesichts des vorliegenden Falles die Frage in Erwägung ziehen, ob zu diesem Behufe in Fällen, wie dem vorliegenden, fernerhin nicht für die Regel nur der Staatsanzeiger zu benützen sein wird." Und der Minister des Kirchen- und Schulwesens von Fleischhauer reklamierte für die Regierung das Recht offiziöser Veröffentlichungen: „Wenn ich schon in einem früheren Zeitpunkt den Versuch unternommen hätte, durch vorbereitende Zeitungsartikel auf die öffentliche Meinung im Sinne der Anschauungen der Regierung einzuwirken, wer hätte mir daraus mit Grund einen Vorwurf machen können? Es ist das ein Recht der Regierung so gut wie der Parteien, ein R e c h t , d a s a u c h v o n s e i t e n d e r R e g i e r u n g s c h o n o f t

geübt worden ist." Der Minister beanspruchte das Recht zur Mitteilung der Motive des Entwurfs an die Presse, das auch die Abgeordneten besitzen, und erklärte, daß jedem Blatt die gewünschte Auskunft ebenso erteilt worden wäre, wie den drei Zeitungen. Die Redner des Hauses erblickten in der Berücksichtigung der drei Zeitungen eine Bevorzugung und wünschten, daß alle Veröffentlichungen der Regierung zuerst im „Staatsanzeiger" erscheinen, oder daß sie gleichmäßig und gleichzeitig allen Blättern zugehen sollten. Ein praktisches Ergebnis hatte diese Erörterung nicht.

Diese nichtoffiziellen Veröffentlichungen hängen bei dem Fehlen eines Preßbureaus, einer amtlichen Korrespondenz und jeder sonstigen Organisation des behördlichen Verkehrs mit der Presse lediglich von dem Bedürfnis der einzelnen Regierungsstellen und der Initiative der Zeitungen und Korrespondenzbureaus in einem einzelnen Falle ab, wo ihnen Auskünfte, soweit sie für angängig und wünschenswert gehalten werden, gegeben werden. Eine größere Rolle spielt, wie auch schon allein die Tatsache der erwähnten Interpellation beweist, im Gegensatz zum Reich und anderen Bundesstaaten die Verbindung der Regierung mit der nicht amtlichen Presse nicht. Stärker pflegt der „Schwäb. Merkur" auch historisch begründete Beziehungen, und er wurde deshalb auch in jener Debatte als der „eigentliche Staatsanzeiger" bezeichnet.

Regelmäßige Mitteilungen und Berichte, die für die Öffentlichkeit von Interesse sind, oder deren Verbreitung gewünscht wird, werden von einigen Behörden, wie der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, dem Finanzministerium u. a., an die Presse gegeben. Schließlich sei erwähnt, daß eine offizielle Berichterstattung über die Ausschußberatungen der Abgeordnetenkammer in Württemberg nicht stattfindet. Über die Verhandlungen der Ausschüsse berichten einzelne Abgeordnete an Korrespondenzbureaus, die diese Berichte an die Zeitungen weiterverbreiten. Eine offizielle Berichterstattung wurde 1908 bei den Beratungen der Volksschulnovelle von dem Ausschuß beschlossen, die Berichte aber, die lediglich die Anträge und Beschlüsse enthielten, befriedigten nicht, da ohne Kenntnis des Gangs der Debatte die Tragweite der Anträge und Beschlüsse vielfach unklar blieb, und die Berichte auch verspätet ausgegeben wurden.

·∘○∘·

8. Kapitel.

Die amtliche Presse der Gemeinden.

Das Interesse der Gemeindeverwaltungen an der Berichterstattung und Kritik der Presse ist nicht weniger dringend als das der Regierungen. Die kommunalen Aufgaben greifen sogar in die Interessen der Bürger häufig unmittelbarer ein, ihre größere Übersichtlichkeit erleichtert auch das Urteil, und die Selbstverwaltung gibt den Bürgern einen stärkeren Einfluß und sichert ihnen eine wirksamere Kontrolle der Verwaltungen. Aber so groß daher der Einfluß der Presse gerade in kommunalen Fragen, größer als in politischen, und so groß der Wert objektiver und sachkundiger Informierung der Öffentlichkeit für die Stadtverwaltungen ist, so gering sind noch die Versuche einer Organisierung der Beziehungen zwischen Stadtverwaltung und Presse.

Die ersten Verbindungen der Gemeindeverwaltungen mit der Presse hat nicht das Bedürfnis nach Informierung der „öffentlichen Meinung" und nach Heranziehung und Erziehung zur Mitarbeit geschaffen, sondern das Insertionsbedürfnis, die Notwendigkeit, häufig und regelmäßig Erlasse, Vergebungen, Verkäufe etc. zu publizieren. In den Städten mußte der Ausrufer oder die Rathaustafel durch die Zeitung ersetzt werden, und die Gemeinden schlossen besondere Abmachungen mit den Zeitungen, die sich dazu verstanden, außer für die Häufigkeit und Regelmäßigkeit der Inserate auch für den geschäftlich nützlichen Titel „Amtsblatt" den Kommunalverwaltungen besondere Vergünstigungen einzuräumen. Diese überweisen dem einen am Ort erscheinenden Blatt ihre Bekanntmachungen und gewähren ihm das Recht zur Führung des Titels „Amtsblatt der Stadt .....", die Zeitung gewährt dafür die kostenlose oder nahezu kostenlose Aufnahme der Inserate. Das ist das regelmäßige Verhältnis, auf das sich der Amtsblattcharakter dieser Blätter stützt. So zahlt z. B. die Verwaltung einer kleineren württembergischen Stadt dem Lokalblatt für sämtliche städtischen Annoncen ein jährliches Pauschale von 40 Mark, in einem anderen Städtchen nimmt das Blatt die amtlichen Bekanntmachungen polizeilichen Charakters umsonst, die Ankündigungen von Verkäufen, Vergebungen und Versteigerungen gegen eine geringe Vergütung auf. Auch in größeren Städten, wie Heilbronn und Ludwigsburg, ist dieser Modus üblich. So hat die Stadt Ludwigsburg, wo nur eine Tageszeitung erscheint, einen Rabatt von 50 % für ihre amtlichen Anzeigen. Früher mußte sie sich mit 10 % begnügen. Als aber die „Ludwigsburger Volkszeitung" heraus-

gegeben wurde, erklärte sich diese bereit, die städtischen Anzeigen unentgeltlich aufzunehmen, und nach ihrem Eingehen setzte die Stadtverwaltung die Ermäßigung auf 50 % bei der „Ludwigsburger Zeitung" durch, da ohne eine solche die Schaffung eines eigenen Amtsblattes von der Stadtverwaltung ernstlich erwogen wurde. In Heilbronn erhalten vier Blätter die städtischen Inserate. „Amtsblätter" sind „Generalanzeiger", „Neckarzeitung" und „Heilbronner Zeitung". Die Stadt zahlt für die Aufnahme ihrer Bekanntmachungen den Verlegern der drei Zeitungen eine jährliche Gesamtentschädigung von je 1000 Mark. Der jährliche Umfang der amtlichen Bekanntmachungen beträgt bei der Neckarzeitung rund 53 000 Zeilen. Die Stadt zahlt also pro Zeile etwa 1,9 Pfg., während der übliche Zeilenpreis ohne Rabatt 12 Pfg. beträgt. Beim „Generalanzeiger" sind es jährlich rund 52 000 Zeilen, er erhält also pro Zeile etwas über 1,9 Pfg., der übliche Zeilenpreis ohne Rabatt ist 9 Pfg. Die „Heilbronner Zeitung" erhält 2 Pfg. pro Zeile, ihr üblicher Zeilenpreis ohne Rabatt ist 8 Pfg. Es ist also die Ermäßigung, die die Zeitungen der Stadt gewähren, sehr beträchtlich. Das erst wenige Jahre bestehende sozialdemokratische „Neckarecho", das die Bekanntmachungen erhält, die nach dem Ermessen der Stadt für die Arbeiter und ihre Familien von Interesse sind, nimmt diese unentgeltlich auf, da auch die anderen Zeitungen längere Zeit nichts für die amtlichen Bekanntmachungen berechnet hatten.

Der mit dem Wachsen der Städte und ihres Aufgabenkreises steigende Umfang der Bekanntmachungen und das Anschwellen der Ausgaben, dann auch der gegenseitige Wettbewerb der Lokalblätter um die städtischen Bekanntmachungen, bezw. die Amtsblatteigenschaft, gaben den Anlaß zur Gründung eigener Amtsblätter als reiner Anzeigenblätter. Auch hier war es also nicht in erster Linie das Bedürfnis zu informieren und zu beeinflussen, sondern das Publikationsbedürfnis, was regelmäßig die Schaffung von Gemeindeblättern veranlaßte. „Wo Gemeindezeitungen ins Leben gerufen wurden, da lag die Veranlassung dazu meist in Streitigkeiten mit den am Ort erscheinenden Zeitungen wegen der Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen; es ist dies fast bei allen Gemeindezeitungen, welche in den letzten Jahren gegründet wurden, der Fall. Mitunter richtet sich die Spitze dieser Streitigkeiten weniger gegen die Stadtverwaltung selbst, als vielmehr gegen die Zeitungen untereinander wegen der Bevorzugung einzelner Blätter zur Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen. Mit der Vermehrung der politischen Zeitungen an einem Orte wächst natürlich auch die Streitsucht unter denselben. Die Bezeichnung „Amtsblatt" hat etwas Anziehendes für dieselben, selbst wenn die Verleihung dieses Titels auch nur von

einem Dorfschulzen ausgeht" (Kootz).[1]) So führten in Ulm die Angriffe der übrigen Zeitungen gegen das Privileg des „Ulmer Tagblatts" 1906 zur Gründung eines eigenen Amtsblattes, des Ulmer „Städt. Amtsblatts". Dieses, ein reines Anzeigenblatt, das alle Bekanntmachungen der staatlichen und städtischen Behörden ohne Ausnahme[2]), dann aber auch die Schrannenberichte, die Ausschreibungen des Arbeitsamtes, die Standesamtsnachrichten und den Jahresbericht der Stadtverwaltung enthält, wird mindestens 3 mal wöchentlich ausgegeben und ist der gesamten Auflage des „Ulmer Tagblatts", der „Ulmer Zeitung", des „Ulmer Volksboten" und der „Ulmer Schnellpost" (inzwischen eingegangen) beizulegen. Die Herstellung und der Verlag des Amtsblatts ist der Besitzerin des „Ulmer Tagblatts" überlassen worden, die dafür auf die Vertragsdauer (10 Jahre bis 1916) 6000 ℳ bezahlt und die amtlichen Bekanntmachungen der Stadtverwaltung kostenlos aufzunehmen hat, während die Inserate der staatlichen und übrigen Behörden dem Verleger zu bezahlen sind. Sie hat ferner den drei anderen Zeitungen für das kostenlose Beilegen des Amtsblatts eine Gebühr zu gewähren. Die Seitenzahl bewegt sich in der Regel zwischen 2 und 4 Seiten.[3]) Wesentlich älter ist das Amtsblatt für Reutlingen, gleichfalls der Stadt gehörig und ein reines Anzeigeblatt. Als Wochenblatt im Jahre 1832 gegründet, erscheint es seit 1848 als städtisches Amtsblatt. In dem Vertrag mit dem Herausgeber und Verleger des Blattes, der an die Stadt ein Pachtgeld von jährlich 1600 ℳ zu zahlen hat, sind ausgeschlossen „Politische Nachrichten und Abhandlungen und ebenso Artikel über die Vorkommnisse, Veranstaltungen und Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Gemeinde und der Gemeindeverwaltung. Zugelassen sind dagegen kleinere oder größere Aufsätze gemeinnützigen Inhalts." Es ist also gerade die Informierung und Beeinflussung der Bürgerschaft durch das Amtsblatt, das so den Charakter eines „Intelligenzblattes" hat, untersagt. Außer den amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-, Schul- und Kirchenbehörden etc., die in der Regel nur in diesem Blatt erscheinen, außer Schrannen-, Arbeitsamts- und Standesamtsberichten enthält das Blatt einen sehr um-

[1]) Kootz führt in seiner jüngsten Untersuchung 43 deutsche Gemeindezeitungen an, von denen 20 in Schlesien, 8 in Bayern, die übrigen in verschiedenen Bundesstaaten erscheinen.

[2]) Privatanzeigen finden keine Aufnahme.

[3]) Kootz (Zeitungsverlag, Nr. 9, Jg. 1913, p. 174) bemerkt: „Der Vertrag ... dürfte aber bei Erneuerung eine Reform erfahren. Bei den heutigen scharfen Wettbewerbsverhältnissen im Zeitungsgewerbe werden sich nur wenige Verleger dazu verstehen, ihren am Orte ansässigen Konkurrenten die Auflagenhöhe ihrer Zeitungen bekannt zu geben."

fangreichen Teil mit Privatanzeigen, wobei den einheimischen Inserenten ein vertraglich festgelegter Vorzugspreis (6 Pfg. pro Petitzeile[1]) eingeräumt ist. Der Verlag und die Ausgabe unterstehen der ständigen Aufsicht des Gemeinderats. Das Blatt erscheint viermal wöchentlich und wird jeder Familie in der Stadt gegen eine Trägergebühr (6 Pfg. im Monat) unentgeltlich geliefert.

Hat bei diesen beiden Gemeindezeitungen ausschließlich der Insertionszweck zur Ausgabe veranlaßt, so ist bei dem „Amts- und Anzeigeblatt der Stadt Stuttgart", das am 18. Januar 1901 ins Leben gerufen wurde, auch der Zweck der Information der Bürgerschaft ausschlaggebend gewesen.[2]) Kootz meint: „Der Hauptzweck der Gemeindezeitungen ist eben, die in städtischen Ehrenämtern tätigen Personen über alle Vorgänge auf gemeindlichen Gebieten zu unterrichten und ihnen ihr Amt zu erleichtern. Diesen Personen wird dann auch die Gemeindezeitung meist unentgeltlich zugestellt." Diese dem Begriff der Zeitung als „einer allgemein zugänglich gemachten Publikation eines durch Allgemeinheit des Interesses gekennzeichneten Inhalts" (vergl. Löbl p. 21 f., auch Bücher p. 173: Die Zeitung wendet sich an „viele unbestimmte Personen") widersprechende enge Begrenzung des Zwecks der Gemeindezeitungen trifft auch für das Stuttgarter Amtsblatt nicht zu. Dieses enthält außer dem Inseratenteil ausführliche Protokolle über die öffentlichen Verhandlungen

[1]) Kootz (Zeitungsverlag, Nr. 10, Jg. 1913, p. 189) bemerkt dazu: „In dieser Beziehung wird von den politischen Zeitungen in Reutlingen lebhaft geklagt über den niedrigen Anzeigepreis des dortigen städtischen Amtsblattes von 6 Pfg. für die Zeile (bei einer Auflage von über 6000), der sie zwinge, bei gleich hoher, bezw. doppelt so hoher Auflage ebenfalls nur 6, bezw. 7 Pfg. in Ansatz zu bringen."

[2]) Über die Gründung des Blattes teilt Dr. Ehrler mit (p. 349): „Die Gründung einer eigenen Gemeindezeitung bildete hier schon lange den Gegenstand von Erwägungen und wurde im Jahre 1899 wieder von neuem angeregt, als die vollständige Aufnahme der amtlichen Sitzungsberichte in eine Tageszeitung von dieser in Frage gestellt wurde. Im Dezember 1900 schloß zunächst der Gemeinderat mit einer Verlagsfirma einen diesbezüglichen Vertrag ab, wonach diese sämtliche Druckkosten übernehmen sollte, das Blatt unentgeltlich abzugeben und ihren Gewinn in der Aufnahme von Privatanzeigen zu suchen hatte. Obwohl der Erfolg kein ungünstiger war, kam die Firma schon nach einem Jahr um Enthebung von ihren Verpflichtungen ein, indem sie der Stadt die Eigentümerin und Verlegerin der verbreitetsten Stuttgarter Tageszeitung, die „Neue Tagblatt-Aktiengesellschaft", als Rechtsnachfolgerin anbot. Ein entsprechender Vertrag mit dieser Gesellschaft gelangte schließlich im Gemeinderat trotz heftigen Widerspruchs einer bedeutenden Minderheit zu Annahme."

des Gemeinderats und des Bürgerausschusses, der Ortsarmenbehörde, Beschlüsse aus nichtöffentlichen Sitzungen der beiden Kollegien, ihrer Kommissionen und Abteilungen, den Verwaltungsbericht der Stadtverwaltung, Mitteilungen über die Organisation und die Tätigkeit der einzelnen städtischen Ämter, Personalveränderungen, Gutachten in städtischen Angelegenheiten, Erklärungen und sonstige Kundgebungen auf Artikel und Angriffe in der Tagespresse, die Ergebnisse der städtischen Wahlen, sodann den Polizeibericht, Listen der gefundenen und gestohlenen Gegenstände, Wochennachweise über die Bevölkerungsbewegung, Standesamts-, Arbeitsamts-, Markt-, Gottesdienst- etc. Nachrichten, Wirtschaftskonzessionen und Baugesuche, alles Dinge, die für den breiten Leserkreis der gesamten städtischen Bevölkerung bestimmt sind.[1]) Die Verbreitung des Blattes erfolgt in der Weise, daß es dem in der Stadt verbreitetsten Blatte, dem „Neuen Tagblatt", und, seit der Eingemeindung Cannstatts, der „Cannstatter Zeitung" unentgeltlich beigelegt wird, und außerdem steht jedem selbständigen Einwohner Groß-Stuttgarts, der die beiden Blätter nicht bezieht, das Recht zu, ein Exemplar des Amtsblatts unentgeltlich abzuholen oder durch die Post zu beziehen. (Postbezug bei Abholung 20 Pfg., bei Lieferung ins Haus 50 Pfg.) Der Inhalt und der Verbreitungsmodus sind also auf eine möglichst allgemeine Verteilung des Blattes berechnet. Das Blatt erscheint täglich, regelmäßig in einem Umfang von 4 bis 8 Seiten Quart. Der gesamte amtliche (redaktionelle und Inseraten-) Teil, der mit Ausnahme der für ein auswärtiges Publikum bestimmten Bekanntmachungen und des Polizeiberichts nur von dem Amts- und Anzeigeblatt veröffentlicht werden darf[2]), wird im Gegensatz zu den beiden anderen (Anzeige-) Blättern von der Stadtverwaltung (verantwortlich zeichnet ein besoldeter Gemeinderat) zusammengestellt. Änderungen in dem von der Stadt zu liefernden Stoff, insbesondere Ausdehnung des die Stadtverwaltung und ihre Interessen berührenden Textes, überhaupt die Aufnahme von Artikeln jeder Art bleiben der Stadtverwaltung vorbehalten. Zu diesem amtlichen Teil kommt ein allerdings sehr kleiner Teil privater Annoncen, deren Preis der Verleger feststellt. Dem Verleger ist bei

[1]) Die früher gegebenen Übersichten des städtischen Wohnungsamts über die leerstehenden und zu vermietenden Wohnungen werden seit 1. Dezember 1909 getrennt von dem Amtsblatt in einem zweimal wöchentlich erscheinenden Wohnungsanzeiger veröffentlicht. Der Wohnungsanzeiger — Auflage 8000 — kann an verschiedenen Stellen unentgeltlich von jedermann abgeholt werden.

[2]) Im übrigen ist es der Stadtverwaltung anheimgestellt, darüber zu bestimmen, welche Teile des amtlichen Textes unter Quellenangabe nachgedruckt werden dürfen.

jederzeitigem Widerrufsrecht der Stadt frei gestellt, in dem privaten Teil eine Unterhaltungsabteilung einzurichten oder eine Unterhaltungsbeilage zu geben. Bisher ist das nicht geschehen. Das Blatt wird von der „Neuen Tagblatt Aktiengesellschaft" gedruckt und verlegt, so daß die Stadt keinerlei Ausgaben für Herstellung und Verbreitung hat. Das „Neue Tagblatt" darf sich in keiner Form als Amtsblatt bezeichnen. An einem etwaigen Überschuß, der sich aus den Privatanzeigen ergibt, hat die Stadt (nach Ablauf der ersten 6 Jahre) einen 50 %igen Anteil, doch ist ein solcher bisher nicht erzielt worden. Immerhin hat die Gründung des Blattes der Stadt insofern erhebliche finanzielle Vorteile gebracht, als sie für die Veröffentlichung ihrer amtlichen Bekanntmachungen nur sehr geringe Aufwendungen zu machen hat. Nach Ehrler betrug die Ersparnis schon bis 1908 jährlich 12—15 000 ℳ. Das Stuttgarter „Amtsblatt" ist zugleich auch Amtsblatt der staatlichen Bezirksbehörden.

Die Ausgabe von Gemeindezeitungen wenigstens in der Form, die bei den drei württembergischen beobachtet ist, daß Herstellung und Verlag der Zeitung einem Privatunternehmer übertragen oder verpachtet sind, hat also für alle drei Städte sehr erhebliche finanzielle Vorteile, sei es, daß die Stadt, wie Ulm und Reutlingen, noch Einnahmen aus dem Amtsblatt zieht, sei es, daß ihr, wie Stuttgart, größere Ausgaben für Bekanntmachungen, wie sie z. B. Heilbronn trotz des äußerst niedrigen Insertionspreises hat, erspart bleiben.[1])

Auf diese, aus den direkten und dringendsten Bedürfnissen der städtischen Verwaltungen entstandenen Einrichtungen und Abmachungen beschränken sich in den württembergischen Städten die offiziellen Beziehungen zur Presse. Vor allem existiert eine offizielle Einrichtung zur fortlaufenden Informierung der Presse, wie das von einigen deutschen Städten geschaffene „Nachrichtenamt", bis jetzt noch in keiner Stadt Württembergs. In Stuttgart begnügen sich die Stadtverwaltungen und einzelne Ämter, vor allem die Polizeidirektion, damit, redaktionelle Mitteilungen oder Aufklärungen, deren Verbreitung sie wünschen, an die Zeitungen zu senden, eine Instruktion der Presse aber über Vorlagen und Pläne der Stadtverwaltung erfolgt regelmäßig nicht. Die Presse ist vielmehr meist auf die bei den Beamtungen oder Kollegialmitgliedern eingezogenen Erkundigungen und sonstigen privaten Mitteilungen angewiesen, und in welchem Maaße das geschieht, das hängt von dem Bedürfnis und der Initiative

[1]) Kootz meint (Zeitungsverlag Nr. 10, Jg. 1913, p. 192): „Einen finanziellen Vorteil haben also die Großstädte mit eigenem Gemeindeblatt nicht." Dagegen Ehrler (p. 347): „Einige Städte erzielen sogar ganz erhebliche Einnahmen aus dem Druck- und Verlagsrecht ihrer Gemeindeblätter."

der einzelnen Zeitungen, ihren parteipolitischen etc. Verbindungen ab. Ähnlich ist es auch in den andern Städten, immerhin kommt es, wie mir aus einer Stadt mitgeteilt wurde, auch vor, daß dem Schriftleiter des Blattes Akten etc. zu seiner Information überlassen werden, ohne daß das unerwünschte Folgen gehabt hätte. In den mittleren und kleinen Gemeinden sind die Beziehungen zwischen Gemeindeverwaltung und der Lokalzeitung regelmäßig enger, zumal da die Presse hier weniger selbständig ist als in den größeren Städten. Die Berichte über die Kollegialsitzungen werden hier nicht selten von dem Stadtvorstand nachgeprüft oder direkt vom Rathaus geliefert.

·°○°·

9. Kapitel.

Die Parteien und die Presse.

Bis zum Anfang der Neunziger Jahre gab es in der innerwürttembergischen Politik nur zwei Parteien: die Deutsche Partei und die Volkspartei. Die Deutsche Partei umfaßte alle „Nationalgesinnten", vom Liberalen bis zum Konservativen, die Volkspartei die Anhänger des föderativen, demokratischen Gedankens ohne Unterschied der Konfession. Der Deutschen Partei stand nahe die sogenannte Landespartei, die sich aus höheren Beamten und „Nationalen" zusammensetzte, eine Organisation im Lande jedoch nicht besaß; die Volkspartei dominierte in der sogenannten „Linken", zu der auch die demokratischen Katholiken gehörten. Bei den Reichstagswahlen dagegen hatte sich die Orientierung nach den Parteien des Reiches, besonders die Scheidung nach konfessionellen Gesichtspunkten schon früher vollzogen: Die in den katholischen Kreisen gewählten Reichstagsabgeordneten gehörten schon in den Siebziger und Achtziger Jahren der Zentrumsfraktion an, während um den Besitz der übrigen Kreise die beiden gegensätzlichen Auffassungen, die „nationale" und die „partikularistische" kämpften. Die „nationalen" Abgeordneten schlossen sich, waren sie liberal, der nationalliberalen Partei, waren sie gouvernemental-konservativ, der (freikonservativen oder) Reichspartei an.

Erst die Landtagswahlen des Jahres 1895 formten auch die innerwürttembergischen Parteiverhältnisse nach denen des Reichs.

Zum ersten Mal zogen Vertreter der äußersten Rechten als einer Partei und der äußersten Linken, ein Konservativer und zwei Sozialdemokraten, in die Zweite Kammer ein, zum ersten Mal saßen in ihr Abgeordnete, die von der eben gegründeten Zentrumspartei gewählt waren. Und diese Bildung vollzog sich gleichzeitig mit dem Über-

gang der parlamentarischen Führung von der Deutschen Partei an die Volkspartei, die durch die Wahlen die stärkste Partei geworden war. Die Landespartei löste sich auf, die Deutsche Partei bildete mit den sogenannten Privilegierten (den Vertretern des ritterschaftlichen Adels, Prälaten etc.) die „freie Vereinigung", eine Verbindung, die jedoch die Tagung nicht überdauerte.

Im Neuen Landtag schlossen sich Konservative und der inzwischen nach Württemberg gedrungene Bund der Landwirte mit den Privilegierten zu der sogenannten „freien Vereinigung" zusammen, die ohne eigentliche Parteibildung die Vertretung konservativer Interessen sein wollte. Mit dem Ausscheiden der Privilegierten aus der Zweiten Kammer nach der Verfassungsreform konstituierten sich in der 1906 gewählten Abgeordnetenkammer Konservative und der stark gewordene Bund der Landwirte zu einer gemeinsamen Fraktion. Die Konservativen, deren Wählerzahl seit 1881 immer mehr geschwunden war (Reichstagswahlen 1871: 34 623; 1874: 44 979; 1877: 87 195; 1878: 107 722; 1881: 84 132; 1884: 50 919; 1887: 88 520; 1890: 43 222; 1893: 23 862) begannen mit Hilfe des Bundes der Landwirte wieder zu steigen. Sie erzielten 1903: 49 012, 1907: 44 930 und 1912: 83 120 Stimmen. Bei den Landtagswahlen hatten sie 1889: 664, 1895: 8 393 Stimmen, Konservative und Bund der Landwirte 1900: 30 515 und 1906: 49 154 Stimmen.

Der parlamentarischen, aber auch organisatorisch-agitatorischen Union der Konservativen Partei und des Bundes der Landwirte entspricht auch eine publizistische, die konservative „Deutsche Reichspost"[1]), die, 1871 in Augsburg gegründet, von da 1876 nach Frankfurt a. Main übersiedelte und seit 1880 in Stuttgart herausgegeben wird, und früher mehrfach eine selbständige Haltung gegen den Bund der Landwirte eingenommen hatte, ging im Jahre 1909 in einen Verlag des

[1]) Sie stellte am 30. September 1913 ihr Erscheinen ein. Damit löste sich auch bis zu einem gewissen Grade die publizistische Verbindung der Konservativen und des Bundes der Landwirte. Der bisherige Verleger der „D. Reichspost" gab im Format der „D. Reichspost" die „Schwäb. Tageszeitung" heraus und betonte, daß das neue Blatt politisch auf dem Boden der konservativen Partei, wirtschaftlich auf dem des Bundes der Landwirte stehen wolle. Die Leitung des Bundes der Landwirte empfahl dessen Anhängern das Abonnement dieses Blattes. Als die Nachfolgerin der „D. Reichspost" erscheint als große Tageszeitung die „Südd. Zeitung", die, mehr für die städtische Bevölkerung Süddeutschlands bestimmt, eine rechtsgerichtete nationale Politik und die Vertretung eines Zusammenschlusses der rechtsnationalliberalen, reichsparteilichen und konservativen Kreise gegen die „Linksrichtung" der Nationalliberalen Partei und die Linke überhaupt verfolgt. Die Leitung des Bundes der Landwirte erklärte, gegen diese Zeitung eine „abwartende" Stellung einnehmen zu wollen.

Bundes der Landwirte über, der auch die bündlerischen Zeitungen des Landes, die „Süddeutsche Tageszeitung“ (1907 zuerst als selbständige Zeitung erschienen), „Fränkischer Volksfreund“ in Schrozberg (1903) und die „Ulmer Schnellpost“[1]) (1837, früher eine selbständige antisemitisch-konservative Zeitung) in ihrem redaktionellen Teile herstellt. Und diese Verbindung konservativer und bündlerischer Publizistik zeigt sich auch bei den selbständigen Blättern des Landes, die die neutralen Bezeichnungen „amtlich“, „unabhängig“ oder „parteilos“ führen, aber mehr oder weniger ausgesprochen in konservativem Sinne redigiert werden: wie „Murrtalbote“ in Backnang, „Schorndorfer Anzeiger,“ Blätter, die sich früher meist freikonservativ oder konservativ nannten. An ihnen ist der Übergang von der älteren gouvernemental-konservativen Richtung zu der jetzigen bündlerisch-konservativen deutlich.

Die württembergische Zentrumspartei, die schon in den Siebziger Jahren bei den Reichstagswahlen und 1876 mit 38 381 Stimmen bei den Landtagswahlen aufgetreten war, wurde in einer Landesversammlung am 17. Januar 1895 gegründet, nachdem am 11. Juni 1894 ein Aufruf zur Bildung der Partei erlassen worden war. Schon vorher hatte der Führer der Partei, Gröber, bei seinem Eintritt in die Zweite Kammer 1889 die Mehrzahl der katholischen Abgeordneten um sich gesammelt, und nach den Landtagswahlen von 1895, in denen die neue Partei 69 252 Stimmen erzielte, konnte sie bereits mit 20 Mandaten in die Kammer einziehen. Die Partei, die nach dem Stillstand der 80er Jahre (Reichstagswahlen 1871: 19 006; 1874: 46 522; 1877: 51 654; 1878: 51 831; 1881: 60 720; 1884: 54 289; 1887: 62 325; 1890: 55 960) seit der Erschaffung einer selbständigen Organisation bei den Reichs- und den Landtagswahlen ein fast stetiges Wachstum zeigt (Reichstagswahlen: 1893: 61 604; 1898: 73 816; 1903: 89 979; 1907: 94 385; 1912: 80 372. Landtagswahlen: 1895: 69 252; 1900: 76 036; 1906: 87 434), verfügte schon in den Siebziger Jahren über eine Reihe von Zeitungen, fast durchweg im Donaukreis: außer dem „Deutschen Volksblatt“ in Stuttgart (1848) über das „Seeblatt“ in Friedrichshafen (1848), „Laupheimer Zeitung“ (1874), „Wochenblatt für Waldsee“ (1833), „Heuberger Bote“ (1848) und „Anzeiger vom Ipf“ in Bopfingen (1871), also bereits über 6 Zeitungen. Zu ihnen kamen in den 80er Jahren „Neckarbote“ in Rottenburg (1827), der „Rottweiler Volksfreund“ (1878), die „Gmünder Volkszeitung“ (1856), „Schwäb. Landbote“ in Donzdorf (1881) und der „Schwäb. Postillon“ in Wiesensteig (1885). Die meisten dieser Zeitungen konnten aber gegen die Amtsblätter eine

[1]) Sie stellte am 31. Dezember 1912 ihr Erscheinen ein.

erfolgreiche Konkurrenz nicht durchführen, mehrere verschwanden wieder, zumal da die Amtsblätter zum Teil dem Wachstum des Zentrums im Donaukreis zur alleinherrschenden Partei folgten und eine Oppositionsstellung gegen das Zentrum vermieden. Ende der 90er Jahre und bei Beginn dieses Jahrhunderts waren bereits die meisten Amtsblätter des Oberlandes in diesem Sinn gehalten. Wo sich das Amtsblatt neutral verhielt, suchte das Zentrum zunächst auch da durch Neugründungen, so in Biberach („Biberacher Tagblatt"), Ulm („Ulmer Volksbote", jetzt „Schwäb. Volksbote"), Gmünd („Gmünder Tagblatt") seinen Parlamentsbesitz publizistisch zu befestigen. Dieses Vorgehen war durch die starke Stellung der Amtsblätter weniger aussichtsvoll, daher ging die Partei in den letzten Jahren mehr dazu über, sowohl im Oberland, als auch in katholischen Bezirken des Jagst- und Schwarzwaldkreises, ältere, zum Teil verbreitete Blätter anzukaufen: „Anzeiger vom Oberland" in Biberach, „Jagstzeitung" in Ellwangen, „Remszeitung" in Gmünd, „Schwarzwälder Tagblatt" in Schramberg, „Neckarbote" und „Rottenburger Zeitung" in Rottenburg und „Aalener Volkszeitung" in Aalen. Neu gegründet wurden die „Unterländer Volkszeitung" in Neckarsulm und ein Kopfblatt des „Ulmer Volksbote" für die Bezirke Geislingen und Göppingen. So verfügt jetzt das Zentrum über die zahlreichste und eine sehr straff organisierte Presse.

Sein offizielles Landesorgan ist das „Deutsche Volksblatt", das zuerst in Privatbesitz war und 1872 von einer Aktiengesellschaft erworben wurde. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht, allerdings ohne statutarische Festlegung, sondern auf Grund der Übung, möglichst Vertreter aller Stände heranzuziehen, aus einem Mitglied des bischöflichen Ordinariats, einem Angehörigen der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen, aus mehreren Abgeordneten und Geistlichen und Angehörigen der verschiedenen Berufsstände. Eine weitere Sicherung für die Erhaltung des Parteicharakters der Zeitung ist die Übertragung der Aktien, über die die jährliche Generalversammlung beschließt, nur an bekannte Gesinnungsgenossen. Der Gewinn der Gesellschaft, der übrigens 5 % niemals überstiegen hat, da der Überschuß zur Verbesserung und zum Ausbau des Unternehmens verwendet wird, fällt jedoch nicht der Partei, sondern den Aktionären zu. Die Redaktion ist für ihre Leitung des Blattes dem Aufsichtsrat verantwortlich, der also auch als Pressausschuß fungiert. Eine Verbindung mit der Parteileitung, die keine unmittelbare Befugnis des Eingreifens in die Redaktionsführung hat, besteht insofern, als ein Redaktionsmitglied das Recht hat, zum Zwecke der Information an den Sitzungen der Landtagsfraktion teilzunehmen. Gebrauch wurde davon nicht gemacht, da bisher stets ein Redakteur des Blattes

selbst der Fraktion angehörte. In dem Besitz der „Deutschen Volksblatt-Aktiengesellschaft" (die auch das sehr verbreitete „Kath. Sonntagsblatt" herausgibt) befinden sich ferner die „Ipf- und Jagstzeitung" in Ellwangen (entstanden aus einer Verschmelzung der käuflich erworbenen „Jagstzeitung" mit dem „Ipf" 1903) und die „Aalener Volkszeitung" in Aalen, die 1909 angekauft und mit dem „Boten vom Braunenberg" verschmolzen wurde. Im Besitz von Gesellschaften sind ferner der „Schwarzw. Volksfreund" in Rottweil, die „Remszeitung" in Gmünd, der „Anzeiger vom Oberland" in Biberach, die „Buchauer Zeitung" in Buchau, die seit Oktober 1911 auch das „Aulendorfer Tagblatt" herausgibt, u. a. m., alles Gesellschaften m. b. H. „UlmerVolksbote" und „U. Volksztg." in Neckarsulm gehören Genossenschaften m. b. H. Die Anteile dieser Unternehmungen sind nahezu ausschließlich in den Händen von Parteimitgliedern, und in ihrem Aufsichtsrat sitzen Abgeordnete und die örtlichen Führer der Partei, Geistliche usf. Die übrigen auf dem Boden des Zentrums stehenden Zeitungen sind reine Privatunternehmungen. Eine singuläre Erscheinung unter ihnen bildet der „Oberschwäbische Anzeiger", das verbreitetste Blatt des Oberlandes. Der Besitzer hat 1910, als er sein Unternehmen in eine Familiengesellschaft verwandelte, freiwillig durch das Gesellschaftsstatut der Zeitung einen Redaktionsbeirat von 9 Herren gesetzt, um damit dem Gerüchte zu begegnen, er sei bereit, die Zeitung auch an Leute anderer Parteirichtung zu verkaufen, und zur Gewähr dafür, daß auch künftig der „Oberschw. Anzeiger" im Sinne des Programms der deutschen, bezw. württembergischen Zentrumspartei redigiert wird. Dieser Beirat setzt sich zusammen aus dem Dekan des Landkapitels Ravensburg, den Vorständen verschiedener katholischer Vereine, sowie aus je einem Vertreter des Handelsstandes, der Ortsvorstände des Oberamts, des Bauernvereins, der Lehrer und der Eigentümer des Oberschwäbischen Anzeigers. „Die Beschlüsse dieses Beirats, soweit sie prinzipielle Fragen oder die Taktik bei Wahlen zum Landtag oder Reichstag betreffen, sind für die Redaktion bindend; andere Beschlüsse sind der Redaktion als ‚Rat' zur Beachtung zu empfehlen." Der Gesellschaftsvertrag enthält genaue Bestimmungen über die Ergänzung des Beirats, falls ein Mitglied ausscheidet, um Sicherheit dafür zu bieten, daß nur überzeugungstreue Parteigenossen in den Beirat eintreten.[1])

Im Sinne der Zentrumspartei wird von Abgeordneten die „Württ. Zentrumskorrespondenz" als Privatunternehmen herausgegeben, die den Zentrumsblättern des Landes außer den Partei-

[1]) Trotzdem wird seit 1. Oktober 1912 eine neue Zentrumszeitung „Oberschwäb. Volkszeitung" in Ravensburg herausgegeben.

mitteilungen in der Hauptsache Raisonnements, Polemiken aus der württembergischen Politik liefert.

Die beiden liberalen Parteien, die Deutsche, jetzt nationalliberale Partei und die Volkspartei haben einen gemeinsamen Ursprung. Sie entstanden aus der Opposition in der württembergischen Abgeordnetenkammer, die während der Reaktionsperiode der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts die liberalen Politiker aller Richtungen, von den entschiedensten Demokraten bis zu den Gemäßigten, umfaßte. Einen organisatorischen Kern hatte die Opposition lediglich in den Volksvereinen, die die Anhänger der demokratischen Ideen in den 40er Jahren gegründet hatten, und die auch 1849 in dem „Landesausschuß der Volksvereine Württembergs" eine, wenn auch lockere Zentralinstanz besaßen. Diese Organisationen, und mit ihnen der 1830 gegründete „Beobachter" (zuerst „Hochwächter") behaupteten sich durch die Jahre der Verfolgungen. Mit dem Neuerwachen des politischen Lebens, besonders durch den Kampf um die „Deutsche Frage", mußten die tiefen Gegensätze in dieser „Partei" (die sich damals häufig „Württ. Fortschrittspartei" nannte) ohne feste Organisation und festes Programm zu einer Trennung drängen, und diese Bestrebungen nach Gründung einer ausschließlich die radikalen Elemente umschließenden Partei erhielten ihre stärkste Unterstützung durch die Rückkehr der von der Reaktion aus dem Lande getriebenen Carl Mayer und Ludwig Pfau, die mit Julius Haußmann die Bildung einer württembergischen demokratischen Partei unternahmen. Die schleswig-holsteinische Frage gab den Anlaß zur Scheidung. Seit Anfang 1864 begann der „Beobachter" immer und immer wieder eine „natürliche Parteischeidung" zu verlangen mit der Erklärung: „Wir wollen das föderative Leben Deutschlands nicht zu Gunsten eines unter der Fuchtel der Militärherrschaft und Polizeiwillkür stehenden Preußentums gefährdet wissen." Am 22. Februar 1864 tagten in Stuttgart die radikalen und föderalistisch gesinnten Mitglieder der Volkspartei; es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen der Partei in einer Stuttgarter Bürgerversammlung. In zahlreichen Versammlungen, die rings im Lande für die schleswig-holsteinische Sache veranstaltet wurden, wurden die radikalen Forderungen, die, im Gegensatz zu denen des alle Richtungen umfassenden Komitees für Schleswig-Holstein, eine engere Verbindung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, ein Mißtrauensvotum gegen die sogenannten bundestreuen Regierungen etc. anstrebten, unverändert oder nur wenig abgeschwächt angenommen. Der Gegensatz zwischen der föderalistischen Volkspartei und den preußisch-zentralistischen „Gothaern" verschärfte sich dadurch noch mehr, und auf der Landesversammlung der Fortschrittspartei (8. Mai 1864)

erhielten die Anhänger der auf eine gemeinsame Vertretung und allgemeine Wehrhaftmachung gestützten Verbindung der Mittel- und Kleinstaaten und der Befreiung von dem herrschenden Einfluß Preußens und Österreichs gleichfalls die Oberhand. Die Trennung wurde, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich vollzogen durch die von einigen gemäßigten Führern erfolgte Gründung der „Schwäb. Zeitung", die unter der Flagge des gleichen Programms in schärfster Fehde mit dem „Beobachter" lag, und durch die Einberufung einer Landesversammlung auf den 28. Dezember 1864 nach Eßlingen, die ein Programm für die demokratische Fortentwicklung des Landes (Verfassungs- und Verwaltungsreform) aufstellte und im Gegensatz zu den Gründern der „Schwäb. Zeitung" an der Forderung der Verbindung der Mittel- und Kleinstaaten festhielt. Von dieser Landesversammlung wird die Gründung der Volkspartei datiert, das radikale Programm für Württemberg und die Entscheidung für die „Trias" lösten jede Gemeinschaft mit den Anhängern des kleindeutschen Gedankens und der preußischen Führung.

Diese sammelten sich erst einige Jahre später (nach dem Krieg von 1866), als die Frage einer Trennung der süddeutschen Staaten vom Norden („Südbund") oder einer Gemeinschaft in Zoll-, Militär- und diplomatischen Einrichtungen zu neuen Kämpfen führte. Am 7. August schlossen sich die Stuttgarter Einigungsfreunde, am 19. die des Landes in Plochingen zu einer Organisation der Deutschen Partei zusammen. Erfolge konnte die neue Partei nach dem unglücklichen Krieg zuerst nicht gewinnen. Bei den Wahlen zum Zollparlament Anfang 1868 wurde sie von der Volkspartei, die von der Regierung unterstützt wurde, vollständig geschlagen, und auch bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer Ende des nämlichen Jahres behauptete die Volkspartei ihre Stellung als stärkste Partei des Landes. Aber der siegreiche Krieg von 1870/71 brachte einen völligen Umschwung. Die Deutsche Partei erwies sich bei den Landtagswahlen[1]) der 70er und 80er Jahre als die herrschende des Landes. 1876 gewann sie 144 942, 1882: 134 278 und 1889: 157 654 Stimmen. Dem entsprach auch die damalige Richtung des größten Teils der württembergischen Presse. Schott sagt 1877: „Wie überhaupt die meisten deutschen Blätter (von 2350 1400) folgt die Mehrzahl unserer Landesblätter dieser Fahne („nationale Politik mit liberaler Färbung"), bald die Augen mehr nach

[1]) Die Wählerzahlen der Deutschen Partei bei den Reichstagswahlen sind von den besonderen konserv. Kandidaturen beeinflußt und schwanken sehr beträchtlich (1871: 121 118, 1874: 91 469, 1877: 61 546, 1878: 33 550, 1881: 7 400, 1884: 62 475, 1887: 118 047, 1890: 77 886), so daß diese Wahlen für die tatsächliche Verbreitung der Partei keinen Maßstab bilden.

Stuttgart, bald mehr nach Berlin richtend." Und 10 Jahre später wiederholt er diese Feststellung: „der größte Teil der übrigen Blätter zeigt eine nationalliberale Richtung, bald mit mehr württembergischer, bald mit mehr nationaler Färbung." Als 1895 die Agitation der Volkspartei für eine Verfassungsrevision, für Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher, für eine Steuerreform Erfolg hatte, und zu ihren Gunsten ein Umschwung in der politischen Stimmung des Volkes eintrat, die Deutsche Partei auf 70 990 Wähler sank und das Präsidium der II. Kammer an die Volkspartei überging und von da die Wahlziffern der Partei immer weiter herabgingen (Landtagswahlen 1900: 61 659, 1906: 48 158, Reichstagswahlen 1893: 74 029, 1898: 62 281, 1903: 61 403, 1907: 64 440), da trugen auch zahlreiche Blätter der veränderten Volksauffassung Rechnung und vermieden alles, was Anstoß bei dieser oder jener Parteirichtung geben könnte. Es verschwindet die Bezeichnung „national" oder „nationalliberal" und macht „parteilos", „unabhängig" und ähnlichen Angaben Platz, während das Umgekehrte nur vereinzelt eintritt. (Vor allem „Neues Tagblatt" in Stuttgart, „Neckarzeitung" in Heilbronn u.a. m.) Soweit diese Blätter eine politische Auffassung vertreten, nähert sie sich auf dem Lande der bündlerisch-konservativen, in den Städten meist einer allgemein liberalen Auffassung. Die Bestrebungen der letzten Jahre zur Zusammenfassung des Liberalismus haben überhaupt in den Angaben der Zeitungen über ihre politische Richtung Ausdruck gefunden. Die Bezeichnung „liberal" wird immer häufiger, und sie wird sowohl von ehemals ausgesprochen oder jetzt noch nationalliberalen („Ludwigsburger Zeitung", „Schwarzwälder Bote", „Haller Tagblatt"), als auch fortschrittlichen Blättern verwendet. Sie verdrängt mehrfach die neutralen Angaben, und es kommt sogar vor, daß Blätter, die aus politischer Gegnerschaft ins Leben getreten sind, heute sich der gemeinsamen Bezeichnung „liberal" bedienen, z. B. „Tübinger Chronik" und „Tübinger Tagblatt".

Eine Tageszeitung als offizielles Organ[1]) besitzt die Deutsche (nationalliberale) Partei nicht mehr, und sie ist auch an keinem Blatt finanziell beteiligt. Der 1890 mit der „Württembergischen Volkszeitung" (entstanden aus der „Württ. Landeszeitung", eingegangen 1905 als „Schwäbisches Wochenblatt") gemachte Versuch ist erfolglos geblieben. Der „Schwäb. Merkur" bekennt sich im allgemeinen zum Programm der Partei, aber unter voller Wahrung seiner Selbständigkeit. Eine Verbindung zwischen Partei und dem Blatte ist jedoch de facto z. Z.

[1]) Seit Oktober 1913 ist die Wochenschrift „Schwabenwarte" offizielles Organ der Deutschen (nationalliberalen) Partei.

dadurch vorhanden, daß die Besitzer und Redakteure des Blattes sämtlich durch Wahl Mitglieder des Landesausschusses sind. Außer dem „Schwäb. Merkur" stehen etwa 20 Zeitungen des Landes nach ihrer allgemeinen politischen Haltung der Partei näher. Die Parteileitung unterhält außerdem mit einem Stuttgarter Korrespondenzbureau („Württ. Presse-Korrespondenz") insofern eine Verbindung, als sie ihm ihre offiziösen Auslassungen regelmäßig zur Verbreitung übergibt, und sich auch führende Persönlichkeiten der Partei des Bureaus zur Weitergabe von politischen Artikeln bedienen. Darauf beschränkt sich der parteioffiziöse Charakter des Bureaus, im übrigen ist es finanziell und redaktionell ein selbständiges Privatunternehmen.

Die Volkspartei erholte sich nach dem erwähnten Rückschlag nach dem Kriege von 1870/71 — bei den Reichstagswahlen von 1871 erzielte sie nur 8 149 Stimmen — rasch wieder: es brachten die Reichstagswahlen 1874: 33 456, 1877: 39 718, 1878: 52 109, 1881: 73 709 Stimmen; die Landtagswahlen: 1876: 47 555, 1882: 81 883 Stimmen (einschließlich der „Linken"). Trotz dieser Stimmenmehrung hatte der „Beobachter" schwer um seine Existenz zu ringen, und 1880 dachte die Partei daran, ihn in ein Wochenblatt umzuwandeln, als Julius Haußmann die Redaktion übernahm, um ihn als Tageszeitung zu erhalten. Neben dem „Beobachter" zählte der „Hohenstaufen" in Göppingen (1863), der „Albbote" in Ebingen (1834, jetzt nationalliberal), der „Schwarzwälder Postillon" in Schramberg (1873) zur Volkspartei. Einen neuen, wenn auch nicht so empfindlichen Rückschlag brachten die 80er Jahre. Bei den Reichstagswahlen von 1887 sank die Partei auf 45 803 Stimmen. Die demokratische Presse gewann in dieser Zeit nur den „Enzboten" (1831) in der alten Hochburg der Demokratie Vaihingen und die neugegründeten und bald wieder verschwundenen „Schw. Volkszeitung" (1880) in Reutlingen und „Volksfreund aus Schwaben" (1880) in Tübingen. Dann aber vollzog sich, wie schon erwähnt, in der Verteilung der politischen Machtverhältnisse des Landes ein völliger Umschwung, 1889 konnte die Partei bei den Landtagswahlen wieder 76 781 Stimmen (einschließlich der Linken) erzielen, und bei den Reichstagswahlen von 1890 schnellte die Stimmenzahl der Partei auf 95 591, 1893 auf 105 617, bei den Landtagswahlen von 1895 auf 96 040 Stimmen (ohne das Zentrum) empor. Eine Reihe demokratischer Zeitungen wurde von dieser Hochflut des bürgerlich-demokratischen Gedankens emporgetragen; etwa zwei Dutzend volksparteilicher Blätter wurden neu gegründet. Andere Zeitungen, die sich nicht ausdrücklich als volksparteilich bezeichneten, standen oder stehen der Partei nahe. Diese frühzeitige Dezentralisation der volksparteilichen Presse, die sofort mit dem Wachstum der Partei eintritt,

oder ihm unmittelbar folgt, ist fruchtbar gewesen für die wirksame Verbreitung der politischen Grundsätze der Partei, sie gestattete eine Selbständigkeit der Auffassung auch gegen die Parteileitung, hinderte aber auch — im Gegensatz zur Sozialdemokratie — die Entstehung eines großen Zentralorgans und gewährte den neuen Blättern vielfach nur eine schwierige Position. Entstanden auf einem Boden, der von Amtsblättern schon stark besetzt war, finden sie nur langsame Verbreitung, die ihnen durch das Erstarken der sozialdemokratischen und bündlerischen Bewegung noch weiter erschwert wird. Es waren solche Erfahrungen, die das Zentrum, dem seine straffe Organisation und die Konzentration seiner Wählermassen auf bestimmte Bezirke es ermöglichten, statt zu Neugründungen zum Ankauf bestehender Blätter bewogen. So sind in dem letzten Jahrzehnt mit dem Rückgang oder Stillstand der Volkspartei (Reichstagswahlen 1898: 75 105, 1903: 62 609, 1907: 88 802, 1912: 82 427, Landtagswahlen: 1900: 77 523, 1906: 73 998), einige volksparteiliche Blätter wieder eingegangen, neue nur wenige entstanden. Dagegen hat sich, wie schon hervorgehoben wurde, in den Städten die Richtung einiger sehr verbreiteter Blätter verschoben. Die ehemals nationalliberale „Neckarzeitung" vertritt heute eine fortschrittliche Politik, das „Neue Tagblatt" in Stuttgart und der „Schwarzwälder Bote" suchen unter Wahrung einer liberalen Auffassung zwischen nationalliberaler und Volkspartei zu vermitteln.

Das Zentralblatt der volksparteilichen Presse, der „Beobachter", ist seit Juni 1909 Eigentum einer Gesellschaft m. b. H., sämtliche Gesellschafter sind Mitglieder des württembergischen Landesverbands der Fortschrittlichen Volkspartei. Nach dem Gesellschaftsvertrag ist die Teilung, Veräußerung oder Abtretung eines Geschäftsanteils oder eines Teils nur mit Genehmigung der Gesellschaftsversammlung und des aus der Zahl der Gesellschafter gewählten Aufsichtsrats und auch dann nur an ein Mitglied des württembergischen Landesverbands der Fortschrittlichen Volkspartei zulässig. Gesetzliche oder vertragliche Rechte eines Gesellschafters gegen die Gesellschaft können auf einen Nichtgesellschafter nicht übertragen werden. Für den Fall des Todes eines Gesellschafters und in einigen anderen Fällen, z. B. bei Verlust der Parteimitgliedschaft, kann der Geschäftsanteil eines Gesellschafters eingezogen werden. So ist Sicherung dafür getroffen, daß die Geschäftsanteile ausschließlich in Händen von Parteimitgliedern bleiben. Einen Anspruch auf den jährlichen Reingewinn der Gesellschaft haben die Gesellschafter nicht. Über den Reingewinn verfügt vielmehr der Aufsichtsrat, der auch sonst in der Hauptsache die geschäftliche Leitung der Gesellschaft führt. Geschäftsführer der Gesellschaft ist der Chefredakteur des „Beobachters", der auch Gesellschafter ist. Die Sicherung des „Beobachters" als Organs

der Partei wird schließlich dadurch erzielt, daß der Aufsichtsrat der „Beobachter"-Gesellschaft auch die Funktion eines Preßausschusses, einer Unterabteilung des die Geschäfte der Partei führenden engeren Ausschusses des württembergischen Landesverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei, besitzt. Der leitende Redakteur des „Beobachters" gehört durch Wahl dem engeren Ausschuß der Partei an.

Von den fortschrittlichen Provinzblättern gehören die „Ulmer Zeitung" einer Aktien-Gesellschaft, der „Reutlinger Generalanzeiger" einer G. m. b. H. und der „Neue Albbote" in Ebingen einer Genossenschaft m. b. H. Bei der „Ulmer Zeitung", bei der tatsächlich der größte Teil der Aktien in den Händen von Parteimitgliedern ist, besteht im Statut keine Vorschrift über Erwerb oder Veräußerung der Aktien, und nach dem Gesellschaftsvertrag stellt sich das Unternehmen als ein reines Erwerbsunternehmen dar. Die Redaktion ist unabhängig vom Vorstand der Gesellschaft. Auf Grund der Bestimmung des Statuts, daß der Aufsichtsrat dem Vorstand Instruktion geben und einzelne seiner Mitglieder mit der fortlaufenden speziellen Beaufsichtigung der Geschäftsführung sowie mit persönlicher Mitwirkung an der Geschäftsführung betrauen kann, hat der Aufsichtsrat dem Vorstand jeden Einfluß auf die Redaktion entzogen und die fortlaufende Kontrolle der Redaktion dem aus der Mitte des Aufsichtsrats bestellten Vorsitzenden des P r e ß a u s s c h u s s e s , zur Zeit dem Vorsitzenden der örtlichen Parteileitung, übertragen. Bei Differenzen zwischen diesem und der Redaktion entscheidet der Preßausschuß. Dieser setzt sich aus Mitgliedern des Aufsichtsrats und aus einigen von der Partei zugewählten Mitgliedern des Ausschusses der örtlichen Parteiorganisation zusammen, zu denen bei allgemeinen Fragen noch die Vertreter der übrigen Bezirke des 14. Reichstagswahlkreises und Oberschwabens treten. Bei dem „Reutlinger Generalanzeiger" und „Neuen Albboten" in Ebingen fehlt jede statutarische Sicherung der Parteirichtung mit Ausnahme des Erfordernisses, daß der Erwerb von Anteilen der Zustimmung der Gesellschaft, bezw. der Genossenschaft bedarf. Die übrigen volksparteilichen Blätter sind reine Privatunternehmungen, auf die die Parteileitung keinen Einfluß besitzt. Auch die Volkspartei steht in Verbindung mit einem Korrespondenzbureau („Schwäbisches Korrespondenzbureau"), durch das sie Parteibeschlüsse, politische Abhandlungen von Parteiführern usf. in der Presse verbreiten läßt.

Die e r s t e s o z i a l d e m o k r a t i s c h e Organisation, eine Mitgliedschaft des von Lassalle begründeten „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" wurde am 11. August 1869 in Stuttgart gegründet. Im November des nämlichen Jahres entstand auch eine Mitgliedschaft der von Bebel und Liebknecht ins Leben gerufenen „Sozialdemokra-

tischen Arbeiterpartei". Die Kämpfe zwischen Lassalleanern, die die stärkere Organisation besaßen, und den marxistischen Eisenachern, von den Lassalleanern als die „Ehrlichen" verspottet, wiederholten sich auch in Stuttgart und Württemberg. Den Stuttgarter Organisationen folgten solche in Göppingen, Eßlingen, Heilbronn, Reutlingen, Ulm, Cannstatt (meist Eisenacher Richtung). Eine Presse besaßen diese Vereinigungen nicht. Die erste sozialdemokratische Zeitung entstand in Württemberg aus der Buchdruckerbewegung des Jahres 1872: um ein Organ zur Vertretung der Arbeiterinteressen vor der Öffentlichkeit zu besitzen, gründeten die Arbeiterorganisationen ohne Unterschied der Richtung einen Presseverein, der durch Ausgabe von Anteilscheinen und durch freiwillige Beiträge im November 1873 die erste Nummer der „Süddeutschen Volkszeitung" herausgeben konnte. Das Blatt wurde im Sinne der Eisenacher redigiert. Das fand den Widerspruch der Lassalleaner, der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und des Arbeiterbildungsvereins; die Ausbreitung des Blattes stand still, und bald verwandelte sich die Tageszeitung in ein Wochenblatt, das mit der Wiedererstarkung der Abonnentenzahl mehrmals wöchentlich herausgegeben werden konnte, aber schon 1878, um dem durch das Sozialistengesetz drohenden Verbot und der Konfiszierung des Eigentums der Genossenschaftsdruckerei zu entgehen, sein Erscheinen einstellte. Doch schon 3 Tage später stand in der nämlichen äußeren Anordnung und unter der nämlichen Redaktion ein neues Blatt „Die Stuttgarter Presse" auf, mit der schwierigen Aufgabe, die demokratisch-sozialistischen Ideen unter Anpassung an das Sozialistengesetz zu propagieren. Die Aufgabe mißlang. Am 29. Januar 1879 ereilte das Blatt das Verbot künftigen Erscheinens. Zwei Tage darauf erschien in anderer Gestalt ein neues Blatt „Das Vaterland". Ein Verfahren, auch diese Zeitung als die Fortsetzung der „Presse" zu verbieten, wurde zwar eingestellt, wenige Wochen später aber wurde auch sie von dem Schicksal ihrer Vorgängerinnen ereilt. Erst im Jahre 1882 wurde wieder die Gründung eines sozialdemokratischen Blattes unternommen, des „Schwäbischen Wochenblattes", das 1889 zum dreimal wöchentlichen und mit dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 zum täglichen Erscheinen überging und den Namen „Schwäbische Tagwacht" erhielt. Diese Tageszeitung verdankte ihre Entstehung dem 1889 gegründeten Wahlverein, dessen Tätigkeit sich auch in einer starken Ausdehnung der Partei in Württemberg zeigte. Die württembergische Sozialdemokratie war, nachdem sie bei den Reichstagswahlen 1877 schon fast 10 000 Stimmen erhalten hatte, (Reichstagswahlen 1871: 491, 1874: 8 954, 1877: 9 918) unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes 1881 wieder auf 6 152 Stimmen gesunken, und konnte erst bei den Kartellwahlen 1887 mit 11 437 Stimmen ihren

früheren Stand erreichen. Von da ab breitete sich die Bewegung ungehemmt rasch über das Land aus: Schon 3 Jahre später hatte sich die Zahl der Anhänger mehr als verdoppelt (26 653), und sie wuchs 1893 auf 42 801, 1898: auf 62 453, 1903: auf 99 743, 1907 auf 115 724 und 1912 auf 153 335 = einem Drittel sämtlich abgegebener Stimmen (Landtagswahlen 1876: 3 274, 1882: 3 261, 1889: 10 641, 1895: 32 257, 1900: 58 721, 1906: 72 136). Trotz dieser Ausbreitung der Partei über das Land blieb die „Schwäbische Tagwacht" bis vor wenigen Jahren die einzige sozialdemokratische Tageszeitung, neben der von 1900 ab für die ländlichen Kreise ein Wochenblatt, der „Schwäbische Volksfreund", herausgegeben wurde, das aber ohne größeren Erfolg blieb und 1907 wieder einging, da „die Zeit der politischen Wochenblätter vorbei sei und selbst dem bescheidensten Leser heute ein Wochenblatt nicht mehr genüge." (Bericht des Landesvorstands 1907, p. 25.)

Die „Schwäbische Tagwacht" wird von dem Landesvorstand verlegt, ihr Druck erfolgt in der „Schwäb. Tagwacht G. m. b. H.", die aus 7 Personen besteht (dem dermaligen Vorsitzenden des Landesvorstandes, einem Vertreter des Parteivorstands der Gesamtpartei etc.). Ähnlich wie bei der „Beobachter G. m. b. H." sind im Statut Bestimmungen getroffen, daß die Gesellschafter keinen Anspruch auf das Vermögen oder Vermögensteile haben, daß bei Todesfall etc. die Anteile der Gesellschaft zurückzugeben sind. Ebenso haben die Gesellschafter keinen Teil am Reingewinn, über den der Landesvorstand, die G. m. b. H. und der Landesausschuß zu verfügen haben. Die G. m. b. H. hat dem Landesvorstand und der Landesversammlung Rechnung zu legen. Eine Einwirkung auf die Verwaltung der „Schwäb. Tagwacht" steht ihr nicht zu, doch hat sie unter Umständen ein Vetorecht, z. B. gegen Maßnahmen, die die Rentabilität ihres Unternehmens berühren könnten. Der Verleger der „Schwäb. Tagwacht", der Landesvorstand, wird jährlich von der Landesversammlung gewählt, der er Bericht zu erstatten hat. Er hatte bis 1911 die ausschließliche Aufsicht über die redaktionelle und geschäftliche Führung der „Schwäb. Tagwacht". Die Kämpfe zwischen den beiden Richtungen in der Sozialdemokratie, den „Radikalen" und den „Gemäßigten", führten dann 1911 zur Einsetzung einer besonderen Preßkommission, die den an der Verbreitung des Blattes hauptsächlich beteiligten Wahlkreisen einen Einfluß auf die prinzipielle und taktische Haltung der Blattes sichern sollte. Die Preßkommission besteht aus 7 Personen, und zwar 4 Vertretern des I. (Stuttgart), 2 Vertretern des II. (Cannstatt) und 1 Vertreter des IV. (Böblingen-Vaihingen) Wahlkreises. Als ihre A u f g a b e wurde von der Landesversammlung in § 24 des Statuts bestimmt: „Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung

der Tagwacht wählen die Parteigenossen des I., II. und IV. Wahlkreises eine Preßkommission. Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Landesvorstand über die Haltung der ‚Schwäb. Tagwacht', insbesondere über die Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Landesvorstand und der Preßkommission entscheidet der Landesvorstand, die Preßkommission und der Landesausschuß (das Kontrollorgan der Partei) in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser Organe eine Stimme hat. Der Landesvorstand führt die Aufsicht über das Organ und hat alle geschäftlichen Angelegenheiten desselben zu regeln. Beschwerden in Preßsachen sind an den Landesvorstand und in zweiter Instanz an den Landesausschuß zu richten." Es wurde also der Preßkommission ein Recht der Mitwirkung an der Erledigung solcher Fragen eingeräumt, die die taktische und prinzipielle Haltung der Tagwacht berühren können, während in den übrigen Fragen von geschäftlicher etc. Bedeutung nach wie vor die Entscheidung beim Landesvorstand liegt. Es kam in der Folgezeit zu heftigen Zusammenstößen zwischen Landesvorstand und Preßkommission, der der Landesvorstand besonders wegen der eigenmächtigen Behandlung von Beschwerden gegen die Redaktion der „Schwäb. Tagwacht" Überschreitung ihrer Kompetenz und Streben nach Machterweiterung zum Vorwurf machte. Um sie zu schlichten, wurde von der Landesversammlung 1913 dem letzten Absatz des § 24 folgende Fassung gegeben: „Der Landesvorstand regelt alle geschäftlichen Angelegenheiten der „Schwäb. Tagwacht". Alle Beschwerden in Preßangelegenheiten sind an den Landesvorstand zu richten. Beschwerden, die sich auf die prinzipielle und taktische Haltung der Tagwacht beziehen, regelt der Landesvorstand gemeinsam mit der Preßkommission und eventuell mit dem Landesausschuß nach den Bestimmungen des Abs. 2." Die Preßkommission hat gleichfalls der Landesversammlung Bericht zu erstatten.

Das Verhältnis der Redakteure der „Schwäb. Tagwacht" untereinander war nicht zweifelsfrei geregelt. Eine Chefredaktion bestand nicht mehr,[1]) und jeder Redakteur bearbeitete sein Ressort selbständig und in eigener Verantwortung. Streit zwischen den Redakteuren untereinander und zwischen der „radikalen" Preßkommission und dem Landesvorstand erhob sich darüber, ob diese Ressortredaktion aus-

[1]) Als es während des Kriegs im Winter 1914/15 zu gesteigerten Auseinandersetzungen zwischen den „Opportunisten", zu denen der Landesvorstand gerechnet wird, und den „Radikalen", zu denen die meisten Redakteure der „Schw. Tagw." zählten, kam, bestellte der Landesvorstand eines seiner Mitglieder, den Abg. Keil, zum Chefredakteur, worauf drei der Redakteure ihre Amt niederlegten.

schließlich gelten, oder ob bei Differenzen die Gesamtredaktion entscheiden soll (Kollektivredaktion). Bei dem Prinzip der „Gesamtredaktion" hatte zwar im allgemeinen jeder Redakteur seinen Teil selbständig zu behandeln, in wichtigen und umstrittenen Fragen politischen oder parteipolitischen Charakters — ganz gleich in welches Ressort sie fallen — sollte aber die Gesamtheit der Redakteure beraten und nach der Mehrheit entscheiden, auch gegen den Willen des Redakteurs, in dessen Ressort die umstrittene Frage fällt. So die Auffassung der Preßkommission. Dieses Prinzip der „Gesamtredaktion" gab in einem bestimmten Fall einem Redakteur Anlaß zu Protest, und der Landesvorstand schloß sich ihm an, da sich die Gesamtredaktion nicht bewährt habe. Landesvorstand und Landesausschuß einigten sich auf folgenden Beschluß, der von der Preßkommission nicht akzeptiert wurde: „Die leitenden Instanzen halten an dem früher gefaßten Beschluß fest, wonach die Ressortredakteure ihren Teil selbständig bearbeiten, daß aber bei Fragen allgemein-politischen Charakters — auch dann, wenn sie in Württemberg spielen — eine Verständigung herbeizuführen ist. Ohne die ausdrückliche Zustimmung des betreffenden Ressortredakteurs kann ihm keine in Behandlung zu nehmende Frage seines Ressorts weggenommen werden. In strittigen Fällen entscheiden die im württembergischen Landesstatut vorgesehenen Instanzen." Wie die Preßkommission, so hat sich auch die Redaktion einstimmig gegen diesen Beschluß gewandt, Landesvorstand und Landesauschuß erklärten aber, daß die Angelegenheit nach dem Spruch der drei Instanzen endgültig in dieser Weise geregelt sei, zu einer Entscheidung auf der Landesversammlung 1913 kam es nicht. Gegen alle Anordnungen des Landesvorstandes steht der Redaktion selbstverständlich die Berufung an die Landesversammlung zu.

Den immer stärker hervortretenden Wünschen nach einer sozialdemokratischen Provinzpresse, die wegen der Haltung der unparteiischen Blätter laut wurden, setzte der Landesvorstand aus finanziellen Gründen immer wieder Warnungen entgegen und mahnte zur Vorsicht. Er gab jedoch schließlich diese Bremstätigkeit auf, und in dem Bericht an die Landesversammlung 1910 (p. 12 f.) spricht er die Gründe dieses Umschwungs in folgendem aus: „Bei den eingehenden Beratungen ... wurde der agitatorische Wert, den Bezirksblätter für unsere Partei haben können, voll gewürdigt. Das Ergebnis der Beratungen wurde zunächst in den grundsätzlichen Beschluß zusammengefaßt, daß dort, wo die Vorbedingungen für die Schaffung eigener lokaler Parteiblätter gegeben sind, deren Gründung in Aussicht genommen werden soll. In der Beurteilung der Frage der Zweckmäßigkeit von Bezirksblättern für ein bestimmtes kleineres Gebiet ist in den letzten Jahren ein bemerkenswerter Wandel eingetreten. Während man früher in derartigen

Zeitungen für die Partei keinen wesentlichen Nutzen erblickte, ist man heute allgemein der Überzeugung, daß durch mehrere Parteiblätter im Lande die Agitation sehr wesentlich gefördert werden könnte. Parteiblätter für einen kleineren Bezirk haben vor allem den Vorteil, daß sie den lokalen Verhältnissen ihres Verbreitungsgebietes mehr Rechnung tragen können, und daß der durch den geringeren Umfang bedingte billigere Preis ihren Eingang in die Kreise der Bevölkerung erleichtert, die mit ihrem Sinnen und Denken zu unserer Partei zählen, denen aber die ‚Schwäbische Tagwacht' zu groß, und weil sie außerhalb ihres engeren Heimatbezirkes erscheint, vielfach auch unbekannt ist." Als solche Bezirksblätter wurden gegründet das „Neckarecho" in Heilbronn, die „Freie Volkszeitung" in Göppingen, die „Eßlinger Volkszeitung", die „Ulmer Donauwacht" und die „Reutlinger Freie Presse". Diese Blätter besitzen zwar eigene Redaktionen, jedoch werden das Eßlinger und Reutlinger Blatt in der „Schwäbischen Tagwacht" gedruckt, auch der lokale und Anzeigenteil, die selbständig sind. Das Ulmer und das Göppinger Blatt werden in der Druckerei der „Fr. Volkszeitung" hergestellt, und lediglich das „Neckarecho" ist völlig selbständig.

Die sämtlichen Provinzblätter gehören Genossenschaften m. b. H. Nur für die „Freie Volkszeitung" in Göppingen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten war und von der Partei saniert werden mußte, besteht eine Gesellschaft m. b. H., an der neben der ursprünglichen Besitzerin, der Genossenschaft, der Vorstand der Deutschen Gesamtpartei, der Landesvorstand, bezw. die Gesellschaft „Schwäb. Tagwacht" beteiligt ist. Bei der „Freien Volkszeitung" und dem „Neckarecho" bestehen eigene Preßkommissionen, die auf Vorschlag der Organisationen der einzelnen Oberämter des Verbreitungsgebiets von der Kreis-Generalversammlung gewählt werden. Ihnen kommen die nämlichen Funktionen, wie der Preßkommission der „Schwäbischen Tagwacht" zu. Im übrigen hat die Verwaltung der Gesellschaft bezw. Genossenschaft die Aufgaben, die der Landesvorstand bei der „Schwäb. Tagwacht" erfüllt. Bei den anderen Provinzzeitungen hat der von den Kreisversammlungen gewählte Ausschuß des Reichstagswahlkreises die Aufsicht über die Zeitung zu führen, während der Aufsichtsrat der Genossenschaft die geschäftliche Leitung hat. Die Anstellung der Redaktion erfolgt durch Kreisausschuß und Aufsichtsrat.

Im Jahre 1912 verfügten die 6 sozialdemokratischen Blätter bei einem Bestand von 36 000 Parteimitgliedern über 48 000 Abonnenten.

Die geschilderte Entwicklung der württembergischen Parteipresse findet ihren statistischen Ausdruck in folgender Vergleichung.

Tabelle 17.

	1894	1909 [1]		1911 [2]		1911 [3]	1911 [4]
Nationalliberal [5]) . . .	21 = 14,38%	10(12) [6]) =		14 = 6,48%		18 = 8,33%	18 = 9,94%
Fortschrittl. Volkspartei	12 = 8,22%	20(25) =	20,10%	19 = 8,80%	25,00	29 = 13,42%	25 = 13,81%
Liberal	1 = 0,69%	10(3) =		21 = 9,72%		13 = 6,02%	10 = 5,53%
Konservativ	6 = 4,11%	6 =	3,02%	6 = 2,78%		8 = 3,71%	6 = 3,32%
Zentrum	11 = 7,53%	27 =	13,56%	31 = 14,35%		33 = 15,28%	30 = 16,57%
Sozialdemokratie . . .	1 = 0,69%	2 =	1,01%	6 = 2,78%		6 = 2,78%	6 = 3,32%
Regierungsorgan . . .	1 = 0,69%	1 =	0,50%	1 = 0,46%		1 = 0,46%	1 = 0,55%
Parteilos, amtlich etc.	93 = 63,69%	123 =	61,81%	118 = 54,63%		108 = 50,00%	85 = 46,96%
	146 = 100,00%	199 =	100,00%	216 = 100,00%		216 = 100,00%	181 = 100,00%

[1]) Nach Gerster.

[2]) Nach Mosse, bezw. Haasenstein & Vogler.

[3]) Nach Zuteilung der bestimmten Parteien nahestehenden, in den Katalogen als „amtlich" etc. bezeichneten Blätter zu ihrer Parteirichtung.

[4]) Nach Abzug der Kopfblätter. — „Der Zeitungsspiegel", Jahrg. 1913/14 Heft 1, p. 17 (Mitt. des Evang. Preßverbands für Württemberg) macht offenbar auf Grund der Zeitungskataloge für 1912 folgende Angaben: Konservativ u. Bd. d. Landw. 5, Zentrum 27, liberal (nat.lib.) 21, (nat.-lib. 11), fortschrittlich 20, soz.-dem. 6, parteilos 121 (3 amtlich), 4 unbekannt. Unter den „liberalen" Zeitungen befanden sich tatsächlich mehrere fortschrittliche, unter den „parteilosen" Blätter verschiedener Parteirichtungen.

[5]) Dazu auch Deutsche Partei und „National"; zu Fortschrittl. Volkspartei auch Freisinnig und demokratisch; zu Konservativ: Bund der Landwirte, agrarisch, antisemitisch; zu Zentrum: katholisch und katholisch-konservativ; zu parteilos auch unabhängig und „ohne Bezeichnung". Über die Bezeichnung „amtlich" vergl. das Kapitel „Die Regierung und die Presse". Amtlich nennen sich auch die Blätter, die lediglich Publikationsorgane für Bekanntmachungen einer oder mehrerer Gemeinden sind.

[6]) Die eingeklammerten Ziffer ergeben sich, wenn man die „liberalen" Zeitungen der nationalliberalen bezw. Volkspartei zuzählt, denen sie nahestehen.

Gerster nimmt nur 75 von 199 oder rund 38 % als politischen Parteien angehörend oder nahestehend an. Diese Ziffern sind, wie die aus den Zeitungskatalogen gewonnenen zeigen, zu niedrig. Man wird (nach Abzug der Kopfblätter) mindestens die Hälfte der württembergischen Zeitungen einer bestimmten Parteirichtung zurechnen dürfen, und auch in den Zeitungskatalogen gaben 1911 ca. 45 % eine Parteirichtung an, während noch vor 20 Jahren nahezu $^2/_3$ sich als neutral bezeichneten. Vor allem durch die Neugründung volksparteilicher Blätter, die Erwerbung und Beeinflussung der früheren amtlichen und parteilosen Blätter durch das Zentrum hat sich in Württemberg die parteipolitisch gefärbte Presse rascher entwickelt als die parteilose, ein Zeichen der Ausbreitung und starken Lebhaftigkeit des Parteiwesens in Württemberg, die trotz der parteipolitischen Parzellierung in dem größten Teil des Landes vielfach die kleine Presse zur parteipolitischen Stellungnahme bringt.

Die Veränderungen und Verschiebungen im Bestande der Parteipresse machen deutlich, wie diese von den politischen Strömungen der Bevölkerung getragen wird. Die Richtung der Presse läuft parallel oder folgt der politischen Gesamtstimmung. In den Siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts orientierte sich der öffentliche Geist an dem Verhältnis des Einzelstaats zu dem neu geschaffenen Reich; die Wähler schieden sich in dem Kampf um Unitarismus oder Föderalismus, und wie in der Bevölkerung, so traten in der Presse die sonstigen politischen und konfessionellen Gegensätze zurück, die Zeitung war „national", ob sie nun mehr konservativ oder mehr liberal war, oder sie war „föderalistisch" oder „partikularistisch". Die Bildung der Parteien nach verfassungsrechtlichen, konfessionellen und wirtschaftspolitischen Grundsätzen differenziert immer stärker auch die Presse, und die so entstehenden Richtungslinien steigen oder fallen, wenn auch etwas gehemmt, mit dem Steigen und Fallen der Wählerstimmen, mit der politischen Auffassung der Massen. Mit dem raschen Wachstum der Volkspartei Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre wachsen auch überall im Lande volksparteiliche Zeitungen empor, die sich in etwa 20 Jahren um 18 oder 5,60 % vermehren, die zurückgedrängte Deutsche Partei verliert auch in der publizistischen Vertretung ihrer Ideen, und die bisher nationalliberalen älteren Blätter suchen vielfach durch politische Zurückhaltung ihre Position — unterstützt durch ihr Amtsblattprivileg — mit Erfolg zu halten. Der Stillstand und die Rückflut der demokratischen Bewegung bringen auch die Ausbreitung der volksparteilichen Presse zum Stehen. Das Vordringen des Zentrums in den 90er Jahren nötigt zunächst im Oberland, dann auch in den katholischen Kreisen des Schwarzwald- und des Jagstkreises die

früher unabhängigen Amtsblätter schließlich zu einer ausgesprochenen Entscheidung für das Zentrum, und diesem gelingt es, auch alte, gut fundierte Blätter in seinen Besitz zu bringen. So kann das Zentrum in den 20 Jahren eine Vermehrung seiner Presse um 21 Zeitungen oder um 7,22 % erzielen. In den letzten 10 Jahren gewinnt in den ländlichen Bezirken der protestantischen Landesteile das Erstarken der agrarischen Bewegung Einfluß auf die ältere Presse, die sich auf eine neutrale Haltung zurückzieht oder auch der stärkeren Partei folgt, während allerdings neue agrarische Zeitungen nur vereinzelt auftreten. In den industriellen Bezirken vollzieht sich die entgegengesetzte Entwicklung. Ihre bürgerlichen Zeitungen nähern sich einer entschieden liberalen Politik, und es entsteht, durch die straffe Parteiorganisation zwar eine Zeit lang zurückgedämmt, aber doch unaufhaltsam, eine sozialdemokratische Provinzpresse, die eine rasche Verbreitung gewinnt.

Der Wechsel der Richtung vollzieht sich, soweit nicht ausgesprochene Parteiblätter in Betracht kommen, ohne Änderung des Besitzers, der durch Auswahl und Nuancierung des Stoffes dem Wechsel der politischen Anschauung seines Leserkreises Rechnung trägt. Die Einwirkung auf die Abonnentenzahl ist daher gering. Dagegen da, wo eine völlige Parteischwenkung sich vollzieht, wo ein bisher parteiloses Blatt von einer Partei erworben wird, oder sogar ein Parteiblatt in den Besitz einer andern Partei übergeht, können recht erhebliche Verschiebungen eintreten. Ein Beispiel dafür ist der Übergang des ehemals demokratischen „Albboten" in Ebingen in nationalliberalen Besitz. Der Abonnentenkreis dieses alten verbreiteten Blattes nahm rasch ab und ging zum großen Teil über zu dem neugegründeten demokratischen „Neuen Albboten", dessen Redaktion der frühere Leiter des Albboten übernahm. So gibt 1909 der „Albbote" 1800, der „Neue Albbote" 7000 Abonnenten an. Dieser Übergang vollzog sich in einem Bezirk, dessen Bevölkerung sich überwiegend zur Volkspartei bekennt und den Richtungswechsel des Blattes daher entschieden ablehnte. Die vom Zentrum erworbenen Zeitungen erscheinen dagegen in Bezirken, deren Bevölkerung nahezu ausschließlich oder doch überwiegend der Zentrumspartei bereits angehörte und durch die Amtsblatteigenschaft zum Abonnement des Blattes mit bestimmt wurde. Hier treten Wirkungen eines Richtungswechsels in der Abonnentenzahl nicht in Erscheinung, oder vielleicht sogar wächst die Verbreitung des Blattes. Von den vom Zentrum erworbenen Zeitungen gaben der „Anzeiger vom Oberland" (Biberach) und die „Gmünder Remszeitung" in den Katalogen von Mosse ihren Abonnentenstand während der Jahre des Richtungswechsels an. Es zählte „Anzeiger vom Oberland" 1903: 5400 Abonnenten, 1904: 5400 Abonnenten, nach dem Übergang in Zentrumsbesitz 1905: 5700, 1906: 5850, 1907:

6000, 1908 und 1909: 7000 Abonnenten. Die „Gmünder Remszeitung" zählte 1903: 5 500 Abonnenten, 1904: 5 856 Abonnenten, 1905: 5 856, 1906: 6 250, 1907, wo sich der Übergang vollzog: 6 500, 1908 und 1909: 7000 Abonnenten. Bei der „Remszeitung" vollzog sich diese Steigerung der Abonnentenzahl, obwohl mit dem Richtungswechsel des Amtsblattes eine unabhängig liberale Zeitung, die „Gmünder Zeitung", gegründet wurde.

Diese Besitzwechsel traten fast ausschließlich bei Zeitungen ein, die Privatunternehmern gehörten, und bei denen meist die einzige Sicherung gegen eine Änderung der Richtung in der politischen Überzeugung des Besitzers und in der Rentabilität seines Unternehmens liegt.

Die Haltung solch' unabhängiger privater Unternehmungen ist vielfach selbständig, und wiederholt haben diese Parteizeitungen, besonders der beiden Parteien, die im Lande eine Provinzpresse mit ausgesprochener Tendenz besitzen, des Zentrums und der Volkspartei, scharf Stellung auch gegen die Politik ihrer Partei genommen.

Zwischen diesen nur parteimäßigen Zeitungen und den Parteiblättern im engsten Sinn stehen die von Gruppen von Parteimitgliedern ins Leben gerufenen Zeitungen. Auch sie stellen sich formell als reine Erwerbsunternehmungen dar, und es fehlt ihnen häufig jede Bindung an die Partei und jede Sicherheitsbestimmung. Aber diese Zeitungen werden in erster Linie aus politischen Gründen geschaffen, der Zweck des Gewinnes ist sekundär, und schon darin und in der Mehrheit der beteiligten, einer bestimmten Partei angehörenden Personen liegt auch ohne statutarische Bindung eine gewisse Garantie gegen den Verlust der Zeitung an eine andere Partei. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats („Deutsches Volksblatt"), die Einrichtung eines Preßausschusses („Ulmer Zeitung", „Oberschwäbischer Anzeiger") nähert diese Zeitungen schon den Parteizeitungen im engsten Sinn, wie dem „Beobachter", der „Schwäbischen Tagwacht". Hier ist die Verbindung mit der Partei die engste, die Parteimitglieder, die nach außen als Herausgeber auftreten, sind lediglich Mandatare der Partei, sie besitzen keine Rechte auf das Vermögen und den Gewinn des Unternehmens.

Als formelle Instanz zur Einflußnahme auf die politische Haltung des Blattes erscheint in erster Linie bei den Parteiblättern der Preßausschuß, sei es, daß der Aufsichtsrat oder die Parteileitung dieses Amt führt, sei es, daß ein besonderer Preßausschuß aufgestellt ist. Aber unter normalen Verhältnissen hat diese Einrichtung erhebliche Bedeutung für die Einwirkung der Partei auf die Presse nicht. Ein Eingreifen des Preßausschusses, prinzipielle und taktische Anregungen und Einwirkungen des Preßausschusses auf die Führung des Blattes kommen, wie mir übereinstimmend mitgeteilt wurde, in der Regel nur ganz vereinzelt vor. Ein richtunggebendes Organ ist im allgemeinen

der Preßausschuß nicht. Das liegt schon in der durch das Kollegialsystem bedingten Schwerfälligkeit des Apparates, der den Bedürfnissen der Zeitung nach rascher und einheitlicher Entschließung nicht entspricht. Aber auch in seiner Eigenschaft als Kontrollorgan ist der Preßauschuß in der Regel nicht von erheblicher Bedeutung. Etwaige Differenzen zwischen Redaktion und Preßausschuß beschränken sich auf die verschiedene Beurteilung der Opportunität einzelner Artikel.

Selbst bei der sozialdemokratischen Presse, die unter einer viel engeren Kontrolle der Partei und der Parteimitglieder steht, waren es früher fast ausschließlich Klagen wegen Nichtaufnahme oder verzögerter Aufnahme, wegen Kürzung von Artikeln etc., also Dinge, die den inneren Redaktionsbetrieb, nicht aber die politische Haltung des Blattes berühren, die den Landesvorstand beschäftigten. Mit der Verschärfung der Gegensätze zwischen Radikalen und Gemäßigten, besonderes in der Stuttgarter Sozialdemokratie, erhält aber allerdings die Preßkommission eine ganz andere Bedeutung. Die Beschwerden gegen die Redaktion mehren sich, da beide Richtungen Einfluß auf das Blatt zu gewinnen suchen. Der Landesvorstand hatte sich mit zahlreichen und grundsätzlichen Beschwerden zu befassen, und als dann 1911 neben ihm die Preßkommission geschaffen worden war, wurde der Parteistreit, soweit er die Presse anging, zwischen dieser und dem Landesvorstand ausgefochten [1]), und zwar ging der Kampf in erster Linie um die Mitwirkung bei Anstellung der Redakteure. „Die feste Besetzung der Tagwachtredaktion war der Mittelpunkt, um den sich die weiteren Verhandlungen der Preßkommission drehten." (Bericht der Preßkommission 1912 p. 55.) Es gelang auch der Preßkommission, mehrere der Redaktionsposten mit Vertretern der radikalen Richtung zu besetzen, und diese politische Auffassung kommt in der taktischen und prinzipiellen Haltung des Blattes scharf zum Ausdruck. Auch in der Folgezeit war die Preßkommission bestrebt, der Redaktion sehr weitgehende Richtlinien für ihre Behandlung politischer Fragen, Anregungen für die Bearbeitung, Ausgestaltung und Erweiterung des Stoffs zu geben. Aber auch hier beruht der Einfluß auf der Stellung der Redaktion zu den auftauchenden Fragen schließlich doch wieder auf der individuellen Auffassung der einzelnen Redakteure, darauf, daß diese der Parteiauffassung sind, die die Kontrollinstanzen vertreten. So wird der ganze Apparat, den wir p. 93 f. geschildert haben, im konkreten Fall — das liegt in der Natur des journalistischen Betriebs —

[1]) Den Kampf der Parteiführer um die Macht schildert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Leipzig, 1911. Klinkhardt, besonders Teil II, Kap. 6, p. 173 ff. Ein Mittel zur Erlangung der Macht in der württembergischen Partei sollte der Preßausschuß des Zentralorgans sein.

nur immer post hoc in Tätigkeit treten können. Trotz des erbitterten Kampfes, der um den Einfluß auf die Haltung des Blattes ausgefochten wurde, und trotz aller Versuche, ihn durch allgemeine Formeln zu entscheiden, wird die erste und auf die Öffentlichkeit eindrucksvollste Stellungnahme der Redaktion verbleiben, gegen deren Wirkung die nachträgliche Rektifizierung durch diese oder jene Instanz nicht aufzukommen vermag, und auch als Richtschnur für zukünftige Fälle ist eine solche erfahrungsgemäß von recht untergeordneter Bedeutung.

All das bestätigt, daß mehr durch die Auswahl der Redakteure und weniger durch eine Bestimmung und Kontrolle der Redaktionsführung in einem Preßausschuß die Partei ihren Einfluß auf die Haltung ihrer Presse zu üben vermag. Die politische und taktische Auffassung der Redakteure, ihre Persönlichkeit und die Art, wie auf sie die politischen Ereignisse, die Ansichten der Parteiführer und der Parteimitglieder wirksam sind, bestimmen stärker den Gesamtton, die Gesamthaltung und die Stellung des Blattes in einzelnen Fragen, als es durch Parteieinrichtungen geschehen kann [1]). Deshalb machen sich auch auf die Redaktion der Parteiblätter viel einschneidender der ständige, aber formell nicht festgelegte Einfluß und die zur Redaktion im einzelnen Fall rasch hergestellten Beziehungen der Parteiführer geltend. Die Mitarbeit durch Beiträge, Besprechungen und Informationen gewährt den Parteiführern ein großes Maß der Einwirkung auf die Partei und die öffentliche Meinung, eine Möglichkeit, von der sie übrigens auch bei Nichtparteiblättern, besonders solchen mit großer Verbreitung, Gebrauch machen. So üben die persönliche Autorität und die Erfahrung der Parteiführer direkt und indirekt die bedeutendste Wirkung auf die Haltung der Parteipresse.

Die dritte Art, in der die Partei die Verbindung mit ihrer Presse sichert und durch Zentralisierung der Meinungsbildung möglichst einheitliche Auffassungen anstrebt, ist die Berufung der Redakteure der Parteizeitungen in den Parteivorstand. In der Regel erfolgt jedoch diese Berufung wiederum nicht durch Statut, sondern durch Wahl, so gehören die Redakteure des „Deutschen Volksblatts", des „Schwäb. Merkurs", der Leiter des „Beobachters", der Stuttgarter Vertreter der „Frankfurter Zeitung" dem Parteivorstand ihrer Partei an, und auch Redakteure der übrigen Blätter, soweit sie politisch hervortreten, befinden sich in den Parteivorständen oder Ausschüssen. Die Volkspartei hat 1913/4 beschlossen, zu wichtigen Sitzungen des Engeren Ausschusses (des Parteivorstands) die Redakteure der fortschrittlichen Presse einzuladen und ihnen beratende Stimme zu geben. Dem Landesausschuß gehören die Vertreter der fortschrittlichen Presse

[1]) Auch Michels a. a. O. p. 130 f. schätzt die Bedeutung der Preßausschüsse recht niedrig ein.

durch Parteistatut als vollberechtigte Mitglieder an, soweit sie eingeschriebene Mitglieder der Partei sind, und zwar kann nur je ein Vertreter einer Zeitung Mitglied des Landesausschusses sein. Bei der Sozialdemokratie werden zu den Konferenzen der Kreisvorstände und den Landeskonferenzen die Redakteure sämtlicher Parteiblätter zugezogen.

In der jüngsten Zeit ist schließlich dazu die Herausgabe von „Parteikorrespondenzen" getreten. Der Volkspartei, Deutschen (nationalliberalen) Partei und dem Zentrum stehen Korrespondenzbureaus zur Verfügung, die zwar Privatunternehmungen sind, deren Herausgeber aber die Verbreitung von Parteinachrichten und im Sinne der Partei gehaltenen Artikeln übernehmen oder solche auch selbst verfassen. Nur die konservativ-bündlerische Partei und die Sozialdemokratie, die beide ja eine zahlreichere selbständige Provinzpresse nicht besitzen, verfügen über dieses Mittel der Beeinflussung und Propaganda noch nicht. Übrigens finden sich auch bei der sozialdemokratischen Presse bereits Ansätze in der publizistischen Tätigkeit von Abgeordneten für mehrere Blätter. In dieser Entstehung und Schaffung von Korrespondenzen äußert sich der auch sonst wahrnehmbare zentralistische Zug unseres Parteiwesens; die wachsende Konkurrenz der Parteien, die gesteigerte Notwendigkeit intensiver Agitation drängen neben den eigenen Bedürfnissen der Blätter selbst zu einer möglichst einheitlichen, aber auch möglichst verbreiteten und damit wirksamsten Aussprache und Aufklärung über die Auffassungen und Handlungen der Partei und ihrer Führer. Der publizistische Einfluß der Parteileitungen läßt sich mit Hilfe solcher Korrespondenzen erheblich steigern, sie können aber allerdings zugleich zu einer weiteren Uniformierung und geringeren Selbständigkeit der Parteipresse des Landes führen. Bisher ist jedoch bei keiner der drei Parteien diese Art der Preßbeeinflussung straff organisiert, es handelt sich durchweg um Privatunternehmungen, und die Mitarbeit der Parteiführer (soweit es sich nicht um Korrespondenzen der Abgeordneten handelt) beschränkt sich auf gelegentliche Veröffentlichungen bei besonderen Anlässen.

Dieser — allerdings noch in den Anfängen stehenden — zentralistischen Entwicklung der Parteipresse wirkt entgegen der mächtige Zug zur Dezentralisation, der in der Ausbreitung der lokalen Parteipresse deutlich wird. Vor allem hat das Zentrum systematisch und zielbewußt sich eine ausgedehnte Provinzpresse geschaffen, bei der Volkspartei sind gleichfalls aus lokalen Bedürfnissen heraus spontan zahlreiche Blätter entstanden, die sozialdemokratische Partei, in der stärker, als in jeder andern Partei, der Gedanke der straffsten Zentralisation herrscht, ist trotzdem schließlich dazu übergegangen, für einzelne Wahlkreise eigene Blätter ins Leben zu rufen, und Konservative und

Bund der Landwirte haben wenigstens versucht, sich eine Provinzpresse zu schaffen. Die Parteien bedürfen außer der Vertretung ihrer allgemeinen politischen Grundsätze und Handlungen zur Steigerung ihres agitatorischen Einflusses der lokalen und regionalen Färbung des politischen Stoffs, der wirkungsvolleren Erfassung der Bevölkerung an ihren unmittelbarsten politischen und wirtschaftlichen Interessen, und ihre Presse gewinnt um so festeren Fuß, als sie auch neben diesem politischen Stoff die Aufgaben einer lokalen und Bezirkspresse zu erfüllen vermag.

Auf die einzelnen Regierungskreise verteilen sich die Zeitungen je nach ihrer Parteistellung:

Tabelle 18.

Kreis	Regierungsorgan	Parteilos, amtlich etc.	Nationalliberal	Fortschr. Volkspartei	Liberal	Konserv. u. Bd. d. Landw.	Zentrum	Sozialdemokratie	Zusammen
Neckarkreis . . .	1	57	3	14	3	4	2	3	87
Schwarzwaldkreis	—	21	8	7	6	1	5	1	49
Jagstkreis	—	11	3	5	3	2	4	—	28
Donaukreis . . .	—	19	4	3	1	1	22	2	52
Württemberg . .	1	108	18	29	13	8	33	6	216

Daraus ist ersichtlich, daß mehr als die Hälfte der parteilosen Zeitungen auf den Neckarkreis entfallen, und sie hier 65,5 % der Zeitungen überhaupt ausmachen, eine Folge der viel stärkeren politischen Differenzierung der Bevölkerung und der Existenz zahlreicher kleiner Zeitungen (vergl. p. 19 ff., 36, 48) in diesem Kreis, die zu ihrer Erhaltung auf alle Parteirichtungen Rücksicht nehmen müssen. Das Gegenstück ist der Donaukreis mit dem geschlossenen katholischen Oberschwaben, in dem das Zentrum ausschließlich herrscht: hier übertrifft die Zahl allein der Zentrumsblätter die der parteilosen, deren Anteil auf 36,5 % herabsinkt.

Die Frage, in wie weit die Zahl und Verbreitung der Partei- und der Parteien nahestehenden Zeitungen den Stärkeverhältnissen der Parteien entspricht, ist in der Schilderung der historischen Entwicklung der Parteipresse bereits andeutungsweise beantwortet. Ihre genauere, zahlenmäßige Beantwortung ist erschwert durch die Verbreitung der parteilosen Presse und den Mangel von Angaben über die Auflage gerade bei einer Reihe von Parteizeitungen. Immerhin ließ sich durch Schätzungen, die einen gewissen Rückhalt an der Kenntnis der Zeitungen haben, folgende Tabelle gewinnen, die den tatsächlichen Verhältnissen im großen ganzen entsprechen dürfte:

Tabelle 19.

	Zahl der Zeitungen			Höhe der Auflage			Stärke der Parteien (Reichstagswahl 1912)	
	absolut	%		absolut	%		Wähler	%
Nationalliberal	18 (18) [1]	8,33 (9,94)	27,77	91 200	10,15	35,09	72 794	15,4 32,8
Fortschrittl. Volkspartei	29 (25)	13,42 (13,81)		87 700	9,76		82 427	17,4
Liberal	13 (10)	6,02 (5,53)	(29,28)	141 800	15,78		–	
Kons. u. Bd. der Landw.	8 (6)	3,71 (3,32)		15 900	1,77		83 120	17,6
Zentrum	33 (30)	15,28 (16,57)		112 400	12,50		80 372	17,0
Sozialdemokratie	6 (6)	2,78 (3,32)		47 500	5,28		153 335	32,5
Regierungsorgan	1 (1)	0,46 (0,55)		7 000	0,78		–	–
Parteilos	108 (85)	50,00 (46,96)		395 300	43,98		–	–
	216 (181)	100,00		898 800	100,00			99,9

[1] Ohne Kopfblätter.

Der prozentuale Anteil der Auflage der den beiden liberalen Parteien nahestehenden Zeitungen ist also bei Einrechnung des „Neuen Tagblatts“ und des „Schwarzwälder Boten“ stärker als der Anteil an den für sie abgegebenen Stimmen, und die Zahl ihrer Leser übertrifft die der Wähler um mehr als das Doppelte. Trotz ihrer geringeren Zahl von Zeitungen übertrifft die nationalliberale Presse die volksparteiliche an Verbreitung. Mit Ausnahme einiger Blätter („Reutl. Generalanzeiger“ „N. Albboten“ in Ebingen, der ehemals nationalliberalen „Neckarzeitung“ mit 13 000, 6 800 und 18 500 Abonn.) hat die volksparteiliche Presse die ältere nationalliberale, die sich auf ihre Amtsblatteigenschaft stützen konnte, trotz der größeren Parteistärke nicht überflügeln können. Das Zentrum hat durch seine intensive und systematische Organisations- und Agitationsarbeit für seine Presse es erreicht, daß deren Anteil nicht mehr allzuweit von der Stärke der Partei entfernt ist. (Wenn ihre Auflageziffer die Wählerzahl übertrifft, so rührt das von der Zahl der Nichtwähler und von der Zahl derer, die ein Zentrumsblatt als Amtsbatt halten, her.) Die Sozialdemokratie, die fast $^1/_3$ der württembergischen Wähler zählt, hat eine relativ noch schwache Presse (wie in Baden, vergl. Bensheimer, S. 28, und Bayern, vergl. Allaire, p. 49), immerhin zeigt sich der Erfolg der jungen sozialdemokratischen Provinzpresse darin, daß die Leser sozial-

demokratischer Zeitungen 1911 bereits 5,28 % ausmachen und das stärkste Wachstum aufweisen. Die Zahl der Leser sozialdemokratischer Zeitungen bleibt aber immerhin noch um $^1/_3$ hinter der Zahl der Wähler zurück. Ganz schwach — nur $^1/_5$ der Wähler — ist die Abonnentenziffer der konservativ-bündlerischen Presse, unter der sich kein verbreitetes Organ befindet. Die inzwischen eingegangene „Reichspost" gibt eine Auflage von 3 600 an. Der Bund der Landwirte verfügt aber über eine zweimal monatlich herausgegebene Zeitschrift „Der Schwäb. Landmann" mit einer Auflage von ca. 24 000, die seinen agitatorisch-publizistischen Bedürfnissen dient.

Wie sich die Zeitungen nach ihrer Parteirichtung auf die einzelnen Größenklassen der Auflagen verteilen, zeigt nachstehende Tabelle:[1])

Tabelle 20.

Auflage	Regierungsorgan	Parteilos, amtlich	Nationalliberal	Fortschr. Volkspartei	Liberal	Konserv. Bd. d. Landw.	Zentrum	Sozialdemokratie	Zusammen
bis 500	—	2	—	—	—	—	—	—	2
„ 900	—	11	—	—	—	—	2	—	13
„ 3 000	—	39	7	12	4	4	12	—	78
„ 7 000	1	16	6	2	1	1	11	—	38
„ 15 000	—	2	2	2	—	—	4	1	11
„ 35 000	—	3	—	1	—	—	—	1	5
„ 70 000	—	4	—	—	2	—	—	—	6
	1	77	15	17	7	5	29	2	153

Die ganz kleinen Blätter sind naturgemäß fast ausschließlich parteilos, nur zwei dieser Zwergblätter im fast rein katholischen Oberschwaben bekennen sich zum Zentrum. Dagegen halten sich die kleineren parteilosen und Parteizeitungen die Wage, bei den mittleren überwiegen sogar diese, hier macht sich die größere Freiheit der in den mittleren Städten und den dazu gehörigen Bezirken verbreiteten Blätter, die sich auf ihre Amtsblatteigenschaft und höheres Alter stützen können, geltend. Aus der Tabelle wird auch die schon oben erwähnte Tatsache der schwächeren Verbreitung der volksparteilichen Zeitungen gegenüber den nationalliberalen noch deutlicher: die Masse der volksparteilichen Blätter zählt bis zu einer Auflage von 3000, die der nationalliberalen dagegen überwiegt in den Klassen bis 7000 und 15 000. Die Zentrumspresse ist gleichfalls mit mittleren und kleinen Blättern stark vertreten, während sie über größere nicht verfügt, diese sind außer der sozialdemokratischen „Schwäb. Tagwacht"

[1]) 16 Zeitungen gaben keine Auflage an (vergl. Tabelle 9).

ausschließlich parteilos oder liberal. Diese Ergebnisse decken sich weitgehend mit den von Allaire für Bayern (vergl. p. 52 und Tabelle XIX), und mit den von Bensheimer für Baden (vergl. p. 29—31, wo allerdings eine andere Auflageneinteilung gewählt ist) gefundenen Ergebnissen. Das nämliche Ergebnis findet sich, wenn man die Parteizugehörigkeit der Zeitungen sowohl nach der Häufigkeit des Erscheinens als nach der Verteilung auf die einzelnen Ortsgrößenklassen untersucht. Bei der ersten Untersuchung tritt dabei ein Gegensatz zwischen den parteilosen Zeitungen und den Parteiblättern hervor. Wir ersehen aus der folgenden Tabelle.

Tabelle 21.

Erscheinungsweise	Regierungsorgan	Parteilos, amtlich	Nationalliberal	Fortschr. Volkspartei	Liberal	Konserv. u. Bd. d. Landw.	Zentrum	Sozialdemokratie	Zusammen
1 mal	—	10	—	—	1	—	—	—	11
2 mal	—	6	—	—	1	—	1	—	8
3 mal	—	24	1	2	1	1	2	—	31
4 mal	—	28	2	5	1	—	3	—	39
5 mal	—	—	—	—	—	1	—	—	1
6 mal	1	40	14	21	9	6	27	6	124
7 mal	—	—	—	1	—	—	—	—	1
12 mal	—	—	1	—	—	—	—	—	1
	1	108	18	29	13	8	33	6	216

daß die Parteizeitungen weit überwiegend täglich erscheinen, der größere Teil der parteilosen aber weniger als 6 mal in der Woche. Das hat seine Gründe darin, daß die an kleineren Orten herausgegebenen Blätter jede Parteinahme vermeiden müssen, soweit nicht in dem Verbreitungsgebiet eine Partei überwiegt oder doch ihre Stärke dem Blatt eine Existenz sichert, daß aber auch auf der andern Seite das Bedürfnis politischer Propaganda und das Bedürfnis politisch stärker interessierter Leser sich mit einem selteneren Erscheinen nicht begnügen wollen. So erscheinen von den parteilosen Blättern 59,3 % weniger als 6 mal (in Baden 50,9 %), von den Zeitungen mit einer Parteirichtung aber nur 20,6 % (Baden 29 %).

Bei der Verteilung der Zeitungen nach ihrer Parteirichtung auf die einzelnen Ortsgrößenklassen (Tab. 22, p. 108) ergibt sich, daß in den Ortsgrößenklassen bis 5000 Einw. die parteilosen Blätter überwiegen, in den folgenden die liberalen und Zentrumszeitungen, während in den Städten von 20 000 bis 50 000, wo der Liberalismus mit der Sozialdemokratie um die Herrschaft ringt, die liberalen und sozialdemokratischen Blätter stärker hervortreten. In Stuttgart und Ulm

Tabelle 22.

Orts-größenklassen	Regierungs-organ	Parteilos, amtlich	National-liberal	Fortschr. Volks-partei	Liberal	Konserv. u. Bd. d. Landw.	Zentrum	Sozialdemokratie	Zusammen
bis 2 000 Einw.	—	8	1	1	—	—	3	—	13
„ 5 000 „	—	36	4	8	6	2	15	—	71
„ 10 000 „	—	17	6	5	—	2	7	—	37
„ 20 000 „	—	7	2	5	1	—	2	—	17
„ 50 000 „	—	6	3	4	2	—	1	4	20
„ 100 000 „	—	4	1	1	—	1	1	1	9
über 100 000 „	1	7	1	1	1	1	1	1	14
Württemberg . .	1	85	18	25	10	6	30	6	181

halten sich die parteilosen und die Parteizeitungen, von denen jede Richtung vertreten ist, das Gleichgewicht. Die Bevölkerung der größeren Städte bietet also, wie die ländliche Bevölkerung allerdings aus verschiedenen Gründen, einen günstigen Boden für die parteilose Presse. Eine ganz ähnliche Verteilung zeigt Baden (vergl. Bensheimer, p. 30).

·∘○∘·

10. Kapitel.

Der Stoff der Zeitungen, seine Einteilung und Verteilung.

Die einförmige und fortlaufende Aneinanderreihung der Korrespondenzen, deren Inhalt nur am Rande mit einem kurzen Satz angedeutet war, genügte solange, als eine Zeitungsnummer nicht mehr als 4 Seiten in Quart umfaßte. Mit dem ungeheuren Wachsen des Stoffes, den täglich eine Zeitung zu liefern pflegt, mit seiner immer stärkeren Differenzierung und seiner Ausdehnung auf das gesamte politische und wirtschaftliche Leben, auf die geistige und körperliche Betätigung des Volkes wird die Notwendigkeit einer klaren und raschen Orientierung immer größer, die Fülle des Stoffes und das Streben, schon durch das Zeitungsbild den Leser zu locken und zu fesseln, formen auch die Architektur der Zeitung um. Das Tempo und das Maß, in dem das geschieht, sind bei den verschiedenen Zeitungen sehr verschieden, verschieden je nach der Stärke, in der jene Ursachen wirken, je nach dem Leserkreis, auf den die Zeitung vor allem rechnet, je nach der Tradition, die in ihr lebendig ist.

Die Provinzzeitung von mäßigem oder bescheidenem Umfang, mit

einem sicheren oder wenigstens lokal bestimmten Leserkreis kann auf die äußeren Mitteln, mit denen das Publikum zur Zeitungslektüre angereizt werden soll, verzichten. Wir sehen deshalb bei dem Gros der württembergischen Zeitungen, das zu diesem Typus der Blätter gehört, noch eine einfache äußere Gliederung: einem Leitartikel, der allerdings nicht regelmäßig ist, oder dem Parlamentsbericht folgen politische, häufig auch vermischte Nachrichten oder kurze Betrachtungen aus dem Deutschen Reich, dem Ausland und Württemberg, entweder zusammengefaßt unter einer Rubrik, wie „Politische Rundschau", „Tagesneuigkeiten" oder gegliedert in „Deutsches Reich" (event. noch „Württemberg") und „Ausland"; es folgen die Rubriken: „Stadt und Bezirk", „Vermischtes", das die Tagesneuigkeiten, Unglücksfälle, Verbrechen aus dem Land, dem Reich und dem Ausland enthält, „Handel und Verkehr", meist Marktberichte, und schließlich „Neueste Nachrichten und Telegramme". Den unterhaltenden Teil (entweder „unter dem Strich" oder in einer Beilage) bilden der Roman, auch ein belehrender Aufsatz, ein kleines Feuilleton und Miszellen, wie Humoristisches, Rätsel etc. Dazu kommen noch gelegentliche kleine Rubriken, wie „Gerichtssaal," „Mitteilungen aus dem Publikum," „Briefkasten," „Literarisches". In Grenzgebieten oder da, wo gewisse wirtschaftliche Interessen in einer Gegend vorherrschen, finden diese auch äußerlich Berücksichtigung (Zeitungen an der hohenzollerschen Grenze führen die besondere Rubrik „Hohenzollern," in Rottenburg z. B. erscheinen „Hopfenberichte"), und die parteipolitische Presse führt die Rubrik: „Aus der Partei". Die äußere Aufmachung ist gleichmäßig und ruhig: Hervorhebungen einzelner Artikel durch besondere und große Überschriften sind selten.

Mit dem Anwachsen des Stoffes bei den mittleren Zeitungen führt das Bedürfnis nach einer weiteren Differenzierung zu einer Vereinigung gewisser Gebiete in eigenen Rubriken (wie „Aus dem Parteileben", „Arbeiterbewegung," „Sport," „Schwäbische Chronik" usw.), zur Schaffung von Unterrubriken und zu Heraushebung einzelner Nachrichtengruppen oder Artikel durch eigene Überschriften inner- oder außerhalb der Rubriken; die gelegentlichen Rubriken werden zu regelmäßigen. Auch bei diesen Zeitungen von mittlerem Umfang entspricht die Aufmachung noch meist durchaus dem Bild der vorhergehenden, nur hat sich hier die aus der Inhaltsangabe der französischen und englischen Blätter hervorgegangene „kurze Tagesübersicht" (Tageskalender), die an der Spitze des Blattes die wichtigsten Ereignisse des Tages in einigen knappen Meldungen zusammenfaßt, bereits eingebürgert.

Die Entwicklung zur möglichst reichen Gliederung bringt dann bei den großen Zeitungen einerseits eine Fülle von Einzelrubriken,

anderseits aber auch eine Sprengung der Bande der gewohnten Einteilung. Die Einteilung verläßt das Schema und richtet sich nach dem eingelaufenen Material. Die Rubriken und ihre übliche Reihenfolge werden der Anordnung der Tagesgeschehnisse nach dem stets wechselnden, rasch zu fesselnden Interesse des Publikums hinderlich. Die aus der Auslandpresse übernommenen Überschriften mit Riesentypen über eine ganze Seite hin, darunter noch eine Anzahl weiterer typographisch abgestufter, schlagwortartiger „Unterüberschriften" rücken das größte Ereignis des Tages, sei es nun ein politisches Ereignis oder eine Katastrophe, sei es eine Entdeckung oder der Ausbruch eines Kriegs, in den Vordergrund, machen es zu d e m Ereignis des Tages. Auf die erste Seite als die wichtigste, von dem Interesse des Publikums am raschesten erfaßte haben unter Depossedierung des Leitartikels und der politischen Betrachtung die aufsehenerregenden Nachrichten Anpruch, gleichviel welcher Art, zum Teil mit kurzen Räsonnements und Erläuterungen versehen und verknüpft. Dabei macht sich auch hier über die übliche Spalteneinteilung hinaus zur Abstufung der Ereignisse noch das Bedürfnis nach besonderer Einteilung und Gliederung des Raums geltend, die durch Umrahmungen eines Teils der ersten Seite, z. B. der rechten unteren Ecke, etc. gewonnen wird. Die nämliche Umwandlung erfährt auch die erste Seite des lokalen Teils, der womöglich seinen eigenen Leiter, und wenn ein solcher mit örtlichem Einschlag nicht zur Verfügung steht, einen Leiter allgemein belehrenden Inhalts etc. erhält.

Wieweit hat in der württembergischen Presse diese Umwälzung des Zeitungsbildes nach der „Sensation" — von der als einer „Amerikanisierung" der Presse gesprochen zu werden pflegt — Eingang und Nachahmung gefunden ? Die Konkurrenz der Zeitungen in Württemberg ist weniger eine solche großer Blätter untereinander, als vielmehr einiger weniger großer gegen kleine und mittlere; das Lesen der Zeitung ist auch in Stuttgart noch vornehmlich Lektüre im Hause, die Zeitungen stützen sich ausschließlich auf das Abonnement, und der Straßenverkauf kommt nur in Stuttgart seit kurzem vor und spielt auch da eine ziemlich untergeordnete Rolle. Momente, die mitwirken, daß sich jene Tendenz zur Umformung der Architektur der Zeitungen nur bei zwei Zeitungen Stuttgarts, dem „Neuen Tagblatt" und der „Württemberger Zeitung" geltend gemacht hat, also großkapitalistischen Geschäftsunternehmungen mit vorwiegend städtischem Leserkreis und dem stärksten Expansions- und Wettbewerbsdrang, und auch hier mit einer gewissen Zurückhaltung. Bei beiden sind die üblichen Rubriken des politischen Teils („Deutsches Reich" und „Ausland") beseitigt und aufgelöst, nur die „Württembergische Politik" behielt ihren Platz. Gleichzeitig sind die Rubriken „Lokales", „Schwäbische

Chronik," „Sport," „Handelsteil" usw., dem größeren Stoff entsprechend, in zahlreiche selbständige Unterrubriken zerlegt, und auch für besondere Interessentenkreise, wie für die Frauen, die Jugend, die Nachbarorte etc. sind neue Rubriken geschaffen, um sie durch geschlosseneres und reicheres Material zu gewinnen. Es ist dagegen charakteristisch und für die Frage der Ausgestaltung des Zeitungsbildes immerhin lehrreich, daß der „Schwarzwälder Bote", der seine große Verbreitung vornehmlich in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Schichten der ländlichen Bevölkerung hat, an der überlieferten Aufmachung festhält, und auf die Wirkungen des modernen Zeitungsbildes vollständig verzichten zu können glaubt, und daß auch der „Schwäbische Merkur", der in den oberen Schichten der Beamtenschaft, des Handels und der Industrie verbreitet ist, an seiner traditionellen Ausgestaltung und der Beschränkung auf einige wenige Rubriken festhält.[1]) Auch Parteiblätter und das eine oder andere Provinzblatt greifen, wenn auch vereinzelt, zu den geschilderten Mitteln äußerer Wirksamkeit. Sehr weit in der Spezialisierung ihres Stoffes geht die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht", und sie hat gemäß den Interessen ihres Arbeiterleserkreises ihre Rubriken: „Wirtschaftliche Rundschau", „Soziale Rechtsprechung," „Arbeiterbewegung und Soziales," „Gewerkschaftliches," „Jugendbewegung," „Frauenbewegung," „Antialkoholbewegung" usw.

So ist im ganzen das äußere Bild der württembergischen Zeitungen von einem gewissen Konservativismus bestimmt, der zwar auf die äußeren Wirkungsmittel nicht völlig verzichtet, sie aber lediglich nach der Bedeutung der Ereignisse verwendet, und sich damit den Gewohnheiten eines Abonnentenpublikums anpaßt.

Die erwähnte starke Berücksichtigung bestimmter Interessen der Leser, die sich auch in der württembergischen Presse durchgesetzt hat, und die zeigt, wie die Tagespresse in ihrem Drang nach Universalität auch Gebiete der Zeitschriften zu besetzen sucht, führt über die Betrachtung der Aufmachung der Zeitungen hinaus bereits zur Untersuchung ihres Inhalts.

Eine solche Untersuchung würde, auch wenn wir von dem nicht meßbaren inneren Gehalt der einzelnen Artikel und Aufsätze ganz absehen, der ja für die Bewertung der Presse nicht weniger bestimmend ist, ihren vollen Wert nur erhalten einmal durch einen genügend langen Zeitraum, über den sich die Untersuchung zur Feststellung der Stoffzusammensetzung erstreckt, um so möglichst die Zufälligkeit und den Saisoncharakter der Geschehnisse auszuscheiden, sodann durch

[1]) Beispielsweise vereinigt er in seinem vermischten Teil auch künstlerische und wissenschaftliche Mitteilungen, Sportnotizen etc. mit Meldungen von Unglücksfällen, Verbrechen etc.

eine genügend große Zahl von untersuchten Zeitungen und endlich durch eine genügend weitgehende Spezialisierung, die den vielseitigen Inhalt unseres heutigen Lebens, den Reichtum seiner Interessen und die Verbreitung der Bildung in ihrem publizistischen Niederschlag erkennen ließe. Aber allen drei Aufgaben zu genügen, ist der Untersuchung eines einzelnen unmöglich. Die Untersuchung mußte sich daher damit begnügen, nur die Stoffzusammensetzung einiger Zeitungen festzustellen und die Gliederung dieser Untersuchung zu beschränken auf die hauptsächlichsten Rubriken. Dafür wurde dadurch, daß die Untersuchung sich über ein ganzes Jahr — 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 — erstreckte, erreicht, daß die so gewonnenen Zahlen, wie die Ergebnisse zeigen werden, den Anspruch erheben dürfen, für jede Zeitung annähernde Standardziffern zu sein.[1])

Untersucht wurden in erster Linie die Stuttgarter Zeitungen: — „Schwäbischer Merkur" — selbständiges, politisches Blatt — „Neues Tagblatt"[2]) und „Württemberger Zeitung"[2]) — zwei „nicht politische" Blätter — „Beobachter" (Fortschr. Volkspartei), „Deutsche Reichspost" (Konservativ)[2]), „Deutsches Volksblatt" (Zentrum) und „Schwäbische Tagwacht" (Soz.) — 4 Parteiblätter — und „Staatsanzeiger" — Regierungsblatt. — Dazu kommen noch das weitaus verbreitetste Provinzblatt, der „Schwarzwälder Bote", ein Blatt von liberaler Richtung, und da Württemberg selbst kein großes politisches und Handelsblatt („Weltblatt") besitzt, die „Frankfurter Zeitung", die durch ihre starke Verbreitung in Württemberg und ihre Berücksichtigung der württembergischen Verhältnisse der württembergischen Presse am nächsten steht. (Über die Charakteristik der einzelnen Typen vergl. S. 136 ff.) Es fehlen also Vertreter des mittleren und kleineren parteilosen Provinzblattes und der Provinzparteipresse. Immerhin stellen die Abonnenten der untersuchten neun Blätter einen sehr erheblichen Teil, nahezu ein Viertel der württembergischen Zeitungsabonnenten überhaupt, dar.

[1]) Eine nachträgliche Bestätigung gaben die Zahlen, die mir der Verlag der „Frankf. Zeitg." aus seiner Ausstellung auf der „Bugra" 1914 freundlichst zur Verfügung stellte, und die für das Jahr 1913 trotz der vollständigen Unabhängigkeit der beiderseitigen Untersuchungen die gleichen Ergebnisse zeigen, wie die von mir für 1911/12 festgestellten. (Vergl. Tabelle 28, S. 136.)

[2]) Nicht gemessen wurden die illustrierten Beiblätter des „Neuen Tagblatts" und der „Württemberger Zeitung", die besonders bezahlt werden müssen, dagegen das Unterhaltungsblatt der „Deutschen Reichspost", das zwar auch einen besonderen Zuschlag zum Abonnement kostet, aber sich eng dem Hauptblatt anschließt.

Gemessen wurde mit dem Zentimetermaß, die in den Tabellen mitgeteilten absoluten Zahlen sind also Zentimeter in der jeweiligen Spaltenbreite [1]) der Zeitungen. Stoklossa, dessen ähnliche Untersuchung in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jahrgang 1910, Heft 3 p. 555 ff., noch besprochen werden soll, hat nach Zeilen gezählt und die „Börse" und den Anzeigenteil, sowie größere feuilletonistische Abhandlungen mit dem Zeilenmesser nach Petitzeilen abgeschätzt, ein Verfahren, das, wegen der verschiedenen Spaltenbreite und Schriftgröße der Zeitungen, wie das obige, gleichfalls nicht völlig genaue Resultate liefert. Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich ferner lediglich auf den redaktionellen Teil, während Stoklossa auch dessen Verhältnis zum Anzeigenteil festgestellt hat.

Dieser redaktionelle Teil eines Jahres bildet ein Band — stets in der Breite einer Spalte — bei

Frankfurter Zeitung	in der Gesamtlänge von	1 041 939,2 cm = 10 419 m
Schwäb. Merkur	„ „ „ „	463 631,4 cm = 4 636 m
Neues Tagblatt	„ „ „ „	412 878,9 cm = 4 129 m [2])
Württ. Zeitung	„ „ „ „	386 462,4 cm = 3 865 m
Schwarzw. Bote	„ „ „ „	326 381,9 cm = 3 264 m
Schwäb. Tagwacht	„ „ „ „	257 811,7 cm = 2 578 m
Deutsches Volksbl.	„ „ „ „	188 595,3 cm = 1 886 m
Staatsanzeiger	„ „ „ „	177 646,9 cm = 1 776 m
Beobachter	„ „ „ „	175 388,1 cm = 1 754 m
Deutsche Reichspost	„ „ „ „	170 060,8 cm = 1 700 m

Durch Berücksichtigung der durchschnittlich auf eine Zeile kommenden Buchstaben läßt sich eine einheitliche Spaltenbreite gewinnen. Der dann annähernd vergleichbare redaktionelle Inhalt – auf 55 Buchstaben pro Zeile berechnet — beträgt bei

Frankfurter Zeitung	(55 Buchstaben pro Zeile)	10 419 m
Schwäb. Merkur	(55 „ „ „)	4 636 m
Neues Tagblatt	(51 „ „ „)	3 829 m
Württ. Zeitung	(44 „ „ „)	3 092 m
Schwarzwälder Bote	(45 „ „ „)	2 671 m
Schwäbische Tagwacht	(56 „ „ „)	2 625 m

[1]) Soweit sich in Beilagen, Kurstabellen, etc. eine andere Spaltenbreite fand („Schwabenspiegel" bei der Württemberger Zeitung, Unterhaltungsbeilage und „Gemeinnützige Blätter" beim "Schwarzwälder Bote"), wurde sie auf die übliche Spaltenbreite umgerechnet.

[2]) In seiner Jubiläumsnummer v. 13. Dezember 1913 teilt das „Neue Tagbl." mit, daß sein jährlicher Seitenumfang rund 7000 Seiten beträgt, davon 2600 für Text, 4400 für Inserate. Die Nummer vom 14. Dezember 1912 zählte allein 72 Seiten.

Deutsches Volksblatt	(55	Buchstaben	pro	Zeile)	1 886 m
Staatsanzeiger	(53	,,	,,	,,)	1 711 m
Deutsche Reichspost	(53	,,	,,	,,)	1 638 m
Beobachter	(45	,,	,,	,,)	1 435 m

Es tritt also eine Verschiebung insofern ein, als den kleinsten redaktionellen Teil der „Beobachter", nicht die „Deutsche Reichspost" (einschließlich des Unterhaltungsblattes) hat, und auch bei den übrigen Zeitungen ergeben sich ziemlich beträchtliche Unterschiede, so zeigt die „Schwäb. Tagwacht" annähernd den nämlichen redaktionellen Umfang wie der „Schwarzwälder Bote".

Ein Vergleich des Umfangs mit den Abonnementspreisen (einschl. des Postbezugsgeldes, bezw. Trägerlohns) ergibt

	Inhalt m	jährl. Abonn.-Preis M.
Frankfurter Zeitung	10 419	36,00
Schwäbischer Merkur	4 636	16,80
Neues Tagblatt	3 829	9,60
Württemberger Zeitung	3 092	7,20
Schwarzwälder Bote	2 671	8,00
Schwäbische Tagwacht	2 625	9,00
Deutsches Volksblatt	1 886	9,40
Staatsanzeiger	1 711	13,20
Deutsche Reichspost	1 638	9,80
Beobachter	1 435	11,20

Der Stoffumfang der Zeitungen differiert in den beiden Halbjahren (Tab. 24 a—k Anh.) bei den einzelnen Zeitungen nicht sehr erheblich; eine größere Differenz (ca. 9 %) findet sich nur beim „Schwäb. Merkur", veranlaßt zum größten Teil durch die Berichte über die Reichstagsverhandlungen. Erheblicher sind schon die Differenzen der einzelnen Vierteljahre (Tab. 23), und dabei zeigt sich, daß bei mehreren Zeitungen nicht die in der Politik, im Kunst- und Theaterleben etc.

Tabelle 23.

Vierteljahre	Frankf. Zeitung	Schwäb. Merkur	Neues Tagblatt	Württ. Zeitung	Schwarzwälder Bote
Juli bis September 1911 .	255 699,1	107 721,7	104 572,1	100 480,3	83 697,1
Oktober bis Dezember 1911	264 616,8	114 918,7	99 096,0	95 515,6	82 467,9
Januar bis März 1912 . . .	262 993,6	119 078,0	100 611,3	96 028,2	81 897,4
April bis Juni 1912	258 629,7	121 913,0	108 599,6	94 438,3	78 319,5

Vierteljahre	Schwäb. Tagwacht	Deutsch. Volksblatt	Beobachter	Deutsche Reichspost	Staatsanzeiger
Juli bis September 1911 .	62 129,6	48 395,0	45 397,2	43 789,0	46 369,0
Oktober bis Dezember 1911	65 054,0	45 749,3	42 453,8	42 171,8	42 301,2
Januar bis März 1912 . . .	67 687,1	47 822,0	44 167,5	41 934,9	41 029,8
April bis Juni 1912	62 941,0	46 629,0	43 369,6	42 165,1	47 946,9

lebhafte, sondern die stille Zeit, also besonders das Vierteljahr Juli bis September (die „saure Gurkenzeit"), den größeren redaktionellen Stoff bietet. Das ist bei dem „Neuen Tagblatt", der „Württemberger Zeitung", weniger bei dem „Schwarzwälder Boten", ferner bei dem „Staatsanzeiger" und noch abgeschwächter bei den Parteiblättern „Beobachter", „Deutsche Reichspost" und „Deutsches Volksblatt" der Fall. Die Ursache liegt, ausgenommen beim „Staatsanzeiger", in der Ausdehnung der Inserate. Bei den Inseratenblättern, zu denen die Gruppe der drei ersten Blätter gehört, wird die Größe des Inseratenteils auch bestimmend für den Umfang des redaktionellen. Es dehnt sich mit dem Andrang der Inserate der redaktionelle Teil nicht entsprechend aus, sondern wird trotz stärkeren Stoffandrangs reduziert, zumal da bei diesen Zeitungen mit hoher Auflage jede Vermehrung der Blätter einen sehr erheblichen Kostenaufwand verursacht (vergl. das Kapitel „Die geschäftlichen Grundlagen" etc.). Und ebenso halten die Parteiblätter, die ja nicht oder nur wenig rentabel sind, Ersparnisrücksichten bei wachsendem Inseratenteil von einer Vergrößerung des redaktionellen Stoffs durch Beiblätter ab. Beim „Staatsanzeiger", bei dem diese geschäftlichen Rücksichten zurücktreten können, ist der erheblich größere Umfang in den beiden Vierteljahren Juli-September und April-Juni vor allem verursacht durch die Berichte über die Verhandlungen des württembergischen Landtags, der in dieser Zeit tagte, und über den der „Staatsanzeiger" sehr ausführlich berichtet (s. u.). Ein gut fundiertes Parteiblatt, wie die „Schwäb. Tagwacht", größere und große politische Organe, wie „Schwäbischer Merkur" und „Frankfurter Zeitung", lassen sich in dem Umfang ihres redaktionellen Stoffs in erster Linie von der Fülle der Ereignisse bestimmen. Dies zahlenmäßige Ergebnis bestätigt übrigens auch, wie ausdehnungsfähig die heutige Zeitung ist, und wie ihr ein Stoffmangel auch in stillen Zeiten fremd ist, ihre Redaktionen vielmehr in den lebhaften Monaten unter dem doppelten Druck einer Steigerung des Stoffs und einer Verringerung des verfügbaren Raums stehen.

Noch deutlicher wird die größere oder geringere Abhängigkeit der einzelnen Zeitung vom Inseratengeschäft bei einem Vergleich des Stoffumfangs in den einzelnen Monaten, und bei den Zei-

tungen, bei denen diese Abhängigkeit am größten ist, haben die an Inseraten reichsten Monate — Dezember und Januar —, obwohl die Zeitungen da bis zur Bücherdicke anschwellen, den geringsten, die an Inseraten ärmeren Sommermonate in der Regel den größten redaktionellen Teil (vergl. Tafel 1 Anhang). Die größten Schwankungen des Stoffumfangs zeigen „Frankfurter Zeitung" und „Schwäbischer Merkur", die sich am stärksten von den politischen und speziell den parlamentarischen Ereignissen bestimmen lassen. Dabei sind Oktober, November, Februar-März (1912 fiel Ostern in den April), Mai, die „politischen Monate".

Wie verteilt sich dieser Stoff auf die einzelnen Gebiete?

Die bei dieser Untersuchung gewählte Einteilung schließt sich enge an die übliche Rubrizierung an. Dabei folgte jedoch die Einweisung der einzelnen Artikel und Nachrichten in die Rubriken selbstverständlich nicht genau den Zeitungen, die in der Zuteilung sehr erheblich differieren, und von denen die eine eine Mitteilung in den politischen, die andere die nämliche Meldung in den vermischten Teil stellt, ja ein Blatt eine Notiz heute im politischen und morgen im vermischten Teil bringt, sondern es geschah die Einweisung des Stoffs in die gewählten Rubriken nach eigenen, möglichst einheitlichen Gesichtspunkten. Allerdings sind auch da Schwankungen nicht ausgeschlossen, da die Grenzen vielfach ineinander übergehen.

Die einzelnen Rubriken sind:

Deutsche Politik: Politik im engeren Sinne, Parteipolitik, Wirtschafts-, Handels- und Sozialpolitik; ebenso

Auslandspolitik.

Lokaler Teil: enthaltend die Mitteilungen speziellen örtlichen Ursprungs und Interesses. Ausgeschieden wurden zum Beispiel jene allgemein belehrenden und gemeinnützigen Mitteilungen, wie sie sich nicht selten im lokalen Teil finden (vergl. darüber Seite 133, Anm. 2), und die dem kleinen Feuilleton etc. zugerechnet wurden.

Vermischte Nachrichten: bei den württembergischen Zeitungen wurde noch unterschieden zwischen württembergischen und außerwürttembergischen Nachrichten. Die Rubrik enthält die Meldungen von Unglücksfällen, Verbrechen u. a., dann auch Personalia, Berichte über Tagungen nichtwissenschaftlichen und nichtpolitischen Charakters, über kommunale Einrichtungen etc.

Daran schließen sich die Gerichtsberichte.

Das Feuilleton gliedert sich in: Romane, Novellen etc., enthaltend die Unterhaltungslektüre; Aufsätze belehrenden Inhalts, also größere Ausarbeitungen aus den Gebieten der Geschichte, Geographie, Technik, aber auch der Mode; Theater, Kunst etc.,

die die Tageschronik dieser Gebiete geistiger Kultur, also Besprechungen von Theater- und Konzertaufführungen, Berichte von wissenschaftlichen und künstlerischen Tagungen, Personalia aus der Gelehrten- und Künstlerwelt, Entdeckungen etc. umfaßt; endlich das kleine Feuilleton, das die feuilletonistischen Ausarbeitungen von Tagesbegebenheiten, kurze Schilderungen, gemeinnützige und sonstige belehrende Mitteilungen enthält. In „Miszellen" sind Rätsel, Humoristisches, Denksprüche, Gedichte untergebracht.

Die an sich wünschenswerte Differenzierung des Handelsteils durchzuführen, war nicht möglich, sie hätte auch bei dem bescheidenen Charakter des Handelsteils der württembergischen Zeitungen kaum bemerkenswerte Ergebnisse gehabt.[1]) Es wurde daher wenigstens durch die Unterscheidung in Räsonnement, in einen beurteilenden und kritischen Teil, und in einen bloß referierenden, berichtenden Teil der Charakter des Handelsteils der Zeitungen festzustellen versucht.

Die übrigen Rubriken zeigen den Inhalt schon durch ihren Titel.

Die Tabellen 24 (Anhang) u. 25 (S. 126 u. 127) enthalten die Verteilung des Stoffs sämtlicher Zeitungen in den beiden Halbjahren und im ganzen Jahr absolut und in Prozenten.[2])

Die Untersuchung ergab, daß nicht nur die täglichen, sondern auch die wöchentlichen Schwankungen bei allen Zeitungen und in allen Rubriken überaus stark sind. Stoklossas erwähnte Untersuchung des Stoffs von 30 Zeitungen erstreckt sich nur über eine Woche, die Zeit vom 23.—29. August 1909: „eine Zeit, in welcher während der sogenannten Hundstage die politischen Streitigkeiten aufgehört hatten und nicht mehr als den normalen Raum in Anspruch nahmen." Abgesehen davon, daß es sich in der stillen Zeit nicht um „normale" Verhältnisse, sondern um gerade so anomale, wie in der bewegtesten Zeit, handelt, und daß in jener Zeit durch den geringeren Umfang des Inseratenteils der verfügbare redaktionelle Raum wesentlich größer ist, als in normalen oder bewegten Zeiten, was auf die Verteilung des Stoffes zu Gunsten des „Vermischten", des „kleinen Feuilletons", einwirkt, so zeigten die Ergebnisse des Stoffs der einzelnen Wochen noch so starke Schwankungen und Gegensätze, daß allgemeine Schlüsse auf die Stoffverteilung der Zeitungen überhaupt, noch weniger der einzelnen Zeitungen gezogen werden dürfen. Unter den von Stoklossa

---

[1]) Vergl. die weitgehend differenzierte Darstellung des Handelsteils der „Frankfurter Zeitung" auf S. 135.

[2]) Von dem Abdruck der Tabellen für die Wochen, Monate und Vierteljahre mußte wegen ihres starken Umfangs abgesehen werden. Einen Ersatz für die Monatstabellen bieten die Tafeln 1—5.

untersuchten Zeitungen ist z. B. auch die „Frankfurter Zeitung". Er findet bei ihr für die innere Politik insgesamt 10,93 %, für die äußere Politik 8,35 %, für den Handelsteil 25,27 % der gesamten Zeitung (einschließlich des Anzeigenteils), das ergibt für diese drei Rubriken in Prozenten des redaktionellen Teils umgerechnet: 16,68 %, 12,74 % und 38,53 %. Bei einem Vergleich dieses Resultats mit dem von mir gefundenen Umfang der nämlichen Rubriken sogar in ungefähr derselben Zeit (20. bis 26. August) ergaben sich die Zahlen 18,23 %, 9,89 % und 40,91 %. Sie weichen also nicht unerheblich von den Zahlen Stoklossas ab, und in andern Wochen sind die Differenzen noch erheblich größer.

Wie ungemein variabel in Wirklichkeit der Zeitungsstoff sich verteilt, wie die Ereignisse ihn auch noch auf einen längeren Zeitraum anders zusammensetzen und formen, das zeigt sich an den Ergebnissen der einzelnen Monate. Besonders der politische Stoff ist in seiner Quantität von Monat zu Monat den größten Schwankungen unterworfen. In der deutschen Politik ist, wie die (Tafel 2 Anh.) veranschaulicht, natürlich vor allem die Tagung des Reichstags für den Umfang bestimmend. Die drei Höhenpunkte der Kurven, die mehr oder weniger bei sämtlichen Blättern wiederkehren (November, Februar-März, Mai), sind die Hauptsessionsmonate des Reichstags, während der April der Osterferien wegen zurücktritt. Bei der „Frankfurter Zeitung" beansprucht allein der Reichstag in den genannten Monaten $^1/_5$ bis fast $^1/_4$ des gesamten Stoffs der deutschen Politik (22, 20,3, 23 %). Dazu kommen noch die Verhandlungsberichte aus dem preußischen Landtag und den übrigen einzelstaatlichen Landtagen, sodaß diese ganze parlamentarische Berichterstattung im März 45,22 % und im Mai sogar 48,33 %, also nahezu die Hälfte des Stoffs der deutschen Politik einnimmt. Ebenso sind es beim „Schwäbischen Merkur", auch wenn wir bloß den deutschen Reichstag und den badischen Landtag berücksichtigen — das Blatt bringt nämlich, wenn auch nicht mit der gleichen Regelmäßigkeit, Berichte über den preußischen, bayerischen etc. Landtag — immerhin noch 36,39 % und 38,42 % des Stoffs der deutschen Politik. Und ähnlich liegen die Verhältnisse bei den übrigen Blättern, z. B. im Mai: „Neues Tagblatt" 34,5 %, „Württemberger Zeitung" bis 46,6 %, „Schwarzwälder Bote" fast 42 %, „Schwäbische Tagwacht" 35 % (März sogar über 39 %), „Beobachter" 37 %, „Deutsches Volksblatt" etwa 29 %, „Deutsche Reichspost" über 22 %. Außerdem liefern die parlamentarischen Verhandlungen auch über ihre Sitzungsberichte hinaus politischen Stoff durch Besprechung neuer Gesetzentwürfe (im März z. B. Veröffentlichung der Steuer- und der Wehrvorlage), durch parteipolitische und andere Erörterungen. Unter diesem starken Einfluß der Parlaments-

berichte werden andere Ereignisse, sogar die Reichstagswahlen (Januar 1912), in der Kurve weniger deutlich, sie äußern sich (außer beim „Deutschen Volksblatt") nur in einem relativ bescheidenen Ansteigen der Kurve, auch bei der „Frankfurter Zeitung". (Bei den württembergischen Blättern ist der Wahlkampf, soweit er sich auf württembergischem Boden abspielte, in der württembergischen Politik berücksichtigt.)

Neben dem Einfluß der Parlamente auf die Gestaltung des Zeitungsstoffs sind es bei den Parteiblättern die Tagungen der Parteien, die den politischen Stoff in einer bestimmten Zeit steigern. Beim „Deutschen Volksblatt" (Zentrum) macht sich im August der Mainzer Katholikentag, der am 6. August begann, bei der „Schwäbischen Tagwacht" der Jenaer Parteitag (10. Sept.) stark geltend, und auch die übrigen Blätter werden durch diese über eine Woche sich ausdehnenden Tagungen beeinflußt. Dazu kommt der Marokkokonflikt zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich von Juli bis September, der gleichfalls gerade in den Sommermonaten des Jahres 1911 die Spalten der Zeitungen füllte.

Dieser Marokkostreit ist von Einfluß auch auf den Umfang der Politik des Auslands (Tafel 3 Anh.) in diesen sonst stillen Monaten, die daher meist höhere Zahlen aufweisen als die Monate März-April etc. Nach ihm setzt (26.—27. September: Ultimatum Italiens an die Türkei wegen Tripolis) der italienisch-türkische Krieg ein, der sich noch weit stärker in einem Emporschnellen im Oktober und dann allmählichen Sinken der Zahlen äußert, ein Sinken, das in seiner Konstanz ein Bild dieses Krieges ohne große entscheidende Kämpfe gibt. Im Juni zeigt sich durchgehend ein nicht unbeträchtliches Anwachsen der Auslandspolitik, eine Folge verschiedener Ereignisse: der Niederringung der Opposition gegen die Wehrvorlage im ungarischen Abgeordnetenhaus, des Attentats des Abg. Kovas auf Graf Tisza, Militärbewegung zum Sturze des jungtürkischen Regimes, Nominierung der Präsidentschaftskandidaten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika etc. Wenn sich auch die einzelnen Zeitungen in der Berücksichtigung der Auslandspolitik recht verschieden verhalten, worüber noch weiter unten ein Wort zu sagen ist, so wiederholt sich doch auch hier mit einigen Abweichungen ein ganz ähnlicher Verlauf der Quantitätsschwankungen.

Eine gesonderte Betrachtung mußte die württembergische Politik (Tafel 4 Anh.) finden. Die württembergische Presse, wenigstens soweit sie sich selbständig politisch betätigt, scheidet diese (wie übrigens auch die vermischten Nachrichten) fast durchgehends schon äußerlich aus der des übrigen deutschen Reichs aus. Sie widmet ihr einen Raum, der bei einigen Blättern den der allgemeinen deutschen Politik

oft sehr beträchtlich überschreitet. Diese eingehende und lebhafte Beschäftigung mit den innerwürttembergischen politischen Fragen, ihre häufige Verselbständigung im Ganzen der Zeitung ist der bewahrte publizistische Niederschlag der besondern politischen Entwicklung Württembergs, in dem schon sehr früh die modernen Verfassungskämpfe einsetzten, und von da an der öffentliche Geist, wenn auch periodisch gewaltsam unterdrückt, besonders lebendig blieb. In dem Kapitel „Die Parteien und die Presse" wurde darauf hingewiesen, daß die politischen Parteien des Landes sich an den innerwürttembergischen Fragen orientierten und entweder selbständig von den Parteien des Reichs blieben oder doch wenigstens diese Selbständigkeit betonten. Die Deutsche Volkspartei hatte ihren Ursprung und ihre Hauptverbreitung in Württemberg. Die Nationalliberale Partei in Württemberg, die auch aus württembergischen politischen Kämpfen hervorgegangen ist, betonte durch ihren besonderen Namen „Deutsche Partei" bis in den letzten Jahren ihre besondere Stellung. Das württembergische Zentrum hat sich relativ spät selbständig konstituiert. Diese ausgeprägte politische Eigenentwicklung Württembergs mußte und muß sich in der Presse des Landes, besonders aber der Parteipresse ausdrücken. Beim „Beobachter" machte z. B. im Juli 1911 und im Juni 1912 der württembergische Teil über 46, bezw. fast 39 % des gesamten Stoffes der Zeitungen aus, beim „Deutschen Volksblatt" über 30 und 32 %, bei der „Schwäbischen Tagwacht" über 26 und über 25 % (Januar 29,6 %), beim „Schwäbischen Merkur" über 19 und 15 % aus. Aber auch bei den parteilosen Blättern ist der Anteil der württembergischen Politik sehr beträchtlich: Beim „Neuen Tagblatt" zirka 10 und fast 9 %, bei der „Württemberger Zeitung" über 10 %, beim „Schwarzwälder Bote" 15 und 11 %. Beim „Staatsanzeiger" beanspruchte sogar der württembergische politische Stoff im Juli 1911 über 58 und Juni 1912 über 40 %, infolge der ausführlichen Berichte über die Landtagsverhandlungen. In einem kleineren Lande, wie Württemberg, ist die Volksvertretung weit stärker als in einem großen der Mittelpunkt, von dem das politische Leben ausgeht und auf den es hinstrebt. Mit dem Beginn der Landtagstätigkeit belebt und erweitert sich die politische Erörterung, die über tägliche parteipolitische Preßpolemik hinausgeht. Die Parteiblätter, die diese pflegen, haben daher allerdings auch in der parlamentslosen Zeit (September bis März) einen nicht unerheblichen württembergischen Teil, „Beobachter" z. B. von 17 bis 38 % des gesamten Stoffes, „Schwäb. Tagwacht" von 14 bis über 29 %, „Deutsches Volksblatt" von 9 bis 22,6 %. Dagegen zeigen die übrigen Blätter mit der parlamentarischen Stille sehr stark gefallene Zahlen: „Schwarzw. Bote" bis zu 3,6, „N. Tagbl." bis zu 3,3, „Württ. Zeitung" sogar bis zu 2,9 %. Auch beim „Schwäb.

Merkur", der mit parteipolemischen Auseinandersetzungen zurückhält, sinkt die württembergische Politik bis auf 5 %. Es muß sich also die Parlamentstagung in den Kurven der württembergischen Politik sehr stark geltend machen. Wir sehen bei sämtlichen Zeitungen auch einen hohen Stand im Juli, dann ein Sinken vom August ab (Schluß des Landtags 12. August), im Dezember und Januar erheben sich der Reichstagswahl wegen die Kurven (außer beim „Staatsanzeiger", der natürlich vom Wahlkampf wenig berührt wurde, und zum Teil beim „Schwarzwälder Boten"), und sie fallen in den nächsten Monaten, bis der Zusammentritt des Landtags (16./17. April) sie wieder hebt. Die Landtagsberichterstattung nimmt im Juni 1912 bei „Beobachter" 57, „Neues Tagblatt" 61, „Schwäb. Merkur" und „Schwarzwälder Bote" 63, „Deutsches Volksblatt" über 65, „Württemberger Zeitung" 66, „Deutsche Reichspost" sogar 78,5 % der württembergischen Politik (vom „Staatsanzeiger" mit über 93 % ganz abgesehen) ein.

Die Schwankungen des politischen Stoffs werden bestimmend für den Raum, der den übrigen Zeitungsgebieten zur Verfügung steht. Es wurde darauf hingewiesen, wie die meisten Unternehmungen aus geschäftlichen Gründen trotz Steigerung des Stoffs, und zwar vornehmlich des politischen Stoffes, den Umfang ihres redaktionellen Teils in bestimmten Grenzen zu halten suchen. Wenn zu dem durch Inserate verringerten redaktionellen Raum ein Anwachsen des politischen Stoffs tritt, so muß in erster Linie der vermischte Teil, dann auch das Feuilleton die Kosten tragen. Der vermischte Teil (Tafel 5 Anh.) ist daher ganz regelmäßig im August und September beträchtlich größer als in den übrigen Monaten, und er steigt nur im April zu einer ähnlichen Höhe, also in dem Monat, in dem der Untergang der Titanic (14./15. April) alle anderen Ereignisse, auch den politischen Stoff, zurückdrängte, der übrigens auch wegen des Osterfestes — der Reichstag war nur 14 Tage versammelt — an politischen Ereignissen gegen die vorhergehenden und nachfolgenden Monaten arm war. So ist die Rubrik „Vermischtes" in erster Linie der Teil, der die Schwankungen des politischen Stoffs im Rahmen der Zeitung regulieren muß. In Unkenntnis dieser Tatsache hat Stoklossa auf Grund seiner Untersuchung gemeint: „Der recht hohe Prozentsatz der Abteilung ‚Verbrechen, Unfälle und Skandale' gibt zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß." Den Grund zu diesem Urteil, das zudem gegen durchweg große und angesehene Organe gefällt wird, gab die Feststellung, daß im Durchschnitt sämtlicher Zeitungen 4,81 % des gesamten Stoffs (einschließlich Anzeigenteil) oder 7,28 % des redaktionellen Teils auf diese Rubrik fallen.[1]) Das wäre allerdings ein relativ hoher Prozent-

[1]) Ein Vergleich der Zahlen Stoklossas mit meinen ist nicht möglich,

satz. Aber er ist sicherlich zu hoch und stellt keinen Normalfall dar. Dafür ist ein Beweis, daß bei sämtlichen von mir untersuchten Zeitungen die Rubrik „Vermischte Nachrichten" gerade im August ihren Höhepunkt hat oder ihm nahe kommt:

	August %	Monat m. d. niederst. Zahl %
Frankfurter Zeitung	5,90	2,74 (März)
Schwäbischer Merkur	8,63	4,48 (November)
Neues Tagblatt	5,12	2,89 (November)
Württ. Zeitung	5,65	3,55 (März)
Schwarzw. Bote	7,28	4,66 (Dezember)
Schwäb. Tagwacht	4,80	1,74 (März)
Deutsch. Volksblatt	5,29	1,96 (Dezember)
Beobachter	4,26	1,70 (November)
Deutsche Reichspost	9,65	4,52 (Dezember)
Staatsanzeiger	3,73	1,45 (März).

Wenn auch diese Zahlen keine Schlüsse auf den Raum, den die einzelnen Zeitungen Verbrechen, Unglücksfällen etc. einräumen, gestatten, da die Berücksichtigung der übrigen vermischten Nachrichten bei ihnen sehr verschieden ist, so ist ihnen doch mit Sicherheit zu entnehmen, daß sich in den Sommermonaten diese Rubrik um das Doppelte ausdehnt, also in der übrigen Zeit des Jahres einen relativ geringen Raum einnimmt. „Zu ernsten Besorgnissen" gibt, da man aus diesem Ergebnis von der württembergischen auf die deutschen Zeitungen überhaupt wohl schließen darf, die deutsche Presse in dieser Beziehung kaum einen Grund.

Ähnlich pessimistisch ist das Urteil Stoklossas über die starke Berücksichtigung des Sports. Dieser spielt überhaupt keine Rolle bei den Parteiblättern (das wenige, was sich bei ihnen findet, bezieht sich großenteils auf die im Vordergrund des Interesses stehende Luftschiffahrt), eine mäßige bei den politischen Blättern, und stark vertreten ist er nur bei den großstädtischen Lokalblättern. Aber auch bei diesen sind es naturgemäß die Frühjahrs- und Sommermonate, die den größten Sportteil aufweisen: „Neues Tagblatt" September 10,5, April 11,64, dagegen Dezember 5,58, November 5,6 %; „Württemberger Zeitung" September 10,62, Juni 9,04, dagegen November 5,67, Dezember 5,72. Wenn also Stoklossa im August für den Sport 3,93 % des redaktionellen Teils findet, so ist diese Zahl für den Normalstand nicht unbeträchtlich zu hoch. Wie wenig seine Zahlen zu allgemeinen

da meine Rubrik „Vermischtes" auch Personalia etc. enthält, auf der andern Seite umfaßt die Rubrik Stoklossas auch die Gerichtsberichte.

Schlüssen geeignet sind, zeigt ein Vergleich der beiderseitigen Zahlen der „Frankfurter Zeitung". Bei dieser erhielt Stoklossa 8,08 %, während nach meinen Feststellungen der Sportteil eines Monats niemals 2 % des redaktionellen Raums überschritten hat. Dieser große Unterschied erklärt sich daraus, daß in die Woche 23.—29. August 1909, die Stoklossa untersuchte, eine Reihe besonderer sportlicher Ereignisse fiel, die zudem für Frankfurt ein spezielles Interesse hatten und deshalb zum Teil in ausführlichen Spezialberichten behandelt wurden: die Badener Rennwoche, die aviatische Woche zu Reims, die erste Fahrt eines Zeppelins nach Berlin, Homburger Lawntenniswettspiel, Automobil-Rennen in Frankfurt, und es war das Jahr der „Ila" (internationale Luftschiffahrtsausstellung) in Frankfurt. Diese Häufung hervorragendster sportlicher Ereignisse in einer Woche mußte, unberücksichtigt, zu einer unrichtigen Verallgemeinerung durch Stoklossa führen.

Der Sport ist eine Saisonrubrik, und das nämliche gilt bis zu einem gewissen Grad für die Rubrik „Theater, Kunst, Wissenschaft und Literatur". Auch das übersieht Stoklossa, wenn er von der „Aschenbrödel-Wissenschaft" spricht und sagt, daß künstlerische und nützliche Mitteilungen am Ende der langen Reihe kommen. Stoklossa findet für „Wissenschaft, Theater etc." 5,78 % des gesamten und 8,82 % des redaktionellen Teils. Nach meinen Untersuchungen schwankt die Rubrik (allerdings ohne die wissenschaftlichen Abhandlungen) folgendermaßen:

	Untere Grenze %	Obere Grenze %
Frankfurter Zeitung	3,45 (Juli)	5,26 (April)
Schwäb. Merkur	4,09 (Juli)	7,44 (Oktober)
Neues Tagblatt	4,82 (Juli)	6,86 (Februar)
Württ. Zeitung	4,51 (Juli)	6,25 (November)
Schwarzw. Bote	1,77 (Juli)	2,78 (Juni)
Schwäb. Tagwacht	1,55 (August)	4,94 (November)
Deutsches Volksblatt	3,80 (Juli)	8,02 (Oktober)
Beobachter	2,33 (August)	8,53 (November)
Deutsche Reichspost	0,92 (Juli)	4,99 (Dezember)
Staatsanzeiger	2,17 (Juli)	8,07 (Januar).

Es sind also der Juli und auch der August die Monate, in denen diese Rubrik den geringsten Raum beansprucht, und es darf daher als sicher gelten, daß auch bei ihr das Urteil Stoklossas stark modifiziert werden muß.

Die übrigen größeren Rubriken des Feuilletons: Romane, Aufsätze, und kleines Feuilleton sind von Ereignissen, die an eine bestimmte Zeit gebunden sind, kaum abhängig. Das kleine Feuilleton

wird sich, je nachdem ihm ein fester Platz (Frankfurter Zeitung, Neues Tagblatt) zugewiesen ist, oder es mehr oder weniger gelegentlich erscheint, je nachdem es im Hauptblatt oder mit dem Roman etc. in einer Beilage steht, je nachdem es seinen Platz mit andern Rubriken, z. B. mit Theater, Kunst, Wissenschaft teilt, dennoch, auch abgesehen von den Einwirkungen des politischen Stoffs, in seinem Umfang verändern, und so steigen und fallen die Zahlen hier sehr unregelmäßig. Die Unterhaltungsliteratur hat jetzt ihren festen Platz in den Zeitungen (mit Ausnahme des „Staatsanzeigers"), ihre Schwankungen hängen gleichfalls von ihrer Stellung im Gesamtplan der Zeitungen, ob sie sich im Hauptblatt oder in einer Beilage findet, und im ersten Fall zum Teil von dem Umfang des politischen Stoffs ab, sodaß sie in den Sommermonaten mehr Raum erhalten kann. Auch im Dezember zeigt sie durch Weihnachtserzählungen u. a. eine Steigerung. Ebenso sind bei der belehrenden Literatur die Schwankungen von Zeitung zu Zeitung, von Monat zu Monat aus ähnlichen Gründen verschieden.

Die kleineren Rubriken „Gerichtsberichte" und „Bücherbesprechungen" beanspruchen der Gerichtsferien, bezw. der Bücherproduktion vor Weihnachten wegen in den Sommermonaten einen geringeren Raum als in dem übrigen Teil des Jahres.[1])

Geringer sind die Schwankungen beim lokalen Teil, wenn auch hier das rege Vereins- und Versammlungswesen in den Monaten Oktober bis März sich geltend macht. Aber die Blätter, die auf die Pflege des lokalen Teils überhaupt Gewicht legen, suchen ihn wegen seines unmittelbaren und verbreiteten Interesses auch in der stillen Zeit zu bereichern, und zudem gestattet dann der größere, zur Verfügung stehende Raum eine weniger strenge Sichtung. Auch die württembergische Chronik, die über die Begebenheiten aus dem Lande berichtet, schwankt aus ähnlichen Gründen weniger stark, wenn auch hier immerhin bis zu einem gewissen Grade das über den allgemeinen vermischten Teil Gesagte gilt.

Der Handelsteil weist relativ die geringsten Schwankungen auf, der ihm zugewiesene Raum ist in den Sommermonaten kaum kleiner als in den Wintermonaten, eine Verringerung zeigt sich regelmäßig im April (Ostern).

Auch die Untersuchung der Stoffverteilung in den Vierteljahren gestattet noch keine befriedigenden Schlüsse: Es schwankt nämlich — die Differenz ist in Klammern angegeben — der Raum z. B. bei:

[1]) Erwähnt sei, daß nach der Ausstellung der „Frankf. Zeitg." auf der „Bugra" bei dieser Zeitung Bücher eingingen: 1875: 682, 1895: 2280, 1913: 5290; besprochen wurden: 175, bezw. 473, bezw. 1129.

	Frankfurter Zeitung	Schwäbischer Merkur
Deutsche Politik	16,25—19,96 (3,71)	16,07—23,92 (7,85)
Württemb. Politik	— — —	7,09—13,03 (5,94)
Auslands-Politik	10,88—14,52 (3,64)	10,20—15,10 (4,90)
Vermischtes	3,17— 5,48 (2,31)	4,61— 7,40 (2,79)

	Neues Tagblatt	Württ. Zeitung
Deutsche Politik	10,05—14,55 (4,50)	7,98—12,15 (4,17)
Württemb. Politik	5,45— 8,58 (3,13)	4,46— 9,10 (4,64)
Auslands-Politik	5,54—10,22 (4,68)	3,99— 8,35 (4,36)
Vermischtes	3,04— 5,12 (2,08)	4,08— 5,71 (1,63)

	Schwarzwälder Bote
Deutsche Politik	12,36—16,38 (4,02)
Württemb. Politik	5,80—10,32 (4,52)
Auslands-Politik	10,09—14,84 (4,75)
Vermischtes	4,92— 7,32 (2,40)

Dagegen werden die Differenzen schon erheblich geringer, wenn wir die beiden Halbjahre (vergl. Tabellen 24 a—k Anhang) einander gegenüberstellen. Die Schwankungen sind dann folgende:

	Frankfurter Zeitung	Schwäbischer Merkur
Deutsche Politik	16,69—19,23 (2,54)	18,03—22,75 (4,72)
Württemb. Politik	— — —	9,78—10,73 (0,95)
Auslands-Politik	10,78—12,73 (1,95)	11,40—13,07 (1,67)
Vermischtes	3,70— 4,52 (0,82)	5,21— 6,23 (1,02)

	Neues Tagblatt	Württ. Zeitung
Deutsche Politik	10,41—12,33 (1,92)	8,10—10,08 (1,98)
Württemb. Politik	6,30— 7,77 (1,47)	5,66— 7,11 (1,45)
Auslands-Politik	5,86— 8,41 (2,55)	4,44— 6,88 (2,44)
Vermischtes	3,79— 4,12 (0,33)	4,60— 4,99 (0,39)

	Schwarzwälder Bote
Deutsche Politik	13,65—15,89 (2,24)
Württemb. Politik	7,70— 8,31 (0,61)
Auslands-Politik	11,30—12,45 (1,15)
Vermischtes	6,02— 6,13 (0,11)

Und die Differenzen verschwinden fast bei allen Zeitungen nahezu vollständig, wenn wir die Rubriken in die Hauptressorts des Zeitungswesens: Politik, Lokales und Vermischtes, Feuilleton, Handel zusammenfassen. Die Differenzen betragen dann noch (siehe p. 128):

Tabelle 25a (absolut in cm).

	Frankfurter Zeitung	Schwäb. Merkur	Staatsanzeiger	Neues Tagblatt	Württ. Zeitung	Schwarzwälder Bote	Schwäb. Tagwacht	Deutsch. Volksblatt	Beobachter	Deutsche Reichspost
Deutsche Politik	187 129,9	94 970,5	26 635,3	46 990,6	35 080,5	48 136,6	57 288,5	47 968,6	44 089,6	34 122,6
Württemb. Politik		47 634,3	38 546,7	29 071,7	24 620,2	26 103,9	52 283,3	37 479,8	53 235,7	18 141,7
Politik des Auslands . .	122 467,1	56 562,3	25 123,3	29 381,7	21 933,1	38 786,8	17 621,4	13 556,4	14 328,8	12 316,6
Gesamter polit. Teil .	309 597,0	119 167,1	90 305,3	105 444,0	81 633,8	113 027,3	127 193,2	99 004,8	111 654,1	64 580,9
Lokaler Teil	31 778,9	35 840,9	15 467,5	63 403,2	63 115,9	3 982,3	34 798,7	12 830,0	14 857,4	10 247,1
Verm Nachr. a. Württ. .		22 983,0	8 938,2	13 313,7	21 761,6	28 471,6	18 113,6	10 251,1	4 870,2	5 729,3
Verm. Nachr. a. d. Reich u. Ausland	42 777,4	26 446,7	5 436,2	16 327,3	18 534,9	19 823,4	7 069,2	6 875,1	5 129,8	11 000,7
Gerichtsberichte	15 738,2	5 391,8	1 974,2	5 158,9	7 458,2	6 465,2	7 175,7	985,7	1 358,5	645,1
Gesamt. vermischt. Teil	90 294,5	90 662,4	31 816,1	98 203,1	110 870,6	58 742,5	67 157,2	30 941,9	26 215,9	27 622,2
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen . .	21 118,7	20 270,5	—	27 277,2	33 012,3	29 341,6	24 841,5	11 970,5	16 295,1	19 870,4
Kleines Feuilleton . . .	27 219,7	3 998,6	468,2	14 060,1	12 964,2	20 319,0	5 124,1	3 381,5	1 011,0	4 168,8
Aufsätze belehr. Inhalts	73 867,5	20 164,0	11 722,4	20 666,4	33 803,0	43 707,3	13 857,2	11 394,1	3 861,5	28 454,8
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur . . .	46 129,2	27 636,9	9 786,5	25 584,8	20 617,3	6 400,8	8 695,8	10 710,0	9 637,4	5 116,4
Miszellen	64,9	—	17,1	3 996,4	3 550,4	4 136,7	1 354,5	19,0	42,8	1 291,1
Gesamtes Feuilleton .	168 400,0	72 070,0	21 994,2	91 584,9	103 947,2	103 905,4	53 873,1	37 475,1	30 847,8	58 901,5
Sport u. Schach	14 116,7	8 159,0	1 717,6	29 368,8	28 138,9	4 498,1	1 813,1	1 382,0	625,5	857,4
Briefkasten	275,3	—	—	7 108,0	2 836,5	2 117,3	1 946,2	3,2	33,1	24,7
Bücherbesprechungen .	24 252,3	6 770,1	4 214,1	4 068,8	3 689,0	3 055,1	2 213,7	7 293,9	1 753,8	1 472,8
Handelsräsonnement . .	78 512,4	5 235,2	749,7	6 625,0	3 873,0	791,1	37,5	749,6	129,3	585,4
Handelsnachrichten . . .	342 001,7	69 175,9	4 308,0	59 270,2	42 988,5	33 654,1	1 268,3	2 887,8	2 759,6	10 731,5
Gesamter Handelsteil	420 514,1	74 411,1	5 057,7	65 895,2	46 861,5	34 445,2	1 305,8	3 637,4	2 888,9	11 316,9
Tagesübersicht	—	—	—	2 017,7	1 903,9	—	2 305,3	4 793,9	1 248,9	2 188,0
Wetternachrichten . . .	10 783,5	6 562,6	3 233,6	4 270,2	1 278,3	2 414,8	—	725,0	—	498,9
Bäder u. Sommerfrischen	3 210,0	290,4	106,5	676,5	1 950,3	88,9	4,1	65,7	120,1	195,6
Amtliche Nachrichten .	495,8	5 538,7	19 201,8	4 241,7	3 352,4	4 087,3	—	3 272,4	—	2 401,9
Gesamter redakt. Teil	1041 939,2	463 631,4	177 646,9	412 878,9	386 462,4	326 381,9	257 811,7	188 595,3	175 388,1	170 060,8

Tabelle 25b (relativ in Prozenten).

	Frankfurter Zeitung	Schwäb. Merkur	Staatsanzeiger	Neues Tagblatt	Württ. Zeitung	Schwarzwälder Bote	Schwäb. Tagwacht	Deutsch. Volksblatt	Beobachter	Deutsche Reichspost
Deutsche Politik	17,95	20,48	14,99	11,38	9,07	14,75	22,22	25,43	25,14	20,06
Württemb. Politik		10,31	21,70	7,04	6,38	8,00	20,28	19,87	30,35	10,67
Politik des Auslands	11,75	12,20	14,14	7,11	5,67	11,88	6,84	7,19	8,17	7,24
Gesamter polit. Teil	29,70	42,99	50,83	25,53	21,12	34,63	49,34	52,49	63,66	37,97
Lokaler Teil	3,05	7,73	8,71	15,36	16,33	1,22	13,50	6,80	8,47	6,03
Verm. Nachr. a. Württ.	4,10	4,95	5,03	3,22	5,64	8,72	7,03	5,44	2,77	3,37
Verm. Nachr. a. d. Reich u. dem Ausland		5,70	3,06	3,95	4,80	1,98	2,74	3,65	2,92	6,47
Gerichtsberichte	1,51	1,16	1,11	1,25	1,93	6,07	2,78	0,52	0,77	0,38
Gesamt. vermischt. Teil	8,66	19,54	17,91	23,78	28,70	17,99	26,05	16,41	14,93	16,25
Romane, Erzählungen, Novellen u. Skizzen	2,03	4,37	—	6,62	8,54	8,99	9,64	6,35	9,29	11,69
Kleines Feuilleton	2,61	0,86	0,26	3,41	3,36	6,22	1,99	1,79	0,58	2,45
Aufsätze belehr. Inhalts	7,09	4,35	6,60	5,00	8,75	13,39	5,37	6,04	2,20	16,73
Theater, Kunst, Wissenschaft u. Literatur	4,43	5,96	5,51	6,19	5,33	1,96	3,37	5,68	5,49	3,01
Miszellen (Rätsel etc.)	0,01	—	0,01	0,97	0,92	1,27	0,53	0,01	0,02	0,76
Gesamtes Feuilleton	16,17	15,54	12,38	22,19	26,90	31,83	20,90	19,87	17,58	34,64
Sport u. Schach	1,35	1,76	0,97	7,11	7,28	1,38	0,70	0,73	0,36	0,50
Briefkasten	0,03	—	0,00	1,72	0,73	0,65	0,76	0,00	0,02	0,01
Bücherbesprechungen	2,33	1,46	2,37	0,99	0,96	0,94	0,86	3,87	1,00	0,87
Handelsräsonnement	7,54	1,13	0,42	1,61	1,00	0,25	0,01	0,40	0,07	0,34
Handelsnachrichten	32,82	14,92	2,43	14,36	11,12	10,31	0,49	1,53	1,59	6,31
Gesamter Handelsteil	40,36	16,05	2,85	15,97	12,12	10,56	0,50	1,93	1,66	6,65
Tagesübersicht	—	—	—	0,49	0,49	—	0,89	2,54	0,72	1,29
Wetternachrichten	1,04	1,41	1,82	1,03	0,33	0,74	—	0,38	—	0,29
Bäder u. Sommerfrischen	0,31	0,06	0,06	0,16	0,50	0,03	0,00	0,04	0,07	0,12
Amtliche Nachrichten	0,05	1,19	10,81	1,03	0,87	1,25	—	1,74	—	1,41
Gesamter redakt. Teil	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

	Frankfurter Zeitg.	Schwäb. Merkur	Neues Tagbl.
Politik	0,59	4,00	0,84
Lokales u. Vermischtes	0,42	1,20	0,10
Feuilleton	0,72	1,59	0,20
Handel	0,96	1,95	0,82

	Württ. Zeitung	Schwarzw. Bote	Schw. Tagw.
Politik	0,99	1,70	2,69
Lokales u. Vermischtes	0,80	0,38	0,80
Feuilleton	1,45	1,43	1,80
Handel	0,90	1,01	0,44

	D. Volksbl.	Beob.	D. Reichsp.	Staatsanz.
Politik	1,69	4,31	2,29	0,33
Lokales u. Vermischtes	0,59	0,19	0,65	0,52
Feuilleton	0,83	2,38	0,72	2,01
Handel	0,51	0,57	0,66	0,06

Da die vereinzelten einigermaßen erheblicheren Differenzen in der Hauptsache veranlaßt sind durch die größere Ausdehnung der Parlamentsberichte im ersten Halbjahr 1912, hier aber im ganzen bei beiden Halbjahren zusammen wohl ein Ausgleich eintritt, so dürfen die für das g a n z e J a h r (Tabellen 25 a und b, p. 126 u. 127) gewonnenen Zahlen, zumal für die Hauptressorts, als die von den Zufälligkeiten der Ereignisse unabhängige Verteilung des Stoffs bei den einzelnen Blättern gelten. (Vergl. p. 112 mit Anm. 1.)

Die Unterschiede der Stoffverteilung zwischen den einzelnen Zeitungen sind überaus groß. Der p o l i t i s c h e S t o f f schwankt zwischen 21,12 % bei der „Württemberger Zeitung" und 63,66 % beim „Beobachter". Es sind die beiden großstädtischen Lokalblätter, bei denen der politische Stoff nur $^1/_5$ bis $^1/_4$ des gesamten redaktionellen Teils ausmacht. Bei der „Frankfurter Zeitung" beansprucht er trotz seines absoluten großen Umfangs auch nur zirka 30 % infolge des starken Handelsteils, den diese Zeitung besitzt. Den relativ größten politischen Teil haben natürlich die Parteiblätter (mit Ausnahme der „Deutschen Reichspost", die durch ihr gesondertes Unterhaltungsblatt ein umfangreiches Feuilleton besitzt).

Heute findet die d e u t s c h e P o l i t i k eine viel eingehendere Behandlung als die A u s l a n d s p o l i t i k. Solange es ein starkes und freies Staatsleben im Innern nicht gab, solange die Zensur die Diskussion innerpolitischer Vorgänge nahezu unmöglich machte, flüchtete sich das politische Interesse in die Politik auswärtiger Staaten, Frankreichs und Englands, deren Ereignisse sowohl dank der fortgeschrittenen Verfassung auf die Ideen, als auch durch den Grundsatz

der Intervention, wonach ein Ereignis in einem auswärtigen Staate das Eingreifen eines andern Staates veranlassen konnte, auch auf die Handlungen der innerdeutschen Politik die unmittelbarsten Wirkungen übten. Mit dem Ausbau des Konstitutionalismus in den deutschen Staaten und im Reich, der Ausdehnung und lebhaften Betätigung des öffentlichen Geistes auch in Deutschland, mit der Preßfreiheit und mit dem Siege des Nationalitätsprinzips rücken die Berichterstattung und Beurteilung der innerpolitischen Ereignisse in den Vordergrund. Mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung, der unendlichen Steigerung der wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen zwischen den Völkern wuchsen dann wieder neuerdings die Interessen an dem Ausland und der Auslandsteil gewinnt, erleichtert durch die Ausbildung des Verkehrs und Nachrichtenwesens, an Ausdehnung. So beanspruchte nach einer Darstellung der „Frankfurter Zeitung" auf der Bugra bei dieser Zeitung die

	1863	1888	1913
	m	m	m
Auslandsberichterstattung	184	536	1714
Auslandsdepeschen	113	347	1157
Gesamter Auslandsdienst (Politik, Vermischtes etc.)	297	883	2871
in Prozenten des gesamten redakt. Teils	14,79	13,92	27,88

Es hat sich also in den letzten 25 Jahren der Auslandsdienst absolut mehr als verdreifacht, relativ gerade verdoppelt.

Das Maß, in dem die Politik des Auslands Berücksichtigung findet, ist nach den Aufgaben und Zielen der einzelnen Zeitungen sehr verschieden. Bei den Parteiblättern, die in erster Linie die Ereignisse unter dem Gesichtswinkel ihrer Parteiauffassung betrachten und sie nach ihrer Bedeutung für diese wählen und würdigen, muß die Politik des Auslands eine untergeordnete Rolle spielen; außer einer Mitteilung der wichtigsten Ereignisse ausländischer Politik können sie sich mit der Behandlung jener Politik des Auslands begnügen, die unmittelbar oder durch parteipolitische Betrachtung wenigstens mittelbare Bedeutung für ihre Parteipolitik gewinnt. So nimmt die Auslandspolitik bei den vier Parteiblättern nur 6,84 bis 8,17 % des gesamten Stoffes ein. Ähnlich ist es aus anderen Gründen bei den Lokalblättern: ihre Hauptverbreitung in den Mittelschichten findend, deren politisches Interesse sich der unmittelbar ihr Denken und Arbeiten erfassenden und beeinflussenden Politik des Reichs und des Einzelstaats zuwendet, und deren Wissen und politischer Schulung die Zusammenhänge auswärtiger Ereignisse ferner liegen, begnügen auch sie sich mit einer gedrängteren und ausgewählten Berichterstattung und Behandlung

der Politik des Auslands. Es ist immerhin eine Ausnahme, daß der „Schwarzwälder Bote" der Politik des Auslands einen erheblicheren Raum (11,88 %) einräumt. Bei den größeren und großen Blättern, die ein politisch und geschäftlich an der Auslandspolitik interessiertes Publikum besitzen, die zudem im Ausland mehr oder weniger stark verbreitet sind, wirken jene Ursachen des Wachstums des Auslandsstoffs weit stärker, und sie berücksichtigen daher die Auslandspolitik intensiver: „Schwäbischer Merkur" 12,2 %, „Frankfurter Zeitung" 11,75 %.

Daß und warum die württembergische Politik einen erheblichen Raum findet, wurde schon oben hervorgehoben. Es sind die Parteiblätter, die hier an erster Stelle stehen: Der „Beobachter" mit 30 %, „Schwäbische Tagwacht" 20,28 %, „Deutsches Volksblatt" 19,87 %. Beim „Staatsanzeiger" ist sein starker württembergischer Teil auf die ausführliche Parlamentsberichterstattung zurückzuführen.

Der große Umfang der Parlamentsberichterstattung (vergl. Tabelle 26) und ihre Wirkung auf den Umfang des politischen Stoffs habe ich gleichfalls oben schon geschildert. Der Anteil der Parlamentsberichte an dem politischen Stoff eines ganzen Jahres ist daher überaus groß, obwohl doch die Plenartagungen der einzelnen Parlamente höchstens 6 Monate dauern. Fast $^1/_4$ der deutschen Politik widmet die „Frankf. Zeitung" den Parlamenten, davon 11,54 % dem Reichstag, und bei den württembergischen Zeitungen ist dieser Anteil noch bedeutend größer: Die Reichstagsberichterstattung beträgt hier meist $^1/_5$ des Stoffs der deutschen Politik, auch bei den unpolitischen Blättern, „Schwarzwälder Bote" und „Württemberger Zeitung" (beim „Neuen Tagblatt" ist der Prozentsatz geringer: 14 %), während sie bei den Parteiblättern mit Ausnahme der „Schwäb. Tagwacht" infolge des Vorherrschens des politischen Räsonnements auf 16,85 % beim „Beobachter" und auf rund $^1/_{10}$ beim „Deutschen Volksblatt" und der „Deutschen Reichspost" herabgeht. Die eingehende Berichterstattung über die Verhandlungen des württembergischen Landtags umfaßt, obwohl auch er nur etwas über die Hälfte des Jahres versammelt war, zwischen 28 („Beobachter") und 38 % („Schwarzwälder Bote"), nur bei der „Schwäbischen Tagwacht" sinkt der Prozentsatz auf 20 %. Es sind auch hier wieder die Parteiblätter, die aus den nämlichen Gründen der parlamentarischen Berichterstattung relativ den geringsten Raum einräumen. An der Spitze stehen die unpolitischen Blätter „Schwarzwälder Bote" und „Württemberger Zeitung" mit je 38 %, am unteren Ende „Schwäbische Tagwacht" (20,38 %) und „Beobachter" (28 %), dazwischen „Neues Tagblatt" mit zirka 30 %, „Deutsches Volksblatt" und „Deutsche Reichspost" mit je 32 %. Die eingehende Parlamentsberichterstattung ist also eine

Tabelle 26.

Frankfurter Zeitung		Zeitungen:	Schwäb. Merkur	Schwarzwälder Bote	Deutsche Reichspost	Neues Tagblatt	Württ. Zeitung	Schwäb. Tagwacht	Deutsch. Volksblatt	Beobachter	Staatsanzeiger
Deutsche Politik	187 129,9	Deutsche Polit.	94 970,5	48 136,6	34 122,6	46 990,6	35 080,5	57 288,5	47 968,6	44 089,6	26 635,3
Reichstag	21 596,4	Reichstag . . .	18 736,6	9 440,8	3 451,7	6 629,4	7 079,3	11 760,8	4 590,7	7 429,3	9 681,4
%der Deutschen Politik	11,54	% der Deutsch. Politik	19,73	19,61	10,12	14,11	20,18	20,53	9,57	16,85	37,17
Preuss. Landtag	11 199,7	Bad. Landtag .	3 256,1	755,8	1 883,2	—	—	—	—	—	—
%der Deutschen Politik	5,98	Reichstag und bad. Landtag	21 992,7	10 196,2	5 334,9	—	—	—	—	—	—
Landtag d. übr. Bundesstaat.	12 107,1	% der Deutsch. Politik	23,16	21,18	15,63	—	—	—	—	—	—
%der Deutschen Politik	6,47	Württ. Politik .	47 634,3	26 103,9	18 141,7	29 071,7	24 620,2	52 283,3	37 479,8	53 235,7	38 546,7
Sa. aller Parlamentsberichte	44 903,2	Württ. Landtag	16 941,2	9 942,7	5 923,4	8 849,3	9 352,1	10 654,2	12 137,8	14 928,0	29 587,0
%der Deutschen Politik	24,00	% der württ. Politik	35,57	38,09	32,65	30,44	37,99	20,38	32,28	28,04	76,76

charakteristische Erscheinung aller dieser Zeitungen, welcher Art sie auch immer sein mögen. Das spricht immerhin für das Verlangen eines erheblichen Teils des Publikums nach der Parlamentsberichterstattung, dem die Zeitungen Rechnung tragen trotz der Belastung des übrigen redaktionellen Stoffs und der gerade von journalistischer Seite oftmals ausgesprochenen Einwendungen gegen die zur Zeit übliche Parlamentsberichterstattung, besonders die ausführlichen Debattenberichte.

An zweiter Stelle steht vielfach das Feuilleton, das der Unterhaltung und Belehrung dient; sein Raum schwankt zwischen 12,38 % beim „Staatsanzeiger" und 34,64 % bei der „Reichspost" (wiederum mit Einrechnung der besondern Unterhaltungsbeilage). Die Parteiblätter widmen bis zu $^1/_5$ ihres Raumes diesem Ressort, die „Frankfurter Zeitung" und der „Schwäbische Merkur" etwas weniger, und bei den unpolitischen Blättern wächst er bis zu $^1/_3$ an. Innerhalb dieses Ressorts zeigt sich, daß der belehrende Teil, die Aufsätze aus allen Wissensgebieten, durchaus keine „Aschenbrödel"-Rolle spielt. Bei der „Frankfurter Zeitung" ist er dreimal so groß, wie der unterhaltende Teil, beim „Schwarzwälder Bote" übertrifft er diesen gleichfalls erheblich, und auch beim „Schwäbischen Merkur", den beiden Blättern des Generalanzeigertypus, sowie dem „Deutschen Volksblatt" ist die Differenz in der Berücksichtigung beider Teile kaum nennenswert. Wenn beim „Beobachter" die Unterhaltungslektüre eine größere Rolle spielt, so erklärt sich das daraus, daß der für das Feuilleton verfügbare Raum des Blattes durch den täglichen Roman und die Theaterkritik fast ganz in Anspruch genommen wird. Die Aufgabe der „Popularisierung der Wissenschaft" wird also von den Zeitungen durchaus nicht zurückgestellt. Auch die Rubrik „Theater, Kunst und Wissenschaft" findet fast durchweg (der an einem kleinen Orte erscheinende „Schwarzwälder Bote" ausgenommen) eine recht gute Berücksichtigung: 4½ bis 6 % sind ihr bei den meisten Zeitungen gewidmet, etwas weniger bei der konservativen „Deutschen Reichspost" und der sozialdemokratischen „Schwäb. Tagwacht". Da auch das kleine Feuilleton zu einem großen Teil der Belehrung dient, und ebenso die Bücherbesprechungen, die ja allerdings nicht immer durch eigene Durcharbeitung und unbeeinflußtes Urteil gewonnen werden, in der Hauptsache wissenschaftlichen oder doch belehrenden Charakter haben, so ist das Bild, das aus meiner Untersuchung gewonnen wird, im ganzen nicht ungünstig.[1])

[1]) Löbl (p. 39, Anm.) bemerkt mit Recht, daß bei Schlüssen aus der Stoffverteilung eines nicht außer acht gelassen werden dürfe: „Es gibt Dinge, die ihr literarisches Dasein ausschließlich in der Tagespresse aus-

Allerdings nimmt bei einigen Blättern der vermischte Stoff, also jener Teil der Zeitung, der in der Hauptsache dem bloßen Neuigkeitsbedürfnis dient, die zweite Stelle statt des Feuilletons ein. Aber es macht sich weder die Gerichtsberichterstattung, der die württembergische Presse nur einen bescheidenen Platz gibt,[1]) noch das „Vermischte" breit, das u. a. auch die Chronik der Verbrechen, Unglücksfälle etc. enthält, also das Gebiet, auf dem die Sensation ihre eigentliche Wirksamkeit entfaltet; vielmehr ist es der lokale Teil, der, in einer früheren Epoche der Zeitungsentwicklung vollständig vernachlässigt, heute durch die Vielseitigkeit seines Inhalts immerhin die geistige, wirtschaftliche und gesellschaftliche Einheit der Glieder des Gemeinwesens stärkt und durch seine zahllosen tagtäglichen Berichte, Anregungen und Kritiken ein starker Förderer des Fortschritts im kommunalen Leben ist.

Ihrer Natur nach widmen „Neues Tagblatt" und „Württemberger Zeitung" 15,36 % bezw. 16,33 % ihres gesamten redaktionellen Teils den örtlichen Vorkommnissen. Bei den Parteiblättern, dem „Schwäbischen Merkur" und dem „Staatsanzeiger" schwankt dieser Teil immerhin zwischen 6,03 („Deutsche Reichspost") und 13,50 % („Schwäbische Tagwacht", die ja mehr als die übrigen Parteiblätter auch Lokalblatt ist), ein Beweis, auf welch allgemeines Interesse dieser Teil des Zeitungswesens sich heute stützen kann.[2])

Zum Teil erfüllt die Aufgaben des lokalen Teils auch die Württembergische Chronik, die bei einem durch das ganze

---

leben, wie die Ereignisse der lokalen Chronik, andere wieder wie Wissenschaften, Literatur, Reisen und Entdeckungen führen ihre Existenz vornehmlich im Buche ..... Es geht daher nicht an, ohne weiteres einen Vergleich zu ziehen zwischen den ausschließlich und den nur nebenher auf die Zeitung angewiesenen Materien des geistigen und gesellschaftlichen Lebens."

[1]) Der stärkere Anteil der Gerichtsberichte beim „Schwarzwälder Boten" erklärt sich daraus, daß dieses Blatt allgemein nützliche Urteile höherer Gerichte etc. in seiner Beilage regelmäßig zum Abdruck bringt, Berichte, die sich in ihrer Art und ihrem Wert allerdings grundsätzlich von den üblichen Berichten über Strafprozesse unterscheiden und also nur äußerlich in diese Rubrik gehören.

[2]) Das Streben, den lokalen Teil recht groß und vielseitig erscheinen zu lassen, führt dazu, alle möglichen Artikel und Nachrichten ohne jede direkte örtliche Beziehung in diesem Teil unterzubringen: Außer allgemein nützlichen Ratschlägen und Mitteilungen (Verbesserung der Zimmerluft u. ä.) habe ich z. B. im lokalen Teil gefunden: einen Artikel über das Sedanfest mit polemischem Inhalt gegen Äußerungen eines französischen Generals, Steigerung der Ärztezahl, Einführung der Barfrankierung in Deutschland etc.

Land verbreiteten Blatte, wie dem „Schwarzwälder Boten", bis zu 8,72 % anwächst, aber auch bei den übrigen Blättern mehr oder weniger gepflegt wird.

Hinter diese Ressorts der Zeitungen tritt in der württembergischen Presse der Handelsteil weit zurück. Die Parteipresse räumt ihm überhaupt nur ein ganz bescheidenes Plätzchen ein (bei der „Deutschen Reichspost" ist der Anteil etwas größer, weil sie regelmäßig einen größeren Kurszettel veröffentlicht), und auch bei der übrigen Presse schwankt er nur zwischen 10,56 % („Schwarzwälder Bote") und 16,05 % („Schwäb. Merkur"). Der Handelsteil besteht bei diesen Zeitungen in der Hauptsache aus Börsennotizen, rein referierenden Mitteilungen über Handelsgesellschaften, Marktberichten, Kurs- und Verlosungstabellen; das Urteil über wirtschaftliche oder Börsenvorgänge, über Abschlüsse von Handelsgesellschaften usw. fehlt. Der Leitartikel im Handelsteil, der seit den 80er Jahren in der Handelspresse allgemein geworden ist, ist in keinem der untersuchten württembergischen Blätter vertreten. Das wenige Räsonnement findet sich in den Wochenberichten eines Bankhauses oder einer Korrespondenz, in Börsen- und Marktbriefen, und wenn man sich die von Scholten p. 94 mitgeteilte Auffassung Nordens zu eigen macht, der erklärt: „Unter Handelspresse im erstrebenswerten Sinne versteht man ein die Ereignisse auf dem Gebiete von Handel, Industrie, Verkehrs- und Finanzwesen sorgsam registrierendes und unter dem Gesichtspunkte der großen allgemeinen Interessen prüfendes und behandelndes Organ", so ist keine Zeitung Württembergs, auch wenn sie sich, wie einige es tun, als „Handelszeitung" bezeichnen, der „Handelspresse" zuzurechnen. (Die neu gegründete „Süddeutsche Zeitung" strebt als Morgenblatt die Ausbildung eines selbständigen kritischen Handelsteils an.) Die Zeitungen, auch die größeren, entbehren fast durchweg eines fachmännischen Redakteurs für den Handelsteil. Der Börsenverkehr Stuttgarts und Württembergs ist abhängig von Frankfurt am Main, und dieses Fehlen eines selbständigen Börsenlebens äußert sich einerseits in dem Mangel eines Handelsteils mit selbständigem Urteil[1]) in der gesamten württem-

[1]) Der Handelsteil hat auch recht spät in der württembergischen Presse einen selbständigen Platz erhalten. Der „Schwäb. Merkur" z. B. hat erst seit den 80er Jahren eine eigene „Handelszeitung" statt der früheren zerstreuten Handelsnotizen, während schon in den 50er Jahren Blätter, die sich die Finanzberichterstattung zur Hauptaufgabe machten, in Berlin, Frankfurt a. M. etc. ins Leben traten und regelmäßig kritische Betrachtungen und Abhandlungen über Handelssachen brachten. Die eigentliche Geburtszeit des Handelsteils der Zeitungen ist nach Scholten der Ausgang der 70er Jahre.

bergischen Presse, anderseits in der starken Verbreitung der „Frankfurter Zeitung", die das hauptsächlichste Handelsblatt für Württemberg ist.

Diese hat eine genaue Untersuchung ihres Handelsteils für die „Bugra" gefertigt, die folgendes ergab:

Tabelle 27.

		1863		1888		1913	
		m	%	m	%	m	%
Artikel	Inland	239	38,99	667	25,20	1280	30,41
	Europ. Ausland	102	16,64	324	12,24	285	6,77
	Außereurop. Ausland	52	8,48	80	3,02	105	2,49
	Waren und Märkte	—	—	273	10,31	294	6,99
Drahtnachrichten	Inland	—	—	79	2,99	310	7,37
	Europ. Ausland	—	—	51	1,93	73	1,73
	Außereurop. Ausland	—	—	7	0,26	120	2,85
	Kursnotizen	74	12,07	569	21,50	915	21,74
	Frankf. Kursblatt	146	23,82	597	22,55	827	19,65
Gesamter Handelsteil		613	100,00	2647	100,00	4209	100,00

Die Tabelle zeigt ein starkes — absolutes und relatives — Anwachsen der Inlandsberichterstattung, eine nur schwache absolute Zunahme und eine erhebliche relative Abnahme der Auslandsberichterstattung (vergl. dagegen die Entwicklung der Auslandsberichterstattung im Allgemeinen Teil, p. 128 f.), ferner eine relative Abnahme der Artikel (1863: 64,11, 1888: 50,77, 1913: 46,66 %) zu Gunsten der Drahtmeldung (1863: 12,01, 1888: 26,68, 1913: 33,69), und zwar ist es in den letzten 25 Jahren das Ausland, das bei den Artikeln Raum einbüßte, während es bei den Drahtnachrichten etwas gewann. Es wurde also bei gleichzeitiger Einschränkung der Auslandsberichterstattung zu Gunsten der Berichterstattung über das einheimische Wirtschaftsleben der Artikel durch die Drahtmeldung weitgehend ersetzt. Die wirtschaftliche Berichterstattung fordert heute den raschesten Weg der Übermittlung, besonders aus dem außereuropäischen Ausland, dessen lange Zeit erfordernde, schriftliche Berichte bis zu ihrer Ankunft zum Teil entwertet würden.

Dem Sport schließlich widmen, wie schon hervorgehoben, die beiden Blätter „Neues Tagblatt" und „Württemberger Zeitung" einen Raum, der charakteristisch ist für die Pflege des Sports in den breiten Volksschichten. Er übertrifft oder kommt gleich dem Raume der Rubriken „Theater, Kunst etc." und „Aufsätze". Vor allem sind es der Fußballsport, dann das Turnen, Alpinistik, Schach, die hier vertreten sind. Das allgemeine Interesse für die Luftschiffahrt findet seinen Ausdruck in der wenn auch kurzen Berichterstattung über die wichtigsten Vorkommnisse auch in den Parteiblättern. Bei Blättern, wie der „Frankfurter Zeitung", dem „Schwäbischen Merkur", tritt der Fußballsport zurück, die Berichte über Renn-, Automobil-, Lawn-

tennissport, Luftschiffahrt kommen den Sportbetätigungen der wohlhabenderen Schichten entgegen, in denen diese Zeitungen ihre Verbreitung haben.

Die „Frankf. Zeitung" hatte nach ihren auf der „Bugra" ausgestellten Untersuchungen in den letzten 50 Jahren folgende Verteilung der Hauptrubriken gefunden:

Tabelle 28.

Jahre	1863		1888		1913		1911/12	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Allgemeiner Teil	1 402	69,82	2 646	41,72	4 372	42,46	4 287	41,14
Handel	601	29,93	2 666	42,04	4 208	40,87	4 205	40,36
Feuilleton	3	0,15	930	14,66	1 492	14,49	1 684	16,17
Literaturblatt. .	2	0,10	100	1,58	224	2,18	243	2,33
Ges. redakt. Teil	2 008	100,00	6 342	100,00	10 296	100,00	10 419	100,00

In den ersten 25 Jahren trat nahezu eine Umwälzung des Zeitungsstoffes ein: Anfangs der 60er Jahre nimmt sogar in einer speziell für die Handelskreise gegründeten Zeitung der Handelsteil nicht die Hälfte des Allgemeinen Teils ein, und das Feuilleton spielt gar keine Rolle. In den 80er Jahren aber steht der Handelsteil mit dem mächtigen Aufblühen des deutschen Wirtschaftslebens seit den 70er Jahren (vergl. p. 134 Anm. 1) gleich stark neben dem Allgemeinen Teil, und auch das den wissenschaftlichen und künstlerischen Interessen, den Unterhaltungsbedürfnissen dienende Feuilleton nimmt einen beträchtlichen Raum ein. So markieren diese Zahlen die Entwicklung der modernen Zeitung zu dem Spiegel des gesamten Kulturlebens des Volkes. In den letzten 25 Jahren aber ist überhaupt keine Verschiebung zwischen den Hauptrubriken eingetreten. Bei diesem Ergebnis mag man jedoch nicht außer acht lassen, daß es sich um eine Zeitung handelt, die ihre traditionelle Eigenart festhält, deren hauptsächlicher Leserkreis, die oberen Schichten des Bürgertums, nicht gewechselt oder sich verschoben hat, und daß die Allgemeinheit der Rubrizierung nicht zuläßt, Verschiebungen innerhalb der einzelnen Stoffgebiete der Zeitung festzustellen.

Es sind große Unterschiede und Gegensätze in der Stoffverteilung, die die einzelnen Typen der Zeitungen und innerhalb der Typen auch die einzelnen Zeitungen aufweisen. Der Anteil, der den verschiedenen Stoffgebieten zuteil wird, hängt eben nicht bloß von den Ereignissen ab. Die Quantitätskurven auf den Tafeln haben uns gezeigt, daß zwar die Bewegung im großen Ganzen parallel verläuft, daß aber im einzelnen bei jeder Zeitung, in jedem Zeitabschnitt und in jedem Stoffgebiet Abweichungen von dieser allgemeinen Bewegung eintreten. Die Zeitung ist nicht bloß der mechanische Abdruck der Zeitereignisse, sondern sie empfängt, wählt und formt sie nach ihrem Charakter, der bestimmt ist

durch ihre Geschichte und Tradition, ihre politischen, wirtschaftlichen und ästhetischen Ziele, ihren Leserkreis, die Persönlichkeiten ihrer Redaktion, ihr geschäftliches Fundament und ihre geschäftliche Leitung, Faktoren, die bei jeder Zeitung wieder in verschiedenem Grade und in verschiedener Richtung auf Stoffqualität und Stoffwahl wirken. So wird jede Zeitung, wie sie äußerlich ein individuelles Gepräge hat, auch innerlich ein Individuum in dem Typus, zu dem sie gehört.[1]) Und dieser Individualismus wird deutlich schon in der weitgehenden Differenzierung, die auch meine notgedrungene rohe Untersuchung des Zeitungsstoffes nachweist. Aber gewisse allgemeine Züge lassen sich feststellen: Bei den Parteizeitungen, die allein oder doch in erster Linie politische Beeinflussung in bestimmter Richtung, die Propaganda für die Parteiauffassung und Parteitaktik anstreben, sehen wir alle übrigen Stoffgebiete der Zeitung mehr oder weniger als etwas Sekundäres behandelt. Man erinnere sich z. B. der Feststellung, daß beim „Beobachter", wenn die Politik es verlangt, der Roman weg bleibt, nur gelegentlich ein belehrender Aufsatz, eine Sport- oder Handelsnotiz, ein Gerichtsbericht oder ein kleines Feuilleton erscheint, und ähnlich ist es, wenn auch abgeschwächt durch das Streben, doch zugleich Familienblatt zu sein und das Abonnement eines anderen Blattes überflüssig erscheinen zu lassen, bei den übrigen Parteiblättern. Je nach dem Maß, in dem dies Streben herrscht und finanziell durchführbar ist, zeigen die Parteiblätter Entwicklungen, wie die Lokalblätter.

Bei diesen, wie Brunhuber[2]) sie nennt, „nicht politischen" Zeitungen, die in erster Linie Erwerbsunternehmungen sind, drängt die Tendenz, den Leserkreis zu erweitern und zu halten, die stärkere Notwendigkeit der Expansion zur Aufnahme immer neuer Gebiete und zu ihrer möglichst intensiven Ausgestaltung. Sie werden damit der lebendigste Ausdruck des geistigen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens der breiten Mittelschichten. Allen Interessen des Publikums wird nachgegangen. Mit gewissen Einschränkungen darf man sagen: Sucht die Parteizeitung die Auffassung des Publikums zu bilden, so bildet hier das Publikum die Zeitung. Unterhaltung und Belehrung, die Ereignisse des täglichen Lebens aus

[1]) Löbl (p. 15) erinnert deshalb an die einst übliche Bezeichnung des Zeitungsunternehmens als eines „Instituts", die der Ausdruck der Tatsache ist, „daß die einzelnen Zeitungsblätter die flüchtigen Erscheinungen eines einheitlichen und bleibenden Ganzen sind, eines Ganzen, das durch einen politischen Willen, durch wirtschaftliche Anschauungen, durch ästhetische Überzeugung zusammengehalten und gekennzeichnet ist".

[2]) Brunhuber, Rob., Das deutsche Zeitungswesen. Leipzig 1908, Göschen, p. 16.

nah und fern sind dem politischen Teil gleichberechtigte oder gar wichtigere Teile des Zeitungsstoffs, und wie diese Teile den geistigen, so trägt der Sportteil den körperlichen Erholungsbedürfnissen Rechnung. Mit Vereinsnachrichten, mit „Mitteilungen aus dem Publikum", mit Dialekt- und andern Wochenplaudereien, mit Briefkastenauskünften, Ratschlägen aus der Heilkunde, für das Haus, die Landwirtschaft, das Gewerbe, durch besondere Jugend- und Frauenbeilagen, suchen diese Blätter d i e Lektüre ihrer Leser zu werden. Die Struktur des Leserkreises bringt bei den einzelnen Zeitungen Nüanzierungen mit sich, so zeigen „Neues Tagblatt" und „Württemberger Zeitung" diesen Einfluß ganz deutlich: bei jenem, das seine Hauptverbreitung in Stuttgart hat, (vergl. p. 40) z. B. eine stärkere Pflege und ausgesprochenere Richtung der Politik, entsprechend der liberalen Grundstimmung des Mittelstandes der Großstadt, bei diesem mit seiner stärkeren Verbreitung im Lande eine besondere Berücksichtigung — qualitativ und quantitativ — der differenzierten politischen Auffassungen der Leser a u ß e r h a l b Stuttgarts, die man auch durch Schilderung der Städte und Städtchen des Landes in Wort und Bild für das Blatt zu gewinnen strebt.

Von den Parteiblättern und den unpolitischen Blättern unterscheidet sich das „s e l b s t ä n d i g e p o l i t i s c h e u n d H a n d e l s b l a t t"[1]). Eine zwar von einer Parteiauffassung ausgehende, aber von einem eigenen Programm getragene und von der Parteileitung unabhängige Politik, deren Stellung zu den politischen Ereignissen nicht bloß durch die augenblickliche Situation, die Volksstimmung und die Parteitaktik, sondern auch durch die überlieferten Richtlinien des Blattes bestimmt wird, charakterisiert diese Zeitungen. Diese unabhängige Politik, ein gleichwertiges, sorgsam gepflegtes Feuilleton, ein ausgebauter Handelsteil, bilden die Hauptteile dieses

[1]) Löbl (p. 256) spricht von dem „individualistischen Blatt", das „die streng persönlichen, nach jeder Richtung hin unabhängigen Auffassungen eines oder mehrerer Publizisten zur Geltung bringt". Diese Bezeichnung scheint mir, abgesehen davon, daß jedes Blatt ja individuelle Züge an sich trägt, mißverständlich zu sein, da sie zwei so verschiedene Typen unter einen gemeinsamen Begriff stellt: wie das von einem großen Stab von Redakteuren und Mitarbeitern verfaßte, mit einem weit organisierten Nachrichtendienst arbeitende und von einer ausgesprochenen, über den Wechsel der Persönlichkeiten hinausreichenden Tradition bestimmte unabhängige Blatt und das durchaus von der journalistischen Persönlichkeit e i n e s Herausgebers getragene Blatt, dessen Abhandlungen dem Blatte Stempel und Inhalt geben, während der Nachrichtendienst eine ganz untergeordnete Rolle spielt. Dieser Typus des „individualistischen" ulattes wird allerdings durch die Entwicklung des Zeitungswesens in Bnserer Zeit immer seltener (vgl. „Schluss").

Zeitungstypus. Der Vermischte Teil sucht die Sensation zu vermeiden, die Berichterstattung über Unglücksfälle, Verbrechen etc. möglichst zu beschränken, und der Sport und alle jene Darbietungen, mit denen die unpolitischen Blätter dem Geschmack und den Wünschen ihrer Leser nachzugehen suchen, fehlen nahezu vollständig oder haben nur eine geringe Bedeutung. Wie diese Zeitungen in ihren politischen, wirtschaftlichen und ästhetischen Auffassungen selbständig sind, so suchen sie sich auch in dieser Auswahl des Stoffs ihre Unabhängigkeit von dem Publikum zu wahren. Auch hier gibt es, wie bei den beiden andern Typen, zahlreiche Variationen und Übergänge, für die schon die beiden untersuchten Zeitungen dieser Art, „Frankfurter Zeitung" und „Schwäbischer Merkur", Belege liefern, z. B. tritt bei diesem der lokale Teil, die „württ. Chronik" stärker hervor, der Handelsteil zurück.

Die Verteilung des Stoffs sämtlicher acht württembergischen Zeitungen zusammen (ohne „Staatsanzeiger", dessen Inhalt von dem der übrigen Blätter durchaus abweicht) ist folgende:

Tabelle 29.

	Absolut	Prozente
Deutsche Politik	408 647,5	17,16
Württembergische Politik	288 570,6	12,12
Politik des Auslands	204 487,1	8,59
Gesamter politischer Teil	901 705,2	37,87
Lokaler Teil	239 075,5	10,04
Vermischte Nachrichten aus Württemberg	125 494,1	5,27
Verm. Nachrichten aus dem Reich u. dem Ausland	111 207,1	4,66
Gerichtsberichte	34 639,1	1,46
Gesamter vermischter Teil	510 415,8	21,43
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen	182 879,1	7,68
Kl. Feuilleton	65 027,3	2,73
Aufsätze belehr. Inhalts	175 908,3	7,39
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur	114 399,4	4,81
Miszellen	14 390,9	0,61
Gesamtes Feuilleton	552 605,0	23,22
Sport und Schach	74 842,8	3,14
Briefkasten	14 069,0	0,59
Bücherbesprechungen	30 317,2	1,27
Handelsräsonnement	18 026,1	0,76
Handelsnachrichten	222 735,9	9,35
Gesamter Handelsteil	240 762,0	10,11
Tagesübersicht	14 457,7	0,61
Wetternachrichten	15 749,8	0,66
Bäder und Sommerfrischen	3 391,6	0,14
Amtliche Nachrichten	22 894,4	0,96
Gesamter redaktioneller Teil	2 381 210,5	100,00

Allgemeine Schlüsse auf die Stoffverteilung in der württembergischen Presse überhaupt möchte ich der kleinen Zahl der Zeitungen wegen aus diesem Ergebnis nicht ziehen.

Die drei geschilderten Zeitungstypen unterscheiden sich auch noch in einer andern Hinsicht: in der Verteilung des politischen Räsonnements, der urteilenden und kritischen Betrachtung, und des Referats, der reinen Meldung.

Tabelle 30.

Zeitungen		Frankf. Zeitung	Schwäb. Merkur	Staats-anzeiger	Neues Tagblatt	Württ. Zeitung
Räsonnement	absolut	142 824,2	82 500,7	1 949,7	41 321,5	26 345,9
	%	46,13	41,42	2,21	39,19	32,27
Referat	absolut	166 772,8	116 666,4	88 355,6	64 122,5	55 287,9
	%	53,87	58,58	97,79	60,81	67,73

Zeitungen		Schwarz-wälder Bote	Schwäb. Tag-wacht	Deutsch. Volks-blatt	Be-obachter	Deutsche Reichs-post
Räsonnement	absolut	33 257,0	68 736,4	48 874,4	64 441,8	32 101,2
	%	29,43	54,04	49,37	57,72	49,70
Referat	absolut	79 770,3	58 456,8	50 130,4	47 212,3	32 489,7
	%	70,57	45,96	50,63	42,28	50,30

Die Entstehung des politischen Räsonnements — und um dieses handelt es sich in der Hauptsache[1]) — fällt in die Zeit der großen Revolution; damals begann man in Frankreich „politische Tagesfragen in den Zeitungen zu besprechen und sie als Mittel zur Ausbreitung von Parteimeinungen zu benützen". (Bücher p. 204.) Dem französischen Vorbilde folgte die Presse der übrigen Staaten. „Die Zeitungen wurden aus bloßen Nachrichtenpublikationsanstalten auch Träger und Leiter der öffentlichen Meinung und Kampfmittel der Parteipolitik." (Bücher p. 204.) Ich habe in dem Kapitel über die Entwicklung des württembergischen Zeitungswesens geschildert, wie das politische Räsonnement sich trotz Zensur schon früh in der württembergischen Presse durchgesetzt hat, in dem dritten Dezennium des vorigen Jahrhunderts wurde es siegreich. Die neuere Entwicklung hat wieder eine Reaktion gegen das Räsonnement gebracht, aus verschiedenen Gründen: Die Masse der heutigen Zeitungsleser will Neuigkeiten, sie will

[1]) Die ästhetische und literarische Kritik der Zeitung war seit jeher prinzipiell weniger angefochten als die Äußerung politischer Urteile. (Löbl p. 76.)

von dem, was ihre geistigen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Interessen berührt, die rascheste Nachricht haben, und sie will weniger belehrt, beeinflußt, als unterhalten, beschäftigt werden, eine Entwicklung, die ja im Theater ihre Parallelerscheinung hat. Die Ausdehnung und Raschheit des Nachrichtenwesens haben diese Entwicklung mit hervorgerufen und gesteigert, und sie setzen die Zeitung in den Stand, diese Forderungen zu befriedigen. Dazu kommt die politische Zersplitterung des Zeitungspublikums, die Politisierung auch der Massen und damit eine steigende Selbständigkeit ihrer Meinungen, auf die vor allem die rein geschäftliche Presse Rücksicht nimmt. So tritt das Räsonnement bei diesen Zeitungen hinter den bloßen Nachrichtenteil zurück, und bei der einzelnen Zeitung um so mehr, als sie dieser politischen Zersplitterung Rechnung trägt. Bei dem „Schwarzwälder Boten", der ein eigenes, selbständiges Räsonnement nur selten bringt, und bei dem dieses in der Hauptsache aus größeren Artikeln von Mitarbeitern und Korrespondenzbureaus besteht, beträgt es 29,43 % des gesamten politischen Stoffs, bei der „Württemberger Zeitung" etwa $^1/_3$, während es bei dem „Neuen Tagblatt", dessen ausgesprochenerer politischer Charakter schon mehrfach hervorgehoben wurde, auf über 39 % steigt. Allerdings ist der Begriff des Räsonnements von mir sehr weit gefaßt, und es sind auch die mit verbindenden oder resümierenden kurzen Urteilen versehenen Meldungen dem Räsonnement zugerechnet worden. Gerade bei der „Württemberger Zeitung" und dem „Neuen Tagblatt" hat sich das Räsonnement vielfach auf diese Form zurückgezogen, während sich bei den unabhängigen politischen Blättern und den Parteiblättern weit stärker die Form des einheitlichen, geschlossenen Leitartikels oder Entrefilets erhalten hat. Bei den unabhängigen politischen Zeitungen steigt der räsonnierende Teil über 40 %: „Frankfurter Zeitung" zirka 46, „Schwäbischer Merkur" zirka 41 %. Wie stark hier das Räsonnement ist, wird erst deutlich durch die Berücksichtigung des Umstands, daß gerade bei diesen Zeitungen der referierende Teil im besonderen Maße durch die ausführlichen Parlamentsdebattenberichte ausgedehnt wird. So sinkt z. B. unter diesem Einfluß das Räsonnement bei der „Frankfurter Zeitung" im Oktober auf 39 %, im März auf 38 %, im Mai auf 36 %, genau entsprechend der Ausdehnung der Parlamentsberichte, und ebenso beim „Schwäbischen Merkur" im November auf 37,2 %, März 36,8 %, Mai 35,5 % und Juni 36,4 %, also gleichfalls den Monaten der ausgedehntesten Parlamentsberichte. Auch bei den Parteiblättern verschiebt die Parlamentsberichterstattung das Verhältnis von Räsonnement und Referat ähnlich. Bei den unpolitischen Blättern dagegen ist der Einfluß der rein referierenden Parlamentsberichterstattung nicht so stark und regelmäßig, da bei ihnen der Debattenbericht eine geringere

Rolle spielt, obgleich der Parlamentsberichterstattung, wie wir gesehen haben, im ganzen relativ ein größerer Raum zur Verfügung gestellt wird. Es ergibt sich daraus die interessante und für die Entwicklung der Parlamentsberichterstattung lehrreiche Erscheinung: Während bei den unpolitischen Zeitungen im gesamten politischen Stoff das Referat das Räsonnement immer mehr zurückdrängt, drängt bei ihnen im Parlamentsbericht umgekehrt das Räsonnement, der Stimmungsbericht und das Resumé, vor. Bei den Parteizeitungen erreicht oder übersteigt, ihrer Aufgabe entsprechend, das Räsonnement die Hälfte des politischen Stoffs: bei der „Deutschen Reichspost" und dem „Deutschen Volksblatt" halten sich räsonnierender und referierender Teil die Wage, bei dem „Beobachter" steigt das Räsonnement bis auf zirka 58 %. Am geringsten — nur 2,21 % — ist das Räsonnement naturgemäß bei dem „Staatsanzeiger". Aber bei ihm, wie bei den übrigen Blättern, wird man sich gegenwärtig halten müssen, daß die Beeinflussung des Lesers nicht bloß direkt durch das offene Urteil erfolgt, sondern schon durch die Auswahl des Stoffes und seine Gruppierung, durch Verschweigen und durch Zurechtstutzen der Berichte. Und ein Weiteres ist bei diesen Zahlenverhältnissen zu berücksichtigen: daß bei ihnen, stärker vielleicht noch als bei der Stoffverteilung, neben den anderen Momenten die Individualität der Redakteure sich geltend macht und deshalb ein Wechsel der Leitung erhebliche Verschiebungen mit sich bringen kann. Es muß auch in dieser Frage genügen, den allgemeinen Charakter der Zeitungstypen zahlenmäßig festgestellt zu haben.

·∘○∘·

11. Kapitel.

Die Stoffbeschaffung.[1])

Die Nachrichtensammlung ist im heutigen Zeitungswesen längst nicht mehr Aufgabe der Zeitungen allein, es haben sich neben ihren eigenen Korrespondenten und Mitarbeitern selbständige

[1]) Das Material zu diesem und dem nächsten Kapitel stammt aus einer Umfrage bei sämtlichen württ. Zeitungen, auf die 18 Antworten — ca. 10 %, allerdings nur teilweise vollständig, eingelaufen sind. — Näheres über Technik und Organisation der Presse vergl. Bensheimer, Kap. 4. Das dort Gesagte gilt weitgehend auch für die württ. Zeitungen. Selbstverständlich geben die von Bensheimer für die einzelnen Zeitungstypen gegebenen Schilderungen keine starren, für jede Zeitung zutreffenden Formen, sondern es finden sich bei Zeitungen mit niedrigerer Auflage auch Formen der Organisation und Technik von Zeitungen höherer Auflage und umgekehrt.

Unternehmungen gebildet, die Depeschenagenturen und Korrespondenzbureaus, die „nicht mehr direkt für den Zeitungsleser arbeiten, sondern nur Halbfabrikate für einen Publikationsunternehmer liefern" (Bücher). Während die Depeschenagenturen durch die notwendige Größe ihres Mitarbeiterstabes im In- und Ausland, die hohen Kosten der Nachrichtenübermittlung etc. zur Gründung und zum Betrieb große Summen und hervorragendes Organisationstalent erfordern und daher zu einem finanziellen Erfolg nur in der Form des Großbetriebs mit einem sehr ausgedehnten Absatzgebiet gelangen können, erscheinen die Korrespondenzbureaus, das sind Unternehmungen, die Zeitungsmaterial, meist entweder stofflich oder lokal abgegrenzt, sammeln, sichten, verarbeiten, auf dem Wege des Drucks, der Hektographie etc. vervielfältigen und dann an die Zeitungen liefern, schon in der Form des kleinsten Betriebs, der von dem Inhaber allein mit einer Schreibhilfskraft besorgt wird. Da ein solcher Betrieb außer der Kenntnis des Materialbedürfnisses der für ihn in Betracht kommenden Zeitungen, außer persönlichen Beziehungen etc. nur geringe Anlage- und Betriebskosten verlangt, so sind schon deshalb Neugründungen sehr häufig. Die Grenze zwischen dem freien Journalisten, der für mehrere Zeitungen arbeitet und ihnen die gleichen Artikel und Mitteilungen liefert, und der Korrespondenz in dieser Form ist durchaus flüssig. Vor allem hat aber die Ausdehnung der Zeitungen nach Zahl und Umfang überhaupt, die der modernen Zeitung innewohnende Tendenz zur Universalität, die sie zwingt, möglichst alle Gebiete menschlichen Wissens und menschlicher Arbeit zu erobern, die Differenzierung unseres Kulturlebens, wie den Zeitungsstoff überhaupt, so auch die Zahl der Korrespondenzunternehmungen außerordentlich vermehrt. Und schließlich haben die Regierungen, die Organisationen der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Ideen und Interessen dieses Mittel, ihre Ziele in der Presse und damit im Volke am sichersten, raschesten und umfassendsten zu verbreiten, und damit auf die öffentliche Meinung einzuwirken, sich zu Nutzen gemacht. Vor allem sind zahlreiche Verbände aller Art dazu übergegangen, Korrespondenzen aus ihrem Arbeitsgebiet, größere und kleinere Abhandlungen und Mitteilungen, regelmäßig oder von Fall zu Fall an die Zeitungen — vielfach ohne Honorarforderung — zu versenden. Zeitungsverleger und Redakteure klagen über diese Überfülle von Korrespondenzen, deren Bezug die Redaktionskosten erhöht, und die die redaktionelle Arbeit vermehren und den direkten Informationsdienst der Zeitung bei Behörden und Regierung erschweren. So sind die Korrespondenzbureaus trotz ihrer Vorteile — 1. eine Berichterstattung über alle Gebiete, auch über solche, für die eigene Korrespondenten anzustellen sich auch für die größte Zeitung nicht lohnt; 2. Übernahme

eines erheblichen Teils der außerredaktionellen Arbeit, des „Außendienstes"; 3. die redaktionelle Sammlung und Verarbeitung von Material — durch die Massengründungen derartiger Unternehmungen heute fast zur Plage des Zeitungsbetriebes geworden.

Die Entwicklung ist bei der bloßen Materialsammlung nicht stehengeblieben: das Korrespondenzbureau hat dem Zeitungsunternehmer nicht nur die Sammlung des Materials zu einem großen Teile abgenommen, sondern auch vielfach den Satz durch die Versendung des Materials in Matrizen und Platten an sich gezogen, so daß dem Verleger lediglich die Stereotypie, bezw. die Zusammenstellung und der Druck des bezogenen Materials bleiben, das allerdings sich auf den allgemeinen Stoff (Politik, Roman, kleines Feuilleton, Vermischtes, Handel) beschränkt, während der lokale und der Inseratenteil von der Zeitung selbst noch redigiert und hergestellt werden muß. Diese Form des Korrespondenzbureaus, die Platten- und Maternkorrespondenzen, erfordert, wenigstens für die Herstellung des Satzes, der Matrizen und Platten, schon einen größeren Betrieb und drängt darum und, weil das Zeitungsunternehmen den Bezug aus einer Hand vorziehen wird — im Gegensatz zu der ersten Art der Korrespondenzen, den „Materialkorrespondenzen", die vorwiegend eine weitgehende Spezialisierung zeigen, — zur möglichsten Universalität des Materials. Sie bilden den Übergang zu den Unternehmungen, die die kopflose „Vordruck-" oder „Normalzeitung" liefern. Hier ist schließlich auch der Druck des allgemeinen Stoffs dem Verleger abgenommen, er erhält die Zeitung fix und fertig mit Ausnahme des lokalen und Inseratenteils geliefert, dessen redaktionelle und technische Herstellung ihm allein bleibt. Der Zeitungsunternehmer ist hier also nur in ganz geringem Maße noch Zeitungsproduzent, er ist fast nur mehr Zeitungshändler. Diese Entwicklung, die immer neue Produktionsprozesse dem Zeitungsverleger abgenommen hat, hat zu der fortschreitenden „Uniformierung" der Zeitungen, besonders der Provinzzeitungen, geführt, mit ihren Gefahren für die selbständige geistige Struktur der Zeitungen, für den Stand der Journalisten, mit ihren wirtschaftlichen Vor- und Nachteilen (Ersparnissen an Satz- und Druckkosten, an Redaktionsausgaben auf der einen, Erleichterung der Vorherrschaft der Großstadtpresse auf der andern Seite). Untersuchungen über diese Entwicklung, die dem der Presse ferne Stehenden fast ganz unbekannt ist, fehlen trotz ihrer Bedeutung für das Zeitungswesen und den Journalistenstand noch vollständig. Sie sind auch, da sie das Eindringen in die Interna des Zeitungsbetriebs erfordern, schwierig und kaum durchzuführen. Auch schon für ein relativ kleines und leichter übersehbares Gebiet, wie das Württembergs, ist es mir nicht möglich gewesen, ein einigermaßen vollständiges Bild von dem Umfang des Korrespondenzwesens zu erhalten.

In Württemberg selbst bestehen 8 Materialkorrespondenzen, die in der Hauptsache Stoff aus Württemberg liefern: das „Süddeutsche Korrespondenzbureau", das Bureau „Stamm", das „Schwäbische Korrespondenzbureau", die „Württ. Pressekorrespondenz", die „Zentrumskorrespondenz", die „Volkswirtschaftliche und Allgemeine Korrespondenz", die „Württ. Evang. Pressekorrespondenz", sämtliche in Stuttgart, und die von dem neugegründeten demokratischen Preßverband herausgegebene „Demokratische Pressekorrespondenz" in Reutlingen. Was den von den 4 ersten Bureaus gelieferten Stoff anlangt, so umfaßt er Berichte über die Verhandlungen des Landtags (größtenteils auch Berichte der Ausschüsse der Abgeordnetenkammer, die von den Abgeordneten geliefert werden), über Versammlungen in Stuttgart, zum Teil auch über wichtigere Tagungen außerhalb Stuttgarts, politische und lokale (Stuttgarter) Nachrichten, schließlich auch politische Artikel und Wochenrundschauen, Markt- und Wetterberichte, Nachrichten vermischten Inhalts aus dem Lande usw. Teils wird dies Material, wie bei den Berichten über die Landtagssitzungen, Versammlungen etc. durch eigene Berichterstattung, teils durch persönliche Verbindungen und Korrespondenten, teils durch Sammlung, Sichtung und Bearbeitung der Zeitungen, der Fach- und Verbandszeitschriften etc. gewonnen. Die „Volksw. und Allgem. Korrespondenz" liefert in der Hauptsache volkswirtschaftlichen Stoff, die Zentrumskorrespondenz ausschließlich politischen, und zwar in der Hauptsache aus Württemberg, sowohl Räsonnements als auch Nachrichten, die „Demokratische Pressekorrespondenz" gleichfalls politischen Stoff, Leitartikel und sonstige Räsonnements, aber teilweise auch allgemein politischen Inhalts. Die „Württ. Evang. Pressekorrespondenz" endlich gibt Nachrichten aus dem Gesamtgebiet evangelisch-kirchlicher und sozialethischer Bestrebungen ohne ausgeprochen konfessionelle Spitze unter speziell heimatlichen Gesichtspunkten (Wohlfahrts- und Erziehungsfragen, allgemein bildende Stoffe, selten Feuilleton-Artikel). Der Stoff ist politisch und kirchenpolitisch neutral.

Auch soweit die Korrespondenzbureaus den Standpunkt politischer Parteien vertreten („Schwäb. Korrespondenz," „Demokratische Pressekorrespondenz," „Württ. Pressekorrespondenz" und „Zentrumskorrespondenz", vergl. darüber das Kapitel: „Die Parteien und die Presse") sind es durchweg von den Parteileitungen unabhängige Privatunternehmungen, die einer irgendwie festgelegten Kontrolle der Parteiinstanzen nicht unterstehen und keine Subvention von den Parteien beziehen. Die Verbindung mit der Partei besteht darin, daß die Bureaus zur Verbreitung parteioffiziöser Nachrichten benützt werden, und daß Führer der Partei durch sie Artikel verbreiten lassen. Auch die „Evang. Pressekorrespondenz", die kein geschäftliches Unternehmen, sondern

Organ des evangelischen Preßverbands für Württemberg ist, ist vollständig unabhängig von partei- und kirchenpolitischen Richtungen, von Behörden usw. Während sich die „Württ. Zentrumskorrespondenz" und die „Demokratische Pressekorrespondenz", wie sich aus dem von ihnen gelieferten, ausschließlich politischen Stoff ergibt, nur an Zeitungen ihrer Parteirichtung wenden, zählen die 4 Bureaus, die allgemeines Material liefern, Abnehmer unter den Zeitungen jeder Parteirichtung. Auch die „Evang. Pressekorrespondenz" bedient die Zeitungen aller politischen Richtungen. In der Regel beschränkt sich der Abnehmerkreis auf württembergische Zeitungen, ein oder das andere Bureau liefert auch sein Material an einzelne bayerische und badische Zeitungen.

Nach der Art des Stoffes ist die Versendungshäufigkeit sehr verschieden. Die „Demokrat. Pressekorrespondenz" und die „Württ. Zentrumskorrespondenz" erscheinen je nach Vorhandensein von Stoff, die „Württ. Evang. Pressekorrespondenz" wird in 3 verschiedenen Formen herausgegeben: in Einzelartikeln je nach Bedarf, wöchentlich durchschnittlich 10—15 Artikel (für die Landeszeitungen), in einem alle 14 Tage erscheinenden Korrespondenzheft mit durchschnittlich 12—15 Artikeln (für die württembergischen Bezirksblätter und die Einzelabonnenten in ganz Deutschland) und in einer Kombination beider Formen für die mittleren Zeitungen des Landes. Die Bureaus mit allgemeinem Stoff versenden diesen täglich ein- oder zweimal. Die Zahl der von den einzelnen Bureaus bedienten Zeitungen differiert sehr erheblich. Die Honorierung erfolgt in der Regel bei allen Bureaus durch ein Monats- bezw. Quartalspauschale, das das einzelne Bureau auch für das nämliche Material mit Rücksicht auf die geringere Zahlungsfähigkeit der kleineren Blätter und die geringere Benützung des Materials durch diese meist je nach der Größe der Zeitung verschieden bemißt. Für das Bureau selbst bietet das Pauschale vor dem Zeilenhonorar die Vorteile sicherer Monatseinnahme und stärkerer Verwendung der Korrespondenz. Honorierung nach Zeilenpreis erfolgt fast nur bei den größeren Zeitungen, die neben einer auf Grund eines Pauschale abonnierten Korrespondenz auch noch das Material einer zweiten oder dritten Korrespondenz beziehen, um es ergänzend zu verwenden. Die monatlichen Pauschale bewegen sich bei den kleinen und mittleren Zeitungen zwischen 5 bis 60 Mark monatlich, das Zeilenhonorar beträgt in der Regel 5, selten 3 Pfg.

Von den Depeschenbureaus hat das Wolffbureau (Cont. Telegr. Comp. A.-G.) eine eigene Agentur in Stuttgart, es bedient die meisten Zeitungen des Landes. Hirsch-Herold steht mit dem Stamm'schen Korrespondenzbureau in Verbindung, das aber nur die Frühdepeschen erhält und weitergibt, während das übrige Material von Frankfurt

aus brieflich an die Zeitungen gelangt, der Deutsche Preßtelegraph, jetzt wie Hirsch-Herold aufgegangen in der „Telegraphen-Union, Internationaler Nachrichtendienst“[1]), sendet sein Material gleichfalls von Frankfurt a. M. direkt an mehrere württembergische Blätter.

Einen auch nur annähernden Überblick der Zahl und Verbreitung der sonstigen außerwürttembergischen Materialkorrespondenzen zu geben, ist bei der geringen Zahl der Antworten, die ich auf meine Umfrage erhalten habe, unmöglich. Immerhin geben folgende Angaben einen Anhalt für den Umfang des Zeitungsstoffes, der auf diesem Wege nach Württemberg importiert wird: Von einem großen Blatte wird mir mitgeteilt, daß es 7 politische, und zwar 5 abonnierte (Preis 50—300 ℳ pro Quartal) und 2 gelegentlich benützte (Zeilenpreis 5 Pfg., Telegramme je 2 ℳ ohne Spesen), 17 Feuilletonkorrespondenzen, und zwar 1 abonnierte (40 ℳ pro Quartal) und 16 gelegentlich benützte (Zeilenpreis 5—10 Pfg., Einzelartikel 5 bis 7,50 ℳ), 6 Handelskorrespondenzen, sämtlich abonniert (Preis 7,50 ℳ bis 130 ℳ im Quartal), 3 Sportkorrespondenzen, und zwar 1 abonnierte (150 ℳ pro Quartal) und 2 gelegentlich benützte (Zeilenpreis 5—10 Pfg.), 6 Korrespondenzen vermischten Inhalts, und zwar 2 abonnierte (10 bis 90 ℳ pro Quartal) und 4 gelegentlich benützte (Zeilenpreis 5—10 Pfg.), zusammen also 39 Korrespondenzen, 15 abonnierte und 24 gelegentlich benützte, bezieht. Von diesen 39 Korrespondenzen haben die 7 politischen sämtlich ihren Sitz in Berlin, von den 17 Feuilletonkorrespondenzen 16 ihren Sitz in Berlin, 1 in München, von den 6 Handelskorrespondenzen 1 in Berlin, 1 in Bremen, 1 in Frankfurt a. M., 2 in Mannheim und 1 in Nürnberg, die 3 Sportkorrespondenzen sämtlich in Berlin, bezw. Charlottenburg, von den 6 Korrespondenzen vermischten Inhalts 4 in Berlin, 1 in Leipzig (Reichsgericht), 1 in München. Ein anderes großes württembergisches Blatt hat 6 Korrespondenzen abonniert (Preis 10—180 ℳ pro Quartal) und benützt 12 gelegentlich (5 Pfg. pro Zeile), zusammen 20, davon haben 17 ihren Sitz in Berlin, bezw. Charlottenburg, 2 in Leipzig, 1 in Karlsruhe. Die Blätter haben außerdem in den Hauptstädten, besonders in Berlin, München, Karlsruhe etc., noch ihre eigenen ständigen Mitarbeiter. Aber auch mittlere Blätter (3000—7000 Abonnenten) beziehen zum Teil außer den württembergischen Korrespondenzen und den Depeschenbureaus eine

[1]) Die „Telegraphen-Union, Internationaler Nachrichtendienst“, G. m. b. H., wurde 1914 mit einem Stammkapital von 257 500 ℳ mit dem Sitz in Berlin gegründet. Es legten ihre Rechte aus Abonnementsverträgen ein: L. Hirsch's Telegraphisches Bureau, Herold-Depeschenbureau-Gesellschaft m. b. H., (Wert 60 000 ℳ), Telegraphen-Union G. m. H. (2000 ℳ), Deutscher Telegraph Dr. Rud. Dammert G. m. b. H. (27 700 ℳ), Preß-Zentrale Telegraphenagentur G. m. b. H. (27 800 ℳ).

Reihe auswärtiger Korrespondenzen; so gibt ein solches Blatt 13 auswärtige Korrespondenzen an, davon 11 mit dem Sitz in Berlin (Preis 9 bis 75 ℳ pro Quartal), ein anderes 6 auswärtige, davon 5 mit dem Sitz in Berlin, 1 in Karlsruhe, ein drittes gleichfalls 6 auswärtige, davon 3 in Berlin, 1 in Köln, 1 in Bremen, 1 in Düsseldorf, ein viertes Blatt 3, davon 2 mit dem Sitz in Berlin, 1 in Leipzig. Die zu zahlenden Honorare bewegen sich bei diesen Zeitungen zwischen 6 und 75 ℳ pro Quartal, bezw. 3, 4, auch 8, meist aber 5 Pfg. pro Zeile, 3—25 ℳ pro Artikel. Die kleinen Blätter begnügen sich neben dem Material einer württembergischen Korrespondenz und eines Depeschenbureaus in der Regel mit einer politischen oder Feuilletonkorrespondenz oder verzichten auch darauf und entnehmen ihren Stoff für Politik und kleines Feuilleton größeren Zeitungen, den Roman beziehen sie zu billigem Preis (oder in Gegenrechnung für Inserate) von einem Verlage, vielfach in Matern oder Platten.

Schon diese Angaben lassen erkennen, wie groß die Zahl der Korrespondenzen ist (die meisten der hier erwähnten Korrespondenzen sind nämlich keineswegs identisch), welch immenser Apparat für die Sammlung des Stoffs den Zeitungen zur Verfügung steht, und wie für die heutige Zeitung das Stoffangebot bei weitem den möglichen Konsum überschreitet. Unter diesen Korrespondenzen haben die Berliner das Übergewicht, ja nahezu die Alleinherrschaft. Das gilt nicht nur für die politischen Korrespondenzen, für die Berlin als politisches Zentrum des Reichs der gegebene Sammelpunkt ist, neben den für die Zeitungen mit weit verbreitetem oder auf Nachbarstaaten übergreifendem Leserkreis auch vereinzelt die Hauptstädte der Nachbarstaaten treten, sondern in gleichem, ja höherem Maße noch für die Feuilletonkorrespondenzen, obwohl neben Berlin die übrigen Kunst-, Theater- und wissenschaftlichen Zentren, wie besonders München, doch gerade für Süddeutschland einen vorwiegenden Einfluß auf die Presse und damit das Publikum auch auf dem kürzesten und bequemsten Wege, dem der Korrespondenzen, erwarten ließen. Daß das nicht der Fall ist, daß das Übergewicht Berlins auf diesem Gebiete so überaus stark ist, bietet mit eine Erklärung für manche Entwicklungen und Erscheinungen auf dem Gebiete der Künste und des Theaters.

So vermag durch die Berliner Korrespondenzen, als die stärkste Stoffquelle auch der süddeutschen Zeitungen, das gesamte geistige Leben der Reichshauptstadt seine Wirkungssphäre auf den Süden auszudehnen und dessen Ideen und Auffassungen zu beeinflussen, und sie sind unzweifelhaft ein bedeutungsvoller Faktor in der zentralistischen Entwicklung besonders des politischen und künstlerischen Lebens Deutschlands.

Nur die Handelskorrespondenzen lassen die — wirtschaftliche — Dezentralisation des Reichs erkennen. Es haben die Handelszentren des Südens, die ausschlaggebend sind für die Preisgestaltung bestimmter Naturprodukte Württembergs, ihre eigenen Berichterstattungen geschaffen. Diese örtliche und stoffliche Spezialisierung der Korrespondenzen hat ihr Seitenstück bei den Zeitungen selbst. Scholten p. 63 f. macht darauf aufmerksam, daß die immer weiter schreitende Ausdehnung des Handelsteils vor allem die großen Zeitungen zu einer Spezialisierung ihrer wirtschaftlichen Berichterstattung nötigt. Die „Frankfurter Zeitung" z. B. widmet sich besonders den Vorgängen der Fondsbörse, entsprechend der Bedeutung der Frankfurter Börse für den Effektenhandel. Die wirtschaftliche Dezentralisation des Reichs hat also eine Arbeitsteilung der Publizistik hervorgerufen und weit stärker zu erhalten vermocht, als die kulturelle Dezentralisation.

Die Preise der Korrespondenzen variieren, wie die Angaben zeigen, sehr erheblich, und zwar nach Umfang der Korrespondenz, ihren Produktionskosten (erhöhten Ausgaben der Artikel und Abhandlungen, die von bekannten Autoren stammen[1]), Verbreitungsmöglichkeit der Korrespondenz, Größe der beziehenden Zeitung (vergl. Honorare der großen und mittleren Blätter!).

Die Romane, Erzählungen etc. beziehen die kleinen und mittleren Zeitungen, soweit sie nicht frei gewordene Werke zum Abdruck bringen, fast durchweg von „Literarischen Instituten" oder Verlagen, die speziell für Zeitungen verfaßte Romane oder auch den Abdruck der bei ihnen erschienenen oder erscheinenden Buchwerke verkaufen. Es gibt Firmen, und auch hier ist Berlin vorherrschend, die „Zeitungsromane", also Romane, bei denen schon das Erscheinen in Fortsetzungen einen besonderen Charakter bedingt, vor allem die Erfüllung des ersten Erfordernisses solcher Romane, nämlich „Spannung", verlangt, in großer Zahl als Manuskript gedruckt an die deutschen

[1]) Während an der Anonymität der politischen Artikel, die aus der Feder der Redaktionsmitglieder oder journalistischen Mitarbeiter stammen, heute noch festgehalten wird, verbreitet sich die Tendenz, Beiträge bekannter nichtjournalistischer Autoren, Parlamentarier, Gelehrter etc. zu gewinnen und mit ihren Namen die Leser anzuziehen. Auch die Korrespondenzbureaus suchen dieser Erscheinung Rechnung zu tragen und liefern solche Artikel und Aufsätze mit bekannten Namen. So wertvoll diese Entwicklung für die Wirkung politischer Ideen und Auffassungen, für die Verbreitung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse ist, so ist sie doch auch gerade wegen der sonst üblichen Anonymität der politischen Zeitungsartikel für die Stellung des journalistischen Berufs nicht ohne Gefahr, und auch sie drängt zur Aufgabe des Gebrauchs der Anonymität.

Zeitungen verschicken[1]) und daher ihren Abdruck sehr billig bis zu einem Pauschale von 10 und 20 ℳ herab pro Roman verkaufen können, während die großen Zeitungen für die Erstdrucke, die sie bringen, sehr erhebliche Summen zu zahlen haben. — H. Werner macht im „Zeitungsspiegel" (Mitteilung des Evang. Preßverbands für Württemberg), Jahrgang 1913/14, Heft 1, p. 35 folgende Angaben: „Die Honorare von etwa 10 Pfg. für Erstdrucke, 7,5, bis 5 Pfg. bei gleichzeitigem Abdruck in mehreren Zeitungen oder Zweitdrucken, 3 bis 2,5 Pfg. für Zweitdrucke von Übersetzungen je für die Zeile stellen noch einen guten Satz dar (die Zeilenhonorierung ist übrigens bei Romanen nicht üblich). Das gibt für einen Roman der durchschnittlichen Größe (etwa 6000 Zeilen) 600 ℳ, bezw. 450 bis 300 ℳ, bis herab zu 180 und 150 ℳ. Die kleineren Zeitungen zahlen viel schlechter. Das Blatt einer großen Oberamtsstadt legt für einen Roman gewöhnlich nicht mehr als 60 ℳ an. Bei den Blättern ganz kleiner Art ist 10 ℳ schon ein annehmbarer Preis." Werner macht mit Recht darauf aufmerksam, daß bei diesen Preisen nur der industrielle Vertrieb die Zeitungsromanschriftstellerei rentabel macht. Auch in Platten und Matern werden die Romane an die kleinen Zeitungen sehr häufig von den literarischen Bureaus zu ganz niedrigen Preisen geliefert.

An Platten- und- Maternkorrespondenzen, die nur für kleine und, soweit es sich um die land- und hauswirtschaftlichen Beilagen etc. handelt, auch für mittlere Zeitungen in Betracht kommen, besteht in Stuttgart ein Unternehmen, die „Süddeutsche Zeitungskorrespondenz". Sie ist von Verlegern kleinerer Zeitungen als Gesellschaft m. b. H. gegründet worden, um durch den Bezug des fertigen Satzes für den allgemeinen Teil Satzkosten zu ersparen, diesen aber doch für ein bestimmt abgegrenztes Gebiet, meist ein Oberamt, aber auch darüber hinaus, ausschließlich für sich zu erhalten. Der größte Teil der Gesellschaftsanteile ist in den Händen der beteiligten Verleger. Bedient werden von dem Stuttgarter Bureau 38 Zei-

[1]) H. Werner (a. a. O. p. 34) schätzt den jährlichen Mindestbedarf der deutschen Zeitungen an Romanen auf 20 000. Selbstverständlich sind das nicht lauter verschiedene Romane, sondern ein Roman wandert von einer Zeitung zur andern, ja kehrt häufig wiederholt ein. Für dieses Angebot gibt Werner zwei Beispiele: ein großes Stuttgarter Blatt hat bei dem jährlichen Bedarf von 9—10 Romanen von Oktober 1912 bis Oktober 1913 einen Einlauf von 99 Romanen gehabt, und zwar im ersten Vierteljahr und im letzten je 23, im zweiten nur 22 und vom April bis Juni gar 31. Ein anderes Blatt einer großen Oberamtsstadt hat für den Bedarf von 5—6 Romanen etwa 40 im Jahr zu prüfen. Naturgemäß ist das Verhältnis von Angebot und Bedarf umso weiter, je größer die Zeitung ist und je besseren Ruf ihr Feuilleton und ihre Kasse haben.

tungen, 32 württembergische und 6 badische, von dem in Karlsruhe befindlichen Zweigbureau 9 Zeitungen. Die Auflage der Zeitungen bewegt sich zwischen einigen Hundert und 5 000. Sie bezahlen je nach der Häufigkeit des Erscheinens (3—6 mal in der Woche) 60 bis 110 ℳ pro Monat, die Gesellschafter ein ermäßigtes Pauschale, wofür ihnen 6—9 Spalten täglich in Matern oder Platten geliefert werden. Der Stoff umfaßt Politik (Leitartikel, politische Wochenschau, politische Nachrichten und Räsonnements, Parlamentsberichte), Vermischte Nachrichten aus Reich und Land, Stuttgarter Briefe, Romane (gegen Extrahonorar), kürzere Erzählungen, kleine Feuilletons, Stuttgarter Marktnachrichten, ferner auch Illustrationen, die von der Illustrationszentrale in Berlin in Matern geliefert werden. Die Redaktion des Bureaus bezieht das Depeschenmaterial von Wolff und Hirsch-Herold, ihren sonstigen Stoff größtenteils wieder von Korrespondenzen. Die Auslagen hiefür betragen jährlich 10—12 000 ℳ, und zwar wird dem Wolff'schen Bureau, das, wie das Süddeutsche Korrespondenzbureau, sein Material auch noch direkt an die Abnehmer verschickt, ein Honorar für jede Zeitung, den übrigen Korrespondenzen ein Pauschale bezahlt. Die angeschlossenen Zeitungen gehören den verschiedensten Parteirichtungen an: von der äußersten Linken bis zur konservativen Partei, dementsprechend ist der vom Bureau gelieferte Stoff im ganzen parteilos gehalten, und die einzelnen Zeitungen ergänzen ihn durch Artikel, die ihrer Parteirichtung entsprechen. Außer diesem Bureau liefert auch der Verlag der fortschrittlichen „Heilbronner Zeitung" an zwei Zeitungen Matrizen bezw. Platten, für die der Stoff aus der „Heilbronner Zeitung" entnommen wird, und der nämliche Verlag stellt auch für 7 Zeitungen 2-, bezw. 3 seitige Vordruckzeitungen her. Es handelt sich durchweg um kleine Zeitungen fortschrittlicher Richtung. Ebenso stellt der Körner'sche Verlag („Schwäb. Tageszeitung") für 2 Zeitungen des Bundes der Landwirte („Süddeutsche Tageszeitung" in Heilbronn und „Fränkischer Volksfreund" in Schrozberg) den allgemeinen Text her.

Die „Uniformität" des allgemeinen Teils der Provinzzeitungen ist also auch in Württemberg schon recht weit vorgeschritten. Es sind etwa ein Fünftel der württembergischen Zeitungen, die sich des Matern- bezw. Plattenbezugs bedienen oder lediglich Vordruckzeitungen sind, und dazu kommt auch bei den übrigen Zeitungen die weitgehende Identität des Inhalts, wenigstens im württembergischen Teil, durch Bezug der gleichen Materialkorrespondenzen.

Eine weitere Uniformierung tritt bei den kleinen und mittleren Zeitungen ein durch den Bezug der Beiblätter, vor allem der Unterhaltungsblätter und der Beilagen für Landwirtschaft, Gewerbe und Haus, dann aber auch für die Frauen (Mode etc.). Die beiden

letzten Arten werden entweder vollständig gedruckt oder häufiger in Matern bezw. Platten zahlreichen Zeitungen geliefert. Es sind folgende Verlage, die als „Beilagenfabriken" einem sehr großen Teil der württembergischen, aber auch außerwürttembergischen [1]) Zeitungen die Beiblätter liefern: Greiner & Pfeiffer, die (nach den nicht vollständigen und soweit möglich ergänzten Angaben der württembergischen Jahrbücher) für 42 württembergische Zeitungen mit einer Gesamtauflage von ca. 90 000 eine 4-, bezw. 8 seitige Unterhaltungsbeilage herstellen; die Union Deutsche Verlagsgesellschaft, von der 6 württembergische Zeitungen mit einer Auflage von ca. 12 000 eine 4-, bezw. 8 seitige Unterhaltungsbeilage beziehen; die Deutsche Verlagsanstalt, ferner W. Kohlhammer, der 11 württembergischen Zeitungen mit einer Auflage von 24 000 eine Beilage („Praktische Mitteilungen für Gewerbe und Handel, Haus- und Landwirtschaft") liefert, Gschwend-Gaildorf („Schwäbischer Landwirt"). Einige sozialdemokratische Provinzzeitungen beziehen die Unterhaltungsbeilage von der „Schwäbischen Tagwacht". Tatsächlich wird, da diese Angaben nicht vollständig sind, die Zahl der württembergischen Zeitungen, denen die „Beilagenfabriken" liefern, noch größer sein. Wie groß die Zahl der außerwürttembergischen Zeitungen, denen die Stuttgarter Firmen Beilagen liefern, und wie hoch demgemäß die Gesamtauflage solcher Beilagen ist, darüber eine Mitteilung zu erhalten war nicht möglich. Eine Reihe von württembergischen Zeitungen (nach den von mir ergänzten Angaben der württembergischen Jahrbücher), 29 mit einer Auflage von 78 000, beziehen ihre Beilagen auch von außerwürttembergischen Firmen: in Berlin bezw. Charlottenburg: J. Schwerin A.-G. (2 Zeitungen), Georg E. Nagel (3), Neue Berliner Verlagsanstalt (2), Braunbeck und Gutenberg-Druckerei (2), Verlag Stadt und Land (2), D. Familienblatt M. Wundermann & Cie. (1), Preußische Verlagsanstalt (1); in Augsburg: Gebrüder Reichel (4); in Würzburg: Minerva (6); in Karlsruhe: Badenia (4); in Mainz: J. Falk Söhne (1); in Mark-Neukirchen: J. Schmidt (1). Es kommt demnach fast die Hälfte auf Berliner Firmen, 10 auf bayerische [2]) und 4 auf badische Firmen. Berlin hat also auch hier, wie bei den Materialkorrespondenzen, einen nicht unbeträchtlichen Import nach Süddeutschland. Insgesamt stellt wohl die Hälfte aller württembergischen Zeitungen ihre Beilagen, mindestens ihre Unterhaltungsbeilagen, nicht selbst her, sondern bezieht sie von den „Beilagenfabriken". Allerdings geben

[1]) Allaire p. 68: „Eine sehr große Anzahl bayerischer Zeitungen beziehen die Beilagen auch aus Stuttgart, Karlsruhe und anderen Städten.

[2]) Allaire p. 67 erwähnt die Firma Gebr. Reichel in Augsburg nicht.

einige Blätter noch ein zweites in der eigenen Druckerei hergestelltes Unterhaltungsblatt heraus. Für die (illustrierten) landwirtschaftlichen etc. Beilagen liefern das „Zentralbureau für die deutsche Presse", „Der Abuverlag" (P. Schröter), „Standard-Verlag", „Modeplattenkorrespondenz" die Matrizen oder Platten.

Die Preise für die Unterhaltungsbeilage betragen, soweit mir Angaben gemacht wurden, 4,50 bezw. 8, 8,50, 9, 12 und 15 ℳ pro Tausend der 4-, bezw. 8 seitigen Beilage. In einem Fall wird für eine kleinere Zeitung mit einer Auflage von 2500 ein Jahrespauschale von 600 ℳ gleichfalls etwa 4,50 ℳ pro Tausend angegeben. Eine Zeitung, die ihre Beilage von Berlin bezieht, die württembergischen Bilder aber selbst herstellen läßt, zahlt 20 ℳ pro Tausend. Das sind Preise, die nur durch die große Auflage dieser Beilagen ermöglicht werden, und um die die Zeitungen selbst natürlich ähnliche Beilagen nicht herstellen können. Auf der anderen Seite aber tragen diese Beilagen den besonderen Bedürfnissen und Interessen ihres Leserkreises auf dem Gebiete der Unterhaltung und Belehrung, für die das Hauptblatt ja nur geringen Platz übrig haben kann, keine Rechnung. Der Verlag einer mittleren Provinzzeitung schreibt mir: „Jedenfalls ist eine schlechtere Illustration in einem s e l b s t redigierten und hergestellten Unterhaltungsblatt den weit besseren Illustrationen in von auswärts bezogenen Beilagen unbedingt vorzuziehen. Infolge Betriebsveränderung haben wir einmal unsere wöchentliche Beilage mit hübschen Autotypie-Abbildungen vorübergehend von auswärts bezogen. Wir behaupten, daß noch keine 50 % der Leser diese Beilage gelesen haben. Mit dem Anschauen der Bilder ist die Sache erledigt. Daß damit aber eine Zeitung ihre Aufgabe in richtiger Weise gelöst hat, möchten wir bezweifeln. Beilagen, ob illustriert oder nicht illustriert, halten wir für die Provinzpresse unbedingt für nötig, denn sie sind der einzige Ort, wo wir Miszellen, Anekdoten, wissenschaftliche und landwirtschaftliche Aufsätze usw. unterbringen können. Denn die in der Regel nur 4seitige Tageszeitung kann hiefür keinen Raum bieten." Diese Darstellung kann ich aus eigener redaktioneller Erfahrung durchaus bestätigen.

In ihr ist bereits eine Frage berührt, die mit dem Bezug der Beilagen von den „Beilagenfabriken" aufs Engste zusammenhängt, die Verwendung von B i l d e r n i n d e r Z e i t u n g. Die Herstellung solcher aktueller Illustrationen auf Zeitungspapier hat ihre Nachteile und Schwierigkeiten, und diese sind auch ein Grund, der die Verleger der mittleren und kleineren Zeitungen veranlaßt, die illustrierten Beilagen zu beziehen, obwohl ihr Inhalt nicht oder nur selten höheren Ansprüchen genügt und sie die individuellen Bedürfnisse einer Zeitung nicht erfüllen. So schreibt ganz charakteristisch ein Verleger: „Die Leute wollen mindestens ein illustriertes Unterhaltungsblatt."

Wie wir bei der historischen Darstellung des württembergischen Zeitungswesens erwähnt haben, sind schon früher Abbildungen (Holzschnitte) in der Zeitung, wenn auch nicht zur Illustration aktueller Ereignisse, vielfach üblich gewesen. Die neuere Zeitungstechnik hat es ermöglicht, die Wünsche der großen Massen der Leser nach Anschaulichkeit und Tatsächlichkeit auch in der Richtung einer Illustrierung des Zeitungsstoffes zu erfüllen. Sämtliche Antworten der Verleger, von denen unten einige charakteristische mitgeteilt werden, heben das Interesse des großen Publikums für Abbildungen und die guten Erfahrungen, die mit ihrer Verwendung gemacht wurden, hervor. Und einen zahlenmäßigen Beweis dafür geben die Angaben der beiden größten Blätter des Landes, die ihre illustrierten Beilagen zu einem erhöhten Preis liefern: von dem einen Blatt sind 71,24 %, von dem andern 75 % aller Abonnenten Bezieher der Beilagen. Für die kleineren bis mittleren Zeitungen ist die Selbstherstellung von Bildern zu teuer, umständlich und zeitraubend; ihre Verwendung aber, auch wenn sie fertig von einer Illustrationsfabrik geliefert werden, auf den zur Verfügung stehenden 2—3 Textseiten allzu platzraubend. Der Verleger eines mittleren Blattes schreibt mir: „Die Klischees nehmen für unsern Umfang zu viel Platz weg (auch kollidieren sie bei Abdruck in größerer Anzahl mit den Illustrationen des Sonntagsblattes)". Der nämliche Grund nötigte auch mich bei meiner Redaktionsleitung eines mittleren Blattes zur sparsamsten Verwendung von Klischees. Dazu kommt noch die Schwierigkeit, einen deutlichen und doch bildgetreuen Druck auf Zeitungspapier herzustellen. Die beiden bisher üblichen Bildarten sind nämlich entweder sogenannte Strichklischees, die nach einer Federzeichnung, oder die Raster-Autotypien, die direkt nach Photographien gefertigt werden. An Treue der bildlichen Wiedergabe ist daher die Autotypie dem Strichklischee überlegen, ihre Verwendung im Zeitungsdruck aber, wenn auch nicht so sehr für Flachdruck, so doch für Rotationsdruck für manche Verlage schwierig und führt häufig zum Verschmieren der Bilder, und so verzichtet der Redakteur entweder auf Bilder, trotz des zugegebenen Interesses des Publikums, oder er begnügt sich mit Strichklischees. Diese werden daher von mittleren und kleineren Blättern vielfach noch den Autotypien vorgezogen. Ein Verleger schreibt mir: „Bildliche Übermittlung wird gerne gesehen, lieber primitive Bilder, als keine"; ein anderer: „Wenn auch gewöhnlich nur Abbildungen in Strichmanier verwendet werden können, so zeigt doch das Publikum lebhaftes Interesse." Und ein dritter schreibt: „Illustrationen sind beliebt, auch die Strichklischees werden gerne gesehen, Kinder und Erwachsene sehen zuerst die Bilder an; ein Leser sagte mir: Wenn ich sonst zu gar nichts Zeit habe, dann sehe ich wenigstens das Bild an und lese den darunter stehenden Text. Es sind nicht

bloß die breiten Schichten und die ländlichen Leser, welche so sprechen. Auch in gebildeten Kreisen sieht man gerne ‚die Köpfe', welche gerade im Mittelpunkt des Interesses stehen. Es ist klar, daß gute andere Illustrationen den Strichklischees vorgezogen werden. Aber dann müssen es gute Drucke sein, das Geschmier der Rasterbilder auf Zeitungspapier ist nicht gerade beliebt." Wenn so die Antworten der Verleger trotz der noch bestehenden Schwierigkeiten und Mängel der Bildtechnik sich für Illustrationen entscheiden, so ist das der beste Beweis, wie stark das Interesse des Publikums für das Bild in der Zeitung heute ist. Die Bilder liefern gleichfalls wieder vorwiegend Berliner Unternehmungen in Matern und Platten: Scherl, Preßillustrationsbureau, Illustrations- und Korrespondenz-Zentrale. Als Preise werden genannt 10 ℳ und 20 ℳ pro Monat. Das neueste und vollkommenste Verfahren, das sogenannte Tiefdruckverfahren, hat in Württemberg noch keine Zeitung eingeführt. Der „Schwäbische Merkur" bezieht neuerdings eine mit dem Tiefdruckverfahren hergestellte Beilage von Broschek & Cie., Hamburg, die „Württemberger Zeitung" von Paß & Garleb, Berlin, der „Schwarzwälder Bote" von Poppen u. S., Freiburg i. B. Diese Beilagen sind um einen Zuschlag von 60 Pfg. pro Vierteljahr zum gewöhnlichen Abonnementspreis zu beziehen.

·∘○∘·

12. Kapitel.

Die geschäftlichen Grundlagen des Zeitungsunternehmens.

Die heutige Zeitung ist gegründet auf dem Boden eines Erwerbsunternehmens, und die Art und das Maß, in denen sie ihre beiden Funktionen: Mitwirkung an der Bildung der öffentlichen Meinung und Vermittlung des geistigen und wirtschaftlichen Verkehrs erfüllt, sind abhängig von dem Maße, in dem das mit der Presse geborene und mit ihr untrennbar verbundene kapitalistische Element den Charakter der einzelnen Zeitung bestimmt. Dieses Maß ist verschieden, aber auch die Presse, die sich die Einwirkung auf die öffentliche Meinung als vornehmsten Zweck setzt, die ausgesprochene Parteipresse, verzichtet nicht und kann nicht verzichten auf den Charakter als Erwerbsunternehmen. Auch sie ruht auf den beiden wirtschaftlichen Grundlagen, dem Abonnement und dem Inserat, obwohl jenes die gewünschte allgemeinste Verbreitung der programmatischen und taktischen Auffassungen der Partei einschränkt, und dieses ohne innere

Verbindung mit der Aufgabe der Zeitung ist, ja in Konflikt mit ihr kommen kann. So wird, wenn auch nicht Richtung der Parteipresse, so doch Umfang und Stärke ihrer Wirksamkeit wesentlich bestimmt von der wirtschaftlichen Kraft, über die sie im Konkurrenzkampf auf dem Publizitätsmarkt verfügt.

In den vorhergehenden Kapiteln wurden bereits die allgemeinen volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen geschildert, durch die die württembergischen Zeitungen und damit auch ihre geschäftlichen Grundlagen bestimmt sind. Es bleibt noch die Aufgabe, diese selbst und ihr Verhältnis untereinander zu untersuchen.

A. Das Zeitungsabonnement.

Während im 18. Jahrhundert die Abonnementsgebühren die fast allein ausschlaggebende Rolle im Einnahmebudget der Zeitung spielten (Munzinger p. 63 f. erwähnt an Hand der Zahlen der „Leipziger Zeitung" die Tatsache, daß der Abonnementsertrag allein die Produktionskosten und den Unternehmergewinn aufbringen mußte), und erst am Ende des 18. Jahrhunderts die Inserateneinnahmen nennenswerte Ziffern aufweisen, ist seit der Mitte des 19. Jahrhunderts das Abonnement als direkte Einnahmequelle im Zeitungsgeschäft mehr und mehr zurückgetreten, und die Inserateneinnahmen haben mit der rapid gestiegenen Intensität der wirtschaftlichen Produktion und der Verschärfung der Konkurrenz — wenn auch nicht durchweg — die Abonnementseinnahmen überflügelt, obwohl sich auch die Auflageziffern enorm vermehrt haben. Aber da die Höhe der Auflage, wie wir noch sehen werden, durch einen mit der größeren Auflage möglichen höheren Inseratenpreis und eine wachsende Inseratenmasse von wesentlichem Einfluß auch auf die Inserateneinnahme ist, so ist die indirekte Bedeutung des Abonnementspreises für die Gesamteinnahmen eines Zeitungsbetriebs gestiegen, und seine Festsetzung erfolgt häufig, nämlich überall da, wo der Steigerung der Auflage von vornherein keine engen Grenzen gezogen sind, nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der Leistung und Gegenleistung, der einzelne Abonnent erhält vielmehr seine Zeitung zu einem Preise, der beträchtlich unter den Erzeugungskosten bleibt. So zeigen trotz des vergrößerten Umfangs der Zeitungen, trotz der großen Ausdehnung und Bereicherung des redaktionellen Stoffes, trotz der gestiegenen Arbeitslöhne und Materialpreise usw. die Abonnementsgebühren eine sinkende Tendenz. Löbl p. 154 hat als Gründe dieser Erscheinung drei angeführt: „1. die Milderung oder gänzliche Beseitigung der fiskalischen Lasten, die die Presse beschwerten, 2. die Vervollkommnung des technischen Apparates, 3. die enorme Steigerung des Inseratenertrags infolge der Entwicklung des

Tabele 31.

Abonnementspreise (in Mk.) der Zeitungen, je nach Erscheinungsweise und Auflage.

1876

Erscheinungsweise	Auflage bis 500	Auflage bis 900	Auflage bis 3 000	Auflage bis 7 000	Auflage bis 15 000	Auflage bis 25 000	Unbekannt	Durchschn.-preis
1 mal	2.00	2.10	—	2.20	2.50	—	—	2.18
2 mal	3.40	3.32	3.11	2.40	—	—	3.04	3.20
3 mal	4.13	4.29	3.82	3.20	–	—	3.13	3.92
4 mal	—	4.—	3.20	3.20	—	—	—	3.47
5 mal	—	—	4.00	3.60	—	—	—	3.87
6 mal	—	—	6.04	6.92	11.20	7.80	5.60	6.93
	3.63	3.84	4.19	4.92	8.30	7.80	3.39	**4.24**

1886

Erscheinungsweise	Auflage bis 500	Auflage bis 900	Auflage bis 3 000	Auflage bis 7 000	Auflage bis 15 000	Auflage bis 35 000	Unbekannt	Durchschn.-preis
1 mal	2.00	2.40	1.80	2.27	2.20	—	—	2.18
2 mal	3.48	3.80	2.80	—	—	—	2.80	3.40
3 mal	3.90	3.84	3.77	3.30	—	—	3.00	3.75
4 mal	—	—	3.74	3.20	—	—	4.40	3.75
5 mal	—	—	3.20	—	—	—	—	3.20
6 mal	—	—	5.78	5.21	6.30	7.80	—	5.83
Unregelmäßig	4.30	—	—	—	—	—	—	4.30
	3.67	3.71	3.99	4.18	5.33	7.80	3.40	**4.07**

1909

Erscheinungsweise	Aufl. bis 500	Aufl. bis 900	Aufl. bis 3 000	Aufl. bis 7 000	Aufl. bis 15 000	Aufl. bis 35 000	Aufl. bis 70 000	Unbekannt	Durchschn.-preis	Bayern (Allaire)
1 mal	2.60	—	1.80	2.00	—	1.90	1.70	2.00	1.96	3.17
2 mal	—	3.20	2.30	—	—	—	—	—	2.75	4.16
3 mal	3.00	3.80	3.77	—	—	—	—	3.80	3.76	4.35
4 mal	—	4.00	4.35	3.60	—	—	—	3.60	4.20	4.61
5 mal	—	—	5.00	—	—	—	—	—	5.00	4.60
6 mal	—	5.00	5.23	6.04	5.31	8.50	7.80	6.14	5.76	5.99
7 mal	—	—	4.80	—	—	—	—	—	4.80	7.56
12 mal	—	—	—	—	—	—	—	13.60	13.60	9.48[1])
	2.80	3.83	4.52	5.65	5.31	5.20	5.36	5.44	**4.89**	
Bayern (Allaire)	4.47	4.34	4.95	5.58	7.38	8.28	8.40	4.79	**5.25**	
Deutsches Reich (Schacht)	3.68	4.32	5.04	6.60	6.40	8.88	9.20	—	**5.20**	

[1]) 13 mal 9.90.

kommerziellen Lebens. Wie der Tabelle 31 (p. 157) zu entnehmen ist, war der durchschnittliche Abonnementspreis einer Zeitung:

	1876	1886	1909
	ℳ	ℳ	ℳ
bei einmaligem Erscheinen	2,18	2,18	1,96
„ zwei- „ „	3,20	3,40	2,75
„ drei- „ „	3,92	3,75	3,76
„ vier- „ „	3,47	3,75	4,20
„ fünf- „ „	3,87	3,20	5,00
„ sechs- „ „	6,93	5,83	5,76

Ein Fallen des Abonnementspreises ist also bei den ein- und zweimal erscheinenden Blättern, besonders stark aber bei den täglich erscheinenden Blättern zu konstatieren, bei den dreimal erscheinenden Zeitungen ist der Abonnementspreis gleich geblieben, bei den vier- und fünfmal erscheinenden dagegen ist eine nicht unbeträchtliche Steigerung des Abonnementspreises wahrzunehmen. Es sind das die Zeitungen, die fast ausschließlich in den kleineren Städten und auf dem Lande ihre Verbreitung finden, deren Auflagenhöhe, Inseratenpreis und Inseratenzahl enge, lokalgegebene Grenzen gezogen sind. Sie können daher eine Ermäßigung des Abonnements nicht durch erhöhte Inserateneinnahmen ausgleichen. Bei einigen Zeitungen ist auch der Zwang zu einer Ermäßigung nicht so stark, da ihnen bei ihrer speziellen Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse die großen Zeitungen weniger Konkurrenz machen. Dagegen zwingen die an Inseraten reichen, billigen Zeitungen auch die übrigen, täglich ausgegebenen Blätter, vor allem die an dem nämlichen oder leicht erreichbaren Platz erscheinenden, die sich solcher Inserateneinnahmen nicht erfreuen, zur Festsetzung des gleichen oder eines ähnlichen Abonnementssatzes, eine Entwicklung, die allerdings in der Zeit von 1886 bis 1909 nahezu einen Stillstand erfahren hat, da es in Württemberg (im Gegensatz zu anderen Teilen des Reichs) gelungen ist, ein weiteres Sinken zu verhindern und so im großen Ganzen die wirtschaftlichen Verhältnisse des Zeitungsgewerbes gesund zu erhalten.

Der Durchschnittsabonnementspreis für sämtliche Zeitungen ist sogar gestiegen, er betrug 1876: 4,24 ℳ, 1887: 4,07 ℳ, 1909 aber 4,89 ℳ. Das findet seine Erklärung in dem konstatierten starken Übergang zu einem häufigeren, besonders dem sechsmaligen Erscheinen, bezw. der Neugründung täglich erscheinender Zeitungen in den letzten Jahrzehnten, während von 1877 bis 1886 der Übergang zur täglichen Ausgabe gering war (vergl. Tabelle 13). Die württembergischen Zeitungen weisen allerdings in den Rubriken, in denen das Vorhanden-

(Fortsetzung p. 160.)

Tabelle 32.

Abonnementspreise (in Mk.) der Zeitungen, je nach Erscheinungsweise und Parteistellung.

Erscheinungsweise	Regierungsorgan	Parteilos (amtlich)	Nationalliberal	Fortschr. Volkspartei	Liberal	Konserv. u. Bd. d. Landw.	Zentrum	Sozialdemokratie	Zusammen
Neckarkreis									
1 mal . . .	—	1.47	—	—	—	—	—	—	1.47
2 mal . . .	—	3.05	—	—	—	—	—	—	3.06
3 mal . . .	—	3.70	—	4.60	—	—	—	—	3.77
4 mal . . .	—	4.24	—	4.13	4.60	—	—	—	4.24
5 mal . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6 mal . . .	12.00	4.75[1])	5.30	5.56	7.20	6.25	6.80	7.07	5.59
7 mal . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12 mal . . .	—	—	15.60	—	—	—	—	—	15.60
	12.00	4.09	8.73	5.16	6.33	6.25	6.80	7.07	**4.87**
Schwarzwaldkreis									
1 mal . . .	—	16.7	—	—	1.80	—	—	—	1.70
2 mal . . .	—	3.00	—	—	2.20	—	—	—	2.60
3 mal . . .	—	4.20	—	—	—	4.60	—	—	4.40
4 mal . . .	—	4.03[2])	4.40	4.40	—	—	—	—	4.14
5 mal . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6 mal . . .	—	4.91	4.51	4.84	5.25	—	5.04	6.00	4.91
7 mal . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12 mal . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	3.99	4.50	4.71	4.17	4.60	5.04	6.00	**4.37**
Jagstkreis									
1 mal . . .	—	1.80	—	—	—	—	—	—	1.80
2 mal . . .	—	—		—	—	—	—	—	—
3 mal . . .	—	3.40	3.60	4.00	—	—	—	—	3.67
4 mal . . .	—	4.40	—	—	—	—	—	—	4.40
5 mal . . .	—	—	—	—	—	5.20	—	—	5.20
6 mal . . .	—	5.08	5.60	4.95	5.07	4.80	5.20	—	5.11
7 mal . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12 mal . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	4.56	4.93	4.76	5.07	5.00	5.20	—	**4.81**

[1]) Das Stuttgarter Amtsblatt nicht eingerechnet.
[2]) Das Reutlinger Amtsblatt nicht eingerechnet.

Erscheinungsweise	Regierungsorgan	Parteilos (amtlich)	Nationalliberal	Fortschr. Volkspartei	Liberal	Konserv. u. Bd. d. Landw.	Zentrum	Sozialdemokratie	Zusammen
Donaukreis									
1 mal . . .	—	2.80[1])	—	—	—	—	—	—	2.80
2 mal . . .	—	—[1])	—	—	—	—	3.60	—	3.60
3 mal . . .	—	3.28[1])	—	—	3.80	—	3.90	—	3.43
4 mal . . .	—	3.60	3.80	—	—	—	4.47	—	3.95
5 mal . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6 mal . . .	—	5.60	5.07	4.60	—	5.40	5.56	6.00	5.46
7 mal . . .	—	—	—	5.60	—	—	—	—	5.60
12 mal . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	3.44	4.75	4.93	3.80	5.40	5.17	6.00	**4.57**
Württemberg									
1 mal . . .	—	1.87	—	—	1.80	—	—	—	1.86
2 mal . . .	—	3.04	—	—	2.20	—	3.60	—	3.00
3 mal . . .	—	3.54	3.60	4.30	3.80	4.60	3.90	—	3.66
4 mal . . .	—	4.10	4.10	4.24	4.60	—	4.47	—	4.16
5 mal . . .	—	—	—	—	—	5.20	—	—	5.20
6 mal . . .	12.00	4.87	4.90	5.18	5.62	5.87	5.50	6.53	5.44
7 mal . . .	—	—	—	5.60	—	—	—	—	5.60
12 mal . . .	—	—	15.60	—	—	—	—	—	15.60
	12.00	4.02	5.33	4.97	4.85	5.63	5.25	6.53	**4.68**

sein einer größeren Anzahl Zeitungen einen Vergleich überhaupt zuläßt, durchweg niedrigere Abonnementspreise als die bayerischen Zeitungen auf — auffallend ist die starke Differenz besonders bei den Wochenblättern.

Auch für Württemberg ergibt sich ein Steigen des Abonnementspreises nach der Häufigkeit des Erscheinens; aber wenn auch die seltener herausgegebenen Blätter absolut billiger sind, so sind trotz des reicheren Stoffes die täglich und öfters herausgegebenen Zeitungen relativ billiger, wie sich aus folgenden Zahlen ergibt:

Preis	1mal	2mal	3mal	4mal	5mal	6mal	7mal	12mal
des Jahresabonnements ℳ	1,96	2,75	3,76	4,20	5,00	5,76	4,80	13,60
einer Zeitungsnummer Pfg.	38	26	24	20	19	19	13	22

[1]) Amts- und Vereinsanzeiger für Eislingen, Ulmer Amtsblatt, Friedrichshafener Kur- und Badeblatt nicht eingerechnet.

In den einzelnen Kreisen (Tabelle 32) zeigt zwar der industrielle Neckarkreis den höchsten Abonnementsdurchschnittspreis, aber ihm nahe kommt der landwirtschaftliche Jagstkreis, den niedrigsten Durchschnittspreis weist der gleichfalls stark mit Industrie durchsetzte Schwarzwaldkreis auf. Diese Unterschiede erklären sich einmal aus der ungleichen Verteilung der Erscheinungsweise, dann aber auch durch den Einfluß einiger teurer Zeitungen Stuttgarts (Staatsanzeiger, Schwäb. Merkur, einzelner Parteiblätter), der im Neckarkreis so stark ist, daß z. B. trotz der Billigkeit der parteilosen, 6 mal erscheinenden Zeitungen in der Provinz (4,75 ℳ gegen 5,60 ℳ im Donaukreis) dieser Kreis auch unter den täglich erscheinenden Zeitungen immer noch den höchsten Abonnementsdurchschnittspreis behält. Der Gegensatz der Abonnementspreise in industrialisierten und in landwirtschaftlichen Kreisen, wie ihn Allaire (p. 58) für Bayern gefunden hat — höchster Jahresabonnementsdurchschnittspreis in der industriellen Pfalz, niedrigster im landwirtschaftlichen Niederbayern — läßt sich für Württemberg nicht feststellen, da hier bei der relativ kleinen Zahl von Zeitungen die Ausgleichung nach dem Gesetz der großen Zahl nicht wirksam wird. Aus dem nämlichen Grund sind die Abweichungen von der Regel, daß mit steigender Auflage auch die durchschnittlichen Abonnementspreise steigen, erheblicher, eine regelmäßige Steigerung läßt sich nur bei den Zeitungen bis zu 7000 Auflage feststellen, also bei den Zeitungen, die in Württemberg am häufigsten sind. Bei den Blättern mit höherer Auflage dagegen, deren es nur wenige sind, werden, auch wenn man die Erscheinungsweise berücksichtigt, recht erhebliche Schwankungen deutlich: so sind die täglich erscheinenden Blätter mit einer Auflage von 7—15 000 durchschnittlich billiger, als die mit 3—7000 Auflage. Die täglich erscheinenden Blätter mit 35—70000 Auflage billiger, als die mit 15—35 000 Auflage. Übrigens ist nach Schacht (1879) auch für die Zeitungen des Reichs eine Ausnahme von der Regel bei Blättern mit einer Auflage von 7—15 000 festzustellen. Bei den Zeitungen mit sehr großen Auflagen ist die Steigerung des Abonnementspreises langsamer, sowohl bei den Zeitungen des Reichs, wie speziell Bayerns, in Württemberg fällt er sogar. Die 3 Blätter, die sich in Württemberg einer solchen Auflage erfreuen, sind solche mit einem sehr ausgedehnten Inseratenteil, und ihr Abonnementspreis, auf die möglichste Massenverbreitung berechnet, ist deshalb niedrig festgesetzt. Die parteilosen oder allgemein liberalen Blätter, meist Lokalblätter großer oder größerer Städte, mit ihren in der Regel niedrigen Abonnementspreisen erklären jenes langsame Ansteigen der Abonnementspreise in den höchsten Auflagen.

Weitaus die teuersten Blätter (mit Ausnahme des „Staatsanzeigers") sind die sozialdemokratischen, die billigsten die parteilosen, ein Er-

gebnis, das auch für Bayern und wohl allgemein gilt. Der relativ teure Preis der sozialdemokratischen Blätter, die in Württemberg keine großen Überschüsse abwerfen, erklärt sich, auch abgesehen von der schwächeren geschäftlichen Fundierung, daraus, daß diese Zeitungen wegen ihrer politischen Richtung schon von vorneherein mit einem beschränkten Inseratenteil zu rechnen haben, sie sich also weit mehr, als z. B. die parteilosen Zeitungen, auf die Abonnementseinnahmen stützen müssen, und auch ihre Einnahmen aus Akzidenzarbeiten gering sind. Berücksichtigt man die Erscheinungsweise, so stehen an Billigkeit den parteilosen die nationalliberalen Blätter sehr nahe, was nach dem im Kapitel „Die Parteien und die Presse" (p. 105) Gesagten verständlich ist: es sind ältere Blätter mit dem Amtsblattprivileg und seinen Vorteilen für Abonnentenzahl und Inseratenumfang, mit gutem Akzidenzbetrieb etc., während die jüngere, unter schwierigen Verhältnissen entstandene volksparteiliche Presse und die zum Teil mit großen Kosten geschaffene Zentrumspresse höhere Abonnementspreise aufweisen. Diese werden noch von den konservativen Blättern übertroffen.[1])

B. Das Inserat.[2])

Zwischen der Verbreitung einer Zeitung und dem Wachstum ihrer Inserateneinnahmen besteht eine Wechselwirkung: steigende Auflage

[1]) Gerster berechnete für 1909 auf Grund der von den einzelnen Blättern angegebenen Auflagen und Preise, daß für Zeitungsabonnements jährlich ausgegeben wird im

Stadtdirektionsbezirk Stuttgart rund	1 500 000	ℳ
übrigen Neckarkreis	770 000	„
Schwarzwaldkreis	430 000	„
Jagstkreis	450 000	„
Donaukreis	650 000	„
zusammen	3 800 000	ℳ

gegen 1 368 000 ℳ im Jahre 1886 = 177 % mehr. Nach Abzug der von außerwürttembergsichen Lesern entrichteten Abonnementsgebühr mit rund 300 000 ℳ verblieben noch 3 500 000 ℳ oder pro Kopf 1,52 ℳ gegen 65 Pfg. i. J. 1886 und 50 Pfg. i. J. 1876. Diese Steigerung ist einmal der enorm gewachsenen Auflage, sodann dem häufigeren Erscheinen zuzuschreiben. Allaire findet für Bayern einen Durchschnittssatz von 1,15 ℳ, Schacht für Deutschland etwas über 1 ℳ.

[2]) Die in den nachfolgenden Berechnungen zu Grund gelegten Inseratentarife der Zeitungskataloge von Mosse sind Höchstsätze. Die meisten Zeitungen gewähren den Lokalinserenten einen niedrigeren regulären Preis, und dazu kommen die Rabatte, die sowohl die Lokalinserenten bei mehrfacher Insertion, bei kleinen Zeitungen auch ohne eine solche,

bringt der einzelnen Zeitung vermehrte Inserate und ermöglicht höhere Inseratenpreise; ein umfangreicher Inseratenteil, und besonders der Reichtum an sogenannten „kleinen" Anzeigen, wird ein wichtiges Moment für die Verbreitung des Blattes. Daher die vielgeübte Praxis meist neugegründeter Blätter, jedem Abonnenten 3 oder 5 Inseratenzeilen für kleine Anzeigen „kostenlos", lediglich gegen eine Schreibgebühr, einzuräumen. Der Inseratenteil gibt immer mehr den Ausschlag für den gesamten geschäftlichen Erfolg des Unternehmens und damit auch vielfach für die redaktionelle Haltung des Blattes. Die Politik des Zeitungsgeschäftes richtet sich also auf eine Steigerung der Abonnentenzahl mit Hilfe eines möglichst niedrig gehaltenen Abonnementspreises auf der einen, und mit vermehrter Auflage auf eine Steigerung des Inseratengewinnes durch erhöhte Inseratentarife auf der anderen Seite. Darum entwickeln sich Abonnements- und Inseraten-Preise in entgegengesetzter Richtung: zeigen die Abonnementspreise eine sinkende, so die Inseratenpreise eine steigende Tendenz (Tabelle 33).

Nach dem Mosse'schen Katalog finden wir für das Jahr 1881 allerdings noch höhere Preise als gegenwärtig, aber das erklärt sich aus der großen Lückenhaftigkeit der dort verzeichneten Zeitungen. Mosse führt nur 21 württembergische Zeitungen auf, während Schott 1876 bereits 108 Zeitungen registriert. Es fehlen bei Mosse nahezu alle kleineren Blätter, die niedrige Inseratenpreise haben, so daß die für 1881 gefundenen Zahlen zu hoch sind und einen Vergleich nicht zulassen. Dagegen weist der Jahrgang 1892 des Mosse'schen Katalogs eine so große Vollständigkeit auf, daß sichere Schlüsse möglich sind.

Ein Vergleich der Ergebnisse von 1892 und 1909 ergibt ein Steigen des durchschnittlichen Inseratenpreises von 9,4 Pfg. auf 11,9 Pfg. pro Zeile. Die Erhöhung der Inseratenpreise beträgt also 2,5 Pfg. pro Zeile oder über 25 %. Sie ist prozentual geringer bei den Zeitungen mit Auflagen bis zu 7000 und nimmt zu bei den verbreiteten Zeitungen. Aber aus diesen Zahlen ist die tatsächlich eingetretene Preissteigerung der Inserate noch nicht voll ersichtlich. Es wurde die Spaltenbreite bei der Berechnung außer Betracht gelassen. Nach meinen Feststellungen aber hat sich die Spaltenbreite von 1892 bis 1909 nicht unbeträchtlich verringert, nämlich von 54,2 mm auf 49,2 mm oder um 5 mm = ca. 10 %. Und berücksichtigt man, daß auch die Zeilenhöhe, für die Angaben bei Mosse 1892 allerdings fehlen, abgenommen hat,

als auch die Inseratenagenturen und auswärtigen Großinserenten erhalten. Aber da der Verband der Zeitungsverleger nicht ohne Erfolg den Kampf gegen die ungeregelte und zu hohe Rabattgewährung führt, wird die tatsächliche Steigerung der Inseratenpreise die im nachfolgenden festgestellte noch übertreffen.

Tabelle 33.

Anzeigen- und Reklamepreise (in Pfg.) der Zeitungen je nach Erscheinungsweise und Auflage.

1881

Erscheinungsweise	Auflage bis 3 000	Auflage bis 7 000	Auflage bis 15 000	Auflage bis 35 000	Auflage über 70 000	Zusammen
1 mal	—	—	—	—	12,0	12,0
4 mal	11,0	8,7	—	—	—	9,6
5 mal	—	10,0	—	—	—	10,0
6 mal	11,0	11,2	15,0	16,5	—	12,9
7 mal	—	—	20,0	—	—	20,0
Zusammen	11,0	10,1	16,2	16,5	12,0	**12,2**

1892

Erscheinungsweise	Aufl. b. 500		Aufl. b. 900		Aufl. b. 3000		Aufl. b. 7000		Aufl. b. 15000		Aufl. b. 35000		Zusammen		Unbekannt	
	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R
1 mal	—	—	6,0	20,0	6,0	10,0	11,0	16,5	—	—	15,0	40,0	10,7	23,5	7,3	11,0
2 mal	9,0	10,0	6,0	10,0	9,0	15,0	—	—	—	—	—	—	8,4	11,7	6,0	10,0
3 mal	7,6	12,1	8,1	14,1	8,5	14,2	—	—	—	—	—	—	8,2	13,8	8,8	15,7
4 mal	—	—	10,0	12,0	9,0	16,0	9,7	18,3	—	—	—	—	9,2	16,2	5,0	10,0
5 mal	—	—	—	—	8,5	16,0	8,0	10,0	—	—	—	—	8,3	13,0	—	—
6 mal	5,0	15,0	—	—	9,9	21,2	10,9	28,7	12,4	38,0	20,0	50,0	10,9	27,2	11,4	18,8
7 mal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15,0	25,0	15,0	25,0	—	—
12 mal	—	—	—	—	—	—	—	—	20,0	80,0	—	—	20,0	80,0	—	—
Zusammen	7,6	12,2	8,0	14,0	8,9	16,2	10,6	24,7	13,4	45,0	16,3	38,8	**9,4**	**19,1**	8,9	14,6

Erscheinungsweise	Aufl. b. 500		Aufl. b. 900		Aufl. b. 3000		Aufl. b. 7000		Aufl. b. 15000		Aufl. b. 35000		Aufl. b. 70000		Zusammen		Unbekannt	
	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R
1 mal	8,0	15,0	-	-	25,0	40,0	12,5	45,0	—	-	22,5	55,0	22,5	100,0	18,5	56,9	12,0	15,0
2 mal	—	—	8,0	17,5	9,0	20,0	—	—	—	—	—	—	—	—	8,6	19,0	—	—
3 mal	10,0	15,0	9,4	17,4	9,5	19,1	—	—	—	—	15,0	—	-	—	9,7	18,5	10,0	18,7
4 mal	—	—	9,0	17,5	10,1	18,5	13,5	27,0	—	—	—	—	—	—	10,4	19,3	15,0	30,0
5 mal	—	—	—	—	10,0	25,0	—	—	—	—	—	—	—	—	10,0	25,0	—	—
6 mal	—	—	10,0	20,0	10,3	22,3	12,4	31,2	16,9	45,0	21,0	62,5	22,3	78,3	12,6	31,2	12,4	31,1
7 mal	—	—	—	—	15,0	40,0	—	—	—	—	—	—	—	—	15,0	40,0	—	—
12 mal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,0	60,0
Zusammen	9,0	15,0	9,3	17,9	10,3	21,1	12,4	31,7	16,9	45,0	20,4	58,7	22,3	87,0	**11,9**	**28,1**	12,6	28,8

während gleichzeitig das Format der Zeitungen gewachsen ist und damit eine stärkere Ausnützung durch Inserate gestattet, so darf man annehmen, daß die Preiserhöhung der Inserate in 17 Jahren zwischen 40 und 50 % betragen wird.

Etwas stärker mögen noch die Preise der sogenannten Reklamen gestiegen sein. Für diese unmittelbar an den redaktionellen Teil sich anschließenden Notizen ist ein höherer Preis zu zahlen, als für die gewöhnlichen Inserate. Das erklärt sich sowohl aus der bevorzugten Stellung dieser Notizen, die ihnen eine erhöhte Aufmerksamkeit der Zeitungsleser sichert, als auch aus der größeren Zeilenbreite. Es beträgt nämlich die Durchschnittsbreite einer Reklamezeile 1892: 78,3 mm gegen 54,2 mm einer Inseratenzeile, 1909 83,7 mm gegen 49,2 mm einer Inseratenzeile, während der Reklamepreis pro Zeile 1892 19,1 Pfg. gegen 9,4 Pfg. Inseratenpreis und 1909: 28,1 Pfg. gegen 11,9 Pfg. Inseratenpreis beträgt. Die Spaltenbreite der Reklamen ist also nicht ganz doppelt so groß, ihr Preis fast 2½ mal so hoch wie der der Inserate. In dieser Differenz wird deutlich, was die Inserenten für den bevorzugten Platz dieser Notizen zu zahlen haben. Auch der Reklamepreis ist seit 1892 — im Jahre 1881 finden sich Reklamenotizen überhaupt nicht — gestiegen, und zwar stärker gestiegen, als der Inseratenpreis, nämlich von 19,1 auf 28,1 Pfg. oder um 9 Pfg. pro Zeile, d. s. fast 50 %, also nahezu doppelt so stark wie der Inseratenpreis. Das erklärt sich einmal daraus, daß die Einrichtung der Reklamenotizen damals bei den württembergischen Zeitungen noch ziemlich neu gewesen sein muß — denn die Zeitungen (8 von 126) hatten sie überhaupt noch nicht eingeführt oder machten gar keine oder ganz geringe Preisunterschiede zwischen Inseraten und Reklamen — sodann aus der im Gegensatz zu der Inseratenbreite vergrößerten Spaltenbreite, die, von der Spaltenbreite des redaktionellen Textes bestimmt, sich mit dem wachsenden Format der Zeitungen ergab (siehe oben). Eine große Rolle spielt übrigens im Vergleich zu den Gesamteinnahmen aus Inseraten die Einnahme aus Reklamen nicht.

Neben der vermehrten Zahl der Inserate muß also auch ihr erhöhter Preis die gestiegenen Produktionskosten des Zeitungsbetriebs decken. Diese Durchsetzung höherer Inseratenpreise gelingt den verbreiteten Zeitungen am leichtesten, und so weisen die verschiedenen Auflagegrößen mit der Auflage steigende Inseraten- und Reklamepreise auf: für die größere Leistung, das ist die stärkere Verbreitung des Inserats, verlangt der Verleger eine höhere Gegenleistung. Inseraten- und Reklamepreise steigen auch im großen Ganzen mit der Häufigkeit des Erscheinens, nur die einmal wöchentlich ausgegebenen Blätter weisen einen recht erheblich höheren Durchschnittssatz auf. Allaire hat die nämliche Tatsache für Bayern festgestellt. Er hat sie darauf

zurückgeführt, daß diese Art von Zeitungen in der Stadt keine kleinen Anzeigen enthalten, sondern Geschäftsempfehlungen und ähnliche Inserate, und diese, nominell wenigstens, höher bezahlt werden müssen, während die auf dem Lande erscheinenden Wochenblätter dank des Monopols in ihrem Verbreitungsgebiete höhere Preise für ihre Inserate verlangen können. Die Erklärungsgründe gelten für Württemberg nicht allein: kleine Wochenblätter hat Württemberg mit einer einzigen Ausnahme nicht mehr. Die Wochenblätter Württembergs haben zum Teil eine sehr beträchtliche Auflage, ihr Charakter nähert sich der Zeitschrift und auch daraus erklärt sich der höhere Preis für Inserate und Reklamen; soziale, berufliche etc. Zusammensetzung ihres Leserkreises, der ein einheitlicherer, weniger bunt zusammengesetzter, z. B. ein ländlicher, ist, ermöglicht dem Verlage, höhere Preise durchzusetzen.[1])

Ein Vergleich der Inseratenpreise der Blätter nach der Parteistellung der Zeitungen (Tabelle 34) ergibt, daß die parteilosen Blätter auch hier am billigsten sind. Sie werden nur von den wenig verbreiteten konservativen an Billigkeit übertroffen. Relativ teuer sind die sozialdemokratischen Blätter, die noch von den großen Blättern liberaler Richtung übertroffen werden. Billiger als die Inserate der nationalliberalen Zeitungen sind die der volksparteilichen, was seine Erklärung in der größeren Verbreitung der nationalliberalen Zeitungen findet, während die Preise der Zentrumsblätter sich in der Mitte halten.[2])

C. Das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben.

Schon die Untersuchung der Inseraten- und Abonnementspreise hat für die Relation der zwei wichtigsten Einnahmequellen und damit

[1]) Bei dieser Gelegenheit sei gegen die Berechnung, die Allaire auf p. 65 u. 66 anstellt, um zu zeigen, daß zum Inserieren die Zeitung mit größerer Verbreitung stets vorzuziehen ist, folgendes bemerkt: die Zusammensetzung des Leserkreises einer sehr verbreiteten Zeitung kann derart sein, daß ein dort erscheinendes Inserat weniger Lesern, für die es bestimmt ist, unter die Augen kommt, als wenn es in einem Blatte mit geringerer Auflage, das aber seine Verbreitung gerade in einer bestimmten Berufsschicht hat, veröffentlicht würde. Die Untersuchung des Inseratenteils der Zeitung läßt auch erkennen, daß die Inserenten die Auswahl der Zeitungen durchaus nicht nach der von Allaire angestellten Berechnung treffen, sondern ebenso auch nach dem eben erwähnten Gesichtspunkt der Zusammensetzung des Abonnentenkreises, der wie den Inhalt des redaktionellen Teils, auch den des Inseratenteils mit bestimmt.

[2]) Berechnungen der Inserateneinnahmen der Zeitungen aus der Zahl und Größe der Inserate und aus den regulären Inseratenpreisen liefern für die tatsächliche Inserateneinnahme kein brauchbares Ergebnis wegen der schon erwähnten Rabattgewährung an Groß-Inserenten etc.

Tabelle 34.

Anzeigen- und Reklamepreise (in Pfg.) der Zeitungen, je nach Erscheinungsweise und Parteistellung.

Tendenz	1 mal		2 mal		3 mal		4 mal		5 mal		6 mal		7 mal		12 mal		zusammen	
	A[1])	R[1])	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R
Regierungsorgan .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,0	75,0	—	—	—	—	20,0	75,0
Parteilos (amtlich)	15,9	45,6	8,5	18,0	9,6	20,3	10,1	18,5	—	—	11,9	26,4	—	—	—	—	11,1	24,1
Nationalliberal . .	—	—	—	—	8,0	15,0	13,5	20,0	—	—	12,5	28,4	—	—	20,0	70,0	12,8	29,0
Fortschrittl. Volksp.	—	—	—	—	10,0	15,0	11,6	17,0	—	—	11,7	26,6	15,0	40,0	—	—	11,8	24,6
Liberal	20,0	50,0	—	—	10,0	15,0	10,0	15,0	—	—	15,2	46,1	—	—	—	—	14,8	41,3
Konserv. u. Bd. d. Ldw.	—	—	—	—	10,0	20,0	—	—	10,0	25,0	10,9	35,0	—	—	—	—	10,6	31,9
Zentrum	—	—	8,0	20,0	10,0	25,0	9,3	20,0	—	—	12,8	33,7	—	—	—	—	12,2	31,5
Sozialdemokratie .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,3	42,5	—	—	—	—	13,3	42,5
	16,3	46,0	8,4	18,3	9,6	19,9	10,4	18,2	10,0	25,0	12,5	31,3	15,0	40,0	20,0	70,0	**11,8**	**27,8**

[1]) A = Anzeige; R = Reklame.

für die Kenntnis des Zeitungsgeschäfts überhaupt zahlenmäßige Unterlagen gegeben. Diese erhalten eine bestimmtere und eingehendere Aufklärung und ihre Ergänzung auf der Ausgabenseite durch nachstehende Tabelle, die m. W. das reichste Material enthält, das für die geschäftlichen Grundlagen der verschiedenen Zeitungstypen bis jetzt gewonnen werden konnte.

I und II sind die beiden größten Stuttgarter Zeitungen: „Neues Tagblatt" und „Württemberger Zeitung", also hauptstädtische Zeitungen liberalen, bezw. parteilosen Charakters mit sehr ausgedehntem Leserkreis, sehr starkem Inseratenteil und von bedeutendem Umfang. III ist im Gegensatz dazu ein verbreitetes, parteiloses (amtliches) Provinzblatt, dessen Erscheinungsort eine kleinere Stadt mit überwiegend landwirtschaftlicher Umgebung ist. IV ist ein parteiloses Blatt, das als weitaus verbreitetstes und an Inseraten reiches in einer Industriestadt in sehr industriereicher Umgebung erscheint. V ist ein Provinzblatt nationalliberaler Richtung, das gleichfalls in einer Industriestadt, und zwar mittlerer Größe, und in industrieller Umgebung herausgegeben wird. VI ist der „Beobachter", das offizielle Organ der Volkspartei. VII ein volksparteiliches Provinzblatt mittlerer Verbreitung, erscheinend in einer Industriestadt und Industriegegend, VIII ein kleineres volksparteiliches Provinzblatt einer kleinen Stadt in einer Umgebung, in der neben ausgedehnter Landwirtschaft auch eine starke Arbeiterbevölkerung vertreten ist. IX ist ein Zentrumsblatt einer industriereichen Stadt, X ist das sozialdemokratische Landesorgan, die ‚Schwäbische Tagwacht" [1]). XI eines der sozialdemokratischen Provinzblätter, die sämtliche in den größeren Städten des Landes erscheinen. XII ein stark verbreitetes volksparteiliches Provinzblatt in größerer Stadt mit ausgedehnter Industrie. Sämtliche Zeitungen werden sechsmal wöchentlich ausgegeben. Es sind also (mit Ausnahme der allerkleinsten Blätter) alle Verbreitungsgrößen und alle Parteirichtungen (mit Ausnahme der konservativen) vertreten, und die Zeitungen erscheinen in Gebieten mit verschiedener Berufsschichtung.

Was die Einnahmen anlangt, so ergeben sich für das Verhältnis von Abonnements- und Inserateneinnahmen sehr stark differierende Zahlen.[2]) Zwar übertreffen die Inserateneinnahmen die aus

[1]) Nach dem Bericht des Landesvorstandes an die Landesversammlung 1913.

[2]) Allaire hat nach Berechnungen ein Verhältnis der Einnahmen aus den Abonnements- und Insertionsgebühren von etwa 4 : 5 gefunden, auf Grund eines Fragebogens von Verlegern kleinerer Zeitungen, die Angaben 1 : 2, 1 : 3, 1 : 4, 2 : 3, 3 : 4 erhalten; ein einziger Verleger gab an, daß sich die Einnahmen aus den Abonnements doppelt so hoch belaufen, wie die aus Inseraten.

Tabelle 35.

Einnahmen aus	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Abonnements	26,1	38,26	40,0	30,5	30,00	45,0	35,0	50,0	40,0	53,40	62,40	Verhältnis
Inseraten	68,1	59,09	60,0	69,5	66,67	47,0	50,0	40,0	56,0	46,08	30,35	wie 2 : 3
Diversem	5,8	2,65	—	—	3,33	8,0	15,0	10,0	4,0	0,52	7,25	
	100,0	100,00	100,0	100,0	100,00	100,0	100,0	100,0	100,0	100,00	100,00	

Ausgaben für	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Redaktion	9,4	15,03	18,0	—	10,0	23,0	13,0	—	40,0	11,21	8,35	—
Expedition (Verlag, Buchhaltung)	5,3	4,25	7,0	—	7,0	7,0	10,0	—	4,0	4,76	10,06	—
Papier	31,0	32,25	20,0	—	10,0	10,0	10,0	—	12,0	23,69	18,42	—
Satz und Druck	12,6	15,21	40,0	—	48,0[1]	50,0	45,0	—	40,0	47,46	52,12	—
Versand	12,1	18,52	3,0	—	3,0	—	4,0	—	2,0	5,71	4,50	—
Inseratenprovision	1,8	2,26	3,0	—	1,0	—	2,0	—	—	4,37	3,60	—
Mietzins, bezw. Amortisation des Grundstücks	—	3,58	6,0	—	5,0	1,0	6,0	—	—	2,80	0,91	—
Diverses	27,4	8,90	3,0	—	2,0	9,0	10,0	—	2,0		2,05	—
	100,0	100,00	100,0	—	86,0[2]	100,0	100,00	—	100,0	100,00	100,00	—

[1]) Inclusive Beilage.

[2]) Dazu 5% Verzinsung mit 9% Reingewinn.

dem Abonnement fast durchweg. Eine Ausnahme machen die Zeitung VIII, bei der die Abonnementsgebühren zu den Inseratenein-nahmen sich wie 5 : 4 verhalten, und die beiden sozialdemokratischen Blätter. Bei jener wird, wie auch sonst bei manchen kleinen Zeitungen[1]), die Kleinheit des Erscheinungsortes, die Berufsgliederung des Verbreitungsgebiets (landwirtschaftliche und Arbeiterbevölkerung) den relativ kleinen Inseratenteil bedingen. Bei den sozialdemokratischen Blättern sind die Konkurrenz der großen Zeitungen, die von der Geschäftswelt etc. zum Inserieren benutzt werden, und die politische Tendenz, die sich in der Hauptsache an die Arbeiterbevölkerung wendet und daher auch nur Inserate gewinnt, die für diese Bevölkerungsschicht bestimmt sind, für die Entwicklung der Inserateneinnahmen ein Hindernis. Die Höhe der Abonnementspreise der sozialdemokratischen Blätter verschiebt das relative Verhältnis beider Einnahmequellen noch weiter zu Gunsten der Abonnementseinnahmen. Die Ergebnisse der beiden sozialdemokratischen Blätter bestätigen die von Munzinger aus dem Geschäftsabschluß des „Vorwärts" gewonnene Angabe, daß die ausgesprochenen Parteiblätter eine Ausnahme von der Regel machen, daß die Inserateneinkünfte jene aus dem Abonnement überwiegen. Der „Beobachter" widerspricht nur scheinbar dieser Tatsache, da sein Inseratenteil an die Annoncenexpedition Haasenstein & Vogler unter günstigen Bedingungen verpachtet ist.

Aber auch wenn man von den kleinsten und den ausgesprochenen Parteiblättern absieht, wird man sich vor einer Überschätzung der Bedeutung der Inserateneinnahmen hüten müssen. Der Satz Löbls (p. 158): „Der Käufer des Blattes zahlt mit dem Preis nur einen sehr geringen Teil der Gestehungskosten; diese müssen vielmehr zum großen Teil durch die Inserate hereingebracht werden," bedarf auch für die übrige Presse einer Einschränkung. Die mir gemachten Angaben zeigen, daß die Abonnementsgebühren auch bei Blättern mit verhältnismäßig recht reichem Inseratenteil durchaus nicht nur einen „sehr geringen Teil" der Produktionskosten decken, wenn sie auch an Bedeutung hinter den Inserateneinnahmen zurücktreten (die nämliche Feststellung macht Bensheimer p. 48). Sogar bei den Blättern I und II, bei denen die Verhältnisse durchaus den von Löbl angenommenen entsprechen: große Verbreitung, relativ niedriger Abonnementspreis, sehr bedeutender Inseratenteil (das „Neue Tagblatt" gibt in seiner Jubiläumsnummer von 1913 an, daß im letzten Jahr 210 748 Anzeigen erschienen sind, davon etwa 125 000 sogenannte kleine Anzeigen),

[1]) Bensheimer p. 37 und Garr p. 39 machen schon darauf aufmerksam, daß die Kosten vieler kleiner Blätter (bis 2000 Abonnenten) „überwiegend aus dem Abonnement gedeckt werden und die Inserate hier bei weitem nicht die ausschlaggebende Rolle wie bei den großen Zeitungen spielen".

verhalten sich die Abonnements- zu den Inseraten-Einnahmen immer noch wie etwa 1:2,5 bezw. 2:3, und dies Verhältnis 2:3 kehrt noch einigemale wieder, während sich ein für die Abonnementsgebühren ungünstigeres Verhältnis (1:2) nur bei zwei mittleren Blättern mit gewerbe- und handelsreichem Verbreitungsgebiet findet. Unter den 12 württembergischen Zeitungen finden sich die Verhältnisse 1:3 und 1:4, wie sie Allaire von kleinen Zeitungen mitgeteilt wurden, überhaupt nicht. So ergibt sich zwar eine starke Verschiedenheit des Verhältnisses von Abonnements- und Inseraten-Einnahmen auch innerhalb gleicher Zeitungstypen, aber es wird als das regelmäßige Verhältnis, wie für das Gros der württembergischen, so für das der deutschen Zeitungen überhaupt, ein Verhältnis zwischen 1:2 und 2:3 angesehen werden dürfen.

Die Ausgaben einer Zeitung sind konstante und variable. Als konstante Posten, die unabhängig von der Auflagehöhe der Zeitung unter Annahme des nämlichen Inhalts und Umfangs sich gleich bleiben, führt Löbl auf: Ausgaben für die Gebäudemiete bezw. der Zins und die Amortisationsquote des eigenen Gebäudes, die Ausgaben für Gehälter und Honorare, Depeschengebühren und sonstige redaktionelle Ausgaben, Satzkosten, endlich Verzinsung und Amortisierung des Anlagekapitals. Als variable Kosten, Ausgaben, deren Höhe von der Höhe der Auflage bestimmt werden, nennt Löbl die Papierkosten, die Druckkosten (Druckfarbe und Maschinenabnützung), Verschleißprovisionen und Austrägergebühren. Ich mußte der Verwertbarkeit der für die „Schwäb. Tagwacht" veröffentlichten Zahlen wegen, und um die Angaben leichter zu erhalten, eine andere Einteilung wählen. Aber auch dabei ergab sich eine Schwierigkeit, das Verhältnis[1]) der verschiedenen Ausgaben festzustellen, aus der gewöhnlichen Verbindung von Zeitungs- und Akzidenzdruckerei. Mehrere Blätter haben wegen dieser Schwierigkeit, bezw. Unmöglichkeit einer Ausscheidung des Zeitungsbetriebs von dem übrigen Buchdruckereibetrieb (ein Teil des Personals arbeitet teils in der Zeitung, teils im Akzidenzfach etc.) vorzunehmen, Angaben über das Verhältnis der Ausgaben nicht gemacht. Dazu kommt, daß die Zuteilung einzelner

[1]) Auf die Gewinnung absoluter Ziffern wurde verzichtet, da zu deren Angabe sich die Verleger nur schwer entschließen können, und die Relation der einzelnen Posten und die damit feststellbaren Verschiebungen das Hauptinteresse beanspruchen. Von Interesse ist eine Angabe in der Jubiläumsnummer des „Neuen Tagblatts" über die absolute Höhe der Gesamtaufwendungen des Unternehmens, die von 839 112 ℳ im Jahre 1902 auf 1 430 184 ℳ im Jahre 1912 gestiegen sind. Absolute Ziffern aus dem Betriebe der „Schwäb. Tagw." gibt die Tabelle 36 und ferner enthält p. 180 f. einige absolute Ziffern.

Ausgaben in die Rubriken zweifelsohne nicht genau nach den nämlichen Grundsätzen erfolgte. Aber immerhin lassen sich aus den erhaltenen Mitteilungen einige bemerkenswerte Feststellungen machen. Interessant ist vor allem die Verschiebung zwischen Papier- und Druckkosten je nach der Auflage. Bei den 3 verbreitetsten und umfangreichsten Blättern, dem „Neuen Tagblatt", der „Württemberger Zeitung" und der „Schwäbischen Tagwacht" beanspruchen die Kosten für Papier 31,9 %, 32,25 % und 23,69 % sämtlicher Ausgaben, während sie bei den Blättern von geringerem Umfang (4—6 Seiten) und mit Auflagen bis zu 4000 Exemplaren bis auf 10 % herabsinken. Die verschiedene Bedeutung der Papierkosten findet ihre Erklärung, wenn wir den Papierverbrauch der Blätter vergleichen. Gerster[1]) hat dafür von den Verlagen der Zeitungen folgende Angaben erhalten: das „Neue Tagblatt" hatte 1909 einen Jahresverbrauch von 800 000 kg (1912: 2 Mill. kg), die „Württemberger Zeitung" von 1 Mill. kg, die „Schwäb. Tagwacht" von 300 000 kg, während die Blätter mit dem geringen Prozentsatz von Papierkosten bis höchstens 20 000 kg kommen. Auf der andern Seite nimmt die Bedeutung der Satz- und Druckkosten ab. Während sie bei den beiden großen Blättern nur 12,6 % und 15,21 % ausmachen (bei der „Schwäb. Tagwacht" allerdings noch 47,46 %[2]), steigen sie bei den mittleren und kleineren Zeitungen (Auflage bis zu 5000 Expl.) auf 40 bis 52 % der Ausgaben. Aus dem Verhältnis beider Ausgabeposten wird deutlich, welch' verschiedene Rolle für das Budget eines Zeitungsunternehmens Veränderungen in ihrer Preisgestaltung spielen: ein starkes Steigen oder Sinken der Papierpreise würde relativ in höherem Maße das Budget der großen Zeitungen, die Erhöhung der Arbeitslöhne und die Verkürzung der Arbeitszeit für Setzer und

[1]) Den Papierverbrauch der württ. Zeitungen berechnete Gerster auf jährlich ca. 7 ½ Mill. kg, der Verbrauch darf jetzt wohl auf ca. 9 Millionen kg geschätzt werden, so daß bei einem Durchschnittspreis von 22—23 ℳ pro 100 kg — bei großen Blättern ist der Preis etwas niedriger — die Ausgaben der württ. Zeitungen für Papier 2 Mill. ℳ sicherlich recht erheblich übersteigen.

[2]) Papier, Satz und Druck erfordern bei den beiden sozialdem. Blättern (X u. XI) den höchsten Anteil an den Produktionskosten 71,15 % bezw. 70,54 %, während ihr Anteil bei den beiden großen Blättern auf 47,46 % bezw. 44,5 % sinkt. Garr erwähnt, daß beim „Vorwärts" 80 %, bei der „L'Humanité" ca. 50 % des Gesamtaufwands auf Druck und Papier entfallen. Den Verhältnissen des „Vorwärts" kommen also die beiden sozialdemokratischen Blätter ziemlich nahe, denen des französischen Blattes die beiden großen württembergischen Blätter, obwohl es einen geringen Umfang hat.

Tabelle 36.

Einnahmen und Ausgaben der „Schwäb. Tagwacht“ in den Jahren 1905 bis 30. Juni 1913.

Absolut (in Mk.):

Einnahmen aus	1905	1906	1907	1908	1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910	1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911	1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912	1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913
Abonnements . . .	110 631	118 293	148 717	139 984	140 171	155 165	151 023	182 757
Inseraten	61 420	80 022	95 913	97 445	120 257	135 779	145 846	157 734
Diversem	10	38	233	2 169	1 009	475	1 176	1 777
Zusammen . .	172 061	198 353	244 863	239 598	261 437	291 419	298 045	342 268

Ausgaben [1]) für	1905	1906	1907	1908	1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910	1. Juli 1910 bis 30. Juni 1911	1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912	1. Juli 1912 bis 30. Juni 1913
Redaktion, Berichte (Unterhaltungsbl.)	21 992	25 911	40 319	37 484	30 037	31 567	34 917	37 487
Expedition	7 396	8 780	14 506	15 463	15 973	18 056	17 680	15 927
Rotationspapier . .	37 449	40 734	57 193	60 060	57 323	78 894	75 887	79 245
Satz und Druck . .	79 373	85 189	103 670	99 935	90 487	89 852	141 960	158 770
Versand	9 126	9 447	16 128	16 436	16 157	15 909	19 680	19 112
Inseratenprovision .	2 838	4 196	6 157	8 416	9 113	11 054	12 490	14 604
Gerichte, Anwälte .	—	858	1 249	1 525	528	1 021	1 230	650
Zusammen . .	158 174	175 121	239 222	239 319	219 638	246 353	303 844	325 795

Relativ:

Einnahmen aus	1905	1906	1907	1908	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13
Abonnements . . .	64,30	59,64	60,74	58,43	53,62	53,24	50,67	53,40
Inseraten	35,70	40,34	39,17	40,67	46,00	46,59	48,94	46,08
Diversem	—	0,02	0,09	0,90	0,38	0,17	0,39	0,52
Zusammen . .	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

Ausgaben[1]) für	1905	1906	1907	1908	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13
Redaktion, Berichte (Unterhaltungsbl.)	13,90	14,80	16,85	15,66	13,67	12,81	11,49	11,51
Expedition	4,68	5,01	6,06	6,46	7,27	7,33	5,82	4,89
Rotationspapier . .	23,68	23,26	23,91	25,09	26,10	32,03	24,98	24,32
Satz und Druck . .	50,18	48,64	43,34	41,76	41,20	36,47	46,72	48,73
Versand	5,77	5,40	6,74	6,87	7,36	6,46	6,48	5,87
Inseratenprovision .	1,79	2,40	2,58	3,52	4,16	4,49	4,11	4,48
Gerichte, Anwälte .	—	0,49	0,52	0,64	0,24	0,41	0,40	0,20
Zusammen . .	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00

[1]) Unter den Ausgaben sind **Mietzinse** weggelassen, da sie in früheren Jahren für die „Schw. Tagw." allein nicht ausgeschieden sind; daher auch die Differenzen der obigen Relativzahlen von denen in Tabelle 35. Von 1906–1908 bezog die „Schw. Tagw." ein Unterhaltungsblatt „Neue Welt", dessen Kosten den Redaktionsausgaben zugezählt wurden.

Drucker das der mittleren und kleineren beeinflussen.[1]) Allerdings sind im Gegensatz zu dem Arbeitslohn und der Arbeitszeit die Veränderungen im Papierpreis in den letzten Jahren nur gering gewesen.

Durch die überwiegende Bedeutung der Papierkosten bei Blättern von großem Umfang und großer Auflage findet ferner eine Tatsache ihre Erklärung, auf die schon Wehle (1878) u. a. und besonders eingehend Garr p. 50 ff. aufmerksam machten: daß die „Ausdehnung des Blattes, wenn sie über einen gewissen Umfang hinausgeht, für das Unternehmen verlustbringend zu werden beginnt", und daß „im Verein mit dieser Erscheinung auch die Steigerung der Auflage aufhört, unter allen Umständen ein Vorzug und Gewinn zu sein; denn wenn aus dem Umfang des Blattes ein Verlust resultiert, so muß dieser Verlust sich bei steigender Auflage vervielfältigen." Es sind, wie auch aus den Berechnungen Garrs an einem Wiener Blatt hervorgeht, vor allem die durch den großen Umfang und die hohe Auflage gesteigerten Papierkosten, die jene „Nutzgrenze" Büchers (Bücher: Das Gesetz der Massenproduktion. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 66. Jahrg. Tübingen, 1910, p. 429 ff.), den Punkt, an dem die weitere Produktionsvermehrung ökonomisch vorteilhaft zu sein aufhört, bestimmen.

Von den übrigen Ausgabeposten spielt eine besondere Rolle noch der Versand bei den Blättern mit sehr großer Auflage und weiter Verbreitung. Er beansprucht bei den beiden größten Blättern 12,1, bezw. 18,52 %, während er bei den übrigen Blättern keine sehr erhebliche Bedeutung hat. Den Apparat, den eine große Zeitung für den Versand zur Verfügung haben muß, schildert der Direktor des „Neuen Tagblatts", Esser, in der Jubiläumsschrift p. 45 f.: „Für die schnelle und gleichmäßige Ausbreitung des Blattes in den Mittagsstunden kommt wiederum das Prinzip der Dezentralisation in Anwendung, d. h. von dem annähernd 200 Personen umfassenden Trägerpersonal im Stuttgarter Bereich kommen nur etwa 80 Zeitungsträgerinnen in die Zentrale, um von hier aus direkt die inneren Stadtbezirke zu be-

[1]) Beim „Neuen Tagblatt" wurden im Jahre 1902 für Löhne und Gehälter 230 467,88 ℳ verausgabt, im Jahre 1912: 431 621,36 ℳ, davon lediglich an Arbeiterlöhnen 1902: 171 050,56 ℳ, 1912: 338 491,41 ℳ. Der tarifmäßige Minimallohn eines Stuttgarter Buchdruckergehilfen beträgt bei wöchentlich 53 stündiger Arbeitszeit jetzt im 1. Gehilfenjahr 22,91 ℳ, bis zum Alter von 21 Jahren 29,37 ℳ, von 21—24 Jahren 30,55 ℳ, über 24 Jahre 32,31 ℳ pro Woche. Der im Jahre 1912 von den im Tagblattbetriebe beschäftigten Buchdruckergehilfen vereinnahmte Durchschnittsverdienst einschließlich der Überstunden stellt sich auf 40,92 ℳ wöchentlich.

dienen. Die übrigen sind auf die Filialen rundum in der Stadt verteilt. So hat die einzelne Trägerin zunächst keinen weiten Weg zu ihrer Abholstelle, weil darauf geachtet wird, daß sie nicht allzuweit entfernt ihre Wohnstätte hat. Die Zustellung an das Trägerpersonal der einzelnen Filialen erfolgt durch unsere 4 Automobile. Nach Auslauf unserer Autos schwirren die Trägerinnen der Zentrale aus; es wird auf diese Weise erreicht, daß gegen Mittag alle Trägerinnen in Groß-Stuttgart im Austragen begriffen sind. — Neben der Bedienung der städtischen Leser hat die Beförderung auf die Züge zu erfolgen, mit denen eigene Expreßboten das „Neue Tagblatt" nach allen Richtungen unseres Landes so befördern, daß es überall noch am Tage des Erscheinens durch unsere Agenturen Verbreitung finden kann. Kommt hinzu die Verpackung und Auslieferung der Postexemplare, die durchschnittlich 2000 Postorte übersteigen. Das alles spielt sich im Zeitraum von 1½ Stunden ab, und wenn wir bisher in den Maschinen die Meisterwerke der Technik bestaunten, so wird fast noch mehr die nie versagende präzise Organisation der Ausbreitung durch etwa 400 vom Tagblatt beschäftigte Personen berechtigte Bewunderung erregen." Nach den Mitteilungen Essers (p. 60) beziehen die Zeitungsträgerinnen und Agenten pro Exemplar und Monat für Ausgabe A (ohne Bilderblatt) 18 Pfg., für Ausgabe B (mit Bilderblatt) 21 Pfg., der mittlere Verdienst einer Zeitungsträgerin ergibt monatlich 37,30 ℳ, während sie nach der gleichen Berechnung durchschnittlich 180 Zeitungen auszutragen hat.

Die redaktionellen Ausgaben schwanken zwischen 8,35 und 23 % [1]) (die Angabe von 40 % bei dem Blatte XI ist zweifelsohne durch eine andere Verteilung der Ausgaben entstanden). Bei der Würdigung der redaktionellen Ausgaben darf nicht außer Acht gelassen werden, daß gerade hier die individuelle Gestaltung des einzelnen Betriebs die stärkste Rolle spielt. Mehr als die Ausgaben für Papier, Satz und Druck kann der Redaktionsetat eingeschränkt oder erweitert werden, differieren daher auch bei Blättern gleicher oder ähnlicher Art und gleichen Erscheinungsortes die Redaktionskosten. Stärkere Verwendung von Originalarbeiten oder Korrespondenzware, bessere oder schlechtere Honorierung der Redakteure und Mitarbeiter, größere oder geringere Besetzung der Redaktion usf. schaffen recht beträchtliche Unterschiede. Aber auch bei ihrer Berücksichtigung darf wohl aus den gewonnenen Zahlen eine Tatsache festgestellt werden: Trotz des Stabs von Redakteuren, des reicheren Korrespondenz- und Depeschenmaterials sind die Ausgaben der großen Blätter relativ

[1]) Beim „Vorwärts" nimmt nach Garr die Redaktion etwa $^1/_{10}$, bei der „L'Humanité" $^1/_8$ der Kosten in Anspruch.

nieder, und verhältnismäßig spielt das Redaktionsbudget bei den mittleren und kleinen Provinzblättern kaum eine geringere Rolle in den Gesamtausgaben als bei den großen. Auch darin tritt der mit dem Anschwellen der Auflage und des Umfangs rascher steigende Einfluß der übrigen Hauptausgaben, vor allem der Papierkosten, wieder hervor. Und dazu kommt, daß die Provinzblätter, wie wir in dem Kapitel „Stoffbeschaffung" gezeigt haben, auch wenn sie nur einen Redakteur anstellen, doch für die redaktionelle Ausgestaltung durch Bezug von Depeschenmaterial, politischem und unterhaltendem Stoff relativ nicht unerhebliche Aufwendungen machen müssen, um die gesteigerten Ansprüche der Leser zu befriedigen und der Konkurrenz der hauptstädtischen Blätter zu begegnen. Bei diesem an sich auffallenden Zurücktreten der Redaktionskosten gerade bei den großen Blättern handelt es sich allerdings nicht um Zeitungen, die ein großes Netz von Spezialkorrespondenten, einen Reichtum von Privatdepeschen aus allen Erdteilen etc. besitzen, also um Typen der großen Informationspresse, die sog. „Weltblätter", sondern um verbreitete Blätter mit immerhin vorwiegendem Provinzial- und Lokalcharakter, deren Ausgaben für Spezialkorrespondenten, Privatdepeschen, Originalbeiträge für das Feuilleton im Vergleich zu jenen gering sind.

Leider war es nicht möglich, Material für einen einigermaßen größeren Zeitraum zu erhalten, um etwaige Verschiebungen in den Verhältnissen der einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten zu erhalten. Die Direktion des „Neuen Tagblatts" hat mich auch hier, so weit es möglich war, unterstützt, und die Tabelle 37 mir zur Verfügung gestellt, wobei sie aber ausdrücklich bemerkte, „daß in Wirklichkeit nur die Ziffern der drei letzten Jahre als maßgebend betrachtet werden können, weil vorher die Buchungen anders geartet waren."

Die Veränderungen sind in den 3 letzten Jahren gering: die Ausgaben für Papier sind relativ etwas gestiegen, die für Satz und Druck etwas gesunken.

Reicheres Material liefern die in den Berichten an die Landesversammlung veröffentlichten Abschlüsse der „Schwäb. Tagwacht" (Tabelle 36). Sie erstrecken sich über die Jahre 1905 bis 31. Juni 1913. Allerdings weichen die Verhältnisse der „Schwäb. Tagwacht" als eines sozialdemokratischen Parteiorgans mannigfach von denen der privatkapitalistischen Blätter ab. Aber die Abschlüsse lassen doch Entwicklungen und Verschiebungen erkennen, die in der Richtung der Zeitungsentwicklung überhaupt verlaufen.

Das gilt vor allem für das Verhältnis von Abonnements- und Inseratenertrag. Schärfer als bei einem Vergleich der verschiedenen Zeitungen untereinander tritt hier die Regel hervor, daß mit steigender Abonnentenzahl der Inseratenertrag rascher wächst als

Tabelle 37.

Einnahmen aus	1908	1909	1910	1911	1912	Durchschnitt
Abonnements . .	26,8	26,5	26,2	25,6	26,1	26,2
Inseraten	70,7	70,3	70,4	69,6	68,1	69,8
Diversem	2,5	3,2	3,4	4,8	5,8	4,0
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Ausgaben für	1908	1909	1910	1911	1912	Durchschnitt
Redaktion	14,5	16,3	9,3	9,4	9,4	9,4
Expedition (Verlag)	8,6	9,6	5,6	4,8	5,3	5,3
Papier	35,5	36,7	29,7	32,8	31,9	31,5
Satz und Druck .	22,7	21,8	13,1	12,7	12,6	12,8
Versand (Expeditionslöhne) . .	—	—	11,5	11,2	12,1	11,5
Inseratenprovision.	—	—	0,4	0,8	1,8	1,0
Mietzins	—	—	—	—	—	—
Diverses	18,7	15,6	30,4	27,7	27,4	28,5
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

der Abonnementsertrag. In den 8 Jahren, in denen sich die Abonnentenzahl des Blattes von 16 000 auf 24 000 gehoben hat, ist der Abonnementsertrag von 64,3 % auf 53,4 % gesunken, der Inseratenertrag von 35,7 % auf 46,08 % gestiegen, und im Jahre 1911/12 war sogar nahezu ein Gleichgewicht beider Einnahmen erreicht. Geringe Abweichungen von dieser sonst ununterbrochenen Entwicklung sind durch sprunghafte Vergrößerung des Abonnentenstandes (1907), auch in Verbindung mit einer Abonnementserhöhung (1. Januar 1912) veranlaßt.

Ein Vergleich der Ausgaben in den verschiedenen Jahren ist dadurch erschwert, daß die einzelnen Posten nicht immer vollständig übereinstimmen und auch die Trennung der Ausgaben für die „Schwäb. Tagwacht" von denen für die übrigen Betriebe in früheren Jahren nicht durchweg vollzogen ist. Schließlich wird wohl auch eine Scheidung der Papier-, Satz- und Druckkosten der „Schwäb. Tagwacht" und der in ihrer Druckerei hergestellten Provinzzeitungen nicht vorgenommen sein. Hervorgehoben sei daher nur das wenn auch nicht bedeutende Sinken des Anteils der Ausgaben für die Redaktion, das eingetreten ist, obwohl in dieser Zeit die Zahl der Redakteure vermehrt und auch der sonstige Redaktionsaufwand beträchtlich gesteigert wurde, wie in dem Anschwellen der ab-

soluten Ziffern dieses Postens deutlich wird. Es findet also auch hier eine Erscheinung wieder ihre Bestätigung, die wir schon bei einem Vergleich der verschiedenen Zeitungstypen festgestellt haben. Bei den Papier-, Satz- und Druckkosten zeigen sich ziemlich erhebliche Schwankungen. Die Satz- und Druckkosten, deren Anteil bis 1910/11 eine sinkende Tendenz hatte — auch absolut sind sie von 1907—1910/11 gesunken — schnellten in jenem Jahre wieder in die Höhe, was teilweise seine Erklärung in der Erhöhung des Buchdruckertarifs seit 1911 findet, und sie drückten damit den prozentualen Anteil der Papierkosten, die in den lezten Jahren absolut annähernd gleich geblieben sind, herab.

In den acht Jahren der Veröffentlichungen sind die Satz- und Druckkosten von 79 373 ℳ auf 158 770 ℳ oder um 79 397 ℳ, also gerade um das Doppelte gestiegen, und noch stärker ist die Steigerung bei den Papierkosten, die von 37 449 ℳ auf 79 245 ℳ angewachsen sind, also um 41 796 ℳ, das ist mehr als das Doppelte. Dieses Tempo der Verdoppelung zeigt sich auch bei den Expeditions- und den Versandkosten, und allein bei den Redaktionsausgaben ist das Tempo langsamer. Schon diese kurze Spanne Zeit also, die mehr als eine Verdoppelung der Gesamtausgaben gebracht hat, gibt, wie auch die Zahlenangaben auf Seite 172 f., Anm. erkennen ließen, ein Bild von der enormen Steigerung der Ausgaben einer Zeitung, die nicht einmal einen sehr ausgedehnten Redaktionsbetrieb, einen mittleren Umfang (in der Regel 8—10 Seiten) und die nicht sehr große Verbreitung von 24 000 Exemplaren hat.

Einige weitere Angaben verdanke ich dem Herausgeber einer Zeitung, die in einer sich rasch entwickelnden Industriestadt erscheint und aus kleinen Anfängen in den Neunziger Jahren zu einer ansehnlichen Abonnentenzahl und einem umfangreichen Inseratenteil gekommen ist. Er teilte mir folgende Zahlen (in Mk.) mit:

Einnahmen	1897	1898	1902	1907
Inserate	15 300	18 233	28 275	41 012
Abonnements	12 221	15 425	22 451	31 036

Ausgaben:	1897	1898
Platten	350.—	325.—
Korrespondenten	614.—	1 110.—
Telephon	129.—	127.—
Beilagen	1 787.—	2 311.—
Porti	591.—	572.—.

Seit 1907 hat sich der Ertrag der Inserate noch wesentlich gesteigert, auch der Abonnementsertrag ging beträchtlich in die Höhe, doch nicht annähernd in dem Maße, wie die Inserate. Im Jahre 1912 war das Verhältnis der Inserate zum Abonnement genau wie 3 : 2 gegen

5 : 4 vor 15 Jahren. Die Ausgaben zeigen, wie bescheiden damals der Redaktionsetat des Blattes gewesen ist. Dies Beispiel darf wohl als typisch angesehen werden für die Entwicklung des Inseraten- und Abonnementsverhältnisses in Verbreitungsgebieten, die durch ihre gewerbliche und industrielle Entwicklung der Verbreitung der Zeitung günstig waren, und in denen auch die Zeitung durch Konkurrenzblätter in ihrer vorherrschenden Position nicht erschüttert werden konnte.

Es muß bei dieser sicherlich für die publizistische Aufgabe der modernen Zeitung nicht ungefährlichen Verschiebung der finanziellen Lasten des Zeitungsbetriebs von dem Abonnement auf das Inserat doch auch nicht vergessen werden die Hand in Hand mit ihr eingetretene Hebung der Stellung und Ausbildung des redaktionellen Teils, die ja durch sie erst möglich geworden ist. Obgleich auch heute, wie uns die Untersuchung des Zeitungsstoffs gezeigt hat (p. 114 ff.), der Inseratenumfang von erheblichem Einfluß auf den Umfang des redaktionellen Teils ist, so mag denen gegenüber, die wegen der stärkeren finanziellen Basierung der Zeitung auf den Inseraten allzu pessimistisch über die Erfüllung der publizistischen Aufgabe urteilen, eine Mitteilung Müller-Palms über das Verhältnis von redaktionellem und Inseraten-Teil am Anfang der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts wiedergegeben werden: „Gleichzeitig entwickelte sich bei dem regen Geschäftsleben jener Zeit das Anzeigenwesen des aufstrebenden Blattes so rapid, daß der damals noch beschränkte Raum die zufließenden Annoncen nur auf Kosten des politischen und feuilletonistischen Textes aufnehmen konnte. Leitartikel, die für die Stunde ihres Erscheinens berechnet waren, mußten aus Mangel an Raum 1—3 Tage zurückgestellt werden und verloren dadurch bedeutend an Wert und Wirkung." Von der Nr. 63 von 1862 wird berichtet, daß sie nur 15 Zeilen Text bei 8 Kolumnen Anzeigen enthielt, und die Redaktion entschuldigte sich mit folgendem, heute naiv klingendem Versprechen: „Der größte Teil des für unsere heutige Nummer bestimmten Stoffes ist von den Wellen einer Annoncenflut verschlungen worden. Wenn die Wasser sich verlaufen haben, werden wir unsere Leser zu entschädigen suchen." Eine wie viel gefestigtere und sichere Stellung als vor 50 Jahren nimmt heute der redaktionelle Teil der Zeitung ein!

• ∘○∘ •

Schluß.

Die Befreiung von Zensur, behördlicher Bevormundung, Kautions- und Konzessionszwang reinigte den Boden, auf dem die Presse, genährt durch den politischen, wirtschaftlichen und technischen Aufschwung, rapid emporwuchs. Württemberg hat an diesem Wachstum seinen starken Anteil, einen stärkeren als seiner Bevölkerungszunahme entspricht. In 25 Jahren hat sich die Zahl seiner Zeitungen nahezu zweimal, die Auflage aber zehnmal schneller vermehrt als die Bevölkerung.

Zwei Tendenzen machen sich geltend: Zentralisation in den Großstädten, Dezentralisation im Lande. In den Großstädten werden Zeitungen zu mächtigen Bäumen, neben denen nur unter den besonders günstigen Umständen einer starken Kapitalkraft, einer hervorragenden Organisation, der geschicktesten Erfassung der Stimmungen und Bedürfnisse der Leser noch neue Zeitungen emporkommen können. Oft schwer kämpfen unter ihnen die älteren Zeitungen um Licht und Luft, in der Peripherie fristen bescheiden und dürftig Vorstadtblättchen ihr Dasein. Und immer mehr breiten sich diese Großen über das Land. Gleichzeitig aber vermehrt sich die Zahl der Verlagsorte: seit 1876 um 45,1 %. Nur eine einzige Gemeinde des Landes mit über 5000 Einwohnern ist heute noch ohne ihr eigenes Blatt, únd zahlreiche kleinere Gemeinden bis zu 1000 Einwohner herab können sich ihres eigenen Organs der öffentlichen Meinung, ja sogar mehrerer rühmen. Der fruchtbarste Boden für diese Dezentralisation sind die Städte mit 2—10000 Einwohnern; von den 119 Zeitungsorten Württembergs sind 88 oder 74 % Städtchen zwischen 5—10000 Einwohnern, in denen 108 Zeitungen oder 60 % aller württembergischen Zeitungen erscheinen. Hier ist (neben den Großstädten!) die Heimat der kleinen und kleinsten Blätter: 74,5 % der Auflagegröße zwischen 1000—5000 und 62,5 % der Auflagehöhe unter 1000 bestehen in diesen Landstädtchen.

Zwei Ursachen schufen und förderten die Dezentralisation: die Ausbreitung der Industrie auf das Land und das lebhafte politische Interesse, das mit einer weitgehenden parteipolitischen Parzellierung Alt-Württembergs verbunden ist. Die Wirkung der Industrialisierung zeigen: das Verhältnis der Zeitungsvermehrung zur Bevölkerungszunahme, das im industriellen Neckarkreis 3:1, im vorwiegend ländlichen Jagstkreis nur 1,7:1 ist; die Steigerung der Auflage, die im Neckarkreis trotz der Konkurrenz der Stuttgarter Zeitungen 15 mal, im Donaukreis nur 7 mal rascher war als das Wachstum der Bevölkerung; jener Reichtum an drei- und viermal wöchentlich erscheinenden

Blättern im Neckarkreis, der zugleich die kleinste Durchschnittsauflage aufweist. Diese intensivere Verbindung der Presse mit der industriellen Bevölkerung steigert ihre wechselseitigen Wirkungen, macht die Bevölkerung der Agitation der Presse zugänglicher, schwächt die Widerstandsfähigkeit überlieferter sozialer und politischer Meinungen, vermehrt aber auch die wirtschaftliche und geistige Abhängigkeit der Zeitungen. Neben der Industrialisierung wirkt dezentralisierend die parteigeschichtliche Entwicklung Württembergs, wo in nicht wenigen Oberämtern die beiden liberalen Parteien, Bauernbund und Sozialdemokratie um die Herrschaft ringen. Auch die Sozialdemokratie, diese zentralistischste aller Parteien, mußte sich trotz jahrelangen entschiedensten Widerstands der Parteileitung dieser Tendenz zur Dezentralisation fügen.

Zentralisation und Dezentralisation bestimmen auch die Entwicklung des Zeitungsstoffes. Unter dem Konkurrenzdruck immer neu auftauchender Blätter und dem Ausdehnungsdrang der hauptstädtischen Zeitungen, die eine Ausgleichung der gestiegenen Produktionskosten in erhöhten Abonnementspreisen meist unmöglich machen, in vermehrten Inserateneinnahmen immerhin erschweren, suchen die Provinzblätter an den Produktionskosten zu sparen, zunächst durch Bezug billigen und billigsten Korrespondenzmaterials, das den Absatz an eine große Zahl von Abnehmern zur Voraussetzung hat, dann durch Bezug von Unterhaltungsbeilagen, Matern und Platten, schließlich von „kopflosen Zeitungen". Die „Normalzeitung" entsteht. Etwa ein Fünftel der Zeitungen ist in Württemberg schon diesem weitestgehenden Uniformierungsprozeß gefolgt. Setzt sich die Konzentration der Erzeugung des Zeitungsstoffes durch die Korrespondenzbureaus, Beilagenfabriken, „Preßzentralen" in den parteilosen Zeitungen auch leichter durch, so unterliegen ihr doch ebenso die kleinen Parteizeitungen mit ihren harten Daseinsbedingungen, zumal da bei ihnen das Streben der Parteileitungen nach immer strafferer Zentralisierung der taktischen Meinungen durch Schaffung von Parteikorrespondenzen den Prozeß beschleunigt. Schranken setzt ihm nur das Verlangen des Publikums nach einer möglichst weitgehenden Berücksichtigung seines engeren Lebenskreises, seiner örtlichen Interessen und Meinungen. Auch bei den großen Zeitungen der Großstadt ist der Bezug von Korrespondenzmaterial vielfach an Stelle individueller Mitarbeiter in- und außerhalb der Redaktion getreten, aber die Notwendigkeit, die Abonnentenziffern und damit auch die Inserateneinnahmen höchstmöglich zu steigern, um das gewaltige investierte Kapital auszunützen, zwingt zur fortgesetzten Steigerung der Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit des Stoffes. Der Provinzzeitung sind von vorneherein Grenzen der

Ausdehnung gesetzt, über den Bezirk, in dem sie erscheint, kann sie regelmäßig nur in vereinzelten Exemplaren hinausgelangen, und sie spricht das schon in dem Namen, den sie sich wählt, aus. Der Großstadtpresse aber steht das Land, und mehr als das, offen, und sie sucht diese Möglichkeit außer durch ihre Preispolitik und intensive Agitation durch den Ausbau ihres redaktionellen Teiles auszunützen. In ihr liegt die Tendenz, die Versorgung der Bevölkerung mit geistiger Nahrung zu monopolisieren, besonders den breiten Schichten jede sonstige Lektüre überflüssig erscheinen zu lassen. So entsteht nicht nur eine möglichste Universalität des Inhalts, sondern auch die möglichste Erfassung besonderer Interessen der Schichten, auf die sich die einzelne Zeitung aus traditionellen oder geschäftlichen Erwägungen stützt. Frei von jeder Grenze ist nämlich auch die Durchführung jener Monopolisierungstendenz nicht. Die sozialen, wirtschaftlichen, politischen, die Bildungs-Gegensätze und -Unterschiede zwingen zu Rücksichten und schaffen die individuellen Züge der einzelnen großstädtischen Zeitungen: das eine Blatt hat seine Anhänger mehr in der höheren Beamtenschaft, den Kreisen der Industrie und des Handels, das andere findet seine Vertretung in den mittleren Schichten des Bürgertums, das dritte stützt sich vorwiegend auf die kleinen Leute.

Mit allen Vorbehalten darf man sagen: Die Ausbreitung der Bezirkspresse, beruhend auf der Gemeinsamkeit und Übereinstimmung der Lebensgewohnheiten und Interessen der Bezirksbevölkerung, ist also vertikal begrenzt (ähnlich die der Vorstadtpresse), die Ausbreitung der Großstadtzeitungen aber gemäß der Großstadtbevölkerung horizontal. Die Bezirkspresse hat die Tendenz, sich nach Zahl und Ausbreitung zu dezentralisieren, in ihrem Stoff zu uniformieren, die Großstadtpresse umgekehrt strebt ihrer Zahl und Ausbreitung nach zur Zentralisation, in ihrem Stoff nach Individualisierung.

Das Korrespondenzbureau unterliegt den nämlichen Tendenzen, wie die Presse überhaupt, die es geschaffen hat, und der es dient: um den Bedürfnissen der Bezirkspresse nach einem umfassenden, billigen Material zu dienen, vereinigen die einen Lieferung bis zum Druck des gesamten Zeitungsstoffs in ihrer Hand und lassen dem Verleger nur mehr die Erzeugung und Vervielfältigung des lokalen Stoffs und den Zeitungshandel; um die vielseitigen und differenzierten Wünsche der großen Zeitungen zu befriedigen, bilden sich Spezialkorrespondenzen für alle Zweige menschlichen Schaffens und Denkens. Dabei findet (mit Ausnahme der Handelskorrespondenzen) eine Konzentration der Korrespondenzen und freien Journalisten wie auch der Beilagenfabriken in Berlin statt, dessen

politischer, künstlerischer und literarischer Einfluß auch im Süden gestärkt wird.

Diese Entwicklungen wirken alle in einer Richtung: sie vermehren und steigern die Abhängigkeiten der Presse. Die großen Zeitungen, die sich durch Zehntausende von Lesern und Inserenten die Rentabilität ihrer Riesenanlagen sichern müssen, die mittleren und kleinen Provinzzeitungen, deren Gedeihen durch die Konkurrenz neuer und der hauptstädtischen Blätter eingeengt wird, müssen sich immer mehr den Wünschen, Interessen, Auffassungen des Publikums fügen. Je größer aber die Masse ist, desto tiefer liegt das Niveau, auf dem sich die Gemeinsamkeit dieser Wünsche, Interessen, Auffassungen finden läßt, und in der Presse, die die Gewinnung möglichst großer Massen erstrebt, in den großstädtischen Inseratenblättern, treten so jene Gebiete, in denen sich die schärfsten Differenzierungen und Gegensätze bekämpfen, besonders das politische, hinter dem Neuigkeits- und Unterhaltungsstoff, dem Sport zurück. Den temperamentvollen Richtern dieser Entwicklung mag die Bemerkung Simmels (Soziologie p. 71 Anm.) entgegengehalten werden: „Die Klage über die Banalität in dem großen gesellschaftlichen Verkehr zeigt völlig soziologisches Unverständnis. Der relativen Niedrigkeit des Niveaus, auf dem eine größere aktuell zusammen befindliche Menge sich zusammenfindet, ist prinzipiell nicht abzuhelfen. Denn alle höheren und feineren Ausbildungen sind individueller Art und eignen sich deshalb nicht zu Gemeinsamkeitsinhalten." In der auf den Massenabsatz gegründeten heutigen Zeitung muß sich aber mit dem Verzicht, sich in dem Individuellen zu begegnen, es anzuregen und zu beeinflussen, der Zwang zu äußeren Anreizen steigern. Die Zeitung formt ihre Erscheinung um, greift in der anschwellenden Fülle des Stoffs nach großen, zahlreichen, packenden Überschriften, wirkungsvollen Gliederungen, aktuellen Illustrationen, ein Mittel, das dem drängenden, hastenden Schlag des wirtschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens, dem Zug der Zeit nach dem Sichtbaren, Augenfälligen entgegenkommt.

Die Verschiebung der geschäftlichen Grundlagen vom Abonnement zum Inserat vermehrt diese Abhängigkeit, sie erzeugt neue geschäftliche Interessen und weckt weitere Einwirkungen der Zeitungsunternehmer auf den redaktionellen Teil, der in seinem Umfang und Inhalt von dem Inseratenteil bestimmt wird. Die Erzeugung des Zeitungsstoffes durch Korrespondenzbureaus, die Arbeitsteilung, die weitere große Teile des Produktionsprozesses dem Redakteur und Verleger entzieht, nivellieren den Zeitungsstoff tiefer und schaffen neue Schranken der Bewegungsfreiheit. Die straffe Organisierung und Zentralisierung der Parteien und die Stärkung der Partei-

oligarchie drücken die Selbständigkeit und den Einfluß der Parteizeitungen, aber auch der Zeitungen überhaupt herab: den Einfluß auf die Wähler, zu deren Bearbeitung gut organisierten Parteien noch andere Mittel (Versammlungen und Vertrauensleute, Flugblätter, Flugschriften usf.) zur Verfügung stehen, den Einfluß auf die Partei, die sich Organe und Mittel der Beeinflussung in Preßausschüssen, Korrespondenzbureaus usf. schafft. Diese Abhängigkeit von der Partei steigert sich bis zur vollständigen Unterwerfung eines reinen Privatunternehmens unter die Zensur der Partei („Oberschwäbischer Anzeiger", vergl. p. 85).

Der Charakter des württembergischen Volkes, der durch eine Jahrhunderte alte, kräftige und selbstbewußte Ständevertretung entwickelte öffentliche Geist, das Fehlen schroffer sozialer Gegensätze, die Vermischung und Ausgleichung von Industrie und Landwirtschaft im größten Teil des Landes haben die württembergische Presse im großen Ganzen von den gefährlichsten Folgeerscheinungen dieser Entwicklung bisher verschont. Das Maß, in dem ihre Kräfte auf die einzelnen Zeitungen wirken, ist bei jeder verschieden und erzeugt so jene zahlreichen Verschiedenheiten, Übergänge und Abstufungen in der Architektur, dem Werte und dem Einfluß der Zeitungstypen und Zeitungsindividuen, die uns während der Untersuchung entgegengetreten sind. Schon aber ist die Zeitungsindividualität, die einst auch in Württemberg, so im „Beobachter" unter der Leitung Carl Mayers mit seiner Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Auffassung, der Kraft und dem Pathos seiner Sprache, einen hervorragenden Vertreter gehabt hat, verschwunden, und das „individualistische Blatt", das das Ideal und die Sehnsucht gerade der besten Charaktere und Köpfe des Journalistenstandes ist, wird nicht wiederkehren. Darüber hinaus bedroht jedoch die Entwicklung überhaupt jede Individualität in einem Berufe, dessen Aufgaben und Anforderungen die individuellsten Eigenschaften, rascheste Auffassung und Entschlossenheit, Überlegung und Leidenschaft, lebendigste Anteilnahme und Hingabe, äußere und innere Selbständigkeit erfordern.

· ∘○∘ ·

Literatur.

Brunhuber, Rob., Das moderne Zeitungswesen (System der Zeitungslehre). Leipzig, 1907. Göschen (Nr. 320).

Brunhuber, Rob., Das deutsche Zeitungswesen. Leipzig, 1908. Göschen (Nr. 400).

Bücher, Karl, Die Entstehung der Volkswirtschaft. Tübingen, 1893. Laupp.

Löbl, Emil, Kultur und Presse. Leipzig, 1903. Duncker & Humblot.

Kellen, Tony, Das Zeitungswesen. (Sammlung Kösel.) Kempten und München. Kösel.

Salomon, Ludw., Geschichte des deutschen Zeitungswesens. 3 Bde. 1900—1906.

Bauer, Wilh., Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen. Tübingen, 1914. Mohr (Paul Siebeck).

Allaire, Max, Die periodische Presse in Bayern. Eine statistische Untersuchung. München, 1913. Egger.

Bensheimer, Ernst J., Die politische Tagespresse Badens am Beginn des 20. Jahrhunderts. Mannheim u. Leipzig, 1900. J. Bensheimer.

Munzinger, Ludwig, Die Entwicklung des Inseratenwesens in den deutschen Zeitungen. Heidelberg, 1901. Winter.

Garr, Max, Die wirtschaftlichen Grundlagen des modernen Zeitungswesens (Wiener Staatswissensch. Studien, Bd. X, Heft 3). Wien u. Leipzig, 1912. Denticke.

Erler, Curt, Von der Macht der Presse in Deutschland. Berlin, 1911. Spree-Verlag, Paul Werner.

Scholten, Bernhard, Der Handelsteil der deutschen Zeitungen im 19. Jahrhundert. Ibbenbüren, 1910. Scholten.

Württ. Jahrbücher für vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie. Jahrg. 1831. 2. Heft. Stuttgart u. Tübingen, 1832. Cotta.

Württ. Jahrbücher für Statistik und Landeskunde. Jahrg. 1869. Stuttgart, 1870. Lindemann.

Schott, Th., Die Zeitungen und Zeitschriften Württembergs i. J. 1876, mit einem Rückblick auf die frühere periodische Presse des Landes. Württ. Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jahrg. 1877, Heft 4, p. 94 ff. Stuttgart, 1878. Lindemann.

Schott, Th., Die Zeitungen und Zeitschriften Württembergs i. J. 1886 mit einem Rückblick auf die periodische Presse des Landes in den Jahren 1877—1885. Württ. Jahrb. f. Statistik u. Landeskunde, Jahrg. 1887, Heft 3, p. 36 ff. Stuttgart, 1889. Kohlhammer.

Gerster, M., Die Zeitungen und die Zeitschriften Württembergs i. J. 1909. Württ. Jahrb. f. Statistik und Landeskunde, Jahrg. 1910, Heft 2, p. 251 ff. Stuttgart, 1911. Kohlhammer.

Württ. Jahrbücher für Statistik und Landeskunde. Jahrg. 1912, Heft 2. Stuttgart, 1913. Kohlhammer.

Elben, Otto, Geschichte des Schwäbischen Merkurs 1785—1885, Stuttgart, 1885.

Neues Tagblatt, Jahrg. 1909, Nr. 120, 159, 249, 287; Jahrg. 1910, Nr. 26 und 37.

Müller-Palm, Adolf, Zum 50jährigen Jubiläum des Neuen Tagblatts in Stuttgart (24. Dezember 1843—1893). Stuttgart. Neues Tagblatt A.-G.

Esser, Carl, Stuttgarter Neues Tagblatt. Stuttgart, 1913. N. Tagblatt.

Ulrich, Stephan, 200jähriges Jubiläum der Ulrich'schen Buchdruckerei in Riedlingen a. D. Riedlingen, 1912. Ulrich.

Fünfzig Jahre, Tagebuchblätter des Enzthälers 1843—1893. Neuenbürg 1892/93.

Zum 100jährigen Jubiläum der Rems-Zeitung in Gmünd. Gmünd, 1903.

Ein Beitrag zur Geschichte der Geislinger Zeitung. Geislingen, 1903.

Jubiläums-Festnummern der Zeitungen: Der Murrthal-Bote, Backnang, 1. Januar 1882 und 19. März 1906; Haller Tagblatt, Hall, 1. Juli 1888 und 23. Juni 1902; Vaterlandsfreund, Gerabronn, 1. Juli 1896; Der Volksfreund, Balingen, 1. Januar 1899; Metzinger Anzeiger, 16. Mai 1902; Der Freie Schwarzwälder, Wildbad, 2. April 1909; Die Landpost, Vaihingen a. E., 31. März 1909; Deutsches Volksblatt, Stuttgart, 23. April 1910; Schwarzwälder Bote, Oberndorf, 1. Januar 1910; Neues Tagblatt, Stuttgart, 13. Dez. 1913.

Mosse, Rud., Zeitungskatalog, Jahrg. 1881, 1892, 1895—1912.

Haasenstein & Vogler, Zeitungskatalog, Jahrg. 1911—1912.

Schacht, Hjalmar, Statistische Untersuchung über die Presse Deutschlands. Jahrbücher f. Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 15. Bd., p. 503 ff. Jena, 1898. Fischer.

Stoklossa, P., Deutschlands Zeitungen. Der Zeitungsverlag. 10. Jahrg. 1909, Nr. 30, p. 581 ff. Hannover, 1909.

Stoklossa, P., Der Inhalt der Zeitung. Zeitschr. f. d. ges. Staatswiss. 66. Jahrg. 1910.

(Kootz, Rob.) Von den Gemeindezeitungen Deutschlands u. Österreichs. Der Zeitungsverlag, 12. Jahrg. 1911, Nr. 35, p. 757 ff.

Kootz, Rob., Gemeindezeitungen in Deutschland. Der Zeitungsverlag, 13. Jahrg. 1912, Nr. 9 und 10, p. 171 ff. u. 189 ff.

Kootz, Rob., Gemeindezeitungen in Deutschl. u. Österreich, Zeitschr. f. d. ges. Staatsw. Jahrg. 1909. (65), p. 133 ff. Tübingen, Laupp.

Ehrler, Jos., Gemeindezeitungen, -Druckereien und -Plakatinstitute. Schriften des Ver. f. Sozialpolitik. Bd. 128: Gemeindebetriebe. 1. Bd., p. 345 ff. Leipzig, 1908. Duncker & Humblot.

Mitteilungen der Zentralstelle d. D. Städtetags, 2. Bd. März 1909 bis Dez. 1910, p. 62 ff. Berlin, 1910. Zentralstelle d. D. St.

Grosse, C., und Raith, C., Beiträge zur Geschichte und Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871. Stuttgart, 1912. Kohlhammer.

Berichte des Landesvorstands der Sozialdemokraten Württembergs etc. an die Landesversammlung, 1907—13. Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs.

Kiene, J. B., Werdegang, Wirken und Stellung der württ. Zentrumspartei. D. Volksblatt. Jahrg. 1910, Nr. 74.

Schwäb. Tagwacht, Jahrg. 1907, Nr. 191; Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Württemberg.

Schwäb. Tagwacht, Jahrg. 1909, Nr. 252: „Die Anfänge der Sozialdemokratie i. W." und „Die Vorläufer der Schwäb. Tagw."

Payer, Friedr., Vor 50 Jahren. Aus der Entstehungsgeschichte der Württ. Volkspartei. Stuttgart, 1914. „Beobachter."

K. Schmidt-Buhl, Schwäb. Volksmänner. Vaihingen a. E., Carle.

Verhandlungen der württ. Kammer der Abgeordneten: Verhandlungen der 2. verfassungberat. Versammlung. 1850. Beil. Bd. 1, p. 31 ff.; Beil. Bd. 1851/52, p. 151 ff.; Prot. Bd. I, p. 473 ff.; Prot. Bd. 1855, p. 1234 ff.; Prot. Bd. II 1858, p. 1090 f., 1350; Prot. Bd. 31, 1876, p. 1203 f.; Prot. Bd. 53, 1891, p. 1751, p. 1915, p. 2188 f.; Prot. Bd. 56, 1895, p. 236 ff.; Beil. Bd. 74, 1895, p. 313; Prot. Bd. 57, 1895, p. 739 ff.; Prot. Bd. 63, 1898, p. 5232 ff.; Prot. Bd. 64, 1899, p. 477 ff. u. 481 ff.

Verhandlungen der württ. Kammer der Abgeordneten: Prot. Bd. 5, 1848/49, p. 4498 u. Prot. B. 6, 1848/49 p. 4908 u. 4919; Verh. d. verfass. revid. Landesversammlung 1849, p. 19 ff. u. 142 ff; Prot. Bd. 53, 1891, p. 1749 ff.; Prot. Bd. 56, 1895, p. 239 ff., (Verhandl. der Kammer der Standesherrn, Prot. Bd. 17, 1895, p. 50 ff.); Prot. Bd. 57, 1895, p. 1354; Beil. Bd. 76, 1895, p. 400.; Prot. Bd. 59, 1897, p. 2224 ff.; Prot. Bd. 62, 1898, p. 4623; Prot. Bd. 63, 1898, p. 5153; Beil. Bd. 80, 1898, p. 645 ff.; Prot. Bd. 63, 1898, p. 5232 ff.; Beil. Bd. 82, 1899, p. 691; Prot. Bd. 65, 1899, p. 975 ff.; Beil. Bd. 83, 1899/1900, p. 1016; Prot. Bd. 68, 1900, p. 3353 ff.; Prot. Bd. 69 1901, p. 240; Beil. Bd. 87, 1901, p. 150 ff.; Prot. Bd. 71, 1902, p. 2007 ff., 2127; Beil. Bd. 89, 1902, p. 367 ff.; Prot. Bd. 73, 1903, p. 3420 ff.; Prot. Bd. 77, 1904/05, p. 8 und 389; Beil. Bd. 97, 1904/06, p. 535 ff.; Prot. Bd. 81, 1906, p. 3496 ff.

· ∘○∘ ·

Stoff der Zeitungen nach Halbjahren. Tabelle 24 a. (Tab. 24 a—k zu p. 118 ff. gehörig.)

Frankfurter Zeitung.

Halbjahr	2. Halbjahr 1911		1 Halbjahr 1912		2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Deutsche Politik	86834,4	16,69	100295,5	19,23	153075,0	29,42	156522,0	30,01
Politik des Auslands	66240,6	12,73	56226,5	10,78				
Lokaler Teil	13748,6	2,64	18030,3	3,46	46192,6	8,88	44101,9	8,46
Vermischte Nachr. a. d. Reich u. Ausland	23492,3	4,52	19285,1	3,70				
Gerichtsberichte	8951,7	1,72	6786,5	1,30				
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen	10840,8	2,08	10277,9	1,97	85978,8	16,52	82421,2	15,80
Kleines Feuilleton	14015,0	2,69	13204,7	2,53				
Aufsätze belehrenden Inhalts	38352,4	7,37	35515,1	6,81				
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur	22736,9	4,37	23392,3	4,48				
Miszellen	33,7	0,01	31,2	0,01				
Sport und Schach	7223,4	1,39	6893,3	1,32				
Briefkasten	149,8	0,03	125,5	0,02				
Bücherbesprechungen	12603,5	2,42	11648,8	2,23				
Handelsräsonnement	40283,5	7,74	38228,9	7,33	207479,9	39,88	213034,2	40,84
Handelsnachrichten	167196,4	32,14	174805,3	33,51				
Tagesübersicht	—	—	—	—	—	—	—	—
Wetternachrichten	5670,6	1,09	5112,9	0,98				
Bäder und Sommerfrischen	1755,4	0,34	1454,6	0,28				
Amtliche Nachrichten	186,9	0,03	308,9	0,06				
Summe	520315,9	100,00	521623,3	100,00				

Tabelle 24 b.

Schwäbischer Merkur.

Halbjahr	2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912		2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Deutsche Politik	40145,5	18,03	54825,0	22,75				
Württembergische Politik	21772,5	9,78	25861,8	10,73	91008,0	40,88	108159,1	44,88
Politik des Auslands	29090,0	13,07	27472,3	11,40				
Lokaler Teil	15000,5	6,74	20840,4	8,65				
Vermischte Nachrichten a. Württemberg	10974,0	4,93	12009,0	4,98				
Vermischte Nachr. a. d. Reich u. Ausland	13877,6	6,23	12569,1	5,21	42136,7	18,93	48525,7	20,13
Gerichtsberichte	2284,6	1,03	3107,2	1,29				
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen	10427,1	4,68	9843,4	4,08				
Kleines Feuilleton	2246,2	1,01	1752,4	0,73				
Aufsätze belehrenden Inhalts	10845,6	4,87	9318,4	3,87	36474,7	16,36	35595,3	14,77
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur	12955,8	5,80	14681,1	6,09				
Miszellen	—	—	—	—				
Sport und Schach	4548,7	2,04	3610,3	1,50				
Briefkasten	—	—	—	—	—	—	—	—
Bücherbesprechungen	4786,4	2,15	1983,7	0,82				
Handelsräsonnement	2375,3	1,07	2859,9	1,19				
Handelsnachrichten	35608,6	16,00	33567,3	13,93	37983,9	17,07	36427,2	15,12
Tagesübersicht	—	—	—	—	—	—	—	—
Wetternachrichten	3293,8	1,48	3268,8	1,36				
Bäder und Sommerfrischen	83,0	0,04	207,4	0,09				
Amtliche Nachrichten	2325,2	1,05	3213,5	1,33				
Summe	222640,4	100,00	240991,0	100,00				

Tabelle 24 c.

Staatsanzeiger.

Halbjahr	2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912		2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Deutsche Politik	11475,7	12,94	15159,6	17,04				
Württembergische Politik	19172,0	21,62	19374,7	21,77	45220,3	51,00	45085,0	50,67
Politik des Auslands	14572,6	16,44	10550,7	11,86				
Lokaler Teil	7311,2	8,25	8156,3	9,17				
Vermischte Nachrichten a. Württemberg	4453,0	5,02	4485,2	5,04				
Vermischte Nachr. a. d. Reich u. Ausland	2994,1	3,38	2442,1	2,75	15648,9	17,66	16167,2	18,18
Gerichtsberichte	890,6	1,01	1083,6	1,22				
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen	—	—	—	—				
Kleines Feuilleton	287,8	0,32	180,4	0,20				
Aufsätze belehrenden Inhalts	6760,3	7,62	4962,1	5,57	11865,2	13,37	10129,0	11,38
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur	4817,1	5,43	4969,4	5,59				
Miszellen	—	—	17,1	0,02				
Sport und Schach	938,0	1,06	779,6	0,88				
Briefkasten	—	—	—	—				
Bücherbesprechungen	2551,9	2,88	1662,2	1,87				
Handelsräsonnement	401,7	0,45	348,0	0,39				
Handelsnachrichten	2097,0	2,36	2211,0	2,48	2498,7	2,81	2559,0	2,87
Tagesübersicht	—	—	—	—				
Wetternachrichten	1645,9	1,86	1587,7	1,78				
Bäder und Sommerfrischen	62,9	0,07	43,6	0,05				
Amtliche Nachrichten	8238,4	9,29	10963,4	12,32				
Summe	88670,2	100,00	88976,7	100,00				

Tabelle 24 d.

Neues Tagblatt.

Halbjahr	2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912		2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Deutsche Politik	21195,6	10,41	25795,0	12,33				
Württembergische Politik	12822,5	6,30	16249,2	7,77	51141,9	25,12	54302,1	25,96
Politik des Auslands	17123,8	8,41	12257,9	5,86				
Lokaler Teil	31246,9	15,34	32150,3	15,37				
Vermischte Nachrichten a. Württemberg	6501,6	3,19	6812,1	3,26				
Vermischte Nachr. a. d. Reich u. Ausland	8392,2	4,12	7935,1	3,79	48358,3	23,73	49844,8	23,83
Gerichtsberichte	2217,6	1,08	2941,3	1,41				
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen	14038,3	6,89	13238,9	6,31				
Kleines Feuilleton	6925,2	3,40	7134,9	3,41				
Aufsätze belehrenden Inhalts	10362,3	5,09	10304,1	4,93	45414,1	22,30	46170,8	22,06
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur	12082,0	5,93	13502,8	6,46				
Miszellen	2006,3	0,99	1990,1	0,95				
Sport und Schach	13779,1	6,78	15589,7	7,45				
Briefkasten	3650,3	1,79	3457,7	1,65				
Bücherbesprechungen	2706,0	1,32	1362,8	0,65				
Handelsräsonnement	3301,8	1,62	3323,2	1,59				
Handelsnachrichten	30056,3	14,76	29213,9	13,97	33358,1	16,38	32537,1	15,56
Tagesübersicht	953,6	0,47	1064,1	0,51				
Wetternachrichten	2199,6	1,08	2070,6	0,99				
Bäder und Sommerfrischen	274,9	0,13	401,6	0,19				
Amtliche Nachrichten	1832,2	0,90	2409,5	1,15				
Summe	203668,1	100,00	209210,8	100,00				

Tabelle 24 e.

Württemberger Zeitung.

Halbjahr	2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912		2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Deutsche Politik	15879,1	8,10	19201,4	10,08				
Württembergische Politik	11102,4	5,66	13517,8	7,11	40462,1	20,64	41171,7	21,63
Politik des Auslands	13480,6	6,88	8452,5	4,44				
Lokaler Teil	30598,1	15,61	32517,8	17,07				
Vermischte Nachrichten a. Württemberg	11257,3	5,74	10504,3	5,52				
Vermischte Nachr. a. d. Reich u. Ausland	9782,0	4,99	8752,9	4,60	55470,5	28,29	55400,1	29,09
Gerichtsberichte	3833,1	1,95	3625,1	1,90				
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen	17393,6	8,87	15618,7	8,20				
Kleines Feuilleton	6928,9	3,53	6035,3	3,17				
Aufsätze belehrenden Inhalts	17443,3	8,89	16359,7	8,59	54051,9	27,55	49895,3	26,19
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur	10573,1	5,39	10044,2	5,27				
Miszellen	1713,0	0,87	1837,4	0,96				
Sport und Schach	14485,6	7,40	13653,3	7,17				
Briefkasten	1538,4	0,78	1298,1	0,68				
Bücherbesprechungen	1993,6	1,07	1695,4	0,89				
Handelsräsonnement	1974,3	1,00	1898,7	1,00	24646,7	12,57	22214,8	11,67
Handelsnachrichten	22672,4	11,57	20316,1	10,67				
Tagesübersicht	1063,3	0,54	840,6	0,44				
Wetternachrichten	611,9	0,31	666,4	0,35				
Bäder und Sommerfrischen	115,2	0,06	1835,1	0,96				
Amtliche Nachrichten	1556,7	0,79	1795,7	0,94				
Summe	195995,9	100,00	190466,5	100,00				

Tabelle 24 f.

Schwarzwälder Bote.

Halbjahr	2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912		2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Deutsche Politik	22 677,7	13,65	25 458,9	15,89				
Württembergische Politik	12 789,6	7,70	13 314,3	8,31	56 152,3	33,80	56 875,0	35,50
Politik des Auslands	20 685,0	12,45	18 101,8	11,30				
Lokaler Teil	2 119,6	1,27	1 862,7	1,16				
Vermischte Nachrichten a. Württemberg	14 298,9	8,61	14 172,7	8,85				
Vermischte Nachr. a. d. Reich u. Ausland	10 183,2	6,13	9 640,2	6,02	29 599,0	17,81	29 143,5	18,19
Gerichtsberichte	2 997,3	1,80	3 467,9	2,16				
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen	14 919,5	8,98	14 422,1	9,00				
Kleines Feuilleton	10 716,7	6,45	9 602,3	5,99				
Aufsätze belehrenden Inhalts	23 294,5	14,02	20 412,8	12,74	53 985,1	32,49	49 920,3	31,16
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur	3 024,4	1,82	3 376,4	2,11				
Miszellen	2 030,0	1,22	2 106,7	1,32				
Sport und Schach	2 379,1	1,43	2 119,0	1,32				
Briefkasten	976,2	0,59	1 141,1	0,71				
Bücherbesprechungen	1 649,2	0,99	1 405,9	0,88				
Handelsräsonnement	443,0	0,27	348,1	0,22				
Handelsnachrichten	17 912,7	10,78	15 741,4	9,82	18 355,7	11,05	16 089,5	10,04
Tagesübersicht	—	—	—	—				
Wetternachrichten	1 229,1	0,74	1 185,7	0,74				
Bäder und Sommerfrischen	88,9	0,05	—	—				
Amtliche Nachrichten	1 750,4	1,05	2 336,9	1,46				
Summe	166 165,0	100,00	160 216,9	100,00				

Tabelle 24 g.

Schwäbische Tagwacht.

Halbjahr	2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912		2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Deutsche Politik	24 286,3	19,09	33 002,2	25,26				
Württembergische Politik	26 640,6	20,95	25 642,7	19,63	61 015,7	47,97	66 177,5	50,66
Politik des Auslands	10 088,8	7,93	7 532,6	5,77				
Lokaler Teil	16 470,8	12,95	18 327,9	14,03				
Vermischte Nachrichten a. Württemberg	10 022,9	7,89	8 090,7	6,19	33 036,9	26,46	33 520,3	25,66
Vermischte Nachr. a. d. Reich u. Ausland	4 129,4	3,25	2 939,8	2,25				
Gerichtsberichte	3 013,8	2,37	4 161,9	3,19				
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen	12 356,2	9,72	12 485,3	9,55				
Kleines Feuilleton	3 035,7	2,39	2 088,4	1,60				
Aufsätze belehrenden Inhalts	7 051,7	5,54	6 805,5	5,21	27 662,0	21,75	26 211,1	20,06
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur	4 620,4	3,63	4 075,4	3,12				
Miszellen	598,0	0,47	756,5	0,58				
Sport und Schach	1 095,7	0,86	717,4	0,55				
Briefkasten	890,1	0,69	1 056,1	0,81				
Bücherbesprechungen	899,8	0,71	1 313,9	1,01				
Handelsräsonnement	4,2	0,00	33,3	0,03	927,5	0,73	378,3	0,29
Handelsnachrichten	923,3	0,73	345,0	0,26				
Tagesübersicht	1 055,9	0,83	1 249,4	0,96				
Wetternachrichten	—	—	—	—				
Bäder und Sommerfrischen	—	—	4,1	0,00				
Amtliche Nachrichten	—	—	—	—				
Summe	127 183,6	100,00	130 628,1	100,00				

Tabelle 24 h.

Deutsches Volksblatt.

Halbjahr	2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912		2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Deutsche Politik	23 433,0	24,89	24 535,0	25,98				
Württembergische Politik	17 267,7	18,34	20 212,1	21,40	48 628,2	51,65	50 376,6	53,34
Politik des Auslands	7 926,9	8,42	5 629,5	5,96				
Lokaler Teil	5 460,0	5,80	7 370,0	7,80				
Vermischte Nachrichten a. Württemberg	5 614,4	5,96	4 636,7	4,90				
Vermischte Nachr. a. d. Reich u. Ausland	3 703,9	3,93	3 171,2	3,36	15 167,3	16,11	15 774,6	16,70
Gerichtsberichte	389,0	0,42	596,7	0,64				
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen	6 046,4	6,42	5 924,1	6,27				
Kleines Feuilleton	1 829,1	1,94	1 552,4	1,64				
Aufsätze belehrenden Inhalts	6 152,7	6,54	5 241,4	5,54				
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur	5 055,0	5,37	5 655,0	5,99	19 090,3	20,27	18 384,8	19,45
Miszellen	7,1	0,00	11,9	0,01				
Sport und Schach	809,5	0,86	572,5	0,61				
Briefkasten	2,1	0,00	1,1	00,0				
Bücherbesprechungen	4 302,2	4,57	2 991,7	3,17				
Handelsräsonnement	363,2	0,39	386,4	0,41				
Handelsnachrichten	1 692,0	1,80	1 195,8	1,27	2 055,2	2,19	1 582,2	1,68
Tagesübersicht	2 412,6	2,56	2 381,3	2,52				
Wetternachrichten	359,7	0,39	365,3	0,39				
Bäder und Sommerfrischen	12,5	0,01	53,2	0,06				
Amtliche Nachrichten	1 304,7	1,39	1 967,7	2,08				
Summe	94 144,3	100,00	94 451,0	100,00				

Tabelle 24 i.

Beobachter.

Halbjahr	2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912		2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Deutsche Politik	20 670,6	23,53	23 419,0	26,75				
Württembergische Politik	24 827,4	28,25	28 408,3	32,45	53 321,2	61,50	57 516,8	65,81
Politik des Auslands	8 539,3	9,72	5 789,5	6,61				
Lokaler Teil	7 375,9	8,40	7 481,5	8,55				
Vermischte Nachrichten a. Württemberg	2 394,6	2,73	2 475,6	2,83				
Vermischte Nachr. a. d. Reich u. Ausland	2 883,3	3,28	2 246,5	2,57	13 211,9	15,05	13 004,0	14,86
Gerichtsberichte	558,1	0,64	800,4	0,91				
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen	8 515,9	9,69	7 779,2	8,89				
Kleines Feuilleton	609,4	0,69	401,6	0,46				
Aufsätze belehrenden Inhalts	2 564,8	2,92	1 296,7	1,48	16 518,8	18,80	14 329,0	16,37
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur	4 787,2	5,45	4 850,2	5,54				
Miszellen	41,5	0,05	1,3	0,00				
Sport und Schach	456,0	0,52	169,5	0,19				
Briefkasten	16,3	0,02	16,8	0,02				
Bücherbesprechungen	1 242,7	1,41	511,1	0,58				
Handelsräsonnement	33,8	0,04	95,5	0,11				
Handelsnachrichten	1 664,4	1,89	1 095,2	1,25	1 698,2	1,93	1 190,7	1,36
Tagesübersicht	602,9	0,69	646,0	0,75				
Wetternachrichten	—	—	—	—				
Bäder und Sommerfrischen	66,9	0,08	53,2	0,06				
Amtliche Nachrichten	—	—	—	—				
Summe	87 851,0	100,00	87 537,1	100,00				

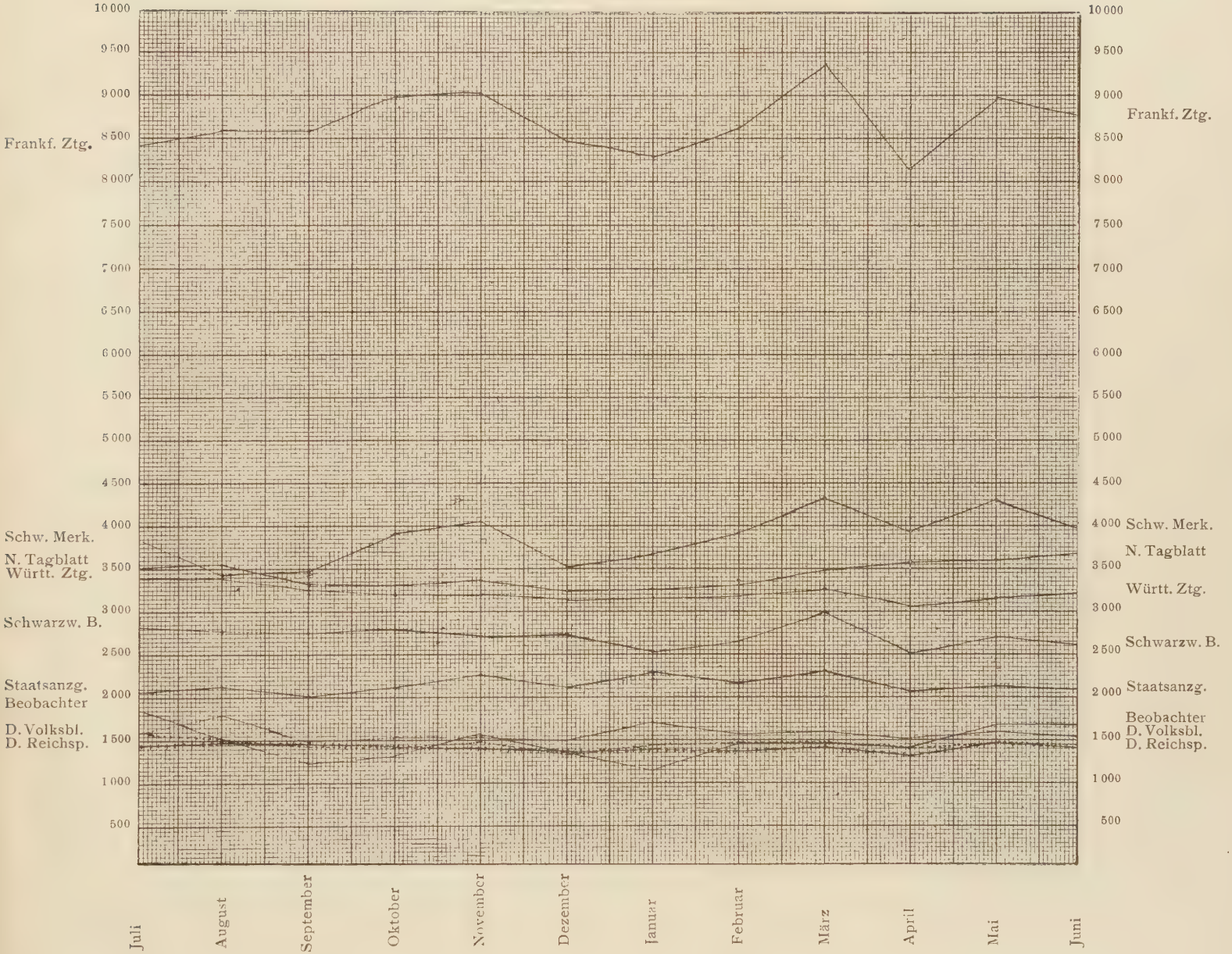
Tabelle 24 k.

Deutsche Reichspost.

Halbjahr	2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912		2. Halbjahr 1911		1. Halbjahr 1912	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Deutsche Politik	15 861,5	18,45	18 261,1	21,71				
Württembergische Politik	8 396,7	9,77	9 745,0	11,59	31 670,6	36,84	32 910,3	39,13
Politik des Auslands	7 412,4	8,62	4 904,2	5,83				
Lokaler Teil	4 834,4	5,63	5 412,7	6,44				
Vermischte Nachrichten a. Württemberg	3 226,9	3,75	2 502,4	2,97				
Vermischte Nachr. a. d. Reich u. Ausland	5 824,1	6,78	5 176,6	6,16	14 235,4	16,57	13 386,8	15,92
Gerichtsberichte	350,0	0,41	295,1	0,35				
Romane, Erzählungen, Novellen, Skizzen	10 225,5	11,86	9 644,9	11,47				
Kleines Feuilleton	2 355,7	2,74	1 813,1	2,16				
Aufsätze belehrenden Inhalts	14 112,6	16,42	14 342,2	17,05	30 063,3	34,94	28 838,2	34,29
Theater, Kunst, Wissenschaft, Literatur	2 747,3	3,20	2 369,1	2,82				
Miszellen	622,2	0,72	668,9	0,79				
Sport und Schach	521,3	0,61	336,1	0,40				
Briefkasten	15,7	0,02	9,0	0,01				
Bücherbesprechungen	964,4	1,12	508,4	0,60				
Handelsräsonnement	310,2	0,36	275,2	0,33				
Handelsnachrichten	5 692,0	6,63	5 039,5	6,00	6 002,2	6,99	5 314,7	6,33
Tagesübersicht	1 136,6	1,32	1 051,4	1,25				
Wetternachrichten	283,9	0,34	215,0	0,25				
Bäder und Sommerfrischen	15,2	0,02	180,4	0,21				
Amtliche Nachrichten	1 052,2	1,23	1 349,7	1,61				
Summe	85 960,8	100,00	84 100,0	100,00				

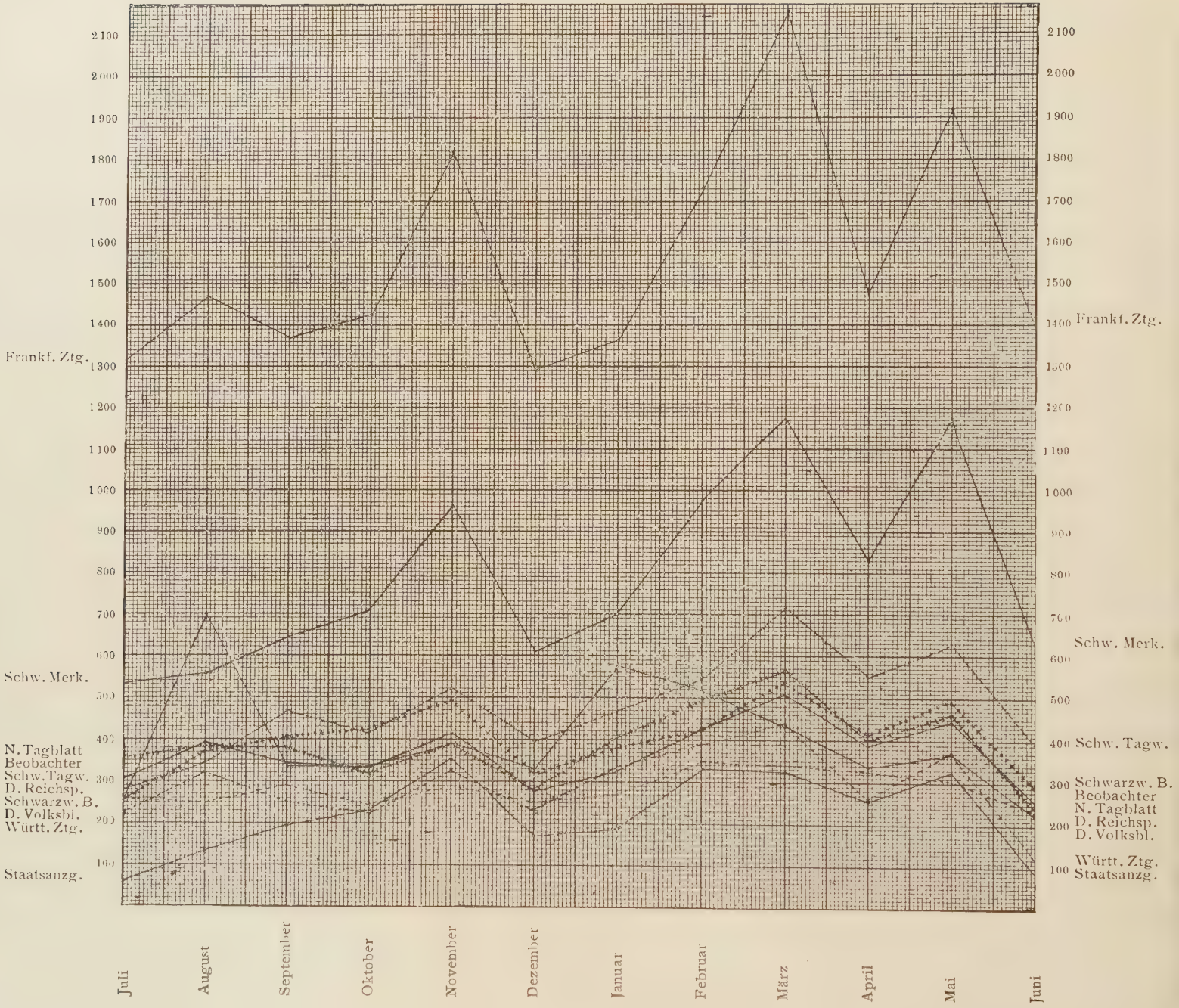
Tafel 1. (Zu p. 116.)

Gesamter Zeitungsstoff.



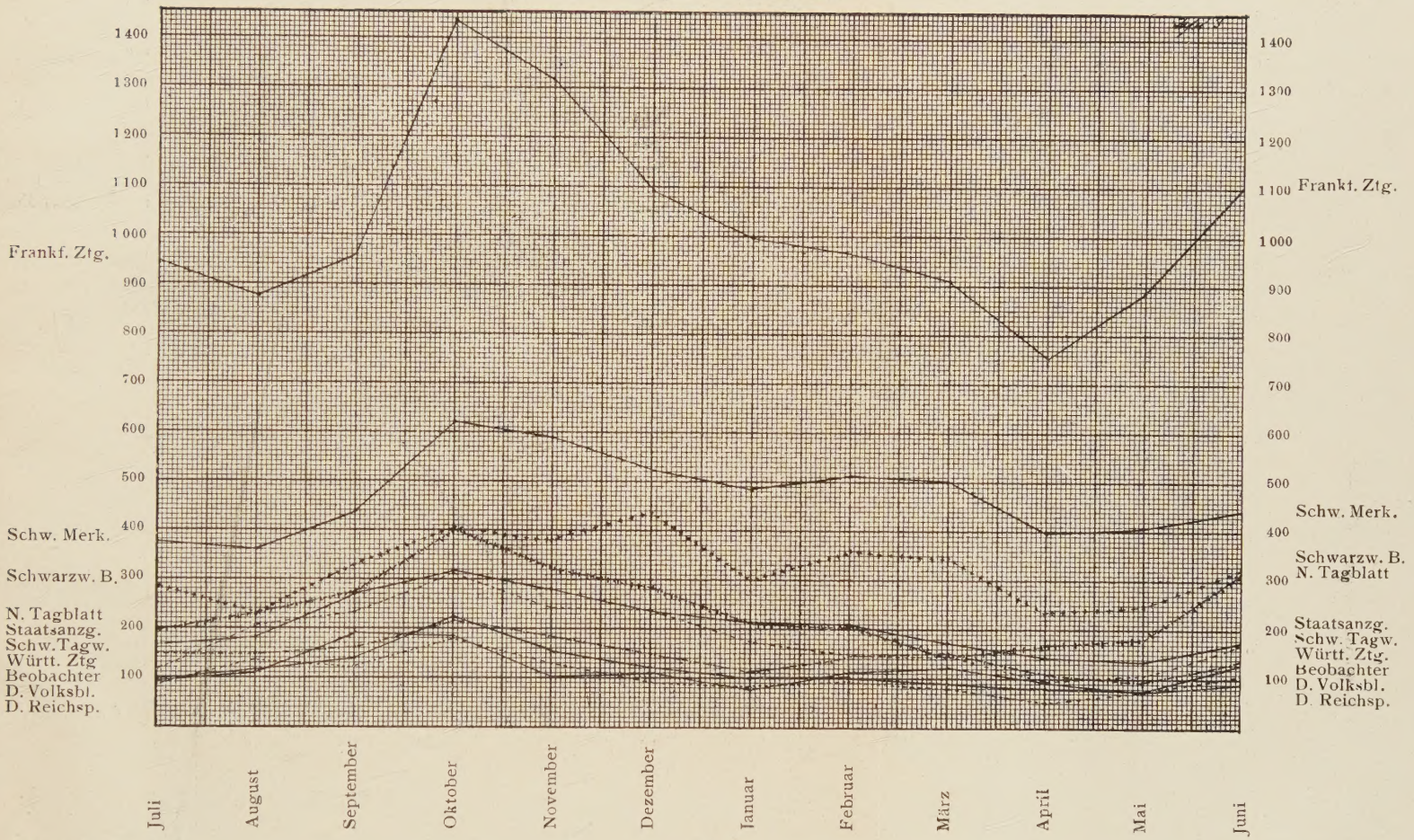
Tafel 2. (Zu p. 118.)

Deutsche Politik.



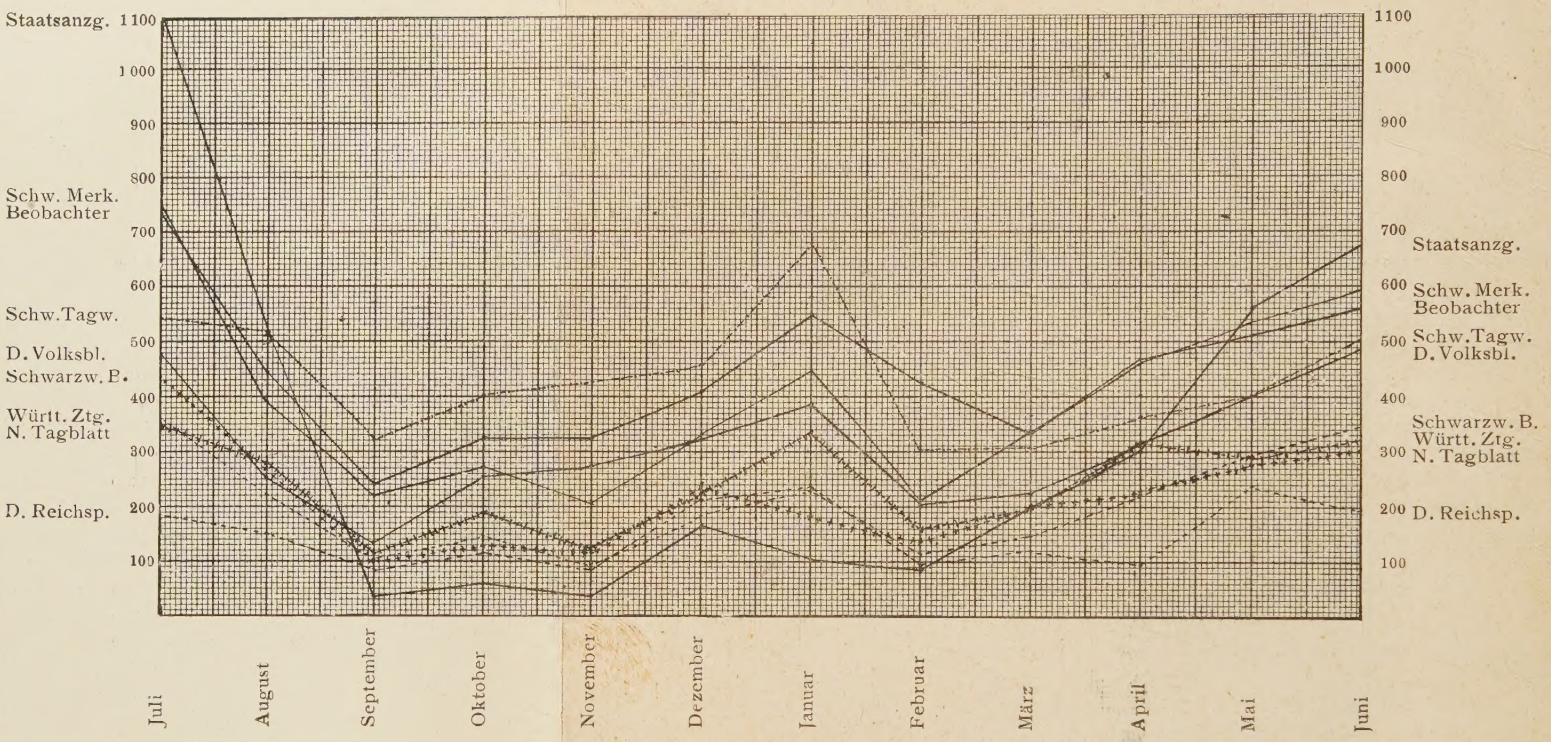
Tafel 3. (Zu p. 119.)

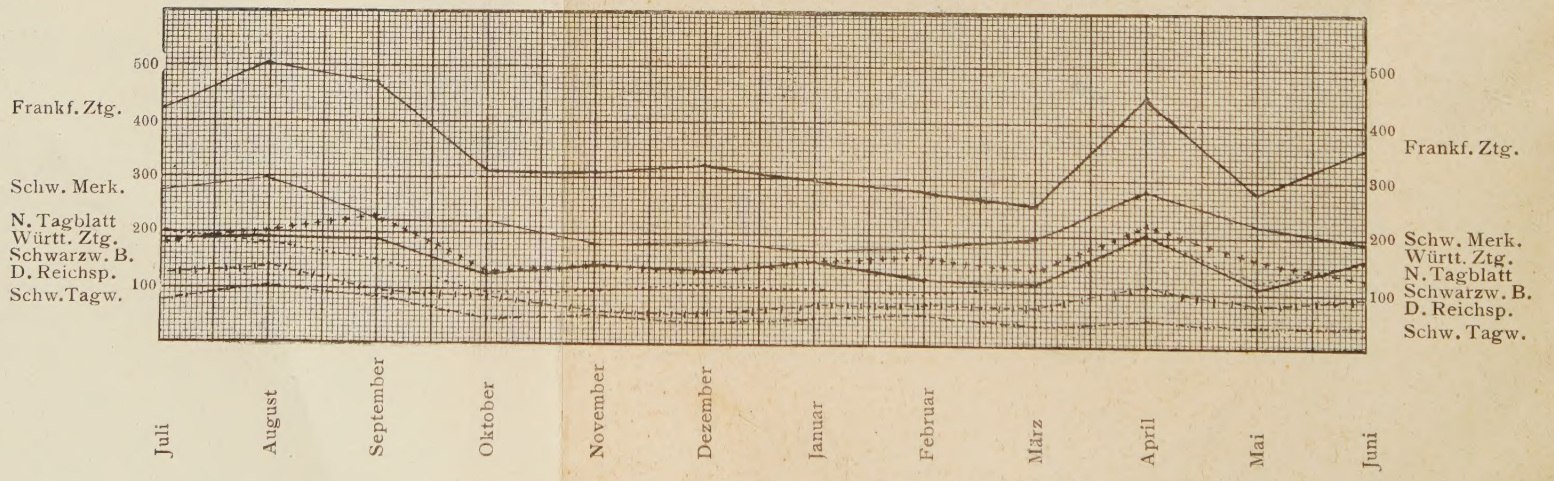
Politik des Auslands.



Tafel 4. (Zu p. 119.)

Württembergische Politik.



Tafel 5. (Zu p. 121.)

Vermischte Nachrichten aus dem Reich und Ausland.